

Selected Term Paper No. 3

Analyse und Bewertung von
Erklärungsmodellen zur Wahlenthaltung
bei Bundestagswahlen
– Eine empirische Sekundäranalyse am ALLBUS 1998 –

von **David Kohlen**

Juni 2004

http://www.ipw.rwth-aachen.de/for_select.html

ISSN 1862-8117

Anmerkung zum verwendeten Datenmaterial

Die in diesem Beitrag benutzten Daten entstammen der kumulierten ‚Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften‘ (ALLBUS) aus dem Jahr 1998. Das seit 1980 laufende ALLBUS-Programm wurde 1998 von Bund und Ländern über die ‚Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen‘ (GESIS) finanziert. Es wird vom ‚Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V., Mannheim‘ (ZUMA) und dem ‚Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung Köln‘ (ZA) in Zusammenarbeit mit dem ALLBUS-Ausschuß realisiert. Die Daten sind beim ‚Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung Köln‘ erhältlich. Die vorgenannten Institutionen und Personen tragen keine Verantwortung für die Verwendung der Daten in diesem Beitrag.

Inhaltsverzeichnis:

Tabellenverzeichnis.....6

Abbildungsverzeichnis.....8

Abkürzungsverzeichnis9

1 Einleitung10

2 Zur Bedeutung und Bewertung von Wahlbeteiligung13

 2.1 Input- und outputorientierte Demokratietheorie.....13

 2.2 Krisen- und Normalisierungsthese15

3 Theoretische Erklärungs- und Analyseansätze zur Wahlenthaltung19

 3.1 Das Ressourcen-Modell der Partizipationsforschung19

 3.1.1 *Der mikrosoziologische Ansatz – die individuellen Ressourcen*.....20

 3.1.2 *Der makrosoziologische Ansatz – die Gruppenressourcen*.....23

 3.2 Der Rational-Choice-Ansatz26

 3.2.1 *Kosten-Nutzen-Kalkulation zur Wahlbeteiligung*29

 3.2.2 *Relevanz des Rational-Choice-Ansatzes für die Wahlbeteiligungsforschung*.....32

 3.3 Protest- und Verdrossenheitstheorie.....34

 3.3.1 *Theorie der politischen Unterstützung nach EASTON*35

 3.3.2 *Theorie der politischen Entfremdung nach SCHWARTZ*.....38

 3.4 Partizipatorischer Wandel und Wahlbeteiligung.....39

 3.4.1 *Die Postmaterialismustheorie INGLEHARTS*40

 3.4.2 *Der Einfluß des Wertewandels auf die Wahlnorm und die Wahlbeteiligung*.....43

 3.5 Parteiidentifikation – exemplarische Diskussion eines theorieübergreifenden Aspekts45

4 Zur Geschichte der empirischen Wahlbeteiligungsforschung in der Bundesrepublik47

5 Methodische Anmerkungen54

 5.1 Die ‚Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften‘ (ALLBUS)54

 5.1.1 *Der ALLBUS 1998*55

 5.1.2 *Anmerkungen zur Auswertung des ALLBUS 1998*.....56

5.2 Nonresponse	59
5.3 Overreporting	63
5.4 Definition von Nichtwählern – Operationalisierung der abhängigen Variable.....	67
5.5 Auswertungsstrategie und statistische Analyseverfahren	69
5.5.1 Verfahren für die bivariate Analyse.....	70
5.5.2 Die logistische Regression als multivariates Analyseverfahren	71
6 Bivariate Analyse	73
6.1 Analyse in Bezug auf das Ressourcenmodell – individuelle Ressourcen.....	73
6.1.1 Sozioökonomischer Status.....	73
6.1.2 Alter.....	79
6.1.3 Geschlecht.....	81
6.1.4 Konfession.....	81
6.2 Analyse in Bezug auf das Ressourcenmodell – Gruppenressourcen	84
6.2.1 Das soziale Milieu und Wahlbeteiligung	84
6.2.2 Gesellschaftliche Integration und Partizipationsverhalten	87
6.2.3 Relevanz der Cleavage Theorie und der ‚Cross-Pressures‘-Hypothese.....	90
6.3 Analyse in Bezug auf den Rational-Choice-Ansatz.....	92
6.4 Analyse in Bezug auf die Protest- und Verdrossenheitstheorie	98
6.4.1 Rückwirkungen von mangelnder Unterstützung auf die Wahlbeteiligung.....	100
6.4.2 Zur Bewertung der Ergebnisse.....	101
6.5 Analyse in Bezug auf Wertewandel und Wahlnorm.....	102
6.5.1 Wahlnorm und Wahlbeteiligung	103
6.5.2 Alternative Partizipationsformen und Wahlbeteiligung.....
6.5.3 Zur Bewertung der Rückwirkungen des Wertewandels auf die Wahlbeteiligung	106
7 Multivariate Analyse mittels einer binären logistischen Regression	108
8 Ergebnisdiskussion	122
8.1 Bewertung der Analyseergebnisse in Bezug auf die Theorieansätze.....	122
8.1.1 Bewertung des Ressourcenansatzes	122
8.1.2 Bewertung der Rational-Choice-Theorie.....	123
8.1.3 Bewertung der Protest- und Verdrossenheitstheorie	126

8.1.4 Bewertung der Kausalität des Wertewandels	127
8.2 Das multivariate Modell – Wahlenthaltung als Krise des politischen Systems?	128
9 Schlußbemerkung	133
10 Literaturverzeichnis	136
Anhang	145
I Verzeichnis der Variablen des ALLBUS 1998	145
II Alternatives reduziertes gesamtdeutsches Regressionsmodell	157

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Vergleich der Bevölkerungs- und Haushaltsdaten des Mikrozensus 1995 mit der Datenbasis des ALLBUS 1998	57
Tabelle 2:	Stichprobenausfälle beim ALLBUS 1998	60
Tabelle 3:	Transformation der Wahlabsicht in die Wahlbeteiligungsabsicht bei der Bundestagswahl 1998	64
Tabelle 4:	Wahlenthaltung bei der zurückliegenden Bundestagswahl nach ALLBUS im Vergleich zum offiziellen Nichtwähleranteil.....	65
Tabelle 5:		
Tabelle 6:	Wahlenthaltung bei der nächsten Bundestagswahl nach ALLBUS im Vergleich zum offiziellen Nichtwähleranteil	65
	Nichtwähler und Wähler gemäß Definition im ALLBUS 1998	69
Tabelle 7:	Bildung und Wahlbeteiligung.....	74
Tabelle 8:	Berufsprestige und Wahlbeteiligung	76
Tabelle 9:	Äquivalenzhaushaltseinkommen und Wahlbeteiligung	77
Tabelle 10:	Sozioökonomischer Status und Wahlbeteiligung	79
Tabelle 11:	Alter und Wahlbeteiligung	80
Tabelle 12:	Geschlecht und Wahlbeteiligung.....	81
Tabelle 13:	Konfession und Wahlbeteiligung	82
Tabelle 14:	Konfession und Wahlbeteiligung (reduzierter Kategorienumfang)	83
Tabelle 15:	Politische Aktivität des Freundeskreises und Wahlbeteiligung	85
Tabelle 16:	Politische Aktivität der Freunde, politisches Interesse und Wahlbeteiligung ...	86
Tabelle 17:	Mitgliedschaft in Vereinen verschiedener Vereinsgruppen und Wahlbeteiligung	87
Tabelle 18:	Kirchgangshäufigkeit und Wahlbeteiligung	88
Tabelle 19:	Familienstand und Wahlbeteiligung	89
Tabelle 20:	‚Cross-Pressures‘ und Wahlbeteiligung – Gewerkschaftsmitgliedschaft und Kirchgangshäufigkeit.....	91
Tabelle 21:	Die empfundenen Einflußmöglichkeiten durch eine Stimmabgabe bei rational handelnden Individuen und ihre Wahlbeteiligung.....	94
Tabelle 22:	Die empfundenen Einflußmöglichkeiten durch eine Stimmenthaltung und die Rückwirkungen auf die Wahlbeteiligung	96

	Wahlkosten am Beispiel der empfundenen Komplexität der Politik	97
Tabelle 23:	Wahlnutzen am Beispiel der Interessenvertretung durch eine Partei	98
Tabelle 24:	Unterstützung für die Ebene der politischen Ordnung und Wahlbeteiligung..	100
Tabelle 25:	Unterstützung für die Ebene der politischen Herrschaftsträger und	
Tabelle 26:	Wahlbeteiligung.....	101
Tabelle 27:	Inglehart-Index und Wahlbeteiligung.....	103
Tabelle 28:	Wahlnorm und Wahlbeteiligung.....	104
Tabelle 29:	Alternative Partizipationsformen und Wahlbeteiligung	105
Tabelle 30:	Korrelationsmatrix der Prädiktoren des Regressionsmodells.....	110
Tabelle 31:	Logistische Regression der Wahlbeteiligung	113
Tabelle 32:	Schrittweise logistische Regression der Wahlbeteiligung.....	116
Tabelle 33:	Gesamtdeutsches Regressionsmodell der Wahlbeteiligung	
Tabelle 34:	Schrittanalyse des gesamtdeutschen Regressionsmodell der Wahlbeteiligung	120

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ebenen des politischen Systems nach EASTON	36
Abbildung 2: Indikatoren politischer Unterstützung beziehungsweise politischer Entfremdung nach EASTON	37
Abbildung 3: Einstufung anhand der INGLEHART-Skala	41
Abbildung 4: Items zur Messung von Wertprioritäten nach INGLEHART	42
Abbildung 5: Dimensionen des Wertewandels	43
Abbildung 6: Diskrepanz zwischen den Nichtwähleranteilen rational und weniger rational entscheidender Wahlberechtigter	95

Abkürzungsverzeichnis

-2LL	-2 Log-Likelihood
ADM	Arbeitskreis d eutscher M arktforschungsinstitute
ALLBUS	A llgemeine B evölkerung u mfrage der S ozialwissenschaften
BTW	B undestagswahl
CDU	Christlich D emokratische U nion Deutschlands
CSU	Christlich S oziale U nion in Bayern
DFG	D eutschen F orschungsbund
DGB	D eutscher G ewerkschaftsbund
FDP	F reie D emokratische P artei
GESIS	G esellschaft S ozialwissenschaftlicher I nfrastruktureinrichtungen
ipos	Institut für p raxisorientierte S ozialforschung
ISCO-68	I nternational S tandard C lassification of O ccupations 19 68
MPS PDS	M agnitude- P restigeskala
SES	P artei des D emokratischen S ozialismus
SINUS	socio-economic status (sozioökonomischer Status)
SPD	S ozialwissenschaftliches I nstitut N owak u nd S örgel GmbH
SPSS	S ozialdemokratische P artei D eutschlands
ZA	S tatistical P ackage for the S ocial S ciences (als Produktname) S tatistical
ZUMA	P roducts and S ervices S olutions (als Firmenname) Z entralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln Z entrum für Umfragen, M ethoden und A nalysen

1 Einleitung

Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland lag zwischen 1953 und 1983 stets über 85%, sank jedoch beginnend mit der Wahl 1987 deutlich ab. Nach Erreichen eines absoluten Beteiligungsminimums 1990 mit lediglich 77,8% Wahlbeteiligung wurden bei den nachfolgenden Bundestagswahlen ungefähr 80%¹ Beteiligung erreicht.² Die nachlassende Partizipationsbereitschaft der wahlberechtigten Bundesbürger bei Bundestagswahlen war Anlaß zu zahlreichen Untersuchungen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre. Mit Durchschreiten des Beteiligungsminimums und Stabilisierung der Beteiligungsquoten bei den Wahlen 1998 und 2002 nahm das wissenschaftliche Interesse an diesem Aspekt ab. Der erfolgte Regierungswechsel und seine Ursachen 1998, der nichterfolgte Regierungswechsel 2002 und der Einfluß der Medien auf diesen Wahlausgang rückten statt dessen in den Mittelpunkt des Interesses. Entgegen dieser Tendenz fokussiert die folgende empirische Analyse die Ursachen der schwindenden Bereitschaft zur Stimmabgabe und bewertet die identifizierten Prädiktoren auf Grundlage eines differenzierten demokratie- und partizipationstheoretischen Ansatzes.

Retrospektiv betrachtet fiel insbesondere in den siebziger Jahren die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik mit knapp 90% für ein demokratisches System ohne Wahlpflicht im Vergleich zu anderen entsprechenden Ländern geradezu unnatürlich hoch aus. Ist die seit Mitte der achtziger Jahre zurückgehende Beteiligungsquote Zeichen einer Normalisierung, also Anpassung an die Beteiligungsdaten vergleichbarer Demokratien, oder vielmehr Symptom einer tiefgehenden Krise des politischen Systems?

Die Beantwortung dieser Fragestellung wird auf Grundlage von vier theoretischen Erklärungsmodellen zur Partizipation und insbesondere zur Wahlbeteiligung erfolgen, aus denen Determinanten der Wahlenthaltung generiert werden. Die resultierenden Prädiktoren werden abgestimmt auf den verwendeten Datensatz operationalisiert, im weiteren empirisch auf ihre Gültigkeit geprüft und basierend auf den ihnen zugrundegelegten Theoriemodellen auf ihren krisenhaften Charakter hin analysiert.

Entsprechend ist die Arbeit strukturiert in eine einleitende Vorstellung der Krisen- und Normalisierungsthese, an welche sich die Entwicklung eines Bewertungsansatzes der Ursachen von Wahlenthaltung anschließt. Ein weiterer Abschnitt entwickelt die vier der späteren der

¹ 79,0% bei der Wahl 1994, 82,2% 1998 und 79,1% 2002.

² Während sich die Wahlenthaltung bei Bundestagswahlen also auf einem Niveau von ca. 20% stabilisierte, sank die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen weitaus deutlicher ab. Eine Diskussion dieses Phänomens steht allerdings nicht im Interesse der Arbeit.

Analyse zugrundegelegten theoretischen Erklärungsansätze Ressourcen-, Rational-Choice-, Protest- beziehungsweise Verdrossenheits- und Wertewandelmodell. Vor der empirischen Untersuchung, die sich aus einer bivariaten Analyse der aus den Theorien ableitbaren Determinanten von Wahlenthaltung und einer Regressionsanalyse zur Generierung eines multivariaten Gesamtmodells zusammensetzt, werden vorangegangene empirische Studien zur Wahlenthaltung in der Bundesrepublik und notwendige methodische Grundlagen thematisiert. Den Abschluß bildet die Diskussion der Analyseergebnisse und die Bewertung des Gesamtmodells. Die Datenbasis für die empirische Untersuchung bildet die ‚Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften‘ (ALLBUS) aus dem Jahr 1998, in welcher sowohl die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1994 als auch die Partizipationsabsicht für die kommende Bundestagswahl 1998 erfaßt wurde, wobei die abhängige Untersuchungsvariable ‚Wähler/Nichtwähler‘ aus beiden Aspekten abgeleitet wird.

Nichtwähler und Wähler werden anhand der berichteten beziehungsweise geplanten Teilnahme an diesen beiden Bundestagswahlen definiert. Wahlenthaltung bei Kommunal-, Landtags- und Europawahlen bleibt unberücksichtigt, da die subjektiv wahrgenommene Bedeutung dieser Wahlen ebenso wie die Beteiligungsquote untereinander und gegenüber Bundestagswahlen stark differieren und die Entscheidungsprozesse sich daher vermutlich ebenfalls unterscheiden. Eine vergleichende Analyse der Kausalitäten bei Bundestags-, Kommunal-, Landtags- und Europawahlbeteiligung ist im Rahmen dieser Untersuchung leider nicht möglich. Die angewandte Methodik zur Klassifizierung von Wählern und Nichtwählern gewährleistet die zeitliche Nähe von Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung und der Datenerhebung. Nichtwahl bei länger zurückliegenden Wahlen oder aber langjähriger kontinuierlicher Urnengang bleiben unberücksichtigt, da eine direkte Kausalität von aktueller sozioökonomischer Situation, gesellschaftlicher Integration, Werteeinstellung, Systemunterstützung und Entscheidungsrationalität nur bezüglich des aktuellen Wahlbeteiligungsverhaltens angenommen werden kann. Unter den zahlreichen Werken und Analysen zur Partizipations- und Wahlbeteiligungsforschung, welche in die Arbeit einfließen, ist insbesondere KÜHNELS empirische Studie ‚Kommt es auf die Stimme an? Determinanten von Teilnahme und Nichtteilnahme an politischen Wahlen‘ hervorhebenswert, da sie als Sekundäranalyse ebenfalls den ALLBUS 1998

als Datenbasis nutzt.³ In Abgrenzung zu dieser Untersuchung bietet die vorliegende Analyse eine weitreichendere Operationalisierung der Nichtwähler, eine theoretische Grundlage, welche sich nicht ausschließlich auf den Rational-Choice-Ansatz beschränkt, sowie ein aus dem ALLBUS 1998 selbst entwickeltes multivariates Gesamtmodell der Wahlbeteiligung und kein aus einer vorhergehenden Studie adaptiertes. Während KÜHNELS Studie primär die Praktikabilität der Theorie des rationalen Wählers bei der Erklärung von Wahlenthaltung zum Untersuchungsziel hat, steht bei dieser Arbeit die Relevanz verschiedenartiger Theoriemodelle und die Einstufung des Gesamtmodells in bezug auf seine Krisenhaftigkeit im Zentrum des Erkenntnisinteresses.

³ Siehe: Kühnel, Steffen M.: Kommt es auf die Stimme an? Determinanten von Teilnahme und Nichtteilnahme an politischen Wahlen; in: Koch, Achim; Wasmer, Martina; Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen 2001, S. 11-42.

2 Zur Bedeutung und Bewertung von Wahlbeteiligung

Die demokratiethoretische Beurteilung der Bedeutung von Partizipation und damit auch von Wahlbeteiligung ist umstritten.⁴ In der Demokratiethorie existieren parallel nebeneinander mehrere gegensätzlich orientierte Ansätze: input- und outputorientierte Demokratiethorie, moderner parteienstaatlicher Demokratieansatz und liberal-demokratischer Parlamentarismus oder rationalistische und empirische Demokratiethorie.⁵ Die Ansätze unterscheiden sich vor allem hinsichtlich ihrer gegensätzlichen Sichtweisen zu relevanten Aspekten der politischen Ordnung:

„Charakteristisch für die Tradition der westlichen Politiktheorie erscheint die eigentümliche Dichotomie der Perspektiven, unter denen die politische Ordnung beurteilt wird. Sie erscheint in wechselnder Terminologie als Spannung zwischen demokratischer Gleichheit und bürgerlicher Freiheit, zwischen Identität und Repräsentation, zwischen Mehrheitsprinzip und gewaltenteilendem Rechtsstaat oder zwischen universeller Partizipation und Elitenkonkurrenz.“⁶

Im folgenden soll aufbauend auf dem input- und outputorientierten Ansatz ein Ansatz zur Bewertung von Wahlenthaltung vorgestellt werden, wobei jedoch nicht die demokratiethoretische Bedeutung von Wahlbeteiligung für das politische System sondern vielmehr die Bewertung der Determinanten von Wahlenthaltung von primärem Interesse sein wird.

2.1 Input- und outputorientierte Demokratiethorie

In der Demokratiethorie können nach SCHARPF zwei idealtypische theoretische Ansätze, die input- und die outputorientierte Demokratiethorie, unterschieden werden.⁷ In Anlehnung daran werden politische Systeme primär anhand ihrer aus der Umwelt aufgenommenen Inputs beziehungsweise ihrer daraus erarbeiteten Outputs sowie ihrer Orientierung bezüglich Inputs und Outputs bewertet.

Diese Dichotomie in den Theorieansätzen äußert sich in zwei konträren Bewertungen der Bedeutung von Wahlen in demokratischen Systemen.

⁴ Vgl. Welzel, Christian: Politikverdrossenheit und der Wandel des Partizipationsverhaltens. Zum Nutzen direktdemokratischer Beteiligungsformen; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/95, Opladen 1995, S. 143.

⁵ Vgl. Hübner, Emil: Partizipation im Parteienstaat. Bürgerbeteiligung in Parteien und Wahlen, München 1976, S. 70.

⁶ Scharpf, Fritz: Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung, Konstanz 1970, S. 21.

⁷ Vgl. Scharpf, Fritz: Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung, Konstanz 1970, S. 21.

Gemäß der inputorientierten Demokratietheorie wird das politische System nach den „in den politischen Prozeß eingehenden Willensäußerungen und artikulierten Interessen“⁸ beurteilt. Die Wahl erfüllt dabei drei Aufgaben:⁹

- Artikulation der Präferenzen und Forderungen der Wähler,
- Repräsentation der Wählermeinung im Wahlergebnis,
- Integration der Bürger in das politische System.

Die Wahl und der Grad der Beteiligung an ihr sind von primärem Interesse, ein Maximum an Beteiligung ist wünschenswert. Bei einer niedrigen Wahlbeteiligung drohen Über- oder Unterrepräsentation bestimmter gesellschaftlicher Gruppen im Ergebnis und als Folge dessen politische Entfremdung der Gruppen, die durch Unterrepräsentation ihre Interessen nicht vertreten oder eingebracht sehen. Eine hohe Wahlbeteiligung dagegen erhöht die Legitimität und Qualität des Systems.

Demgegenüber steht die outputorientierte Demokratietheorie, in welcher Wahlen primär die Aufgaben der Machtzuweisung und der Legitimierung der Herrschaft erfüllen.¹⁰ Eine hohe Wahlbeteiligung ist sekundär, entscheidend ist das Ergebnis der Wahl – die Machtzuteilung an eine stabile und handlungsfähige Regierung beispielsweise. Es wird kein Beteiligungsmaximum sondern vielmehr ein „Beteiligungsoptimum“¹¹ angestrebt. Wahlenthaltung kann in gewissen Maßen durchaus in zweifachem Sinne positiv aufgefaßt werden:¹²

- Nach JANOWITZ stellen Nichtwähler „bisher unverbrauchte Reserven[,] [...] mit deren Hilfe man das bestehende Kräfteverhältnis verändern könnte“¹³ dar. Die Aktivierung von Nichtwählern erleichtert im Fall einer Krise den Machtwechsel durch eine mögliche Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse. Wahlenthaltung garantiert so die nötige „Unbestimmbarkeit des ‚politischen Marktplatzes‘“¹⁴.
- Eine Stimmenthaltung politisch uninteressierter, uninformierter und unverantwortlicher Bürger schadet dem politischen System nicht, sondern kann durchaus positiv zu bewerten

⁸ Scharpf, Fritz: *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970, S. 25.

⁹ Vgl. Eilfort, Michael: *Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*, Paderborn 1994, S. 31ff.

¹⁰ Vgl. Bürklin, Wilhelm; Klein, Markus: *Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung*, 2. Auflage, Opladen 1998, S. 160.

¹¹ Bürklin, Wilhelm; Klein, Markus: *Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung*, 2. Auflage, Opladen 1998, S. 160.

¹² Vgl. Eilfort, Michael: *Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*, Paderborn 1994, S. 29.

¹³ Janowitz, Morris: *Die soziologischen Voraussetzungen der Theorie der Demokratie*; in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 8, Heft 3, Köln 1956, S. 365.

¹⁴ Janowitz, Morris: *Die soziologischen Voraussetzungen der Theorie der Demokratie*; in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 8, Heft 3, Köln 1956, S. 365.

sein. Durch Wahleuthaltung dieser potentiellen Wähler wird etwaiger Schaden durch eine „unqualifizierte Stimmabgabe“¹⁵ vermieden.

Eine Wahlteilnahme von nicht dem Idealbild des politisch aufgeklärten, mündigen Staatsbürgers entsprechenden Wahlberechtigten oder gar deren Zwang zur Stimmabgabe würde dem primären Ziel der Wahl durch die weitestgehend willkürliche, ungeriffte Wahlentscheidung im Wege stehen. Dem desinteressierten Bürger muß daher das Recht zur Wahlenthaltung eingeräumt werden. Auch die Wahlteilnahme von gesellschaftlichen Randgruppen wird nicht als zwangsläufig nötig angesehen, da sie die Mehrheitsverhältnisse nicht nachhaltig beeinflussen können. Teilweise ist aber auch die Wahlabstinenz von Randgruppen wie traditionell politisch uninteressierte oder irrationale, emotionale und extremistische Gruppierungen erwünscht:

„Überspitzt formuliert würde demzufolge ein politisches System umso besser funktionieren, je mehr Angehörige der darin lebenden Randgruppen nicht an Wahlen teilnehmen.“¹⁶

Auch in der outputorientierten Demokratietheorie ist jedoch unstrittig, daß ein gewisses Maß an Beteiligung unbedingt notwendig ist. Dennoch gelingt es der theoretischen Annäherung an das Thema Wahlenthaltung nicht, die richtige „Mischung von Apathie und Partizipation“¹⁷ klar zu definieren.

Die unterschiedliche Bedeutung und Bewertung von Systeminputs und -outputs spiegelt sich auch in den Wahlsystemgrundtypen wieder. Das Repräsentationsziel der Verhältniswahl wird determiniert durch eine möglichst genaue Skizzierung eines Abbilds der Wählerschaft, während bei der Mehrheitswahl die Abbildung der Mehrheitsmeinung und somit die Erzielung einer klaren Wahlentscheidung angestrebt wird.¹⁸ Mehrheitswahlrecht kann also im Gegensatz zum inputorientierten Verhältniswahlrecht als outputorientiert charakterisiert werden.¹⁹

Ähnlich dieser konträren Theorieansätze entwickelten sich mit der Krisen- und der Normalisierungsthese zwei kontroverse Positionen zur Bewertung von Wahlenthaltung.

2.2 Krisen- und Normalisierungsthese

Die Krisenthese orientiert sich an der inputorientierten Demokratietheorie. Wahlen werden in repräsentativen Demokratien als Legitimitätsgrundlage des demokratischen Systems verstan-

¹⁵ Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994, S. 30.

¹⁶ Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994, S. 250.

¹⁷ Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994, S. 31.

¹⁸ Vgl. Nohlen, Dieter: Wahlrecht und Parteiensystem, 3. Auflage, Opladen 2000, S. 132f.

¹⁹ Vgl. Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994, S. 31.

den, eine zunehmende Wahlenthaltung kann also als ein Legitimitäts- und auch Qualitätsverlust des demokratischen Systems interpretiert werden.²⁰ Als Ursache der Wahlenthaltung wird eine Unzufriedenheit mit dem politische System und ein resultierender Entzug ihrer Unterstützung für dieses ausgemacht. Dieser Unterstützungsentzug und seine Folgen für die Bereitschaft zur Stimmabgabe erstrecken sich auf alle Wahlberechtigten also auch auf diejenigen, die aufgrund ihres politischen Interesses beispielsweise zu den kontinuierlichen Wahlgängern zählen würden. Eine hohe Wahlbeteiligung ist ein Indiz für eine hohe Zustimmung zum bestehenden System, welche die Bürger durch ihre Partizipation zum Ausdruck bringen.

Vertreter der Normalisierungsthese orientieren sich dagegen am outputorientierten Demokratieansatz. Nachlassende Wahlenbeteiligung ist ein Zeichen eines etablierten politischen Systems, als welches die Bundesrepublik Deutschland eingestuft wird:

„Nach mehr als 40 Jahren hat das politische System in der Bundesrepublik [...] einen bestimmten Reifegrad erreicht, in gewisser Weise auch seine Reifeprüfung bestanden. Es gilt als stabiles, konsensgetragenes Gebilde mit starker Konzentration in der politischen Mitte, immun gegen Gefahren von links und rechts – mit einem Wort unauffällig normal.“²¹

Eine kontinuierliche explizite Zustimmung zu einem gefestigten System erscheint nicht mehr notwendig, alle grundlegenden die Ausgestaltung des politischen Systems betreffenden Entscheidungen sind getroffen:

„Auf die Bundesrepublik angewandt, heißt dies, daß man zumindest in den alten Bundesländern begann, nach mehr als 40 Jahren aus den Kinderschuhen der Demokratie herauszuwachsen, und die Bürger mit mehr Gelassenheit Wahlen beegneten, da nicht bei jeder Abstimmung das demokratische System auf dem Prüfstand war.“²²

Eine sinkende Motivation gerade der politisch uninteressierteren Bürger oder allgemeiner der Bürger, welche auch vorher am Wahrscheinlichsten zur Wahlenthaltung tendierten, ist die Folge, wobei dies nicht als Kritik an den politischen Verhältnissen zu deuten ist sondern vielmehr als „stillschweigende Einverständniserklärung“²³. Die Bundesrepublik mit ihrer bis in die neunziger Jahre im internationalen Vergleich relativ hohen Wahlbeteiligung nähert sich nunmehr den Niveaus anderer fortgeschrittener westlicher Demokratien an.²⁴

²⁰ Vgl. Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 56.

²¹ Feist, Ursula: Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland?; in: Starzacher, Karl; Schacht, Konrad; Friedrich, Bernd; Leif, Thomas (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?, Köln 1992, S. 40.

²² Hoffmann-Jaberg, Birgit; Roth, Dieter: Die Nichtwähler. Politische Normalität oder wachsende Distanz zu den Parteien; in: Bürklin, Wilhelm; Roth, Dieter (Hrsg.): Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?, Köln 1994, S. 134.

²³ Bürklin, Wilhelm; Klein, Markus: Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung, 2. Auflage, Opladen 1998, S. 160.

²⁴ Vgl. Bürklin, Wilhelm; Klein, Markus: Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung, 2. Auflage, Opladen 1998, S. 159f.

Ein Ansteigen der Wahlbeteiligung ist allerdings in Krisensituationen zu erwarten, da die Wähler nun ein besonderes Interesse daran haben sollten, dem aus ihrer Sicht fähigsten Kandidaten die Lösung dieser Krise anzuvertrauen:

„Erst in perzipierten Krisensituationen steigt die Wahlbeteiligung wieder an, weil die Wähler neu zu entscheiden haben, wem die Lösung der anstehenden Probleme zu übertragen ist.“²⁵

In diesem Falle steigt nach outputorientierter Sichtweise der Anteil der politisch uninteressierteren, unqualifizierteren Bürger an der Wahlentscheidung:

„Steigende Wahlbeteiligung gehe auf die erfolgreiche Mobilisierung der nur marginal politisch Interessierten zurück. Bei sinkender Wahlbeteiligung werde der Wahlausgang zunehmend vom politisch hochgradig interessierten Kern der Bevölkerung geprägt.“²⁶

Dies kann zusätzlich eine Verschärfung der Krise bewirken, da gerade in solchen Momenten eine qualifizierte Entscheidung notwendig erscheint. Hohe Wahlbeteiligung bei freien Wahlen könnte folglich auch als Symptom einer Krise anstatt als Resultat von Zufriedenheit mit dem System interpretiert werden.²⁷

Wahlenthaltung kann demnach sowohl als Verdrossenheit der Bürger als auch als Indikator für ihre Zufriedenheit mit dem bestehenden System gedeutet werden, Wahlbeteiligung dementsprechend entweder als Indiz für eine politisch hochmotivierte und aktive Wählerschaft oder für eine unzufriedene Wählerschaft, welche ihre Situation verbessern möchte.

Wie kann nun nach Vorstellung dieser konträren Ansätze eine Grundlage für die Bewertung sinkender Wahlbeteiligung geschaffen werden? Eine Festlegung auf inputorientierte oder outputorientierte Sichtweise soll nicht erfolgen; die Folgen von Wahlenthaltung sollen nicht diskutiert werden. Die Determinanten steigender Wahlenthaltung stehen dagegen im Zentrum des Erkenntnisinteresses. Wird die Partizipation aufgrund von Protest und Unzufriedenheit abgelehnt, so kann dies als Symptom einer Krise gedeutet werden. Erweisen sich dagegen lediglich Wirkungsfaktoren als relevant, welche nicht auf einer nachlassenden Zustimmung zum politischen System basieren,²⁸ so könnte ein Rückgang der Beteiligung als ‚normal‘ bewertet werden, also lediglich als eine ‚normale‘ Reaktion auf veränderte gesellschaftliche

²⁵ Hoffmann-Jaberg, Birgit; Roth, Dieter: Die Nichtwähler. Politische Normalität oder wachsende Distanz zu den Parteien; in: Bürklin, Wilhelm; Roth, Dieter (Hrsg.): Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?, Köln 1994, S. 134.

²⁶ Armingeon, Klaus: Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 46, Heft 1, Köln 1994, S. 46.

²⁷ Vgl. Roth, Dieter: Niedrige Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom; in: Starzacher, Karl; Schacht, Konrad; Friedrich, Bernd; Leif, Thomas (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?, Köln 1992, S. 61.

²⁸ Exemplarisch seine hier gesellschaftliche Veränderungen genannt.

Bedingungen, welche nicht auf Unzulänglichkeiten des existenten politischen Systems zurückgehen, gesehen werden.

Ziel dieser Arbeit ist es daher nicht, eine demokratietheoretische Bewertung der Folgen sinkender Wahlbeteiligung anzustreben – hierfür wäre eine tiefgehende Diskussion des inputund outputorientierten Theorieansatzes nötig – sondern vielmehr eine Analyse der Determinanten von Wahlenthaltung auf der Grundlage von vier Erklärungsansätzen. Eine Bewertung der Prädiktoren in bezug auf Anzeichen einer Krise des politischen Systems erlaubt im Weiteren die Beurteilung der Wahlenthaltung als Krisensymptom.

3 Theoretische Erklärungs- und Analyseansätze zur Wahlenthaltung

Die Erklärungsansätze in der Nichtwählerforschung werden in vier teils konkurrierenden teils aber auch sich ergänzenden Ansätzen vorgestellt: die Ressourcentheorie der Partizipationsforschung, die Theorie der rationalen Wahlbeteiligung, die Protest und Verdrossenheitstheorie und die Theorie des Wertewandels. Das Ressourcenmodell und der Rational-Choice-Ansatz haben den Anspruch, Wahlbeteiligung als Ganzes zu erklären. Der in der öffentlichen Diskussion oft angeführte Ansatz des Protests und der Verdrossenheit hat dagegen nur sinkende Wahlbeteiligung zum Analyseziel. Die Theorie des Wertewandels leitet aus gesellschaftlichen Veränderungen Einflüsse auf das Partizipationsverhalten ab. Es werden also zwei die Wahlbeteiligung insgesamt erklärende und zwei lediglich Veränderungen derselben analysierende Ansätze eingebracht. Diese vier Ansätze erwiesen sich in der Vergangenheit als diejenigen, welche in den empirischen Analysen zur Wahlbeteiligung von übergeordneter Bedeutung waren und andere speziellere Ansätze integrieren konnten wie zum Beispiel den Ansatz, Wahlenthaltung auf ‚Dealignment‘ zurückzuführen. Weitere alternative Erklärungstheorien wie beispielsweise der sozialpsychologische Ansatz der Michigan-School finden sich zwar nicht in den ausgewählten Modellen repräsentiert, sind aber für eine empirische Analyse an-hand des ALLBUS nicht geeignet.

3.1 Das Ressourcen-Modell der Partizipationsforschung

Das Ressourcenmodell basiert auf SIMMELS ‚Theorie der sozialen Kreise‘,²⁹ wonach jedes Individuum dem Einfluß zahlreicher ‚sozialer Kreise‘ mit Merkmalen wie beispielsweise Beruf, Alter, Geschlecht, Konfession, Wohngegend ausgesetzt ist.³⁰ Die Einflüsse dieser Kreise können konzentrisch in die gleiche soziale oder politische Richtung weisen, aber auch sich kreuzend in unterschiedliche Richtungen wirken.³¹ Im letzteren Fall spricht man von sogenannten ‚Cross-Pressures‘.³²

SIMMELS Theorie wurde in einer Wahlstudie der Columbia-School anlässlich der amerikanischen Präsidentschaftswahl von 1940 aufgegriffen. Die Studie von LAZARSELD, BERELSON

²⁹ Siehe Simmel, Georg: Über soziale Differenzierung, 1890; in: Dahme, Heinz J.: Georg Simmel Gesamtausgabe, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1989, S. 109-195.

³⁰ Vgl. Völker, Marion; Völker, Bernd: Wahlenthaltung. Normalisierung oder Krisensymptom, Wiesbaden 1998, S. 44.

³¹ Vgl. Kaltefleiter, Werner; Nißen, Peter: Empirische Wahlforschung. Eine Einführung in Theorie und Technik, Paderborn 1980, S. 104.

³² Vgl. Renz, Thomas: Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4/97, Opladen 1997, S. 577.

und GAUDET bestätigt, daß der Einfluß ‚sozialer Kreise‘ beziehungsweise der Besitz verschiedener sozialer Ressourcen das politische Verhalten der Individuen beeinflusst:

„A person thinks, politically, as he is, socially. Social characteristics determine political preference.“³³

Bei der näheren Betrachtung des Einflusses der Ressourcen auf das politische Verhalten und dabei insbesondere auf das Partizipations- und Wahlverhalten wird zwischen individuellen Ressourcen und Gruppenressourcen unterschieden.

3.1.1 Der mikrosoziologische Ansatz – die individuellen Ressourcen

Der mikrosoziologische Ansatz ist bestrebt, durch die Untersuchung individueller Sozialmerkmale, wie beispielsweise Einkommen, Beruf, Bildung Geschlecht, Alter und Konfession, Rückschlüsse auf das Partizipationsverhalten der Individuen zu ziehen. Die individuellen Ressourcen Einkommen, formaler Bildungsabschluß und Berufsstatus können zum sogenannten ‚sozioökonomischen Status‘ zusammengefaßt werden. Eine hohe Ressourcenausstattung, zum Beispiel ein hoher sozioökonomischen Status, manifestiert sich in einem hohen politischen Interesse. Nach diesem sogenannten ‚Standardmodell‘ politischer Beteiligung von VERBA und NIE befähigen höhere individuelle kognitive und materielle Ressourcen den Bürger, mittels des erhöhten politischen Interesses, zu einer höheren Partizipationsbereitschaft:

„Individuals of higher social status develop such civic orientations as concern for politics, information and feelings of efficacy, and these orientations in turn lead to participation.“³⁴

Ein Einfluß des sozioökonomischen Status auf das Partizipationsverhalten und damit die Wahlbeteiligung erklärt sich theoretisch aus den größeren Fähigkeiten der Höhergebildeten, komplexe und abstrakte politische und gesellschaftliche Zusammenhänge und Fragestellungen zu erschließen, wohingegen bei einem schlechteren Zugang zu dieser Thematik die intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Themengebiet mit hoher Wahrscheinlichkeit vermieden wird.³⁵ Damit einhergehend erhöht die schulische Bildung den politischen Informationsgrad, erleichtert also zusätzlich die Auseinandersetzung mit diesem Themenfeld. Der Kausalität des Einkommens wird dagegen vor allem mit dem vermutlich größeren und tiefergehenden Interesse der einkommensstärkeren Bürger an der Funktionsweise des politischen Systems und der Besetzung von Machtpositionen begründet, was sich entscheidend auf ihre finanzielle

³³ Lazarsfeld, Paul; Berelson, Bernard; Gaudet, Hazel: *The people's choice*, New York 1944, S. 27.

³⁴ Verba, Sidney; Nie, Norman H.: *Participation in America. Political Democracy and Social Equality*, New York 1972, S. 126.

³⁵ Vgl. Kleinhenz, Thomas: *Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*, Opladen 1996, S. 26.

Zukunft auswirken könnte.³⁶ Allerdings scheint die Abhängigkeit des Partizipationsverhalten vom Einkommen gerade mittels dieser Kausalverbindung zunächst fragwürdig, da auch einkommensschwache Bürger durchaus Interesse an der Verbesserung ihrer Situation und damit an einer Einflußnahme auf die Politik zeigen dürften. Jedoch dominiert die finanzielle Ausstattung die allgemeine Bereitschaft, Zeit und Geld in Partizipation zu investieren, welche daher bei einkommensschwächeren Bürgern geringer ausfällt. Gleichzeitig kann zumindest bei einem Teil der dauerhaft einkommensschwachen Bürgern eine gewisse Resignation gegenüber ihrer sozialen Situation und dem hieraus resultierenden Status vermutet werden.

Die Kausalität des Alters ergibt sich aus den verschiedenen gesellschaftlichen Integrationsphasen, welche an den Statuspassagen einer Veränderung unterworfen werden. Den alterdeterminierten Partizipationsprozessen können drei Altersgruppierungen zugeordnet werden:

- instabile Beteiligungsbereitschaft in den jugendlichen Orientierungsphasen,
- schrittweise Erhöhung der Beteiligungsabsicht durch Einbindung in Familie und Beruf, steigendes Einkommen, Erfahrungszugewinn und zunehmendes politisches Interesse in der mittleren Lebensphase,
- die Abnahme der gesellschaftlichen Integration und des Einkommens im Alter und die damit verbundenen zunehmenden krankheits- und altersbedingten Einschränkungen bedingen eine nachlassende Partizipations- und Wahlbeteiligungsbereitschaft.

Daraus ergibt sich ein „Lebenszyklus der Wahlbeteiligung“³⁷, in welchem die Beteiligungsbereitschaft zunächst bis ins mittlere Alter ansteigt, um später mit weiterer Alterszunahme wieder abzunehmen.

Der Einfluß des Geschlechts auf die Partizipationsbereitschaft ist umstritten, nicht zuletzt aufgrund der Unklarheit des Begriffs ‚Geschlecht‘. Die neuere Forschung geht davon aus, daß zumindest das biologische Geschlecht („sex“) kausal nicht unmittelbar mit Partizipationsbereitschaft verknüpft ist.³⁸ Die Geschlechter bilden nicht mehr geschlossene homogene Gruppen. Geschlechtsunspezifische ökonomische, kulturelle und soziale Unterschiede – und damit deren Einfluß auf die Partizipationsbereitschaft – überwiegen im Vergleich zu geschlechts-

³⁶ Vgl. Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 26.

³⁷ Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 27.

³⁸ Vgl. Westle, Bettina: Politische Partizipation und Geschlecht; in: Koch, Achim; Wasmer, Martina; Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen 2001, S. 137f.

spezifischen Gemeinsamkeiten. Demgegenüber steht das soziale Geschlecht („gender“),³⁹ welches sich über die Sozialisation und das erlernte Rollenverhalten definiert. Sozialisation steht in der Psychologie für einen

„[...] lebenslangen Prozeß der Entstehung individueller Verhaltensmuster, Werte, Maßstäbe, Fähigkeiten und Motive in der Auseinandersetzung mit den entsprechenden Maßstäben einer bestimmten Gesellschaft.“⁴⁰

In der Soziologie wird der Begriffsterminus der Sozialisation als Vergesellschaftung verstanden, also als Prozeß,

„[...] durch den ein Individuum in eine soziale Gruppe eingegliedert wird, indem es die in dieser Gruppe geltenden sozialen Normen, insbesondere die an das Individuum als Inhaber bestimmter Positionen gerichteten Rollenerwartungen, die zur Erfüllung dieser Normen und Erwartungen erforderlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die zur Kultur der Gruppe gehörenden Werte, Überzeugungen usw. erlernt und in sich aufnimmt.“⁴¹

Argumente für eine geschlechtsspezifische Unterscheidung in der Partizipationsbereitschaft sind:⁴²

- Frauen sind einer häuslicheren und damit politikferneren Sozialisation unterworfen als Männer, welche auf eine Rolle in Beruf und Öffentlichkeit vorbereitet werden.
- Frauen und Männer befinden sich in objektiv unterschiedlichen Lebenslagen. Frauen haben durchschnittlich niedrigere Schulabschlüsse, sind seltener erwerbstätig, erledigen häufiger die gesellschaftlich weniger anerkannten häuslichen und familiären Arbeiten und erhalten, wenn sie erwerbstätig sind, durchschnittlich niedrigere Stellen.
- Frauen sind in der Öffentlichkeit und im Beruf verschiedenen strukturellen Zugangsbarrieren ausgesetzt.

Diese Argumente und ihre Auswirkungen lassen sich jedoch vollständig im Rahmen der übrigen formulierten Ressourcen erfassen. Das Geschlecht wirkt dementsprechend auf diese Ressourcen. Im Gegenzug definiert sich aber gerade das hier betrachtete soziale Geschlecht auch durch eben dieses Rollenverhalten und Geschlechterbild, welches ursächlich für die unterschiedliche Ressourcenausstattung ist. Von einer Eigenständigkeit der Ressource Geschlecht gegenüber den übrigen Ressourcen ist also Abstand zu nehmen:

„In der vergleichenden Forschung stellte sich [...] heraus, daß dieser »gender-Gap« nach einer Kontrolle individueller Merkmale wie Alter und Bildung weitgehend wegfällt [...].“⁴³

³⁹ Eine ausführlichere Betrachtung der ‚Gender‘-, ‚Sex‘-Diskussion in der Soziologie entfällt aufgrund der geringen Relevanz in Bezug auf die Zielsetzung der Abhandlung in Relation zu ihren Rahmenvorgaben.

⁴⁰ Zimbardo, Philip G.: Psychologie, 6. Auflage, Berlin 1995, S. 80.

⁴¹ Fuchs-Heinritz, Werner; Lautmann, Rüdiger; Rammstedt, Otthein; Wienold, Hanns (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie, 3. Auflage, Opladen 1995, S. 624.

⁴² Vgl. Westle, Bettina: Politische Partizipation und Geschlecht; in: Koch, Achim; Wasmer, Martina; Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen 2001, S. 131ff.

Andere Ursachen für eine unterschiedliche Ressourcenausstattung der Individuen, wie zum Beispiel die familiäre Situation, die Bildung oder das Einkommen der Eltern, rücken dagegen in den Vordergrund, und „das Geschlecht [ist] kaum mehr als Ursache für ein unterschiedliches Wahlverhalten auszumachen [.].“⁴⁴

Das direkte und unmittelbare Einwirken der Ressource Konfession auf die Wahlbeteiligung ist ebenfalls als gering anzusehen, da die großen Religionsgruppen entsprechend der Geschlechter keine homogenen Gruppierungen (mehr) bilden.⁴⁵ In neueren Untersuchungen wurde daher die Konfessionszugehörigkeit als Indikator durch die Kirchenbindung, welche zu den Gruppenressourcen zählt, ergänzt und schließlich ersetzt.⁴⁶

3.1.2 Der makrosoziologische Ansatz – die Gruppenressourcen

Der makrosoziologische Gruppenressourcenansatz zieht zur Erklärung von Partizipationsverhalten und damit auch Wahlbeteiligung den Grad und die Art der sozialen Integration und der Gruppenzugehörigkeit von Individuen heran.

Vertreter der sogenannten ‚Cleavage Theorie‘ wie beispielsweise LIPSET und ROKKAN⁴⁷ sehen die politische Parteienlandschaft als Folge von gesellschaftlichen Interessenkonflikten und „spiegeln deren Hauptspannungslinien wieder.“⁴⁸ Da die langfristig andauernden gesellschaftlichen Spannungen (Cleavages) den politischen und gesellschaftlichen Diskurs dominieren, ordnen sich die Parteien wie auch gesellschaftlichen Gruppen entlang dieser an und spiegeln sie wieder. LIPSET und ROKKAN geben insgesamt vier Cleavages, konstituiert als Folge von Industrialisierung und Nationenbildung, an:⁴⁹

- Kapital und Arbeit,
- Stadt und Land,
- Staat und Kirche,

⁴³ Senti, Martin: Das Geschlecht als einheitsstiftende Kategorie. Das Abstimmungsverhalten von Frauen in gleichstellungspolitisch relevanten Sachfragen in der Schweiz; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 50, Heft 4, Köln 1998, S. 688.

⁴⁴ Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 28.

⁴⁵ Die Religionszugehörigkeit spielt jedoch im Zusammenhang mit der Relevanz von ‚Cleavages‘ für die Wahlbeteiligung eine Rolle.

⁴⁶ Vgl. Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 28-29.

⁴⁷ Siehe Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein: Cleavage structures, party systems, and voter alignments; in: Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein (Hrsg.): Party systems and voter alignments: Cross-national perspectives, New York 1967, S. 1-64.

⁴⁸ Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994, S. 72. Eilfort,

⁴⁹ Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994, S. 72.

Zentrum und Peripherie.

Cleavages sind ständigen gesellschaftlichen Veränderungen unterworfen, wandeln sich ab, entstehen neu und verschwinden. Sie lassen sich jedoch in zwei grundlegende Typen kategorisieren: Zum einen äußern sie sich in ethnischen, territorialen oder kulturellen Unterschieden, zum anderen in sozialökonomischen.⁵⁰

Aufgrund der an den Cleavages orientierten gesellschaftspolitischen Struktur sowie der Interessengemeinsamkeiten, bilden sich unter den Gruppen Koalitionenblöcke. Parteien und gesellschaftliche Großgruppen wie Gewerkschaften, Kirchen, bestimmte soziale oder ethnische Gruppen binden sich längerfristig aneinander und sichern sich so zum einen eine dauerhafte Wählerschaft und zum anderen eine feste politische Interessenvertretung. Je homogener sich ein Bürger in einen dieser Blöcke integriert, desto klarer findet er in ihm seine politischen und sozialen Interessen wiedergespiegelt, desto nachhaltiger ist seine Bindung an ihn, desto leichter fällt ihm die Wahlentscheidung und desto wahrscheinlicher wird seine Wahlteilnahme, um ‚seine‘ Gruppierung zu unterstützen.⁵¹

Interessant in Hinblick auf die Wahlbeteiligung wird dieser Theorieansatz, wenn der Wähler durch die Cleavages und die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Blöcken Cross-Pressures ausgesetzt wird. Nach LAZARFELD, BERELSON und GAUDET wird der in verschiedene politische Richtungen gezerrte Bürger dazu neigen, diesen Konflikt „durch nachlassendes politisches Interesse herunterzuspielen,“⁵² und ihn im extremsten Fall völlig vermeiden, indem er sich der Entscheidung für eine Alternative und damit der Wahl enthält.

Eine Ergänzung zur Cleavage Theorie ist ROHES Milieu-Ansatz.⁵³ Bestimmend für das Milieu sind sämtliche äußere natürliche und soziale auf ein Individuum wirkende Einflüsse, welche die Entwicklung, die Entfaltungsmöglichkeiten und die Modalitäten seines sozialen Handelns determinieren.⁵⁴ Das Milieu wird nicht durch materielle Gemeinsamkeiten oder Interessen sondern vielmehr durch ähnliche „als wertvoll empfundene“⁵⁵ Lebensweisen bestimmt. Milieus lassen sich auf unterschiedlichen Ebenen (lokal, regional, überregional, national) klassifizieren, wodurch sich meist eine mehrfache geschichtete Zugehörigkeit der Individuen zu

⁵⁰ Vgl. Falter, Jürgen W.; Schumann, Siegfried; Winkler, Jürgen: Erklärungsmodelle von Wählerverhalten; in:

⁵¹ Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 37-38/90, Bonn 1990, S. 8.

⁵² Vgl. Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994, S. 72.

⁵³ Vgl. Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994, S. 71. Siehe Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992.

⁵⁴ Vgl. Fuchs-Heinritz, Werner; Lautmann, Rüdiger; Rammstedt, Otthein; Wienold, Hanns (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie, 3. Auflage, Opladen 1995, S. 438.

⁵⁵ Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992, S. 20.

mehreren Milieus verschiedener Ebenen einstellt. Die Milieus nehmen auf zwei Arten Einfluß auf das Wahlverhalten:

- Ähnlich wie sich eine möglichst homogene Integration in Cleavage-Blöcke positiv auf die Wahlbeteiligung auswirkt, verhält es sich auch bei einer homogenen Integration in ein Milieu beziehungsweise möglichst gleichartige Milieus. Dementsprechend hat eine Bindung an gegensätzliche Milieus einen negativen Einfluß auf die Wahlbereitschaft.
- Milieus lassen sich durch die unterschiedlichen Anforderungen an die Öffentlichkeit, Mentalität und Lebensweise der Mitglieder charakterisieren. Verstöße werden durch soziale Sanktionen geahndet. Wenn die normierten Verhaltenserwartungen einer sozialen Gemeinschaft das Partizipationsverhalten betreffen, so übt das Milieu einen Einfluß auf dieses aus. Ein sehr direktes Beispiel wäre die Wahlbeteiligung selbst als soziale Norm. Dies erklärt beispielsweise auch regionalspezifisches Partizipationsverhalten trotz ähnlicher Sozialstruktur.⁵⁶

Zusätzlich ist noch zu ergänzen, daß ein hoher Integrationsgrad im primären sozialen Umfeld, also beispielsweise auch die aktive Mitgliedschaft in Vereinen oder anderen gesellschaftlichen Organisationen, eine nachhaltig positive Wirkung auf Partizipations- und Wahlbereitschaft hat.⁵⁷ Eine hohe Integration impliziert eine Vielzahl zwischenmenschlicher Kontakte, welche durch Internalisierung der sozialen Wahlbeteiligungsnorm und gedanklichen Austausch zu politischen Themen das politische Interesse des Mitglieds stärken und als „Mobilisierungsmotoren“⁵⁸ wirken. Der Informationsaustausch kann zusätzlich die Sicht der Politik und der Politiker nachhaltig verändern. Eventuell ermöglichen Vereine und Organisatoren auch einen privaten Kontakt zu Politikern, welche ihrerseits gerade diesen Rahmen für eine vorpolitische Annäherung an potentielle Wähler pflegen. EILFORT bezeichnet sie daher auch als politische „Aufklärer“⁵⁹.

Relativierend sollte aber erwähnt werden, daß politisches Engagement nicht zwangsläufig eine Folge des gesellschaftlichen Engagements sein muß, selbst wenn beide korrelieren. Die Kausalität ist vermutlich nicht vollständig gegeben, vielmehr könnte man hier auch von einer Parallelentwicklung ausgehen, da Bürger, welche sich in Vereinen oder anderen Organisationen engagieren, vermutlich ohnehin gesellschaftlich und somit auch politisch aktiver sind.

⁵⁶ Vgl. Völker, Marion; Völker, Bernd: Wahlenthaltung. Normalisierung oder Krisensymptom, Wiesbaden 1998, S. 45.

⁵⁷ Vgl. Renz, Thomas: Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz zum Stand einer nie-mer endenden Diskussion; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4/97, Opladen 1997, S. 579.

⁵⁸ Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994, S. 246.

⁵⁹ Vgl. Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994, S. 247.

Eine weitere Einschränkung ergibt sich aus der sogenannten „Randständigkeitshypothese“⁶⁰. Nach obigen Aspekten ist leicht ersichtlich, daß gesellschaftlich isolierte Bürger mit einer geringen Anzahl zwischenmenschlicher Kontakte wenig politisches Engagement entwickeln. Jedoch ist auch soziale Integration keineswegs zwangsläufig der Partizipation zuträglich. Erfolgt die Integration in soziale Randgruppen, welche die gesellschaftlichen Grundwerte nicht teilen, so bleibt ein Ansteigen der politischen Partizipationsbereitschaft aus, obwohl gerade diese Gruppen ein besonderes Interesse an politischem Engagement zur Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Stellung haben sollten. Statt dessen sind Resignation und damit ein Abnehmen der Beteiligungsbereitschaft die Folge, was aus der fehlenden Interessenvertretung in der Politik und des geringen Einflusses bei Wahlen gegenüber der nicht randständigen Gesellschaftsmehrheit resultiert. GALBRAITH sieht zusätzlich den gesellschafts- und systemstützenden Charakter der Wahlen als Grund der Resignation:

„Die armen, benachteiligten Bürger gehen deshalb gar nicht zur Wahl. Sie sehen es für sich als völlig hoffnungslos an, durch die Abgabe ihrer Stimme die Politik zu ihren Gunsten beeinflussen zu können. Wohl zu Recht. [...] Unsere Demokratie ist für jene da, die eigentlich nur deshalb zur Wahlurne gehen, weil sie ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Pfründe verteidigen wollen. Auf diese Weise wird eine Regierung gewählt, die sich nicht an der Realität orientiert und an den gesellschaftlichen Erfordernissen, sondern an dem Weltbild der Zufriedenen, die jetzt eben die Mehrheit der Wähler stellen.“⁶¹

Gesellschaftliche Integration geht also teils ursächlich teils in paralleler Entwicklung einher mit steigender politischer Partizipationsbereitschaft, sofern die Integration in system- und gesellschaftskonforme Gruppen erfolgt und bei der Einbindung in mehrere Gruppen diese in sozialen Fragestellungen und Ausprägungen nicht konträr zueinander stehen. Die Art und der Grad gesellschaftlicher Integration wird daher oftmals als „soziales Kapital“⁶² bezeichnet.

3.2 Der Rational-Choice-Ansatz

Die Rational-Choice-Theorie führt Entscheidungen auf eine ökonomische Kosten-Nutzen-Kalkulation zurück; ein rationaler Akteur wird versuchen, seinen Nutzen durch die Entscheidung für die ökonomisch sinnvollste Handlungsalternative zu maximieren. Die erfolgreiche Anwendung des Rational-Choice-Ansatzes zur Analyse menschlichen Handelns in der Öko-

⁶⁰ Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994, S. 248.

⁶¹ Galbraith, John K.: Herrschaft der Zufriedenen. Die Kapitulation der Demokratie vor der Armut; in: Der Spiegel, Jg. 46, Heft 36, Hamburg 1992, S. 136.

⁶² Deth, Jan W. van: Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge; in: Koch, Achim; Wasmer, Martina; Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen 2001, S. 195.

nomie läßt einen Transfer auf soziales und politisches Handeln möglich und sogar zwangsläufig erscheinen:

„Bei der Analyse des wirtschaftlichen Geschehens hatten sich die Annahmen eines persönlichen Nutzenkalküls [...] als ergiebiges Erklärungsinstrument erwiesen. Es lag deshalb nahe, dieses Kalkül auf das Verhalten von Wählern, Partei- und Verbandsmitgliedern, vor allem aber auf das Verhalten von Politikern, Partei- und Verbandsfunktionären zu übertragen: Es ist nicht einzusehen, daß die Menschen ihre Nutzenvorstellungen ändern, wenn sie in den politischen Bereich wechseln.“⁶³

Als Begründer dieser ökonomischen Politiktheorie gilt DOWNS,⁶⁴ welcher den wirtschaftswissenschaftlichen Ansatz in die Politikwissenschaft überführte. Der Verwendung des Rational-Choice-Ansatzes in den Sozialwissenschaften liegen drei Grundannahmen zugrunde:⁶⁵

Soziale Situationen basieren auf individuellen Handlungen.

- Diese individuellen Handlungen fußen auf rationalen Entscheidungen.
- Eine Entscheidung ist dann als rational anzusehen, wenn sie unter allen möglichen Handlungsalternativen diejenige darstellt, die den Nutzen des Handelns maximiert; LUCE und RAIFFA beschreiben diese Nutzenmaximierung:

„Of two alternatives which give rise to outcomes a player will choose the one which yields the more preferred outcome, or more precisely, in terms of the utility function he will attempt to maximize expected utility.“⁶⁶

Es wird also die Handlungsalternative gewählt, die nach Abwägen aller Vor- und Nachteile den Präferenzen des entscheidungstreffenden Individuums am ehesten entspricht, also für das Individuum den höchsten effektiven Nutzen erwarten läßt.

Zusammengefaßt kann man den Rational-Choice-Ansatz in den Sozialwissenschaften nach MENSCH also mit folgendem „harten Kern“⁶⁷ umschreiben:

„Individuen handeln so, daß sie ihren erwarteten Nutzen maximieren. Soziale Phänomene sind über solche individuellen Nutzenmaximierungen zu erklären.“⁶⁸

Probleme bei der Anwendung dieses ökonomischen Ansatzes in der Realität ergeben sich zunächst durch die geforderte absolute Objektivität, welche bei in der Informationsverarbei-

⁶³ Franke, Siegfried F.: Die ökonomische Theorie der Politik; in: Druwe, Ulrich; Kunz, Volker (Hrsg.): Rational

⁶⁴ Choice in der Politikwissenschaft. Grundlagen und Anwendungen, Opladen 1994, S. 54.

⁶⁵ Siehe Downs, Anthony: An Economic Theory of Democracy, New York 1957.

Vgl. Zimmerling, Ruth: Rational Choice-Theorien: Fluch oder Segen für die Politikwissenschaft?; in: Druwe, Ulrich; Kunz, Volker (Hrsg.): Rational Choice in der Politikwissenschaft. Grundlagen und Anwendungen, Opladen 1994, S. 16.

⁶⁶ Luce, Duncan R.; Raiffa, Howard: Games and Decisions, New York 1957, S. 50.

⁶⁷ Mensch, Kirsten: Die Wissenschaftlichkeit des Rational-Choice-Ansatzes in der Politikwissenschaft; in: Druwe, Ulrich; Kunz, Volker (Hrsg.): Anomalien in der Handlungs- und Entscheidungstheorie, Opladen 1998, S. 51.

⁶⁸ Mensch, Kirsten: Die Wissenschaftlichkeit des Rational-Choice-Ansatzes in der Politikwissenschaft; in: Druwe, Ulrich; Kunz, Volker (Hrsg.): Anomalien in der Handlungs- und Entscheidungstheorie, Opladen 1998, S. 51.

tung begrenzten Akteuren in einer hoch komplexen Umwelt kaum zu gewährleisten ist.⁶⁹ Als Folge dessen muß die Rationalität beschränkt werden auf das Abwägen wirklich vorhandener Informationen; es muß also eine subjektive Rationalität mit gewissen Unsicherheitsfaktoren, welche im Rational-Choice-Ansatz der klassischen Ökonomie nicht vorhanden sind, vorausgesetzt werden.⁷⁰ Es ergibt sich eine Rationalität aus Akteurssicht, welche bei limitierten Informationen nicht der objektiven Rationalität eines externen und mit allen Informationen versehenen Beobachters entspricht.

Bei der Anwendung des Rational-Choice-Ansatzes gilt es weiterhin zwischen zwei Klassifizierungskriterien zu unterscheiden: Das erste Kriterium bilden Situationen, in denen die eigene Entscheidung Einfluß auf die Entscheidungen anderer Akteure hat, weshalb vom Individuum eine strategische Wahl abverlangt wird, beziehungsweise Situationen, in denen die Umwelt als unabhängig von der eigenen Entscheidung angenommen werden kann. Das zweite Unterscheidungskriterium ergibt sich aus der Bewertung der Informationssituation des Akteures und der sich daraus ergebenden Einflüsse auf seine Entscheidung. Es kann hierbei zwischen drei Möglichkeiten unterschieden werden:⁷¹

- der Entscheidung unter Sicherheit, bei der der Akteur über die Folgen seiner Handlungsalternativen vollkommen informiert ist,
- der Entscheidung unter Risiko, wo die Folgen lediglich mit gewissen Wahrscheinlichkeiten abzusehen sind,
- der Entscheidung unter Ungewißheit, bei welcher der Akteur lediglich abschätzen kann, welche Folgen sich für ihn ergeben könnten, aber nichts über die Wahrscheinlichkeit dieser weiß.

Da nach dem Rational-Choice-Ansatz der Ablauf der Entscheidungsfindung als unabhängig von den Inhalten der Entscheidung gesehen wird, kann er problemlos auf die unterschiedlichsten sozialwissenschaftlichen Fragestellungen übertragen und angewandt werden und somit auch auf die Wahlforschung.

Mittels der Übertragung der Rational-Choice-Theorie auf das politische Wählerverhalten lassen sich zwei Wahlentscheidungen analysieren, zum einen im Falle einer Wahlbeteiligung die

⁶⁹ Vgl. Fuchs, Dieter; Kühnel, Steffen: Wählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung; in: Klingemann, Hans-Dieter; Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen 1994, S. 308.

⁷⁰ Vgl. Esser, Hartmut: Alltagshandeln und Verstehen. Zum Verständnis von erklärender und verstehender Soziologie am Beispiel von Alfred Schütz und „Rational Choice“, Tübingen 1991, S. 60f.

⁷¹ Vgl. Zimmerling, Ruth: Rational Choice-Theorien: Fluch oder Segen für die Politikwissenschaft?; in: Druwe, Ulrich; Kunz, Volker (Hrsg.): Rational Choice in der Politikwissenschaft. Grundlagen und Anwendungen, Opladen 1994, S. 17f.

Entscheidung über die zu wählende Partei beziehungsweise den zu wählenden Kandidaten und zum anderen die vorhergehende Entscheidung, sich an der Wahl zu beteiligen oder ihr fern zu bleiben. In den folgenden Ausführungen wird aufgrund des spezifischen Erkenntnisinteresses ausschließlich eine Bezugnahme auf die Entscheidungsfindung bezüglich einer Wahlbeteiligung hergestellt.

3.2.1 Kosten-Nutzen-Kalkulation zur Wahlbeteiligung

Die Kosten-Nutzen-Rechnung zur Ermittlung des Nettonutzens der Partizipation bei einer Wahl (N_N) enthält als Gewinn den Nutzen (N_{WE}), den er durch ein positives Wahlergebnis für die präferierte Partei oder Koalition erhält, gewichtet mit dem Einfluß seiner Stimme auf einen möglichen Wahlgewinn (g_S) abzüglich der durch die Wahl für ihn individuell entstehenden Kosten (K). Eine Wahlteilnahme erfolgt bei einem positiven Kosten-Nutzen-Verhältnis. Es ergibt sich also die individuelle Entscheidungsgleichung:

$$N_N = g_S * N_{WE} - K > 0$$

Entstehen dem Wähler keine Wahlkosten so werden alle Wähler mit einer Parteipräferenz sich an der Wahl beteiligen, indifferente Wähler dagegen auf eine Wahl verzichten, da sich für sie kein Nutzen aber auch keine Nachteile durch eine Enthaltung ergeben.⁷² Gegenzurechnende Kosten (K) entstehen jedoch zum Beispiel durch die aufzuwendende Zeit für Wahlgang oder Informationssammlung im Vorfeld der Wahl,⁷³ die Kosten können also auch bei Bürgern mit Parteipräferenz den Nutzen überwiegen, eine Enthaltung wäre in diesem Fall rational.

Da der gewichtete Nutzen gerade aufgrund der auch im internationalen Vergleich relativ hohen Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen im Vergleich zu den persönlichen Kosten ausgesprochen niedrig ist, wird N_N negativ sein, eine Wahlbeteiligung dementsprechend also unwahrscheinlich:⁷⁴

⁷² Downs, Anthony; Wildenmann, Rudolf (Hrsg.): Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen 1968, S. 268.

⁷³ Vgl. Kirchgässner, Gebhard: Hebt ein „knapper“ Wahlausgang die Wahlbeteiligung? Eine Überprüfung der ökonomischen Theorie der Wahlbeteiligung anhand der Bundestagswahl 1987; in: Kaase, Max; Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 447.

⁷⁴ Genaugenommen setzt hier ein Regelkreislauf ein, da bei hierdurch sinkender Wahlbeteiligung es für den einzelnen Wähler wieder lohnender wird, an der Wahl teilzunehmen, N_N also wieder über null steigt. Jedoch wird entgegenwirkend N_N wieder kleiner, da diese Überlegungen von einer ganzen Anzahl von Wählern getroffen werden, die Wirkung der einzelne Stimme also dennoch gering bleibt. Zusammenfassend sei gesagt, daß dieser Regelkreislauf für die weitere Betrachtung zweitrangig ist, mit ihm gelingt es nicht, das Mißverhältnis von $g_S * N_{WE}$ und K in bezug auf die real vorhandene Wahlbeteiligung zu klären.

„Der Nutzen durch die »richtige« Regierung darf nicht absolut interpretiert werden. Der Nutzen wird nicht dadurch erzielt, daß die Wählerin ihre Stimme der »richtigen« Partei gibt, sondern dadurch, daß dies die Mehrheit der Wählenden tut. Der Einfluß einer einzelnen Stimme ist verschwindend gering.“⁷⁵

In dieser Form scheint also eine Erklärung der Wahlbeteiligung mittels der Rational-Choice-Theorie nicht stichhaltig, es kommt zum sogenannten ‚Paradoxon des Wählens‘. Zur Lösung dieses Problems haben sich nach ARMINGEON, neben wenig überzeugenden wie der völligen Überschätzung des Einflusses der eigenen Stimme auf den Wahlausgang – wobei dann aber kaum mehr von einer rationalen Entscheidung die Rede sein könnte –, drei ernsthafte Ansätze entwickelt.⁷⁶ Da das Gewicht der einzelnen Stimme in Bezug auf den Wahlausgang (g_s) geradezu als infinitesimal anzunehmen ist, $g_s * N_{WE}$ also gegen null tendiert, kommt diesen Hilfskonstrukten tatsächlich die überwiegende Begründung der Wahlbeteiligung im Rational-Choice-Ansatz zu, wodurch es auch für Wähler ohne Parteipräferenz eventuell rational wird, sich an der Wahl zu beteiligen. Für die Beurteilung der Tauglichkeit des Rational-Choice-Ansatzes für die Wahlbeteiligungsforschung ist daher die Stichhaltigkeit der Auflösungsversuche dieses nach der lakatoschen Methodologie als Anomalie zu bezeichnenden Phänomens von elementarer Bedeutung. Der erste Ansatz sieht die Lösung im Einführen einer weiteren Nutzenkomponente (N_2):

$$N_N = g_s * N_{WE} + N_2 - K > 0$$

Diesen zusätzlichen Anreiz könnte man als eine Art Befriedigung über die Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten oder aber einen langfristigen Nutzen aus einer funktionsfähigen Demokratie erklären.⁷⁷ Sie wird vor allem von der persönlichen Einstellung des potentiellen Wählers aber auch von der Wichtigkeit der speziellen Wahl aus seiner Perspektive abhängig sein. Alternativ könnte man den zusätzlichen Gewinn auch als Vermeidung von Nachteilen oder Kosten in Form psychischer Belastung (Gewissensbisse) und/oder sozialer Sanktionen bei einer Nichtteilnahme formulieren.

⁷⁵ Mensch, Kirsten: Die segmentierte Gültigkeit von Rational-Choice-Erklärungen. Warum Rational-Choice-Modelle die Wahlbeteiligung nicht erklären können, Opladen 1999, S. 72.

⁷⁶ Vgl. Armingeon, Klaus: Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 46, Heft 1, Köln 1994, S. 45f.

⁷⁷ Vgl. Fuchs, Dieter; Kühnel, Steffen: Wählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung; in: Klingemann, Hans-Dieter; Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen 1994, S. 314.

Das ‚Minimax-Regret‘-Modell von FEREOHNS und FIORINA dagegen ist ein spieltheoretischer⁷⁸ Ansatz.⁷⁹ Der Wähler nimmt einen gewissen Aufwand durch die Teilnahme an der Wahl (K) auf sich, um einen sehr viel größeren wenn auch unwahrscheinlichen Schaden von sich abzuwenden, der entstehen könnte, wenn die aus seiner Sicht falsche Partei oder Koalition den Wahlausgang für sich bestimmt.⁸⁰ Allerdings ist auch dieses Modell nicht schlüssig, da der mit Abstand schlechteste Fall für den Wähler nicht der Gewinn der Wahl durch eine nicht präferierte Partei oder Koalition darstellt, sondern zum Beispiel gesundheitliche Schäden während des Wahlbesuchs. So sieht KIRCHGÄSSNER die Wahrscheinlichkeit für einen Unfall auf dem Weg zum Wahllokal als wahrscheinlicher an als die Möglichkeit, als entscheidende Stimme die Wahl zugunsten der bevorzugten Partei oder Koalition zu entscheiden.⁸¹ Der dritte Ansatz ist bestrebt, die vorhandene Wahlbeteiligung durch Gruppenintegrationsprozesse zu erklären.⁸² MENSCH analysiert die Auflösungsversuche des Wahlbeteiligungsparadoxons in ihrer Forschungsarbeit ‚Die segmentierte Gültigkeit von Rational-Choice-Erklärungen‘ weitaus detaillierter als ARMINGEON, kommt jedoch zu einem ähnlichen Ergebnis:

„Alle hier besprochenen Auflösungsversuche des Wahlbeteiligungsparadoxons scheitern.“⁸³

Da das Gewicht der einzelnen Stimme in Bezug auf den Wahlausgang (g_s) geradezu als infinitesimal anzunehmen ist, $g_s * N_{WE}$ also gegen null tendiert, kommt diesen Hilfskonstrukten tatsächlich die überwiegende Begründung der Wahlbeteiligung im Rational-Choice-Ansatz zu, wodurch es auch für Wähler ohne Parteipräferenz eventuell rational wird, sich an der Wahl zu beteiligen. Nach MENSCH liegt bei der Analyse der Wahlbeteiligung eine risikobe-

⁷⁸ Die sozialwissenschaftliche Spieltheorie ist ein mathematischer Ansatz zur Analyse und Lösung von Optimierungsproblemen, wofür entscheidend ist, daß die Struktur des Problems in Regeln gefaßt werden kann, welche den beteiligten Individuen bekannt sein müssen und Entscheidungen rational getroffen werden (vgl. Fuchs-Heinritz, Werner; Lautmann, Rüdiger; Rammstedt, Otthein; Wienold, Hanns (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie, 3. Auflage, Opladen 1995, S. 633f).

⁷⁹ Zu Ferejohns und Fiorinas ‚Minimax-Regret‘-Modell siehe: Ferejohn, John A.; Fiorina, Morris: The Paradox of Not Voting, A Decision Theoretic Analysis; in: American Political Science Review, Jg. 68, Heft 2, Washington 1974, S. 525-536.

⁸⁰ Vgl. Kirchgässner, Gebhard: Hebt ein „knapper“ Wahlausgang die Wahlbeteiligung? Eine Überprüfung der ökonomischen Theorie der Wahlbeteiligung anhand der Bundestagswahl 1987; in: Kaase, Max; Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 449.

⁸¹ Vgl. Kirchgässner, Gebhard: Hebt ein „knapper“ Wahlausgang die Wahlbeteiligung? Eine Überprüfung der ökonomischen Theorie der Wahlbeteiligung anhand der Bundestagswahl 1987; in: Kaase, Max; Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 449.

⁸² Vgl. Armingeon, Klaus: Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 46, Heft 1, Köln 1994, S. 45.

⁸³ Mensch, Kirsten: Die segmentierte Gültigkeit von Rational-Choice-Erklärungen. Warum Rational-Choice-Modelle die Wahlbeteiligung nicht erklären können, Opladen 1999, S. 156.

haftete Niedrigkostensituation vor, die verbunden ist mit einem ebenfalls niedrigen Nutzenfaktor; situative Störfaktoren haben also einen hohen Einfluß auf die Entscheidung und das Rational-Choice-Verfahren kann methodologisch bedingt keine vollständige Erklärung erreichen.⁸⁴

3.2.2 Relevanz des Rational-Choice-Ansatzes für die Wahlbeteiligungsforschung

Auch wenn sicherlich einige Ansätze der Rational-Choice-Theorie ihre Berechtigung in der Wahlbeteiligungsforschung haben, so können sie kaum ohne weitreichende Modifikationen die vorhandene Wahlbeteiligung erklären. Das Paradoxon, daß es trotz geringer Auswirkungen der eigenen Stimme und vergleichsweise hohen persönlichen Einschränkungen und Gefährdungen durch die Wahlbeteiligung zum Wahlakt kommt, läßt sich lediglich mit Hilfskonstrukten wie der Einführung eines Pflichtgefühls, dem Ausweichen auf die Spieltheorie oder aber die Gruppenintegrationen hinreichend begründen. Diese Ansätze sind jedoch nicht genuin der Rational-Choice-Theorie entwachsen, sondern stützen sich vor allem auf Erkenntnisse der traditionellen Wahlsoziologie oder aber sind weniger theoretisch fundiert sondern viel-mehr intuitiv zur Klärung des Wahlparadoxons eingebracht worden.⁸⁵ Die Einführung ergänzender Nutzenkomponenten widerspricht dem ursprünglichen Ansatz der Rational-Choice-Theorie, die Entscheidung für eine Handlungsalternative als lediglich vom instrumentellen Nutzen abhängig zu erklären, statt dessen werden wie GREEN und SHAPIRO es bezeichnen ‚psychic benefits‘ hinzugezogen.⁸⁶ Selbständig gelingt es dem Rational-Choice-Ansatz also nicht, Wahlbeteiligung beziehungsweise das Verhältnis Wähler zu Nichtwähler hinreichend zu erklären. Sie muß hierfür auf andere Theorieansätze zurückgreifen:

„[D]ie Ausweitung der Handlungsmotive zur Lösung des Paradox’ des Wählens [bedeutet, d. Verf.] lediglich eine Neuverpackung früherer Ergebnisse des sozialpsychologischen Paradigmas.“⁸⁷

Auch das Problem der nicht möglichen allumfassenden Informiertheit grenzt die Verwendungsmöglichkeiten des Rational-Choice-Ansatzes ein. Es ist nicht nur dem Wähler schlicht so gut wie unmöglich, seine Wahl- und Wahlbeteiligungsentscheidung auf wirklich vollstän-

⁸⁴ Vgl. Mensch, Kirsten: Die segmentierte Gültigkeit von Rational-Choice-Erklärungen. Warum Rational-Choice-Modelle die Wahlbeteiligung nicht erklären können, Opladen 1999, S. 228.

⁸⁵ Vgl. Armingeon, Klaus: Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 46, Heft 1, Köln 1994, S. 45.

⁸⁶ Vgl. Green, Donald P.; Shapiro, Ian: Pathologies of Rational Choice Theory. A Critique of Applications in Political Science, New Haven 1994, S. 48-55.

⁸⁷ Kühnel, Steffen M.; Fuchs, Dieter: Nichtwählen als rationales Handeln: Anmerkung zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung II; in: Kaase, Max; Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.) Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen 1998, S.350f.

digen entscheidungsrelevanten Informationen zu fällen, es ist auch aufgrund der im Vergleich zum Nutzen relativ hohen Informationskosten für den Wähler geradezu unrational, diese umfassende Aufgeklärtheit anzustreben:

„Es ist dann rationaler, mehr oder weniger ignorant zu bleiben. Die Wähler werden also darauf verzichten, nach perfekten Entscheidungen auf der Basis eines »enzyklopädischen« Informationsstandes zu streben, sondern sich stattdessen [sic!] am Prinzip der beschränkten Rationalität orientieren [...]“⁸⁸

Es werden daher von den Individuen Möglichkeiten gesucht, die Entscheidung aufgrund von günstigen vorerarbeiteten aber dadurch auch vorgefärbten Informationen zu treffen. Die Komplexität der Entscheidung für die Individuen sinkt zum Beispiel durch Anlehnung an Ideologien, Verbundenheit mit einer politischen Partei oder Rückerinnerung an frühere ähnliche Entscheidungen. HASTIE beschreibt dieses Vorgehen treffend als das Konzept des „kognitiven Geizkragens“⁸⁹. Gerade diese Verringerung der Komplexität und die sich daraus ergebende Vereinfachung der Entscheidung für das Individuum erschweren aber die Analysemöglichkeiten mittels des Rational-Choice-Ansatzes, da die individuelle Entscheidung weniger auf objektiv erfaßbaren Informationen beruht, sondern vielmehr überwiegend auf subjektiven Kriterien.

Die Bedeutung des Rational-Choice-Ansatzes in der Wahlbeteiligungsforschung liegt daher nicht in der Erklärung der Wahlbeteiligung im Ganzen, sondern nur in der Bereitstellung eines Analysewerkzeugs für kleinere Teilaspekte, da für den Rational-Choice-Ansatz aufgrund des nicht lösbaren Wahlbeteiligungsparadoxons keine allgemeine, sondern lediglich eine beschränkte, segmentierte Gültigkeit angenommen werden kann.⁹⁰ Eine mögliche Anwendung des Rational-Choice-Verfahrens ist beispielsweise die Analyse situativer Entscheidungsmerkmale. Verhaltensveränderungen werden als Folge kurzfristiger, extern auf den Wähler einwirkender Einflüsse erklärt.⁹¹ So erscheint es plausibel, daß eine Erhöhung der Wahlkosten (K) durch lange Anreise zum Wahllokal, Unwetter, zeitgleich stattfindende persönliche oder allgemeine ‚Großereignisse‘ wie Familienfeiern, Fußballspiele und anderes durchaus in Nuancen die Bereitschaft zur Wahl senken, wohingegen bei einem Anstieg des Wahlnutzens (N_{WE}) oder einem Anwachsen des Einflusses der einzelnen Stimme (g_s) durch einen prognos-

⁸⁸ Schmitt-Beck, Rüdiger: Politische Kommunikation und Wählerverhalten. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2000, S. 36f.

⁸⁹ Hastie, Reid: A Primer of Information-Processing Theory for the Political Scientist; in: Lau, Richard R.; Sears, David O. (Hrsg.): Political Cognition, Hillsdale 1986, S. 29 (zitiert nach: Schmitt-Beck, Rüdiger: Politische Kommunikation und Wählerverhalten. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2000, S. 37).

⁹⁰ Vgl. Mensch, Kirsten: Die segmentierte Gültigkeit von Rational-Choice-Erklärungen. Warum Rational-Choice-Modelle die Wahlbeteiligung nicht erklären können, Opladen 1999, S. 153-159.

⁹¹ Vgl. Falter, Jürgen W.; Schumann, Siegfried; Winkler, Jürgen: Erklärungsmodelle von Wählerverhalten; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 37-38/90, Bonn 1990, S. 11.

tizierten knappen Wahlausgang oder eine besondere Bevorteilung oder Benachteiligung durch ein spezielles Wahlergebnis die Partizipationsbereitschaft zunimmt. Auch Parteien haben ein besonderes Interesse an der Wahlbereitschaft ihrer Mitglieder bei bedeutungsvollen Wahlen; eine Reduzierung der Wahlumstände (K) beispielsweise durch Unterstützung bei der Informationsfindung im Vorfeld oder aber der Hilfe bei der Anreise zum Wahllokal speziell für ältere Menschen können einen nachhaltig positiven Einfluß auf die Wahlbereitschaft haben.⁹²

Weiterhin liegt eine Einsatzmöglichkeit der Rational-Choice-Theorie in der eingeschränkten Anwendung auf spezielle Wähler- beziehungsweise Nichtwählergruppen, welche sich bei ihrer Teilnahmeentscheidung ausschließlich auf kurzfristige Motive stützen und nicht von langfristigen Erwägungen oder sozialen Zwängen leiten lassen.⁹³

Die Stärke des Rational-Choice-Verfahrens liegt dabei allerdings eher in der Vorzeichenanalyse der Einflüsse auf die Wahlbeteiligung als in der Quantifizierung der Einflußstärke.⁹⁴

3.3 Protest- und Verdrossenheitstheorie

Nach der Protest- und Verdrossenheitstheorie ist zumindest ein Teil der Wahlenthaltung die Folge von Unzufriedenheit des Bürgers mit dem herrschenden politischen System, also Ausdruck einer nachlassenden Zustimmung und damit eines Legitimitätsverlustes des Systems.⁹⁵ Unzufriedenheit mit politischen aber auch wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Aspekten erhöht die Wahrscheinlichkeit, daß Protest in Form von Nichtwahl oder Wahl extremer Parteien geäußert wird.⁹⁶ Der Begriff der Verdrossenheit ist jedoch nicht klar definiert und daher als Grundlage einer wissenschaftlichen Studie unzureichend:

„Im Überblick erscheint Politikverdrossenheit als ein „extrem heterogenes Konzept, das in unsystematischer Weise auf eine ganze Reihe von Sachverhalten bezogen wird und den Kriterien für einen wissenschaftlichen Begriff nicht genügt, weil es ihm an Eindeutigkeit und Präzision mangelt.“⁹⁷

⁹² Vgl. Kirchgässner, Gebhard: Hebt ein „knapper“ Wahlausgang die Wahlbeteiligung? Eine Überprüfung der ökonomischen Theorie der Wahlbeteiligung anhand der Bundestagswahl 1987; in: Kaase, Max; Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 449f.

⁹³ Vgl. Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 35.

⁹⁴ Vgl. Mensch, Kirsten: Die segmentierte Gültigkeit von Rational-Choice-Erklärungen. Warum Rational-Choice-Modelle die Wahlbeteiligung nicht erklären können, Opladen 1999, S. 230.

⁹⁵ Vgl. Renz, Thomas: Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4/97, Opladen 1997, S. 583. Vgl. Schumann,

⁹⁶ Siegfried: Unzufriedenheit und Bindungslosigkeit als Ursache für die Neigung zur Wahl extremer Parteien und zur Stimmenthaltung; in: Kaase, Max; Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen 1998, S.572.

⁹⁷ Arzheimer, Kai: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden 2002, S. 294.

Eine Präzisierung und Spezifizierung politischer Verdrossenheit ist daher notwendig. Es sind unterschiedliche Arten der politischen Unzufriedenheit und der daraus resultierenden Verdrossenheit zu klassifizieren, welche nach KÜCHLER als Staats- beziehungsweise Demokratieverdrossenheit, Parteienverdrossenheit und Politikverdrossenheit zu bezeichnen sind:

„Unter Staatsverdrossenheit wollen wir verstehen eine Unzufriedenheit mit der Staatsform, also der repräsentativen parlamentarischen Demokratie; unter Parteienverdrossenheit eine Unzufriedenheit mit dem Spektrum der etablierten Parteien; und unter Politikverdrossenheit schließlich eine Unzufriedenheit mit der konkreten Art und Weise, wie Politik gemacht wird.“⁹⁸

Diese Unterteilung wird jedoch oftmals gerade in der Öffentlichkeit fälschlicherweise unterlassen:

„Alle Arten von Verdruß und Verdrossenheit werden von Journalisten und Politikern, weniger von Politikwissenschaftlern, zumeist unterschiedslos in einen Topf geworfen, so als herrsche Parteien-, Politik- und Demokratieverdrossenheit aller Orten.“⁹⁹

Zur Typologisierung politischer Unzufriedenheit kann ein von WESTLE durch Erweiterung des EASTONSCHEN Modells politischer Unterstützung gewonnener Ansatz verwendet werden.¹⁰⁰

3.3.1 Theorie der politischen Unterstützung nach EASTON

Nach EASTON besteht die grundlegende Aufgabe eines politischen Systems in der bindenden Wertzuteilung an die Gesellschaft. Forderungen der Bürger werden in verbindliche Entscheidungen umgewandelt. Gelingen kann dies nur, wenn das politische System Unterstützung durch seine Mitglieder erhält, ansonsten ist seine Existenz gefährdet.

In EASTONS systemtheoretischem Modell werden die Systemebenen der politischen Gemeinschaft, der politischen Ordnung und der politischen Herrschaftsträger unterschieden, mit denen die Mitglieder der Gesellschaft über Input-Output-Prozesse verbunden sind:

⁹⁸ Küchler, Manfred: Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit?; in: Raschke, Joachim (Hrsg.): Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Opladen 1982, S. 40.

⁹⁹ Lösche, Peter: Parteienverdrossenheit ohne Ende? Polemik gegen das Lamentieren deutscher Politiker, Journalisten, Politikwissenschaftler und Staatsrechtler; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/95, Opladen 1995, S. 150.

¹⁰⁰ Zu Eastons Theorie der politischen Unterstützung siehe: Easton, David: A System of Analysis of Political Life, New York 1965; zu Westles Erweiterung des Eastonschen Konzepts siehe: Westle, Bettina: Politische Legitimität, Theorien, Konzepte, empirische Befunde, Baden-Baden 1989.

Abbildung 1: Ebenen des politischen Systems nach EASTON

Ebenen des politischen Systems	Unterelemente der Ebenen
politische Gemeinschaft (political community)	
politische Ordnung (regime)	politische Prinzipien politische Philosophie politische Werte politische Normen politische Struktur Struktur der politischen Ordnung Struktur der politischen Institutionen und Autoritätsrollen
politische Herrschaftsträger (political authorities)	Inhaber der Autoritätsrollen

Quelle: Westle, Bettina: Politische Legitimität, Theorien, Konzepte, empirische Befunde, Baden-Baden 1989, S. 59.

Als System-Input werden die Unterstützung und die Forderungen der Gemeinschaftsmitglieder, als System-Output die Gesetze und Verordnungen und die angestrebten Ziele der Herrschenden bezeichnet.¹⁰¹

Die Stabilität des Systems ist von der Unterstützungsleistung der Mitglieder abhängig, bei der nach EASTON zwei beziehungsweise durch die Erweiterung von WESTLE drei Arten unterschieden werden können:¹⁰²

- Die spezifische Unterstützung ist primär auf die politischen Herrschaftsträger gerichtet, ist kurzfristiger und objektgebundener Natur und ergibt sich aus der Bewertung der Leistung beziehungsweise des Outputs der politischen Führung durch die Gesellschaftsmitglieder.
- Die diffuse Unterstützung dagegen ist eine wertebasierende, langfristige und damit leistungs- und outputunabhängige Unterstützungsart.
- WESTLE fügt ergänzend zur diffusen und spezifischen Unterstützung die diffus-spezifische Unterstützung als weitere Unterstützungsart in EASTONS Modell ein, da gerade die diffuse Unterstützung der politischen Ordnung und Herrschaft im empirischen Alltag kaum sinnvoll zu messen ist. Konkrete, kurzfristige und leistungsorientierte Aspekte spielen eine meist nicht unbedeutende Rolle bei der Bewertung der allgemeinen Zufriedenheit. Die daher eingefügte diffus-spezifische Unterstützung enthält als Bindeglied zwischen diffuser

¹⁰¹ Vgl. Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 58.

¹⁰² Vgl. Westle, Bettina: Zur Akzeptanz der politischen Parteien und der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland; in: Kaase, Max; Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 255.

und spezifischer Unterstützung sowohl eine Wertorientierung als auch eine Outputbewertung. Genaugenommen wird der Output der politischen Führung wertebasierend beurteilt. Gemäß dieser Einteilung lassen sich beispielhaft folgende Indikatoren für die politische Unterstützung – beziehungsweise bei Mangel an diesen für die politische Entfremdung – finden:

Abbildung 2: Indikatoren politischer Unterstützung beziehungsweise politischer Entfremdung nach EASTON

<i>Unterstützungsebene</i>	<i>Unterstützungsarten</i>		
	diffus	diffus-spezifisch	spezifisch
politische Gemeinschaft	Nationalbewußtsein		
politische Ordnung		System- und Demokratie-zufriedenheit Vertrauen in die gesellschaftlichen Institutionen	
politische Herrschaftsträger		Vertrauen in die Parteien und die Regierung Parteiensympathie Politikerbild	Kompetenz der Parteien, der Bundesregierung und der Politiker

Quelle: Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 60.

Auf diesen Indikatoren basierend können nun unterschiedliche Dimensionen politischer Verdrossenheit definiert werden.¹⁰³ Sind lediglich die Herrschaftsträger von der politischen Unzufriedenheit der Bürger betroffen, so kann man beispielsweise von einer Parteien- oder Politikerverdrossenheit sprechen. Erstreckt sich dagegen die Unzufriedenheit auch auf die Ebene der politischen Ordnung, so ist das gesamte System einer Entfremdung ausgesetzt. Dies könnte man also als eine Systemverdrossenheit oder aber im Speziellen als eine Demokratieverdrossenheit bezeichnen.

Resultierend aus einer Parteienverdrossenheit ergeben sich zwei mögliche Handlungsmuster:

Bei relativ hohem Politikinteresse wird der unzufriedene Bürger, falls die Möglichkeit besteht, auf alternative Oppositions- oder Protestparteien ausweichen.

¹⁰³ Vgl. Pickel, Gert; Walz, Dieter: Politikverdrossenheit in Ost- und Westdeutschland: Dimensionen und Ausprägungen; in: Politische Vierteljahrsschrift, Jg. 38, Heft 1, Wiesbaden 1997, S. 31.

- Der politisch uninteressiertere Bürger dagegen wird zur Nichtpartizipation tendieren. Die genaueren Bedingungen für dieses unterschiedliche Verhalten können mit der Theorie der politischen Entfremdung nach SCHWARTZ erklärt werden.

3.3.2 Theorie der politischen Entfremdung nach SCHWARTZ

Entfremdung, also mangelnde Identifikation mit dem politischen System, ergibt sich nach SCHWARTZ aus individuellen Wertekonflikten, welche gemäß psychologischer Theorien der Dissonanzvermeidung einen Identifikationsentzug des Bürgers zur Abschwächung des Konfliktes nach sich ziehen.¹⁰⁴ Wertekonflikte ergeben sich aus fundamentalen Differenzen zwischen persönlichen Wertvorstellungen und der subjektiven Möglichkeit, diese in der politischen Gemeinschaft zu verwirklichen.

Nach SCHWARTZ ergeben sich im Falle eines Wertekonfliktes, folgende Handlungsalternativen für die Betroffenen:¹⁰⁵

- Individuen, welche einem Wertekonflikt ausgesetzt sind, aber dennoch von den eigenen politischen Einflußmöglichkeiten oder der Existenz einer politisch relevanten Organisation, die ihre Interessen ausreichend vertritt, überzeugt sind, tendieren zu „reformistischem Verhalten“¹⁰⁶. Hierfür partizipieren sie sowohl mittels Wahlteilnahme wie auch Mitarbeit in entsprechenden politischen Gemeinschaften.
- Individuen dagegen, welche sowohl einem Wertekonflikt ausgesetzt sind, als auch ihren eigenen politischen Einfluß wie auch ihre Kompetenz als gering einschätzen, werden auf eine Partizipation verzichten.
- Werden diese Personen jedoch von starken Wertevorstellungen dominiert, welche gerade der politischen Partizipation einen wichtigen Stellenwert beimessen, so können sie zu radikalem Verhalten neigen.

Ein Nichtwähler nach SCHWARTZ wäre davon überzeugt, durch sein eigenes politisches Engagement keine nachhaltige Besserung seines Wertekonfliktes erzielen zu können; hierdurch grenzt er sich vom Protestwähler ab. Der Rückzug aus der Partizipation zieht ein zunehmen-des politisches Desinteresse nach sich, welches eine Rückkehr zu aktiver politischer Beteiligung auch in Zukunft erheblich erschwert, wenn auch nicht zwangsläufig unmöglich macht.

¹⁰⁴ Vgl. Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 62.

¹⁰⁵ Vgl. Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 64.

¹⁰⁶ Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 64.

3.4 Partizipatorischer Wandel und Wahlbeteiligung

Gesellschaftliche Wertorientierungen, also „generalisierte Aussagen über die kulturelle und politische Entwicklung einer Gesellschaft, eines Kulturkreises oder gar der Menschheit“¹⁰⁷ nehmen zentralen Einfluß auf das soziale und politische Verhalten der Individuen, die diese Wertvorstellungen teilen:

„Für diese Bevölkerungsteile haben Werte eine direkte oder über die politische Einstellungen vermittelte verhaltenssteuernde Funktion.“¹⁰⁸

Der Wertbegriff ist dabei in Abgrenzung zu sozialen Normen, Einstellungen und Bedürfnissen definiert:¹⁰⁹

- Werte bezeichnen bewußte oder unbewußte allgemeine Vorstellungen über das ‚Wünschenswerte‘, das ‚Richtige‘, das ‚Gute‘ und das ‚Böse‘, welche sich als Präferenzen bei der Auswahl unter Handlungsoptionen äußern.
- Normen beziehen sich im Gegensatz zu den allgemeineren Werten auf spezifische Situationen oder konkretes Verhalten.
- Einstellungen sind instabiler und unverbindlicher als Werte, sie können sich in Bezug auf eine Vielzahl von speziellen Fragestellungen entwickeln und subjektiv verändern.
- Bedürfnisse, BÜRKLIN nennt hier exemplarisch das Bedürfnis nach Nahrung, ergeben sich unabhängig von Kognitionen also unbewußt und entwickeln sich aus diffusen Trieben. Bedürfnisse können jedoch durch kognitive Verarbeitung in Werte oder zumindest wertgleiche Wünsche transferiert werden.

Im vergangenen Vierteljahrhundert war ein Wandel von einer weitestgehend traditionellen Orientierung auf religiöse Werte, Pflicht- und Akzeptanzwerte zu einer Zunahme individualistischer Werte wie „Freizeit, persönliches Glück, Gleichberechtigung und Mitbestimmung“¹¹⁰ vor allem bei den jüngeren Generationen zu beobachten. Einen Erklärungsansatz für diese Entwicklung bietet die umstrittene Postmaterialismustheorie INGLEHARTS,¹¹¹ welche hier exemplarisch als bekanntester Ansatz des Wertewandels vorgestellt werden soll.¹¹²

¹⁰⁷ Bürklin, Wilhelm: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988, S. 101.

¹⁰⁸ Bürklin, Wilhelm: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988, S. 101.

¹⁰⁹ Vgl. Bürklin, Wilhelm: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988, S. 104ff.

¹¹⁰ Völker, Marion; Völker, Bernd: Wahlenthaltung. Normalisierung oder Krisensymptom, Wiesbaden 1998, S. 58.

¹¹¹ Siehe Inglehart, Ronald: The silent revolution. Changing values and political styles among western publics, New Jersey 1977.

¹¹² Renz, Thomas: Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4/97, Opladen 1997, S. 586.

3.4.1 Die Postmaterialismustheorie INGLEHARTS

INGLEHARTS Theorie des Wertewandels postuliert einen Umbruch der gesellschaftlichen Wertorientierungen von Pflicht- und Akzeptanzwerten zu Selbstentfaltungswerten in den 60er und 70er Jahren. Sein Ansatz einer Mangel- und Sozialisationsthese setzt die Gültigkeit der Generationstheorie, einem auf Generationengegensätzen beruhenden kulturhistorischen Erklärungsversuch geschichtlicher Prozesse,¹¹³ voraus. INGLEHART überträgt MASLOWS Motivations-¹¹⁴theorie, welche eine natürliche Rangordnung menschlicher Motivationen und Bedürfnisse abhängig vom aktuellen Ausmaß ihrer Befriedigung annimmt, auf politische Wertorientierungen.¹¹⁵

In den postindustriellen westlichen Demokratien sind die materiellen Grundbedürfnisse der Bürger weitestgehend befriedigt. Dem hohen Grad an gesellschaftlichem Wohlstand stehen aber „die noch immer mangelhaft befriedigten »höheren« Bedürfnisse“¹¹⁶ gegenüber. Gemäß der Mangelthese kann nun angenommen werden, daß sich die Bedürfnispriorität der Bürger von rein materiellen Werten auf die noch unausgeprägten sogenannten postmateriellen sozialen, kulturellen und intellektuelle Werte verschiebt.¹¹⁷ Es wird also eine Art Bedürfnishierarchie der Bürger angenommen, welche sich bei ausreichender Stillung des primären Bedürfnisses nach reiner ökonomischer Sicherheit zugunsten einer höheren Lebensqualität und politischen Identität verschiebt.

Mit der Sozialisationsthese nimmt INGLEHART an, daß die veränderten Bedürfnisprioritäten ihren größten Einfluß in der gerade heranwachsenden Generation haben und die resultierenden Wertvorstellungen sie lebenslang prägen.¹¹⁸

INGLEHART nahm die Einstufung der Wertorientierung anhand folgender Frage vor:

„Auch in der Politik kann man nicht alles auf einmal haben. Auf dieser Liste finden Sie einige Ziele, die man in der Politik verfolgen kann. Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müßten, welches Ziel erschien Ihnen persönlich am wichtigsten, am zweitwichtigsten, welches käme an dritter und welches an vierter Stelle?“¹¹⁹

Die wählbaren Antworten waren:

A Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande,

B mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung,

113 Vgl. Fuchs-Heinritz, Werner; Lautmann, Rüdiger; Rammstedt, Otthein; Wienold, Hanns (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie, 3. Auflage, Opladen 1995, S. 231.

114 Siehe Maslow, Abraham H.: Motivation and Personality, New York 1954.

115 Vgl. Bürklin, Wilhelm: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988, S. 107f.

116 Bürklin, Wilhelm: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988, S. 113.

117 Vgl. Völker, Marion; Völker, Bernd: Wahlenthaltung. Normalisierung oder Krisensymptom, Wiesbaden 1998, S. 59.

118 Vgl. Bürklin, Wilhelm: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988, S. 113.

119 Bürklin, Wilhelm: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988, S. 114.

C Kampf gegen die steigenden Preise,

D Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung.

Ein Postmaterialist würde sich nun gemäß des Ansatzes vorrangig für nichtmaterielle Politikziele entscheiden (also die Antworten B und D auf die ersten beiden Ränge wählen), ein Materialist dagegen den materiellen Zielen (also die ersten beiden Ränge mit Antwort A und C besetzen) seine Priorität zukommen lassen. Bei keiner homogenen Besetzung der ersten beiden Ränge durch materielle beziehungsweise nichtmaterielle Ziele wird ein Mischtyp angenommen:

Abbildung 3: Einstufung anhand der INGLEHART-Skala

1. Rang		A	B	C	D
2. Rang	A	–		M	–
	B	–		–	PM
	C				
	D	M	–		–
		–	PM	–	

Legende:

M = Materialist

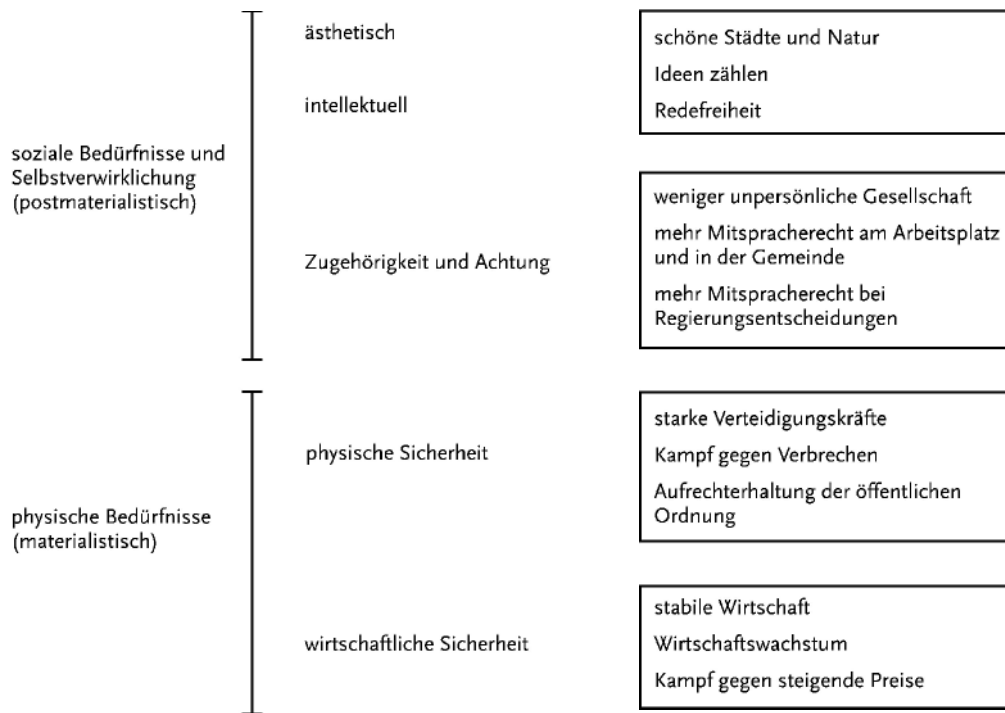
PM = Postmaterialist – =

Mischtyp

Quelle: In Anlehnung an: Bürklin, Wilhelm: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988, S. 114.

Hieraus entwickelte sich eine erweiterte Fassung, welche allerdings weiterhin das Spektrum sozialer und politischer Wertorientierung lediglich auf zwei generalisierte Basiskategorien reduziert:

Abbildung 4: Items zur Messung von Wertprioritäten nach INGLEHART



Quelle: Inglehart, Ronald: Wertewandel in westlichen Gesellschaften; in: Klages, Helmut; Kmiecik, Peter (Hrsg.): Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt a.M. 1979, S. 279.

Die Kritik an INGLEHARTS Postmaterialismustheorie läßt sich in drei Ansätze gliedern:¹²⁰

Die geforderte langanhaltende Stabilität gesellschaftlicher Wertvorstellung gemäß der Sozialisationsthese und die gleichzeitig nötige Anpassungsfähigkeit der Wertbedürfnisse an die sozioökonomischen Rahmenbedingungen nach der Mangelthese sind widersprüchlich; INGLEHARTS Prägungsthese erscheint daher fragwürdig. Diese Kritik wird zusätzlich gestützt von Erhebungen, welche nachweisen konnten, daß die postmaterialistische Prägung mit zunehmendem Alter einer materialistischen weicht und der Anteil der Materialisten in den älteren Generationen konstant bleibt, was im Gegensatz zu INGLEHARTS Ansatz vielmehr auf eine lebenszyklische Verteilung hindeutet.¹²¹

Die methodische Kritik richtet sich gegen die Reduzierung der gesellschaftlichen Wertorientierung auf lediglich zwei Aspekte, was eine differenzierte Analyse des Wertewandels kaum ermöglicht.

¹²⁰ Vgl. Völker, Marion; Völker, Bernd: Wahlenthaltung. Normalisierung oder Krisensymptom, Wiesbaden 1998, S. 61.

¹²¹ Vgl. Bürklin, Wilhelm: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988, S. 113.

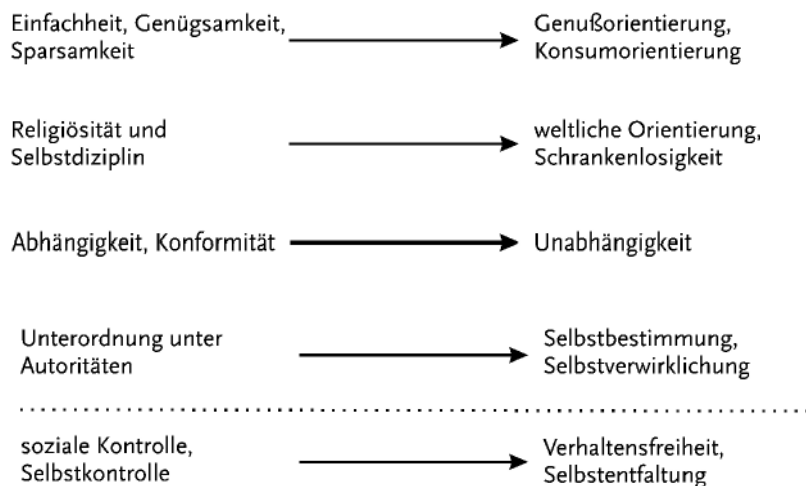
Die Frage nach der Entstehung von Wertorientierungen und des Zusammenhangs dieser mit dem politischen Verhalten werden nur unzureichend betrachtet, die theoretische Grundlegung des Ansatzes ist in diesen Aspekten unzureichend.

Trotz dieser Kritikpunkte kann die Theorie des Wertewandels mittels der Wahlnorm, welche eine „wichtige Erklärungsgröße für die individuelle Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung“¹²² repräsentiert, einen Beitrag zur Erklärung von Wahlenthaltung liefern.

3.4.2 Der Einfluß des Wertewandels auf die Wahlnorm und die Wahlbeteiligung

Die Wertorientierungen verändern sich nicht linear. Zwar ist durchaus eine Bedeutungsabnahme der materiellen und eine Bedeutungszunahme der postmateriellen Werte zu beobachten, es kristallisiert sich aber verstärkt eine Durchsetzung der Gesellschaft mit Mischtypen heraus, was die dichotome Unterscheidung zwischen Materialist und Postmaterialist zersetzt.¹²³ Akzeptanzwerte werden nicht zwangsläufig einfach durch Selbstentfaltungswerte ersetzt, Wertewandel kann sich ebenfalls in Wertsynthese oder Wertverlust äußern.¹²⁴ Der Wertewandel von Pflicht- zu Selbstentfaltungswerten läßt sich hierbei in unterschiedliche Dimensionen gliedern:

Abbildung 5: Dimensionen des Wertewandels



Quelle: Bürklin, Wilhelm: Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung; in: Starzacher, Karl; Schacht, Konrad; Friedrich, Bernd; Leif, Thomas (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?, Köln 1992, S. 28.

¹²² Rattinger, Hans; Krämer, Jürgen: Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Kausalanalyse, in: Politische Vierteljahrsschrift, Jg. 36, Heft 2, Wiesbaden 1995, S. 275.

¹²³ Vgl. Renz, Thomas: Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4/97, Opladen 1997, S. 587.

¹²⁴ Vgl. Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 45.

Dieser umfassende Wandel zieht auch veränderte Partizipationsbedürfnisse der Individuen nach sich. Mit der je nach Individuum mehr oder weniger stark ausgeprägten Durchsetzung der Gesellschaft mit postmaterialistischen Werten rücken damit auch die mit diesen Werten eng verbundenen unkonventionellen Partizipationsformen in das Interesse der Bürger. Die Wahlbeteiligung wird dagegen zunehmend weniger als Bürgerpflicht angesehen. Die Wahlnorm, welche den konventionellen materialistischen Akzeptanz- und Pflichtwerten beziehungsweise den daraus resultierenden Verhaltensnormen zuzuordnen ist, nimmt dementsprechend ab. Der Wunsch nach Partizipation ist nicht mehr zwangsläufig mit der Teilnahme an Wahlen verbunden, die erhöhten Ansprüche an die Qualität der Partizipation, kann der Wahlakt nicht befriedigen,¹²⁵ qualifizierte und subjektnähere Bürgerbeteiligung auf allen System-ebenen ist die postmaterialistische Vorstellung von Partizipation.¹²⁶ Der Einfluß der Wahlnorm und damit indirekt auch des Wertewandels auf die Wahlbeteiligung wird beispielsweise von RATTINGER und KRÄMER nachgewiesen:

„Es wird deutlich, daß [...] zwischen der Veränderung der Akzeptanz der Wahlnorm und der Veränderung der Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung ein monotoner positiver Zusammenhang besteht [...].“¹²⁷

In der allgemeinen Bewertung der Bedeutung des Wertewandels für die Gesellschaft ergeben sich zwei konträre Standpunkte:¹²⁸

- Die traditionellen Werte bilden die Basis unserer Gesellschaft, und die Abnahme ihrer Bedeutung kann als Auflösungstendenz angesehen werden.
- Wertewandel stellt eine notwendige Fortentwicklung der Gesellschaft dar, ist also als evolutionär und normal zu betrachten.

In Bezug auf die Wahlbeteiligung ergeben sich zusätzlich parallel die Bewertungsmöglichkeiten gemäß der Normalisierungs- und Krisenthese, welche dann einerseits den Einfluß auf die Wahlnorm, andererseits aber auch die anwachsende Bedeutung der alternativen, postmaterialistischen Partizipationsformen berücksichtigen müssen.

¹²⁵ Vgl. Renz, Thomas: Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz zum Stand einer immer endenden Diskussion; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4/97, Opladen 1997, S. 588.

¹²⁶ Vgl. Feist, Ursula: Nichtwähler 1994. Eine Analyse der Bundestagswahl 1994; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 5 1-52/94, Bonn 1994, S. 37.

¹²⁷ Rattinger, Hans; Krämer, Jürgen: Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Kausalanalyse, in: Politische Vierteljahrsschrift, Jg. 36, Heft 2, Wiesbaden 1995, S. 275.

¹²⁸ Vgl. Völker, Marion; Völker, Bernd: Wahlenthaltung. Normalisierung oder Krisensymptom, Wiesbaden 1998, S. 58.

3.5 Parteiidentifikation – exemplarische Diskussion eines theorieübergreifenden Aspekts

Neben den vorgestellten vier Ansätzen existieren parallel noch weitere Modelle, welche teilweise in den aufgeführten Theorien aufgehen beziehungsweise keine neuen Erkenntnisse erbringen. Auch die vier dieser Studie zugrundegelegten Theorieansätze überschneiden und ergänzen sich, stehen aber ebenso in manchen Aspekten konträr zueinander. Exemplarisch für einen theorieübergreifenden Prädiktor der Wahlbeteiligung wird die Parteiidentifikation der potentiellen Wähler diskutiert werden.

Ableitbar aus der Ressourcentheorie, welche die langanhaltende Identifikation mit einer Partei als Folge der ‚Cleavage‘-Bildung in Gesellschaften und als Anzeichen gesellschaftlicher Integration sieht, ist sie problemlos in die Kosten-Nutzen-Kalkulation des Rational-Choice-Ansatzes integrierbar: Ein möglichst hoher subjektiver Wahlnutzen ist nur dann erzielbar, wenn es auch einen möglichen Sieger gibt, mit dessen politischen Vorstellungen sich der Wähler identifiziert. Die Protest- und Verdrossenheitstheorie dagegen prognostiziert resultierend aus nachlassender Unterstützung (also auch nachlassender Identifikation) für politische Herrschaftsträger, also beispielsweise Parteien, ein rückläufiges politisches Engagement der Bürger oder das Ausweichen auf alternative Partizipationsformen. Auch die Theorie des Wertewandels läßt die zunehmende Nutzung alternativer Beteiligungsformen erwarten, da die Bürger lediglich durch die klassische Partizipation ihren Wunsch nach Mitbestimmung nicht befriedigt sehen. Dies ist natürlich um so wahrscheinlicher, je niedriger die Identifikation mit einer Partei ist, da in diesem Fall selbst bei einer Wahlbeteiligung zugunsten eines Kandidaten dieser nicht die (genauen) eigenen politischen Wünsche und Vorstellungen repräsentiert.

Auch der sozialpsychologische Ansatz der Michigan-School, welcher allerdings keiner weiteren Analyse unterzogen werden wird, da die Prüfung individueller psychologischer Aspekte der Wahlbeteiligungsentscheidung mit dem zugrundegelegten Datensatz nicht realisierbar ist, gesteht der Parteiidentifikation einen Einfluß auf die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung zu. Im Gegensatz zum Ansatz der Columbia-School, welcher Wahlenthaltung als logisches Produkt sozialer Ressourcen sieht, ist der sozialpsychologische Ansatz der Michigan-School auf der Ebene der Individuen angesiedelt: „Voting is in the end an act of individuals

[...].“¹²⁹ CAMPBELL, CONVERSE, MILLER und STOKES führen differierendes Wahlverhalten auf psychologische Determinanten zurück: „[...] the motives [...] must be sought in psychological

¹²⁹ Campbell, Angus; Converse, Philip; Miller, Warren; Stokes, Donald: *The American voter*, New York 1960, S. 64.

forces on individual human beings.“¹³⁰ Die Sozialstruktur des Wählers nimmt hierbei lediglich mittels der daraus resultierenden politischen Einstellungen und einer daraus resultierenden Parteiidentifikation Einfluß auf das Wahlverhalten. Der Wähler wird mit hoher Wahrscheinlichkeit der präferierten Partei seine Stimme geben und zu ihren Gunsten an der Wahl partizipieren.¹³¹

Im Vordergrund steht selbstverständlich die Parteiidentifikation als Prädiktor beim Ansatz des ‚Dealignment‘. Neben dem Wertewandel ist gesellschaftlicher Wandel auch durch zunehmende Individualisierung verbunden mit der Abschwächung der ideologischen und strukturellen Milieubindungen charakterisiert. Resultierend ergeben sich Einflüsse nicht nur auf die Werteorientierungen sondern auch auf die dauerhafte Parteiidentifikation der Bürger. Hohe Mobilität bei der Parteiidentifikation und gerade bei politisch uninteressierteren Bürgern auch ein Fehlen jeglicher Parteibindung sind die Folgen.¹³² Gesellschaftlicher Wandel in oben beschriebener Richtung zieht ‚Dealignment‘ nach sich, welches sich wiederum negativ (auf der funktionellen Grundlage des Rational-Choice-Ansatzes beispielsweise) in abnehmender Bereitschaft zur Wahlbeteiligung äußert.

Das Beispiel zeigt, daß die Erklärungsmodelle mit ihren teils konträren Aspekten jedoch keinesfalls alleinstehende, voneinander losgelöste Ansätze sind, sondern sich gegenseitig beeinflussen, bedingen und in der lückenlosen Erklärung der Funktionsweisen auch teilweise voneinander abhängen. Andererseits ermöglichen sie aber auch völlig unterschiedliche Erklärungen und damit auch Bewertungen der selben Beobachtungen. Zur Bewertung und Einstufung der Wichtigkeit der einzelnen Theorieansätze für die Erklärung der Wahlenthaltung ist daher neben Einzelanalysen zur Funktionalität der einzelnen Theorien auch eine vergleichende Überprüfung ihrer Relevanz in einem Gesamtmodell nötig.

¹³⁰ Campbell, Angus; Converse, Philip; Miller, Warren; Stokes, Donald: *The American voter*, New York 1960, S. 64.

¹³¹ Vgl. Eilfort, Michael: *Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*, Paderborn 1994, S. 73.

¹³² Vgl. Schmitt-Beck, Rüdiger; Weick, Stefan: *Die dauerhafte Parteiidentifikation – nur noch ein Mythos? Eine Längsschnittanalyse zur Identifikation mit politischen Parteien in West- und Ostdeutschland*; in: *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, Ausgabe 26, Mannheim 2001, S. 4f.

4 Zur Geschichte der empirischen Wahlbeteiligungsforschung in der Bundesrepublik

Vor der empirischen Analyse wird nun noch in Kürze ein Überblick über die bisherigen empirischen Studien zur Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik gegeben werden.

Die Studie ‚The people’s choice‘ von LAZARSELD, BERELSON und GAUDET von 1940 (Datenerhebung, veröffentlicht erst 1944) stellt den Beginn der auf Befragungen basierenden Wahlstudien dar. Neben dem Wählen an sich standen auch anderweitige Partizipationsformen im Vordergrund dieser als Panel-Studie angelegten Studie, welche sich insbesondere auf die Untersuchung der sozialen Vorprägung der Individuen stützt.¹³³

Die empirische Wahlforschung in der Bundesrepublik Deutschland begann – bedingt durch das nationalsozialistische Regime, den Zweiten Weltkrieg und die Neuorientierung in der Nachkriegszeit – mit Verzögerung.¹³⁴ Der Startpunkt der Wahlforschung in der Bundesrepublik kann aufgrund einer UNESCO-Studie, in welcher neben dem Wahlverhalten auch die Kommunikation der Bürger in politischen Belangen und andere politische Aktivitäten untersucht wurden, auf 1953 datiert werden.¹³⁵ Die erste wirklich umfassende Wahlstudie wurde allerdings erst zur Bundestagswahl 1961 an den Universitäten Köln und Mannheim von BAUMERT, SCHEUCH und WILDEMANN angefertigt.¹³⁶ Die Verbindung von theoriegeleiteter Wahlkampfbeobachtung, institutioneller Wahlsystemanalyse und soziologischen und sozialpsychologischen Theoriemodellen kann als typisch für diese und auch einige folgende bundesdeutsche Wahlstudien bezeichnet werden.¹³⁷

Spezifische Studien zum Wahlbeteiligungsverhalten der Bundesbürger sind aufgrund der relativ hohen Wahlbeteiligung selten. Exemplarisch für frühe Vertreter seien hier die Studien von RADKE ‚Stimmhaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland‘ von 1972 und LAVIES ‚Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens‘ aus dem Jahr 1973 ge-

¹³⁸
nannt.

¹³³ Vgl. Uehlinger, Hans-Martin: Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle, Opladen 1988, S. 7f.

¹³⁴ Vgl. Bürklin, Wilhelm: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988, S.61.

¹³⁵ Vgl. Uehlinger, Hans-Martin: Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle, Opladen 1988, S. 10f.

¹³⁶ Vgl. Scheuch, Erwin K.: Die Kölner Wahlstudie zur Bundestagswahl 1961; in: Klein, Markus; Jagodzinski, Wolfgang; Mochmann, Ekkehard; Ohr, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten, Wiesbaden 2000, S. 42-58.

¹³⁷ Vgl. Bürklin, Wilhelm: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988, S.61.

¹³⁸ Siehe: Radke, Günter D.: Stimmhaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Meisenheim 1972. Lavies, Ralf-Rainer: Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlhaltung in historischer, politischer und statistischer Hinsicht, Düsseldorf 1973.

Bei der Arbeit von LAVIES ist hervorzuheben, daß es sich bei ihr um die erste Längsschnittstudie zur Fragestellung der Wahlbeteiligung in Deutschland handelt. LAVIES kategorisiert die Nichtwähler in insgesamt sechs Gruppen, welche noch bei der Operationalisierung der Nichtwähler in den Kapiteln 5.3 und 5.4 thematisiert werden. Er orientiert sich bei der Analyse der Nichtwähler insbesondere an sozialstrukturellen Faktoren, thematisiert den Einfluß sozialer Normen und gesellschaftlicher Integration.

RADKE konzentriert sich auf die Einstellungen und auch die sozialstrukturellen Merkmale der Bürger. Ausprägung der Wahlnorm, politisches Interesse und die Wahrnehmung der politischen Einflußmöglichkeiten unterscheiden nach RADKE Wähler und Nichtwähler. Wahlenthaltung wird nicht als Entfremdung vom politischen System ausgemacht, der harte Kern der dauerhaften Nichtwähler ist verhältnismäßig klein.

Es schlossen sich Untersuchungen von GOLZEM und LIEPELT ‚Wahlenthaltung als Regulativ: Die sporadischen Nichtwähler‘ aus dem Jahr 1976, WERNICKE ‚Die Bedingungen politischer Partizipation‘ von 1976, MARCINIAK ‚Wahlverhalten in Nordrhein-Westfalen 1948-1970‘ von 1978 und schließlich SCHOOF ‚Wahlbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik‘ im Jahr 1980 an.¹³⁹ Diese vier Studien unterliegen allerdings alle gewissen Einschränkungen: GOLZEM und LIEPELT und MARCINIAK beschränken ihre Untersuchungen auf Nordrhein-Westfalen und WERNICKE, MARCINIAK und SCHOOF betreiben ihre Analysen lediglich auf Grundlage soziodemographischer Faktoren, da die Analyse unterschiedlicher Wahlbeteiligung unter differierenden soziostrukturellen Prämissen im Vordergrund des Erkenntnisinteresses stand.

Auch die Studie ‚Political action‘ von BARNES, KAASE und anderen von 1979 ist an dieser Stelle zu nennen.¹⁴⁰ Bürger in acht Ländern wurden bezüglich ihres politischen Verhaltens befragt und die Ergebnisse verglichen. Ein Novum war, daß neben der Einteilung in konventionelle und unkonventionelle¹⁴¹ Partizipationsformen auch illegale Formen der Partizipatio-

¹³⁹ Siehe: Golzem, Friederike; Liepelt, Klaus: Wahlenthaltung als Regulativ: Die sporadischen Nichtwähler; in: Böhret, Carl (Hrsg.): Wahlforschung. Sonden im politischen Markt, 2. Auflage, Bad Godesberg 1977, S. 141-175. Wernicke, Immo H.: Die Bedingungen politischer Partizipation. Eine international vergleichende Kontext- und Aggregatdatenanalyse für Großbritannien, Norwegen, Deutschland und Frankreich, Meisenheim 1976. Marciniak, Friedhelm: Wahlverhalten in Nordrhein-Westfalen 1948-1970. Eine statistische-ökologische Analyse, Köln 1978. Schoof, Peter: Wahlbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. Eine Aggregatdatenanalyse für den Zeitraum von 1972 bis 1980; in: Politische Vierteljahrsschrift, Jg. 22, Heft 1, Wiesbaden 1981, S. 287-304.

¹⁴⁰ Siehe: Barnes, Samuel H.; Kaase, Max: Political action. Mass participation in five western democracies, Beverly Hills 1979.

¹⁴¹ Unkonventionelle Partizipationsformen sind definiert über ihre gesetzliche Illegalität oder/und Gegensätzlichkeit zu gesellschaftlichen Normen (vgl. Kaase, Max; Marsh, Alan: Political action. A theoretical perspective; in: Barnes, Samuel H.; Kaase, Max: Political action. Mass participation in five western democracies, Beverly Hills 1979, S. 41).

nen, welche einen Teil der unkonventionellen Beteiligungsformen bilden, in die Untersuchung einbezogen wurden. Leider wurde aus verschiedenen Gründen die konventionelle Partizipationsform der Wahlbeteiligung aus der Untersuchung ausgeschlossen.

Weitere empirische Studien zur Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik erschienen erst wieder Anfang der 90er Jahre, ausgelöst von der geringen Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1990.¹⁴² Bei diesen Untersuchungen handelt es sich um die Arbeiten vom SINUS-Institut¹⁴³ ‚Motive der Wahlenthaltung‘ von 1991, von EILFORT ‚Die Nichtwähler‘ von 1994 und von KLEINHENZ ‚Die Nichtwähler‘ von 1995.¹⁴⁴ Im Gegensatz zu diesen Studien stützten sich andere Untersuchungen zur Wahlenthaltung lediglich auf die amtliche Wahlstatistik und finden sich meist eingebettet in allgemeine Analysen zur Bundestagswahl 1990. Exemplarisch sei hier der Essay ‚Auf dem Weg zum politischen Alltag‘ von GIBOWSKI und KAASE genannt, welchem es aufgrund der unzureichenden Basisdaten zum eigenen Bedauern der Autoren nicht gelingen kann, die Thematik hinreichend zu analysieren:

„Es ist sicherlich unbefriedigend, daß die Frage, was sich hinter dem deutlichen Rückgang der Wahlbeteiligung verbirgt, nicht differenzierter beantwortet werden kann.“¹⁴⁵

Die im Auftrag des SPD-Vorstandes durchgeführte Studie des SINUS-Institutes zur Bundestagswahl 1990 ist leider unveröffentlicht, Informationen finden sich aber in der Arbeit von VÖLKER und VÖLKER.¹⁴⁶ Die Analyse macht insbesondere Verdrossenheitsmotive und den Wertewandel als Ursachen sinkender Wahlbeteiligung aus.

EILFORTS Lokalstudie in Stuttgart macht als Prädiktoren für Wahlenthaltung vor allem die Merkmale Alter, Beruf, Bildung und soziale Kontakte aus. Wie schon RADKE sieht auch EILFORT die Wahlnorm als wichtige Einflußgröße, welche durch die soziale Integration internalisiert und verstärkt wird. Ergänzend zeigen sich Parteien- und Politikverdrossenheit als Einflußfaktoren, welche den Rückgang der Wahlbeteiligung erklären. Dennoch macht EILFORT keine Krise des politischen Systems aus, Wahlenthaltung ist vielmehr eine Krise der Parteien.

¹⁴² Vgl. Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 18.

¹⁴³ Sozialwissenschaftliches Institut Nowak und Sörgel GmbH.

¹⁴⁴ Siehe: Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996. Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994. Informationen zur Studie des SINUS-Instituts finden sich in: Völker, Marion; Völker, Bernd: Wahlenthaltung. Normalisierung oder Krisensymptom, Wiesbaden 1998, S. 74ff.

¹⁴⁵ Gibowski, Wolfgang G.; Kaase, Max: Auf dem Weg zum politischen Alltag. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 11-12/91, Bonn 1991, S. 10.

¹⁴⁶ Vgl. Völker, Marion; Völker, Bernd: Wahlenthaltung. Normalisierung oder Krisensymptom, Wiesbaden 1998, S. 74ff.

KLEINHENZ nimmt seine Untersuchung der Nichtwähler mittels einer Längsschnittanalyse basierend auf Aggregat- und Individualdaten vor. Die Grundlage der Individualdatenanalyse bilden unter anderem die ALLBUS-Datensätze von 1980-1992. Er orientiert sich an vier zentralen Erklärungsmodellen: Wertewandel, Dealignment, politische Entfremdung und dem Lebensweltenansatz. Die Motive der Nichtwähler sind heterogen, dennoch gelingt ihm mittels einer Clusteranalyse eine Gruppierung der Nichtwählerschaft in sieben Grundtypen: aktive Postmaterialisten, gehobene Jung-Konservative, isolierte Randständige, desinteressierte Passive, saturierte Mittelschichtler, junge Individualisten und enttäuschte Arbeiter.

Eine weitere Studie dieses Zeitraums wurde als Gutachten für das Bundespresseamt von FALTER und SCHUMANN erstellt. Ausschnitte wurden 1994 im Sammelband von KLINGEMANN und KAASE ‚Wahlen und Wähler‘, welcher Analysen zur Bundestagswahl 1990 enthält, veröffentlicht.¹⁴⁷ Geringes politisches Interesse, niedrige Systemzufriedenheit, mangelnde Parteienidentifikation und politische Entfremdung wurden als erklärungsstarke Prädiktoren identifiziert. Individuellen Ressourcen und Gruppenressourcen kommt dagegen nur eine geringe Erklärungskraft zu; insbesondere der theorieunkonforme niedrige Einfluß von ‚Cross-Pressures‘ sei hier besonders hervorgehoben.

Methodisch erwähnenswert sind die mit dem Regressionsmodell erreichten hohen Werte erklärter Varianz, welche bei bis zu 62% liegen. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, daß dieses Regressionsmodell nicht auf Individualebene ausgerichtet ist, sondern die Nichtwähleranteile in den analysierten Wahlkreisen erklärt.

Auch die Aufsätze von ARMINGEON ‚Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung‘ und FEIST ‚Nichtwähler 1994‘ sind in diesen Zeitraum einzuordnen.¹⁴⁸ FEIST sieht in ihrer Analyse und Bewertung die Nichtwähler als Herausforderung für die Parteien. Als kausal wird vor allem die soziale Desintegration gesehen. Sie weist aber auch auf die Einflußnahme situativer Faktoren hin. ARMINGEONS Studie präsentiert sich als eine Zusammenfassung des Forschungsstandes ergänzt um Analysen auf Grundlage der Datensätze der Forschungsgruppe Wahlen. Er weist die Theorie der rationalen Wahlentscheidung und der Protesttheorie als empirisch unbegründet zurück und verifiziert dagegen Hypothesen gebildet aus Ansätzen der Partizipationsforschung und Wahlsoziologie.

¹⁴⁷ Siehe: Falter, Jürgen W.; Schumann, Siegfried: Der Nichtwähler – das unbekanntes Wesen; in: Klingemann, Hans-Dieter; Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen 1994, S. 161-213.

¹⁴⁸ Siehe: Armingeon, Klaus: Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 46, Heft 1, Köln 1994, S. 43-64. Feist, Ursula: Nichtwähler 1994. Eine Analyse der Bundestagswahl 1994; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 51-52/94, Bonn 1994, S. 35-46.

Nach dieser plötzlichen Aktualität der Wahlbeteiligung als empirischer Forschungsgegenstand, nahm das Interesse und damit die Anzahl der Veröffentlichungen wieder ab, meist fand eine Beschäftigung mit der Thematik nach Bundestagswahlen aus Anlaß eben dieser statt. Hervorgehoben werden sollen an dieser Stelle die 1998 in einem Sammelwerk veröffentlichte Analysen ‚Zur Beteiligung an der Bundestagswahl 1994‘ von KAASE und BAUER-KAASE und ‚Nichtwählen als rationales Handeln: Anmerkung zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung II‘ von KÜHNEL und FUCHS.¹⁴⁹ Die letztere Analyse versucht Wahlenthaltung mittels eines angepaßten Rational-Choice-Ansatzes nach BRENNAN und LOMASKY zu erklären, wozu aber eine expressive Nutzenkomponente eingeführt werden muß, wohingegen eine klassische Annahme des Rational-Choice-Ansatzes gerade ist, daß lediglich instrumentelle Nutzenfaktoren handlungsrelevant sind. KAASE und BAUER-KAASE nehmen in ihrer Studie eine allgemeine Bestandaufnahme in bezug auf die Nichtwähler vor. Sie stellen dabei vor allem die starke Fluktuation zwischen den Wahlbeteiligung und Wahlenthaltung heraus. Ursächlich für die Zunahme des Nichtwähleranteils sehen sie die nachlassende Partei-identifikation der Bürger. Als Folge von sozialer Differenzierung und Dealignment werden die aus der Vergangenheit gewohnten hohen Wahlbeteiligungen bei Bundestagswahlen an Selbstverständlichkeit verlieren, was eher den Charakter einer Normalisierung als einer Krise hat. Anzeichen für einen hohen Anteil von Protestwählern werden nicht gefunden.

Neuere Untersuchungen sind beispielsweise die Bestandsanalyse ‚Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz einer nimmer endenden Diskussion‘ von RENZ aus dem Jahr 1997, VÖLKERS und VÖLKERS ‚Wahlenthaltung‘ von 1998 und KÜHNELS Aufsatz zu seiner Analyse auf Basis des ALBUS 1998 ‚Kommt es auf die Stimme an? Determinanten von Teilnahme und Nichtteilnahme an politischen Wahlen‘ erschienen 2001.¹⁵⁰

RENZ trägt in seinem Aufsatz lediglich Erklärungsansätze zur Wahlenthaltung zusammen, und analysiert diese anhand ausgewählten Datenmaterials aus vorhergehenden Untersuchungen. Auf eine Regressionsanalyse muß er aufgrund der Datenlage verzichten, er nimmt jedoch

¹⁴⁹ Siehe: Kaase, Max; Bauer-Kaase, Petra: Zur Beteiligung an der Bundestagswahl 1994; in: Kaase, Max; Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.) Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen 1998, S.86-111. Kühnel, Steffen M.; Fuchs, Dieter: Nichtwählen als rationales Handeln: Anmerkung zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung II; in: Kaase, Max; Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.) Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen 1998, S.317-356.

¹⁵⁰ Siehe: Renz, Thomas: Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4/97, Opladen 1997, S. 572-591. Völker, Marion; Völker, Bernd: Wahlenthaltung. Normalisierung oder Krisensymptom, Wiesbaden 1998. Kühnel, Steffen M.: Kommt es auf die Stimme an? Determinanten von Teilnahme und Nichtteilnahme an politischen Wahlen; in: Koch, Achim; Wasmer, Martina; Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen 2001, S. 11-42.

trotzdem eine vergleichende Bewertung der Prädiktoren auf Basis der bivariaten Analysen und zusammengefaßter Ergebnisse anderer Forschungsarbeiten vor. Hervorgehoben wird dabei insbesondere der Einfluß des politischen Interesses, der soziopolitischen Integration, generationenspezifische Aspekte und die wachsende gesellschaftliche Entfremdung. Resümierend ist RENZ Aufsatz eine Zusammenfassung des Forschungsstandes und keine eigenständige Analyse.

Die Arbeit von VÖLKER und VÖLKER entstand aus einer aktualisierten und erweiterten gemeinsamen Magisterarbeit und stützt sich bei der Sekundäranalyse der ipos¹⁵¹-Datensätze aus den Jahren 1991 bis 1993 auf sozialstruktureller Merkmale, die Einstellungen zu Politik und Gesellschaft und die Unterstützung für das politische System. Sie konzentrieren sich auf eine zeitliche bivariate Verlaufsanalyse und verzichten auf die Entwicklung eines Modells der Wahlbeteiligung beziehungsweise Wahlenthaltung. Als Determinante abnehmender Wahlbeteiligung identifizieren sie den Entzug an Unterstützung für die Parteien. Sie sehen das politische System noch nicht als elementar gefährdet an, wobei sich ihre Bewertung sich allerdings stark an der Krisenthese orientiert.

KÜHNELS Analyse der Determinanten von Wahlbeteiligung ist in einem Sammelband der Reihe ‚Blickpunkt Gesellschaft‘ erschienen, welche Studien zum jeweils aktuellen ALLBUS-Datensatz zusammenträgt. KÜHNEL analysiert denselben Datensatz wie die vorliegende Arbeit, beschränkt sich dabei allerdings auf das Modell des rationalen Wählers – er untersucht gezielt den Beitrag der Rational-Choice-Theorie zur Erklärung von Wahlenthaltung. Zum Abschluß entwickelt er ein multivariates Kausalmodell der Wahlbeteiligung, welches er allerdings nicht genuin aus der Analyse des ALLBUS 1998 entwickelt, sondern aus der schon vorgestellten Studie zur Bundestagswahl 1994 zusammen mit FUCHS adaptiert. Die Operationalisierung der Nichtwähler umgeht KÜHNEL, indem er die berichtete Wahlteilnahme an der letzten Bundestags-, Landtags- und Europawahl und die geplante Partizipation an der kommenden Bundestagswahl getrennt analysiert. Für das präsentierte multivariate Erklärungsmodell legt er die berichtete Teilnahme an der vergangenen Bundestags- und Landtagswahl zugrunde. Das Modell befindet sich also auf dem Stand von 1994 und vermischt Nichtwahl auf Landes- und Bundesebene. Ergänzt werden die vorgestellten Analysen durch Studien zu Einzelaspekten des Untersuchungsgegenstands Wahlbeteiligung wie beispielsweise BECKERS Untersuchung ‚Wahlbeteiligung im Lebensverlauf‘ aus dem Jahr 2002, welche Wahlbeteiligung als periodenspezifisches Problem analysiert – ein Ansatz, welcher jedoch aufgrund der

¹⁵¹ Institut für praxisorientierte Sozialforschung

Konzeption des ALLBUS 1998 als Querschnittsdatensatz nicht in die folgende Analyse eingebracht werden kann.¹⁵²

¹⁵² Siehe: Becker, Rolf: Wahlbeteiligung im Lebensverlauf. A-P-K-Analysen für die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1953 bis 1987; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 54, Heft 2, Köln 2002, S. 246-263.

5 Methodische Anmerkungen

Im Vorfeld der empirischen Analyse sollen die spezifischen Eigenschaften des verwendeten Datensatzes ALLBUS 1998, die Problematik des ‚Nonresponse‘ und ‚Overreporting‘, die Operationalisierung der abhängigen Variable ‚Wahlbeteiligung‘ und die Struktur der Analyse vorgestellt und diskutiert werden.

5.1 Die ‚Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften‘ (ALLBUS)¹⁵³

Die ‚Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften‘ – oder kurz der ALLBUS¹⁵⁴ – wurde ab Mitte der siebziger Jahre gemeinsam vom ‚Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln‘ (ZA) und dem ‚Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen‘ (ZUMA) in Mannheim mit der Zielsetzung der Erhebung und Verbreitung sozialwissenschaftlicher Daten für Forschung und Lehre konzipiert. Als Ergebnis präsentiert sich der ALLBUS als eine transparente, regelmäßig durchgeführte und repräsentative Bevölkerungsumfrage, welche neben einem konstanten einen variablen, dem aktuellen Erkenntnisinteresse der Sozialforschung angepaßten Fragenkatalog beinhaltet. Die Erhebungen zum ALLBUS werden seit 1980 mit Ausnahme einer zusätzlichen Erhebung aus Anlaß der deutschen Wiedervereinigung 1991 im Zweijahresrhythmus durchgeführt. Bis 1986 in Form von Einzelprojekten von der ‚Deutschen Forschungsgemeinschaft‘ (DFG) gefördert, wurde der ALLBUS 1986 als Arbeitsgemeinschaft des ZA und des ZUMA in das Programm der von Bund und Ländern finanzierten ‚Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen‘ (GESIS) bei ihrer Gründung übernommen. Mit der Erhebung des ALLBUS werden im wesentlichen drei Ziele verfolgt:

- Untersuchung von sozialen Lagen, Einstellungen, Werten und Verhaltensweisen in Deutschland,
- Beschreibung des sozialen Wandels im Zeitverlauf,
- Datenbereitstellung für Forscher und Lehrende, die keinen unmittelbaren Zugang zu entsprechenden Primärdaten haben.

¹⁵³ Quelle sofern nicht anders angegeben: Allerbeck, Klaus; Allmendinger, Jutta; Bürklin, Wilhelm; Kiefer, Marie L.; Müller, Walter; Opp, Karl D.; Scheuch, Erwin K.: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. ALLBUS 1998. Codebuch. ZA-Nr. 3000, Köln 1999.

¹⁵⁴ An dieser Stelle sei angemerkt, daß die Abkürzung ALLBUS meist mit männlichem Geschlecht verwendet wird, da man hier insbesondere den ALLBUS-Datensatz meint. Um grammatikalische Probleme und Verwirrungen zu vermeiden, wird auch in dieser Abhandlung die Abkürzung ALLBUS konsequent mit männlichem Geschlecht verwendet.

Die folgende Darstellung wird sich auf den ALLBUS 1998 konzentrieren, welcher aufgrund seines Erhebungsschwerpunktes die Datenbasis für die empirische Analyse bietet.

5.1.1 Der ALLBUS 1998¹⁵⁵

Beim ALLBUS 1998 handelt es sich um die insgesamt elfte Studie des ALLBUS Programms. Er enthält neben den verbindlichen Informationen zur Demographie und zu Einstellungen und Verhaltensweisen in unterschiedlichen Lebensbereichen einen Schwerpunkt zum Thema ‚Politische Partizipation und Einstellung zum politischen System‘. Dieser spezielle Fragenkatalog baut auf dem schon im ALLBUS 1988, welcher sich ebenfalls auf dieses Schwerpunktthema konzentrierte, verwendeten Modul auf, welches jedoch aufgrund der Erfahrungen bei der Erhebung 1988 und dem veränderten Forschungsstand und Erkenntnisinteresse entsprechend abgeändert wurde. Zudem werden mit dem ALLBUS 1998 erstmals Informationen zur Mediennutzung und zu ausgewählten Dimensionen von Lebensstilen erhoben. Der Inhalt des ALLBUS 1998 mit insgesamt 474 Variablen lässt sich wie folgend gliedern:¹⁵⁶

1. Wirtschaftslagen und berufliche Risikoeinschätzungen,
2. Wichtigkeit von Lebensbereichen,
3. Freizeitaktivitäten, persönlicher Geschmack und Lebensstil,
4. Mediennutzung und Medienbewertung,
5. politische Partizipation,
6. Einstellungen zu Politik und sozialer Ungleichheit,
7. Einstellungen zur deutschen Wiedervereinigung,
8. ALLBUS-Demographie,
9. Angaben zum Interview,
10. abgeleitete Indizes.

Die Datenerhebung fand zwischen dem 9.3.1998 und dem 26.7.1998 in den alten Bundesländern und zwischen dem 10.3.1998 und dem 1.7.1998 in den neuen Bundesländern statt. In diesem Zeitraum wurden insgesamt 5.928 Personen (4.200 in den alten Bundesländern und 1.728 in den neuen Bundesländern) in mündlichen Interviews mit vollstrukturiertem Fragebogen befragt. Nach Bereinigung und Wegfall der nicht verwertbaren Interviews ergab sich eine

¹⁵⁵ Quelle sofern nicht anders angegeben: Koch, Achim; Mahr-George, Holger; Wasmer, Martina: Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 1998, ZUMA-Arbeitsbericht 99/02, Mannheim 1999.

¹⁵⁶ Vgl. Allerbeck, Klaus; Allmendinger, Jutta; Bürklin, Wilhelm; Kiefer, Marie L.; Müller, Walter; Opp, Karl D.; Scheuch, Erwin K.: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. ALLBUS 1998. Code-buch. ZA-Nr. 3000, Köln 1999, S. 9.

Netto-Stichprobe von 3.234 Personen (2.212 in den alten Bundesländern und 1.022 in den neuen Bundesländern).

Die Grundgesamtheit des ALLBUS 1998 besteht aus allen in Deutschland in Privathaushalten wohnenden Erwachsenen deutscher wie ausländischer Staatsangehörigkeit. Zur Definition von Privathaushalten griff man auf die von BRAUN, EILINGHOFF, GABLER und WIEDENBECK im Methodenbericht zum ALLBUS 1992 erstellte Formulierung zurück:

„Als Privathaushalt gilt jede Gemeinschaft von Personen, die zusammen wohnen und gemeinsam wirtschaften. Die Mitglieder eines Privathaushalts müssen nicht notwendig miteinander verwandt sein.“¹⁵⁷

Befragte, deren Deutschkenntnisse ein Durchführen der Befragung nicht zuließen, zählen trotzdem zur Grundgesamtheit, wurden aber als Ausfälle dokumentiert.

Durch diese Festlegung der Grundgesamtheit kann jedoch auch auf mehrere Bevölkerungsgruppen erst gar nicht zugegriffen werden; beispielhaft seien hier Obdachlose, Anstaltsbevölkerung, Hausmeister, Bewohner von nach außen hin reinen Geschäftsräumen und Untermieter

¹⁵⁸
genannt.

5.1.2 Anmerkungen zur Auswertung des ALLBUS 1998¹⁵⁹

Bei der Auswertung des ALLBUS 1998 ist zu beachten, daß die neuen Bundesländer bewußt einen überproportional hohen Anteil am Datenmaterial haben. Es bestehen immer noch teilweise erhebliche Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern, und daher ist oft eine getrennte Analyse notwendig. Um eine für eine differenzierte Analyse ausreichend hohe Fallzahl auch bei der Betrachtung der ostdeutschen Stichprobe zu sichern, wurden verhältnismäßig mehr Personen dort befragt, als eigentlich der Anteil an der Gesamtbevölkerung zulassen würde. Im folgenden wird daher sofern eine Analyse getrennt nach alten und neuen Bundesländern erfolgt auf das ungewichtete Datenmaterial zurückgegriffen, wohingegen bei allen gemeinsamen Gesamtanalysen der beiden disproportionalen Teilerhebungen eine Umgewichtung des Datenmaterials entsprechend der Vorgaben des ALLBUS vorgenommen wird, um das Oversampling Ostdeutschlands im Gesamtbild zu relativieren.

¹⁵⁷ Braun, Michael; Eilinghoff, Carmen; Gabler, Siegfried; Wiedenbeck, Michael: Methodenbericht zur „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 1992, ZUMA-Arbeitsbericht 93/01, Mannheim 1993, S. 23.

¹⁵⁸ Vgl. Schnell, Rainer: Nonresponse in Bevölkerungsumfragen. Ausmaß, Entwicklung und Ursachen, Opladen 1997, S. 25.

¹⁵⁹ Quelle sofern nicht anders angegeben: Koch, Achim; Mahr-George, Holger; Wasmer, Martina: Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 1998, ZUMA-Arbeitsbericht 99/02, Mannheim 1999.

Das entsprechende Transformationsgewicht ergibt sich durch Vergleich der Datenbasis des ALLBUS 1998 mit der realen Personen- beziehungsweise Haushaltsanzahl in Deutschland, wofür hier der ‚Mikrozensus 1995‘ des ZUMA herangezogen wird.

Tabelle 1: Vergleich der Bevölkerungs- und Haushaltsdaten des Mikrozensus 1995 mit der Datenbasis des ALLBUS 1998

	Mikrozensus 1995			ALLBUS 1998		
	West N _w	Ost N _o	Gesamt N	West n _w	Ost n _o	Gesamt n
Deutsche und ausländische Personen in Privathaushalten, 18 Jahre und älter	53.786.400	12.271.100	66.057.500	2.212	1.022	3.234
Privathaushalte mit mindestens einer Person von 18 Jahren und älter	30.125.600	6.792.700	36.918.300	2.212	1.022	3.234

Quelle: Koch, Achim; Mahr-George, Holger; Wasmer, Martina: Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 1998, ZUMA-Arbeitsbericht 99/02, Mannheim 1999, S. 40.

Die Gewichtungsfaktoren für eine gesamtdeutsche Analyse lassen sich dann für die Personen- und Haushaltsebene wie folgt berechnen:

Gewichtungsfaktor für Auswertungen auf Personenebene (v47 1)

$$\frac{\text{für Westdeutschland } n}{n_w} = \frac{N_w = 1,19043}{N}$$

$$\frac{\text{für Ostdeutschland } n}{n_o} = \frac{N_o = 0,58783}{N}$$

Gewichtungsfaktor für Auswertungen auf Haushaltsebene (v472)

$$\frac{\text{für Westdeutschland } n}{n_w} = \frac{N_w = 1,19302}{N}$$

$$\frac{\text{für Ostdeutschland } n}{n_o} = \frac{N_o = 0,58222}{N}$$

Eine weitere Gewichtung ergibt sich aus dem dreistufigen ADM-Design¹⁶⁰ des ALLBUS 1998, mit welchem man wieder zum originalen Design der ALLBUS-Jahrgänge 1980-1992 zurückkehrte. Während die ALLBUS-Jahrgänge 1994 und 1996 auf Stichproben aus den Einwohnermelderegistern aufbauten,¹⁶¹ griff man beim ALLBUS 1998 wieder auf Haushaltsstichproben zurück. Hierfür wird aus einer erstmals 1978 vom ADM erstellten, repräsentativen Auswahl von bundesdeutschen Haushalten (1. Stufe) eine Zufallsstichprobe bestimmt (2. Stufe). Bei den nun für die Befragung ausgewählten Haushalten wird nach einer Zufallstabelle jeweils ein Haushaltsmitglied zum Interview ausgesucht (3. Stufe). Da nur eine Person pro Haushalt befragt wird und alle Haushalte unabhängig von der Anzahl ihrer Mitglieder mit gleicher Wahrscheinlichkeit ausgewählt werden, hängt die personenbezogene Auswahlwahrscheinlichkeit von der Haushaltsgröße¹⁶² ab. Je mehr Individuen also in einem Haushalt leben, um so geringer ist die Wahrscheinlichkeit jedes einzelnen, befragt zu werden. Die Wahrscheinlichkeit einer Person, interviewt zu werden, verhält sich antiproportional zur Haushaltsgröße. Um dies bei personenbezogenen Analysen auszugleichen ist eine Transformationsgewichtung (v_{473}) entsprechend der reduzierten Haushaltsgröße (v_{373}) notwendig.

Bei einer Gesamtdeutschenanalyse ist diese Transformation dann zusätzlich zur Ost-West-Gewichtung vorzunehmen (es ergäben sich demnach als Transformationsgewichte für eine personenbezogene Analyse $v_{471} \cdot v_{473}$ und für eine haushaltsbezogene Analyse $v_{472} \cdot v_{473}$). Zu beachten ist allerdings, daß die Anwendung des Transformationsgewichtes im Falle von Kontaktierungsschwierigkeiten bei Singlehaushalten problematisch werden kann, und sich die Wirkung ins Gegenteil verkehren könnte, also eine Unterrepräsentation eben dieser alleinlebenden Personen verursachen kann. Zudem hängen die Auswirkungen der unterschiedlichen Haushaltsgrößen und die Repräsentation ihrer Mitglieder auf das Untersuchungsergebnis entscheidend davon ab, wie groß der Zusammenhang zwischen der reduzierten Haushaltsgröße und dem jeweils bei der Untersuchung interessanten Merkmal ist. Ist die Abhängigkeit gering oder liegt keine gegenseitige Einflußnahme vor, so ist auch der Effekt einer Gewichtung gering beziehungsweise wirkungslos. Bei einer stärkeren Kopplung sind dagegen die Unterschiede zwischen den gewichteten und ungewichteten Ergebnissen größer.

¹⁶⁰ Wobei die Abkürzung ADM für den ‚Arbeitskreis deutscher Marktforschungsinstitute‘ steht, welcher die Grundlagen dieses Erhebungssystems für Deutschland entwickelte.

¹⁶¹ Vgl. Schnell, Rainer; Hill, Paul B.; Esser, Elke: Methoden der empirischen Sozialforschung, 5. Auflage, München 1995, S. 273.

¹⁶² Genaugenommen von der Anzahl der zur Grundgesamtheit des ALLBUS 1998 zählenden Personen beim ALLBUS 1998 also von der Anzahl der erwachsenen Haushaltsmitglieder.

Im folgenden wird daher jede Analyse mit dem in Hinblick auf die Haushaltsgröße gewichteten und ungewichteten Datenbestand durchgeführt, bei geringen oder keinen Unterschieden jedoch das ungewichtete Analyseergebnis präsentiert, bei größeren Unterschieden eine genauere Analyse bezüglich des Einflusses der Haushaltsgröße auf das Ergebnis vorgenommen.

5.2 Nonresponse¹⁶³

Die Bruttostichprobe des ALLBUS 1998 umfaßte 4.200 Adressen in Westdeutschland und 1.792 Adressen in Ostdeutschland.

¹⁶³ Quelle sofern nicht anders angegeben: Koch, Achim; Mahr-George, Holger; Wasmer, Martina: Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 1998, ZUMA-Arbeitsbericht 99/02, Mannheim 1999.

Tabelle 2: Stichprobenausfälle beim ALLBUS 1998

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent
Bruttostichprobe	4200	100,0	1728	100,0
- Adresse unbearbeitet	74	1,8	30	1,7
- Haushalt nicht auffindbar	41	1,0	7	0,4
- Adresse unbewohnt	57	1,4	38	2,2
- unter Adresse existiert kein Privathaushalt	21	0,5	4	0,2
- Adresse ist Zweitwohnsitz	13	0,3	1	0,1
stichprobenneutrale Ausfälle insgesamt	206	4,9	80	4,6
bereinigte Stichprobe	3994	100,0	1648	100,0
- im Haushalt niemand angetroffen	314	7,9	94	5,7
- Zielperson nicht angetroffen	17	0,4	3	0,2
- Zielperson ist krank oder nicht befragungsfähig	76	1,9	37	2,2
- angetroffene Person verweigert jegliche Auskunft	879	22,0	381	23,1
- angetroffene Person ist nicht Zielperson, verhindert Durchführung des Interviews	29	0,7	13	0,8
- Zielperson verweigert das Interview	291	7,3	85	5,2
- keine Verständigung in deutsch mit Haushalt/Zielperson möglich	29	0,7	8	0,5
- andere Ausfallgründe	50	1,3	5	0,3
- Interview nicht auswertbar wegen Zweifeln an korrekter Durchführung	97	2,4	-	-
systematische Ausfälle insgesamt	1782	44,6	626	38,0
auswertbare Interviews	2212	55,4	1022	62,0

Quelle: Koch, Achim; Mahr-George, Holger; Wasmer, Martina: Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 1998, ZUMA-Arbeitsbericht 99/02, Mannheim 1999, S. 44.

Aus den stichprobenneutralen Ausfällen resultiert eine bereinigte Stichprobe von 3.994 beziehungsweise 1.648 Adressen, was ungefähr einem Ausfall von 5% entspricht. Durch weitere erheblich höhere systematische Ausfälle ergibt sich eine auswertbare Gesamtheit von 2.212 Interviews in Westdeutschland und 1.022 in Ostdeutschland, die Ausschöpfungsquote, welche auf Basis der bereinigten Stichprobe ermittelt wird, beträgt somit 55,4% beziehungsweise 62,0%. Die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Zielperson oder des Haushalts stellt mit insgesamt 30,0% in Westdeutschland und 29,1% in Ostdeutschland die häufigste Ausfallursa-

che dar. Probleme bei der Erreichbarkeit bilden mit 8,3% beziehungsweise 5,9% die zweithäufigste Ursache. Befragungsunfähigkeit aufgrund von körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen (1,9% beziehungsweise 2,2%) oder unzureichenden Deutschkenntnissen (0,7% beziehungsweise 0,5%) kommt eine dagegen geringe Bedeutung zu.

In Anbetracht des hohen Anteils systematischer Ausfälle stellt sich die Frage, ob diese Ausfälle Einfluß auf die Repräsentativität der Umfrage, in diesem speziellen Fall insbesondere in Bezug auf die Repräsentation der Wahlverweigerer, haben. Wären gerade Wahlverweigerer oder eine ihrer möglichen Untergruppen überproportional beispielsweise bei den Antwortverweigerern vertreten, so hätte dies auch Einfluß auf die folgende Analyse und ihre Ergebnisse. Weitaus bedeutsamer wäre jedoch, wenn einzelne soziale (in diesem Fall Nichtwähler-) Gruppen mehr oder weniger komplett die Befragung verweigern also in der entsprechenden Analyse nicht repräsentiert sind.

Eine tiefgehende Auseinandersetzung mit diesem Phänomen des ‚Nonresponse‘ – genaugenommen des ‚Unit-Nonresponse‘, was den Ausfall der vollständigen Erhebungseinheit meint – ist an dieser Stelle leider nicht möglich. Untersuchungen wie zum Beispiel von SCHNELL deuten darauf hin, daß die Gruppe der Antwortverweigerer keine hohe Homogenität aufweist und keine Gruppen existieren, welche prinzipiell Datenerhebungen und Befragungen verwei-

¹⁶⁴ also dementsprechend nicht in Umfragen wie dem ALLBUS 1998 vertreten wären.

Somit ist anzunehmen, daß auch die Gruppe der Nichtwähler (beziehungsweise mögliche Teilgruppen) nicht kategorisch eine Gruppe der Antwortverweigerer bilden:

„Die Forschung über Ausfälle und Antwortverweigerungen ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es keinen harten Kern von Verweigerern gibt, die sich grundsätzlich nicht befragen lassen [...]. Insofern ist auch nicht damit zu rechnen, daß sich Nichtwähler prinzipiell nicht befragen lassen.“¹⁶⁵

EILFORT gelangt es im Rahmen seines Forschungsprojekts ‚Wahlenthaltung in Stuttgart‘, die Repräsentativität der auswertbaren Datenbasis näher zu untersuchen.¹⁶⁶ Hierbei bemerkte er unter anderem Korrelationen zwischen politischem Interesse und dem Abbruch des Interviews oder häufigen Antwortverweigerungen, was die Vermutung nahe legt, daß auch ein Zusammenhang mit einer totalen Verweigerung besteht. Ebenfalls sind Zusammenhänge zwischen Alter und Berufsgruppe und Verweigerung feststellbar.

¹⁶⁴ Vgl. Schnell, Rainer: Nonresponse in Bevölkerungsumfragen. Ausmaß, Entwicklung und Ursachen, Opladen 1997.

¹⁶⁵ Kühnel, Steffen M.: Kommt es auf die Stimme an? Determinanten von Teilnahme und Nichtteilnahme an politischen Wahlen; in: Koch, Achim; Wasmer, Martina; Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen 2001, S. 16.

¹⁶⁶ Vgl. Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994, S. 125-136.

Eine Möglichkeit, Verfälschungen des Untersuchungsergebnisses durch Nonresponse zu kompensieren, ergäbe sich mittels einer entsprechenden Gewichtung der Umfragedaten. Problematisch ist dabei aber, daß die genaue Zusammensetzung der Ausfälle in Bezug auf die Merkmale, welche repräsentativ vertreten sein sollen, bekannt sein muß. Ein weiteres Problem ergibt sich daraus, daß gerade bei der Betrachtung der relevanten Merkmale (wie beispielsweise politisches Interesse, Bildung, Beruf) die Zusammenhänge sehr komplex gestaltet sind, eine Gewichtung in bezug auf ein Merkmal also meist entsprechende Verzerrungen in den anderen Kategorien nach sich ziehen würde. Auch muß beachtet werden, daß bei einer Gewichtung der Teilstichproben eben diese erreichten Mitglieder zumindest in Bezug auf die relevanten Merkmale repräsentativ für die ganze Teilgruppe sein müssen, was nicht zwangsläufig gewährleistet ist. Aufgrund dieser Probleme, welche teilweise erst durch den Versuch einer Gewichtung entstehen, verzichtete EILFORT bei seiner Studie zur ‚Wahlenthaltung in Stuttgart‘ auf eine solche Gewichtung, obwohl es ihm teilweise durchaus möglich war, entsprechende Gewichtungsfaktoren zu entwickeln.¹⁶⁷ Da es im Rahmen der Erhebung zum ALLBUS 1998 nicht möglich ist, genauere Daten der Verweigerer aber auch der übrigen Ausfälle zu erheben, ist eine Erstellung von Gewichtungsfaktoren nicht durchführbar. Auch der Übertrag von im Rahmen anderer Erhebungen erstellter Gewichtungsfaktoren scheidet wegen ihrer nur bedingten bis nicht vorhandenen Übertragbarkeit aus. Zusätzlich würden selbst im Falle vorhandener Gewichtungsfaktoren obige Gründe gegen eine Einführung dieser sprechen. Abschließend bleibt festzuhalten, daß Ursachen und Ausmaß von Nonresponse vor allem durch die Erhebungsmethodik bestimmt werden, welche Abwesenheit der Befragten nicht kompensieren und Verweigerung ausreichend minimieren kann:

„Nonresponse ist zu einem großen Teil die Folge verstärkter Abwesenheit, die Folge zunehmender zeitlicher Verpflichtungen der Befragten sowie nicht zuletzt eine Folge der Art und Weise, wie empirische Sozialforschung in der Praxis betrieben wird.“¹⁶⁸

Die Lösung liegt also vielmehr in der Entwicklung und Anwendung alternativer und nicht für Nonresponse anfälliger Erhebungsmethoden und weniger im Ausgleich der durch Nonresponse schon mehr oder weniger stark verfälschten Umfragedaten, wobei aber auch dann die Frage wäre, inwiefern sich die Vermeidung von Nonresponse überhaupt auf die gewonnene Stich-

¹⁶⁷ Vgl. Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994, S. 130-136.

¹⁶⁸ Schnell, Rainer: Nonresponse in Bevölkerungsumfragen. Ausmaß, Entwicklung und Ursachen, Opladen 1997, S. 266.

probe auswirkt. KOCH resümiert in einer Untersuchung zur Kausalität von Ausschöpfungsquote und Stichprobenverzerrung durch Nonresponse:

„Es finden sich keine empirischen Indizien dafür, daß der Bias mit der Höhe der Ausschöpfungsquote abnimmt. Zumindest hinsichtlich der betrachteten demographischen Merkmale gibt es keine Hinweise dafür, daß besser ausgeschöpfte Umfragen geringere Stichprobenverzerrungen aufweisen als Umfragen mit niedriger Ausschöpfung. Die Höhe der berichteten Ausschöpfung ist somit kein guter Indikator für die Größe des Nonresponse-Bias.“¹⁶⁹

In der folgenden Analyse soll daher dem Aspekt Nonresponse keine größere Aufmerksamkeit zukommen, auf einen Ausgleich des Nonresponse wird aufgrund der diskutierten Vorbehalte verzichtet.

Ähnlich verhält es sich auch beim Item-Nonresponse, also dem Fehlen einzelner Angaben einer Einheit, wobei gerade dieses bei der Einbindung vieler Variablen in ein Analyseverfahren, wie es zum Beispiel bei der Regressionsanalyse der Fall ist, zu stark verminderten Fall-zahlen führen kann.

5.3 Overreporting

Vergleicht man die freiwilligen, unüberprüfbaren Angaben zur Wahlbeteiligung beim ALLBUS 1998 mit der realen Wahlbeteiligung bei den entsprechenden Wahlen, so treten immense Diskrepanzen auf. Die Beteiligung an der vergangenen Bundestagswahl 1994 wird beim ALLBUS 1998 direkt erfaßt, die erwartete Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 1998 kann aus der geplanten Wahlabsicht bestimmt werden. Es ergibt sich bei Auswahl der zu diesem Zeitpunkt Wahlberechtigten eine berichtete Beteiligung an der Bundestagswahl 1994 der im ALLBUS 1998 Befragten von 92,2% in Westdeutschland, 90,0% in Ostdeutschland und 91,8% in Gesamtdeutschland. Die realen offiziellen Zahlen lagen mit 80,5%, 72,6% und 79,0% dagegen weitaus niedriger.

Ähnlich verhält es sich mit der prognostizierten Wahlbeteiligung für die Bundestagswahl 1998. Diese läßt sich aus der Wahlabsicht bestimmen, welche mit der neben den parteibezogenen Antwortmöglichkeiten ebenfalls wählbaren Antwortkategorie ‚würde nicht wählen‘ auch potentielle Wahlverweigerer erfaßt. Die Wahlabsicht kann demnach in die Wahlbeteiligungsabsicht transformiert, welche nicht mehr die parteibezogene Wahlabsicht beinhaltet und die in der Ursprungsvariable als ‚fehlend‘ klassifizierten Wahlverweigerer den potentiellen

¹⁶⁹ Koch, Achim: Wenn „mehr“ nicht gleichbedeutend mit „besser“ ist: Ausschöpfungsquoten und Stichprobenverzerrung in allgemeinen Bevölkerungsumfragen; in: ZUMA-Nachrichten 42, Jg. 22, Mannheim 1998, S. 81.

Wählern (also denjenigen, die angegeben haben, eine Partei wählen zu wollen) gegenüber-stellt:

Tabelle 3: Transformation der Wahlabsicht in die Wahlbeteiligungsabsicht bei der Bundestagswahl 1998

Wahlabsicht			Wahlbeteiligungsabsicht		
gültig	CDU-CSU	645	gültig	.	
	SPD	1011		.	
	FDP	103		.	
	Bündnis90/Grüne	190		.	
	Republikaner	52		.	
	PDS	82		.	
	andere	23		.	
	gesamt	2106		würde wählen	2106
fehlend	würde nicht wählen	172	würde nicht wählen	172	
	nicht wahlberechtigt	175	gesamt	2278	
	verweigert	301	fehlend	nicht wahlberechtigt	175
	weiß nicht	465		verweigert	301
	keine Angabe	15		weiß nicht	465
	gesamt	1128		keine Angabe	15
	gesamt	3234	gesamt	956	
gesamt	3234	gesamt	3234		

Daten: ALLBUS 1998.

Es läßt sich nun eine prognostizierte Wahlbeteiligung für die Bundestagswahl 1998 von 92,9% in Westdeutschland, 90,7% in Ostdeutschland und 92,5% in Gesamtdeutschland bestimmen, wobei auch hier wieder die offizielle Wahlbeteiligung mit 82,8%, 80,0% und 82,2% weitaus geringer ausfiel.

Diese Diskrepanzen zwischen Umfragedaten und offizieller Wahlstatistik treten nicht nur beim ALLBUS 1998 auf, sondern sie lassen sich in der gesamten ALLBUS-Reihe sowohl für die rückwirkend berichtete Wahlbeteiligung bei der vergangenen Bundestagswahl wie auch bei der wahrscheinlichen Beteiligung bei der kommenden Bundestagswahl beobachten:¹⁷⁰

¹⁷⁰ Für diese Darstellungen der Angaben zur Wahlbeteiligung von 1980 bis 1998 wurde auf die ALLBUS Kumulation 1980-1998 (ZA-Nummer 1795) zurückgegriffen. Nähere Informationen zu diesem Datensatz sind bei der GESIS erhältlich.

Tabelle 4: Wahlenthaltung bei der zurückliegenden Bundestagswahl nach ALLBUS im Vergleich zum offiziellen Nichtwähleranteil¹⁷¹

		1980	1982	1984	1986	1988	1990	1991	1992	1994	1996	1998
alte Bundesländer	keine Wahlbeteiligung bei letzter Bundestagswahl (nach ALLBUS)	-	-	7,3%	7,6%	8,4%	6,5%	10,8%	10,8%	-	19,9%	7,8%
	Nichtwähleranteil bei letzter Bundestagswahl (real)	-	-	10,9%	10,9%	15,7%	15,7%	21,4%	21,4%	-	19,5%	19,5%
neue Bundesländer	keine Wahlbeteiligung bei letzter Bundestagswahl (nach ALLBUS)	-	-	-	-	-	-	14,5%	9,7%	-	19,0%	10,0%
	Nichtwähleranteil bei letzter Bundestagswahl (real)	-	-	-	-	-	-	25,5%	25,5%	-	27,4%	27,4%

Daten: Kumulierter ALLBUS 1980-1 998.

Tabelle 5: Wahlenthaltung bei der nächsten Bundestagswahl nach ALLBUS im Vergleich zum offiziellen Nichtwähleranteil

		1980	1982	1984	1986	1988	1990	1991	1992	1994	1996	1998
alte Bundesländer	keine Wahlabsicht bei nächster Bundestagswahl (nach ALLBUS)	3,9%	6,8%	5,8%	6,5%	8,0%	4,2%	7,9%	12,2%	8,4%	9,3%	7,1%
	Nichtwähleranteil bei nächster Bundestagswahl (real)	11,4%	10,9%	15,7%	15,7%	21,4%	21,4%	19,5%	19,5%	19,5%	17,2%	17,2%
neue Bundesländer	keine Wahlabsicht bei nächster Bundestagswahl (nach ALLBUS)	-	-	-	-	-	-	15,0%	16,5%	12,2%	16,2%	9,3%
	nächster Bundestagswahl (real)	-	-	-	-	-	-	27,4%	27,4%	27,4%	20,0%	20,0%

Daten: Kumulierter ALLBUS 1980-1 998.

¹⁷¹ Beim ALLBUS 1980, ALLBUS 1982 und ALLBUS 1994 wurde die Frage nach der Wahlbeteiligung bei der zurückliegenden Bundestagswahl nicht gestellt; der ALLBUS 1990 nimmt eine Sonderstellung ein, hier wurde die Frage nach der Wahlbeteiligung nur bei der 2. Erhebungswelle gestellt, dementsprechend ist die Datenbasis bei ihm entsprechend klein.

Die Ursachen dieses allgemein als ‚Overreporting‘ bezeichneten Phänomens (die Befragten berichten also eine höhere Wahlbeteiligung als real vorhanden) sind vielfältig, und die Gruppe der statistischen Nichtwähler hat einen festen Anteil daran.

LAVIES teilt die Nichtwähler in insgesamt sechs Gruppen ein:¹⁷²

1. Bürger, welche, obwohl sie die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen, nicht im Wählerverzeichnis als wahlberechtigt erfaßt sind (vernachlässigbar),
2. Bürger, welche zwar im Wahlverzeichnis als wahlberechtigt vermerkt sind aber aus unterschiedlichen Gründen die versendete Wahlbenachrichtigungskarte nicht erhalten haben und daher der Wahl fern blieben (etwa 2,6% der Wahlberechtigten),
3. Bürger, welche, obwohl sie zwischenzeitlich verstorben sind, noch eine Wahlbeteiligungskarte zugesandt bekamen (etwa 0,1% der Wahlberechtigten) oder wie SENTI es ausdrückt: „In der Zahl der Wahlberechtigten sind regelmäßig ‚tote Seelen‘ [...] enthalten.“¹⁷³
4. Bürger, welche noch an ihrem Neben- oder Zweitwohnsitz gemeldet sind, die Wahlkarte dorthin zugestellt bekommen, aber dort nicht mehr leben (etwa 0,75% der Wahlberechtigten),
5. Bürger, welche sich per Briefwahl an der Wahl beteiligen, deren Wahlbrief aber zu spät oder gar nicht eingeht, und Bürger, welche einen erhaltenen Wahlschein nicht benutzen (etwa 0,45% der Wahlberechtigten),
6. wahlberechtigte Bürger, die aus anderen Gründen nicht an der Wahl teilnehmen. Die Gruppen zwei bis fünf werden als statistische Nichtwähler bezeichnet. Zusammen mit der vernachlässigbaren ersten Gruppe schätzt LAVIES ihren Anteil an den Wahlberechtigten in der Bundesrepublik bei der Bundestagswahl 1969 auf ungefähr 4%:

„Die Gruppen 1 bis 5 ergeben, wenn man sie addiert, schätzungsweise fast 4% der Wahlberechtigten.“¹⁷⁴

Die offizielle Wahlbeteiligung wird in Folge dieser statistischen Nichtwähler entsprechend zu niedrig, der Nichtwähleranteil zu hoch ausfallen. Im allgemeinen kann der von LAVIES ermittelte Anteil statistischer Nichtwähler für alle Bundestagswahlen vor der Volkszählung 1987 angenommen werden.¹⁷⁵ Aufgrund der nach der Volkszählung präziseren Wählerverzeichnis-

¹⁷² Vgl. Lavies, Ralf-Rainer: Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Hinsicht, Düsseldorf 1973, S. 49.

¹⁷³ Senti A.: Die Nichtwähler in Zürich; in: Züricher statistische Nachrichten, Heft 4, Zürich 1926, S. 126 (zitiert

nach: Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994, S. 55).

¹⁷⁴ Lavies, Ralf-Rainer: Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Hinsicht, Düsseldorf 1973, S. 51.

¹⁷⁵ Vgl. Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 74f.

se ist daher für die Bundestagswahlen ab 1990 mit einem niedrigeren Anteil statistischer Nichtwähler zu rechnen, den KLEINHENZ für die Bundestagswahl 1990 auf ungefähr 3% schätzt.¹⁷⁶ Aktuellere empirische Untersuchungen über den tatsächlichen Anteil der statistischen Nichtwähler liegen allerdings außer einigen wenigen, schwer auf das gesamte Deutschland übertragbaren Lokalstudien¹⁷⁷ nicht vor. Im folgenden wird daher von einem Anteil der statistischen Nichtwähler von ungefähr 3-4%¹⁷⁸ der Wahlberechtigten ausgegangen. In Anbetracht des vergleichsweise hohen gesamten Nichtwähleranteils erscheint eine genauere Analyse nicht nötig, wobei sie aufgrund des Datenschutzes auch auf methodische Probleme stoßen würde. Dies erklärt das geringe Interesse an einer tiefgreifenderen Auseinandersetzung mit dieser Problematik bei Wahlstudien und wissenschaftlichen Untersuchungen.

Zieht man diesen Anteil statistischer Nichtwähler zu den Ergebnissen der ALLBUS-Analyse hinzu, so bleibt die auch weiterhin bestehende Diskrepanz zwischen Umfragedaten und realer Wahlbeteiligung bei den Wahlen 1980 und 1983 relativ gering, erhöht sich aber deutlich bei den folgenden Wahlen beginnend mit der im Jahr 1987. Der mit dem ALLBUS erfaßte Anteil der Wahlbeteiligung bleibt also hinter dem Anstieg der Nichtwähler zu Beginn der 1990er Jahre deutlich zurück.¹⁷⁹

Leider ist eine Lösung dieser Problematik nicht möglich, und niedrige Fallzahlen in der Teilgruppe der Nichtwähler sind ein Folge. Eine Kompensation stößt auf ähnliche Schwierigkeiten, wie sie bereits im Rahmen der Betrachtung des ‚Nonresponse‘ erläutert wurden. Aus gleichen Gründen wird daher auf den Versuch eines Ausgleichs verzichtet.

5.4 Definition von Nichtwählern – Operationalisierung der abhängigen Variable

Die Operationalisierung von Nichtwählern bei dieser Auswertung einer Erhebungen zwischen zwei Wahlen erfolgt konform zur Definition der Nichtwähler auf Grundlage der berichteten Wahlbeteiligung bei der vergangenen Wahl und der Wahlabsicht für die kommende. Als Nichtwähler gelten diejenigen Wahlberechtigten, die sich entweder an der letzten Wahl nicht

¹⁷⁶ Vgl. Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 75.

¹⁷⁷ Hier sei exemplarisch EILFORTS Forschungsprojekt zur Wahlenthaltung in Stuttgart bei der Bundestagswahl 1990 genannt; er ermittelt eine Fehlquote von ungefähr 2-3%, unter Berücksichtigung derjenigen, die krankheitsbedingt ausfallen obwohl sie geplant hatten zu wählen, ungefähr 4-5% (vgl. Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994).

¹⁷⁸ Unter Berücksichtigung der nicht mehr wirklichen Aktualität der Volkszählung von 1987, wodurch die Fehlerquote in den Wählerverzeichnissen im Vergleich zur Bundestagswahl 1990 wieder zugenommen haben dürfte.

¹⁷⁹ Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang der ausgesprochen hohe Nichtwähler-Anteil beim ALLBUS 1996 in bezug auf die zurückliegende Bundestagswahl. Weshalb gerade hier eine solche näher an der Realität orientierte Angabe der Befragten erfolgt, kann aber leider im Rahmen dieser Arbeit nicht untersucht werden.

beteiligt haben oder an der kommenden Wahl nicht beteiligen wollen.¹⁸⁰ Für die folgende Analyse wird daher die Untersuchungsvariable aus der berichteten Wahlbeteiligung der vergangenen Bundestagswahl 1994 und der geplanten Wahlbeteiligung bei der kommenden Bundestagswahl 1998 gebildet. Es lassen sich demnach 6 Gruppen kategorisieren, welche einer neuen Variable ‚Nichtwähler/Wähler‘ zusammengefaßt werden:

I Als ‚Wähler‘ werden diejenigen definiert, welche angaben, bei der Bundestagswahl 1994 gewählt zu haben und beabsichtigen auch bei der Bundestagswahl 1998 zu wählen.

II Ebenfalls als ‚Wähler‘ werden diejenigen bezeichnet, die bei der Bundestagswahl 1994 noch nicht wahlberechtigt waren, nun aber wahlberechtigt sind und an der Bundestagswahl 1998 teilnehmen wollen.

III Als ‚Nichtwähler‘ werden diejenigen Wahlberechtigten definiert, die entweder angaben bei der Bundestagswahl 1994 nicht gewählt zu haben (obwohl sie auch zu diesem Zeitpunkt schon wahlberechtigt waren) oder/und bei der Bundestagswahl 1998 nicht wählen möchten.

IV In dieser Gruppe sind diejenigen zusammengefaßt, die angaben, bei der Bundestagswahl 1994 gewählt zu haben, aber zu ihren Beteiligungsabsichten bei der Bundestagswahl 1998 keine Angaben machen konnten oder wollten.

V Diese Gruppe umfaßt diejenigen, die zu ihrer Beteiligung bei der Bundestagswahl 1994 keine Angaben machen konnten oder wollten, sich aber an der Bundestagswahl 1998 beteiligen wollen.

VI Wer keine Angaben zur Beteiligung an den Bundestagswahlen 1994 und 1998 machen konnte/wollte oder nicht wahlberechtigt war, befindet sich in dieser Gruppe.

Die ‚Nichtwähler‘ der Gruppe III bilden damit die Untersuchungsgruppe der folgenden Analyse; die zusammengefaßten ‚Wähler‘ der Gruppen I und II werden als Vergleichsgruppe herangezogen. Die Gruppen IV, V und VI müssen aus den folgenden Untersuchungen ausgeschlossen werden, da hier keine verwertbaren Angaben vorliegen (Gruppe VI) oder aber aufgrund fehlender Werte zu einer der beiden betrachteten Wahlen keine eindeutige Zuordnung zur Gruppe der Wähler oder Nichtwähler möglich ist (Gruppe IV und V).

¹⁸⁰ Vgl. Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 87 und Falter, Jürgen W.; Schumann, Siegfried: Der Nichtwähler – das unbekannte Wesen; in: Klingemann, Hans-Dieter; Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen 1994, S. 175.

Tabelle 6: Nichtwähler und Wähler gemäß Definition im ALLBUS 1998

		Kategorie	Häufigkeit	Prozent	gültige Prozent
gültig	I	Wähler	1936	59,9%	83,2%
	II	Wähler (BTW 1994 nicht wahlberechtigt)	79	2,4%	3,4%
	III	Nichtwähler	311	9,6%	13,4%
		gesamt	2326	71,9%	100,0%
fehlend	IV	BTW 1994 gewählt, BTW 1998 keine Angaben	701	21,7%	
	V	BTW 1994 keine Angaben, BTW 1998 Beteiligungsabsicht	7	0,2%	
	VI	keine Angaben	200	6,2%	
		gesamt	908	28,1%	
gesamt			3234	100,0%	

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Es ergibt sich in den alten Bundesländern ein Nichtwähleranteil von 12,1% (195 Fälle) und in den neuen Bundesländern ein Anteil von 16,2% (116 Fälle), welche der folgenden Analyse zugrundegelegt werden.

5.5 Auswertungsstrategie und statistische Analyseverfahren

Die Relevanz der einzelnen Theorieansätze für die Erklärung von Wahlenthaltung wird zunächst bivariat auf der Grundlage von aus den theoretischen Modellen generierten Hypothesen erfolgen. Anschließend wird ein multivariates Modell der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen entwickelt werden, welches eine Einstufung der Bedeutung der aus den Theorien gewonnenen Prädiktoren für den Gesamteffekt ermöglichen soll. Basierend auf der Verifizierung und Falsifizierung der Hypothesen und der Identifikation der erklärungsstärksten Einflußfaktoren mittels des Gesamtmodells wird dann eine Bewertung der Determinanten von Wahlenthaltung möglich sein. Es folgt eine kurze Vorstellung der empirischen Instrumente für die bivariate und multivariate Analyse.

5.5.1 Verfahren für die bivariate Analyse

Die bivariate Analyse wird überwiegend auf der Basis von Kreuztabellierungen der abhängigen und unabhängigen Variable vorgenommen werden, wobei neben der Anzahl der Fälle und dem prozentualen Anteil für jede Zelle auch die standardisierten Residuen (r) angegeben werden, einer Größe, welche auf dem Unterschied zwischen Zellwert (f_0) und erwartetem Zellwert (f_e) beruht:

$$r = \frac{f_0 - f_e}{\sqrt{f_e}}$$

Auf Grundlage der standardisierten Residuen ist eine Beurteilung der Signifikanz der Einzelwerte möglich. Die Signifikanz der ermittelten Ergebnisse ist eine elementare Frage der analytischen Statistik. Hierfür wird die Wahrscheinlichkeit zweier Hypothesen überprüft. Die Nullhypothese nimmt an, daß die erzielten Ergebnisse zufällig zustande gekommen sind, die Alternativhypothese geht dagegen davon aus, daß die Ergebnisse nicht zufällig und demnach also signifikant sind. Zur Bewertung der Signifikanz der Ergebnisse wird die Irrtumswahrscheinlichkeit (p) bestimmt, und auf ihrer Grundlage werden Signifikanzniveaus definiert:

- p 0,05 ‚signifikant‘
- p 0,01 ‚sehr signifikant‘
- p 0,001 ‚höchst signifikant‘

Auf diesen Signifikanzniveaus basierend können ebenfalls die standardisierten Residuen Aufschluß über die Signifikanz des jeweiligen erreichten Einzelzellwertes geben:

- $r > 1,96$ ‚signifikant‘
- $r > 2,58$ ‚sehr signifikant‘
- $r > 3,29$ ‚höchst signifikant‘

Die Bewertung der Gesamtsignifikanz eines Zusammenhangs zweier Variablen, also ihrer Abhängigkeit, wird gemäß dem²-Test nach PEARSON vorgenommen:¹⁸¹

$$\chi^2 = \sum \frac{(f_0 - f_e)^2}{f_e}$$

¹⁸¹ Zum²-Test nach Pearson siehe: Bortz, Jürgen: Statistik für Sozialwissenschaftler, 5. Auflage, Berlin 1999, S. 150-153. Zur Durchführung des²-Tests nach Pearson mit SPSS siehe: Bühl, Achim; Zöfel, Peter: SPSS Version 10. Einführung in die moderne Datenanalyse unter Windows, 7. Auflage, München 2000, S.239-240.

Es werden die quadrierten standardisierten Residuen über die gesamte Tabelle aufsummiert. Felder mit hohen standardisierten Residuen liefern einen großen Beitrag zum χ^2 -Wert. Große Werte der Prüfgröße χ^2 führen also zur Ablehnung einer Unabhängigkeitshypothese, die betrachteten Variablen weisen demnach eine Abhängigkeit voneinander auf. Ein geringer χ^2 -Wert dagegen bedeutet, daß die standardisierten Residuen nahe null sind, die Variablen dementsprechend als unabhängig gelten können. Die Einstufung der χ^2 -Werte in Signifikanzniveaus erfolgt mittels entsprechender Bewertungstabellen gemäß den Freiheitsgraden der untersuchten Tabellen.¹⁸²

Als Assoziationsmaß wird CRAMERS V (V) angegeben werden, um die Stärke der Korrelation der Variablen abschätzen zu können:¹⁸³

$$V = \frac{\chi^2}{N \cdot (k-1)}$$

CRAMERS V kann Werte zwischen null und eins annehmen, wobei ein höherer Wert für eine stärkere Korrelation spricht.¹⁸⁴ Der Vorteil von CRAMERS V besteht darin, daß es sich um ein Assoziationsmaß für zwei nominalskalierte Variablen handelt. Die abhängigen ‚Wahlbeteiligung‘ besitzt ein nominales Skalenniveau, und im Falle der unabhängigen Variablen kann CRAMERS V sowohl bei nominalskalierten als auch bei allen höherwertigen Skalenniveaus angewendet werden. Es ist demnach bei allen folgenden bivariaten Untersuchungen ohne nähere Prüfung einsetzbar. Weitere angewandte statistischen Methodiken werden während der Analyse selbst erläutert werden.

5.5.2 Die logistische Regression als multivariates Analyseverfahren¹⁸⁵

Die der multivariaten Analyse zugrundegelegte Zielvariable ‚Wahlbeteiligung‘ ist aufgrund ihrer zwei Ausprägungen ‚ja‘ und ‚nein‘ als dichotome kategoriale Variable zu klassifizieren. Zur Untersuchung des Einflusses verschiedener Prädiktoren auf eine Variable kategorialer Ausprägung bietet sich die logistische Regressionsanalyse an. Im Gegensatz zur linearen Regression ermöglicht sie die Analyse abhängiger Variablen mit kategorialem Skalenniveau, wo-

¹⁸² Eine solche Bewertungstabelle findet sich beispielsweise bei: Bühl, Achim; Zöfel, Peter: Statistik verstehen. Ein Begleitbuch zur computergestützten Anwendung, München 2001, S.284-286.

¹⁸³ N bezeichnet hier die Anzahl der Zellen und k die kleinere der beiden Anzahlen der Zeilen und Spalten.

¹⁸⁴ Auf eine Diskussion der Werte von Cramers V wird verzichtet werden. Sie dienen lediglich der Kontrolle der beschriebenen Effekte und der Abschätzung der Effektstärke. Ein Vergleich der Effektstärke der einzelnen Prädiktoren erscheint auf Basis der bivariaten Analyse aufgrund der Multikausalität von Wahlbeteiligung nicht sinnvoll.

¹⁸⁵ Quelle sofern nicht anders angegeben: Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff; Weiber, Rolf: Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung, 9. Auflage, Berlin 2000, S 104-144.

bei sowohl Verfahren für wie im vorliegenden Fall dichotome (binäre logistische Regression) als auch mehrkategoriale Zielvariablen (multinominale logistische Regression) existieren. Die logistische Regressionsanalyse bestimmt dann die Wahrscheinlichkeit der Zugehörigkeit zu einer Kategorie der Zielvariablen in Abhängigkeit von den unabhängigen Variablen. Relevante Voraussetzungen für die Anwendung einer binären logistischen Regressionsanalyse sind:

- Multikollinearität der zugrundegelegten unabhängigen Variablen ist weitestgehend zu vermeiden.
- Ebenso ist eine Autokorrelation der Prädiktoren auszuschließen.
- Für hinreichend aussagekräftige Ergebnisse sollte die Anzahl der eingeschlossenen Fälle bei gleichmäßiger Besetzung der beiden Kategorien der Zielvariablen größer als 100 sein. Bei einer nicht gleichmäßigen Verteilung sollte jede Kategorie mindestens 50 Fälle aufweisen. Die absoluten Minimalanforderungen betragen 50 Beobachtungen insgesamt respektive mindestens 25 in jeder Teilgruppe.

Weitere Informationen zur Bewertung der Ergebnisse einer binären logistischen Regression finden sich an entsprechender Stelle innerhalb der Analyse.

6 Bivariate Analyse

In der folgenden bivariaten Analyse werden die vier zugrundegelegten theoretischen Erklärungsmodelle zur Wahlbeteiligung jeweils separat am ALLBUS 1998 empirisch überprüft werden. Die aus den Theorieansätzen ableitbaren und mit dem Datensatz prüfbaren Hypothesen werden zu Beginn eines Abschnitts kurz vorgestellt beziehungsweise, falls sie sich nicht direkt aus der Theorie ergeben, hergeleitet.

6.1 Analyse in Bezug auf das Ressourcenmodell – individuelle Ressourcen

Die aus dem Ressourcenmodell der Partizipationsforschung ableitbaren Hypothesen bezüglich der Wahlbeteiligung der Bürger ergeben sich direkt aus den Theorieansätzen, welche auf einen Einfluß des sozioökonomischen Status und des Alters, und keine Auswirkungen des Geschlechts und der Konfessionszugehörigkeit schließen lassen.

Hypothese: Mit anwachsendem sozioökonomischem Status, also höherer Bildung, steigendem Einkommen und höherem Berufsstatus, nimmt die Wahrscheinlichkeit einer Wahlteilnahme zu.

Hypothese: Mit ansteigendem Alter, also in der Phase des frühen Erwachsenenalters und im mittleren Alter, steigt auch die Partizipationsbereitschaft; in hohem Alter sinkt die Partizipationsbereitschaft wieder.

Hypothese: Das Geschlecht hat keinen Einfluß auf die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung.

Hypothese: Die Konfessionszugehörigkeit nimmt keinen Einfluß auf die Entscheidung zur Wahlteilnahme.

6.1.1 Sozioökonomischer Status

Der sozioökonomische Status setzt sich wie geschildert aus den individuellen Ressourcen formaler Bildungsabschluß, Einkommen und Berufsstatus zusammen.

Die folgende Tabelle zeigt die prozentualen Anteile von Wählern und Nichtwählern innerhalb der einzelnen Bildungsgruppen, die Anzahl der jeweiligen Befragten sowie die standardisierten Residuen getrennt nach alten und neuen Bundesländern. Signifikante, sehr signifikante und höchst signifikante Zellwerte werden mit den Symbolen *, ** und *** gekennzeichnet.

Zusätzlich wird als Assoziationsmaß CRAMERS V (V) und zur Bewertung der Signifikanz der Korrelation der ²-Wert nach PEARSON (P) angegeben.

Tabelle 7: Bildung und Wahlbeteiligung

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Bildung</i>				
	74,0% (37) -1,1			
kein Abschluß	86,8% (690) -0,3	26,0% (13) 2,8**	77,8% (7) -0,2	22,2% (2) 0,4
Hauptschul- abschluß	89,8% (361) 0,4	13,2% (105) 0,9	83,3% (205) -0,1	16,7% (41) 0,2
mittlere Reife	92,1% (139) 0,5	10,2% (41) -1,1	79,5% (241) -0,8	20,5% (62) 1,8
(Fach-)Hoch- schulreife	89,3% (175) 0,2	7,9% (12) -1,5	95,9% (47) 0,9	4,1% (2) -2,1*
<u>(Fach-)Hoch-</u>		10,7% (21) -0,5	92,2% (95) 0,9	7,8% (8) -2,1*
<i>gesamt</i>	88,0% (1402)	12,0% (192)	83,8% (595)	16,2% (115)
	V: 0,094 P: 0,007		V: 0,146 P: 0,005	

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Die Tabelle läßt erkennen, daß gerade die Wahlbeteiligung der Befragten ohne Schulabschluß hinter derjenigen mit Abschluß zurückbleibt, die Zusammenhänge zwischen Bildung und Wahlbeteiligung sind mit einer Signifikanz von 0,007 in den alten Bundesländern und 0,005 in den neuen als sehr signifikant zu bezeichnen. Herauszuheben sind auch der sehr signifikante, hohe Anteil an Nichtwählern in den alten Bundesländern bei den Befragten ohne Schulabschluß und die signifikant niedrigen Anteile an Nichtwählern bei denjenigen mit (Fach-) Hochschulabschluß und (Fach-) Hochschulreife in den neuen Bundesländern. Insgesamt läßt sich, wie schon die These vermuten ließ, ein Trend ablesen, nach welchem Befragte mit niedrigerem oder keinem Schulabschluß eher zur Nichtbeteiligung tendieren als solche mit höherem Abschluß. Interessant ist hier, daß sowohl in den alten wie auch in den neuen Bundesländern der niedrigste Anteil Nichtwähler nicht, wie zu erwarten gewesen wäre, beim höchsten Bildungsabschluß, also bei denjenigen mit (Fach-) Hochschulabschluß, erreicht wird, sondern in der Gruppe der Befragten mit (Fach-) Hochschulreife aber ohne Studienabschluß. Allerdings ist die hier beschriebene Tendenz, eingebettet in die Gesamtanalyse, derart schwach ausgeprägt, daß sie auch als zufällig angenommen werden kann. Weiterhin kann man einen Unter-

schied zwischen den alten und neuen Bundesländern feststellen. Während in den alten Bundesländern die Nichtwähleranteile schon auf niedrigem Bildungsniveau mit Ansteigen des selbigen rasch geringer werden (hier ist bereits ein starkes Abnehmen des Nichtwähleranteils um fast die Hälfte beim Übergang von den Befragten ohne Schulabschluß zu denen mit Hauptschulabschluß zu beobachten), so ist eine spürbare Abnahme des Nichtwähleranteils in den neuen Bundesländern erst bei den höheren Bildungsniveaus zu beobachten (die Befragten ohne Schulabschluß, mit Hauptschulabschluß und mit mittlerer Reife unterscheiden sich hier kaum im Wahlbeteiligungsverhalten, der Nichtwähleranteil ist in allen drei Gruppen sehr hoch, ein Absinken des Nichtwähleranteils ist hier erst ab der Gruppe derjenigen mit (Fach-) Hochschulreife aufwärts zu erkennen.

Die Erfassung des Berufsstatus der Befragten wird im folgenden mittels der Magnitude-Prestigeskala (MPS) von WEGENER vorgenommen werden.¹⁸⁶ Den nach ‚International Standard Classification of Occupations 1968‘ (ISCO-68) verschlüsselten Berufen der Befragten werden Prestigewerte zugeordnet, welche WEGENER mit einem komplexen mehrstufigen Schätzverfahren bestimmt hat.¹⁸⁷ Die resultierende MPS beruht dabei nicht auf einer sozialen Einstufung durch Sozialwissenschaftler, sondern auf dem Reputationsansatz, welcher die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Ansehens der Berufsgruppen durch die Betroffenen selbst zugrunde legt.¹⁸⁸ Mittels der aus der Psychophysik stammenden Technik der Magnitude-Messung, welche vor allem für die Messung subjektiv wahrgenommener physikalischer Reize und ihrer Intensitäten verwendet wird, maß WEGENER das wahrgenommene Prestige der Berufe. Da die Erfassung aller fast 284 Berufe des ISCO-68-Schemas mit dem Magnitude-Verfahren einen immensen Aufwand bedeutet hätte, stützt sich die MPS auf eine Reputationsmessung von nur 50 Berufen.¹⁸⁹ Die so gewonnene Einstufungsskala wird dann mittels

¹⁸⁶ Siehe auch: Wegener, Bernd: Gibt es Sozialprestige? Konstruktion und Validität der Magnitude-Prestigeskala, ZUMA-Arbeitsbericht 84/02, Mannheim 1984.

¹⁸⁷ Vgl. Frietsch, Rainer; Wirth, Heike: Die Übertragung der Magnitude-Prestigeskala von Wegener auf die Klassifizierung der Berufe; in: ZUMA-Nachrichten 48, Jg. 25, Mannheim 2001, S. 141.

¹⁸⁸ Vgl. Frietsch, Rainer; Wirth, Heike: Die Übertragung der Magnitude-Prestigeskala von Wegener auf die Klassifizierung der Berufe; in: ZUMA-Nachrichten 48, Jg. 25, Mannheim 2001, S. 146f.

¹⁸⁹ Elektroinstallateur, Studienrat, Fabrikarbeiterin, Polizist, Bauingenieur, Volksschullehrerin, Taxiunternehmer, Maschinenschlosser, Maurer, Sekretärin, Arzt, Kraftfahrzeugmechaniker, Briefbote, Krankenschwester, Bauarbeiter, Industriekaufmann, Professor, Bankdirektor, Diplom-Psychologe, Apotheker, Finanzbuchhalter, Bäckermeister, Bankangestellter, Landwirt, Krankenwagenfahrer, Kindergärtnerin, Fotograf, Omnibusfahrer, Dreher, Textilweber, Schuhverkäuferin, Hilfsarbeiter, Autowäscher, Richter, Rechtsanwalt, Architekt, Journalist, Lebensmitteltechniker, Programmierer, Bibliothekarin, Feinmechaniker, Buchdrucker, Zahnarzthelferin, Bundesbahnschaffner, Fernfahrer, Friseur, Eisengießer, Landarbeiter, Müllwerker, Lagerarbeiter.

eines komplexen Vergleichsverfahrens auf das Gesamtspektrum des ISCO-68 ausgedehnt.¹⁹⁰ Da beim ALLBUS 1998 keine Kategorisierung für das Magnitude-Berufsprestige vorgenommen wurde, wird die metrische Variable per Perzentilverfahren kategorisiert.¹⁹¹ Es wird hier eine Unterteilung in drei Bereiche vorgenommen, welche jeweils möglichst annähernd ein Drittel der Werte einschließen.

Tabelle 8: Berufsprestige und Wahlbeteiligung

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Berufsprestige</i>				
niedrig	82,5% (174) -0,7			
		17,5% (37) 2,0*		17,5% (21) 0,8
mittel	86,7% (235) -0,1		82,5% (99) -0,4	
		13,3% (36) 0,3		19,2% (20) 1,3
hoch	91,9% (228) 0,8		80,8% (84) -0,5	
		8,1% (20) -2,1*		6,6% (7) -2,1*
<i>gesamt</i>	87,3% (637)		93,4% (99) 0,9	16,2% (115)
	V: 0,113 P: 0,009		V: 0,156 P: 0,018	

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Es ist folgendes Verlaufsmuster zu erkennen: In den alten Bundesländern steigt die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe mit zunehmendem Berufsprestige, die Nichtwähleranteile weichen bei niedrigem um hohem Prestige signifikant von den Erwartungswerten nach oben beziehungsweise unten ab. Die Korrelation ist insgesamt als signifikant zu bewerten (P: <0,01). In den neuen Bundesländern ergibt sich ein ähnliches Bild, wenn auch der Verlauf insgesamt nicht mehr als signifikant (P: >0,01) zu bezeichnen ist und keine kontinuierliche Zunahme der Wahlbeteiligung mit dem Berufsprestige vorliegt, da mit 80,8% der Tiefpunkt der Wahlbeteiligung bei mittlerem Prestige erreicht wird. Allerdings ist zu vermuten, daß es sich hierbei um eine zufällige Abweichung handelt, da der gesamte Zusammenhang nicht als signifikant zu bezeichnen ist. Hervorzuheben ist aber in beiden Fällen die signifikant hohe Wahlbeteiligung bei hohem Berufsprestige.

¹⁹⁰ Zur genaueren Beschreibung dieses Übertragsverfahrens siehe: Frietsch, Rainer; Wirth, Heike: Die Übertragung der Magnitude-Prestigeskala von Wegener auf die Klassifizierung der Berufe; in: ZUMA-Nachrichten 48, Jg. 25, Mannheim 2001, S. 149ff.

¹⁹¹ Zum Perzentilverfahren siehe: Bortz, Jürgen: Statistik für Sozialwissenschaftler, 5. Auflage, Berlin 1999, S. 41.

Zur Prüfung der Effekte der finanziellen Ausstattung der Befragten wurde auf das Äquivalenzeinkommen zurückgegriffen. Da Bildung und Beruf personenbezogen analysiert werden, sollte auch das Einkommen auf Personenebene diskutiert werden. Jedoch verfügt nicht jeder vollständig alleine über sein Einkommen, sondern teilt es unter Umständen mit anderen Personen. Im Gegenzug profitieren so auch Individuen mit keinem oder niedrigem Einkommen vom höheren Einkommen beispielsweise ihrer Eltern, Lebens- oder Ehepartner. Eine Alternative liegt in der Ermittlung des Pro-Kopf-Einkommens im Haushalt, wobei aber erstens die Einsparungen durch gemeinsame Haushaltsführung und zweitens die unterschiedlichen finanziellen Bedürfnisse der Mitglieder nicht berücksichtigt würden. Eine mögliche Lösung bietet das wohlstandsäquivalente Einkommen, bei welchem die einzelnen Haushaltsmitglieder mit unterschiedlichen Gewichtungsfaktoren¹⁹² in die Ermittlung des Äquivalenzeinkommens eingebracht werden.¹⁹³ Das Äquivalenzeinkommen wird bei allen Haushaltsmitgliedern als gleich hoch angesetzt, da angenommen wird, daß die Ressourcen im Haushalt so verteilt sind, daß sich alle Mitgliedern auf dem selben Wohlfahrtsniveau befinden.

Tabelle 9: Äquivalenzhaushaltseinkommen und Wahlbeteiligung

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>reduziertes Haushaltseinkommen pro Kopf</i>				
bis 1000 DM	79,7% (59) -0,8	20,3% (15) 2,4*	65,5% (57) -2,0*	34,5% (30) 4,6***
1001-2000 DM	87,8% (483) -0,3	12,2% (67) 0,7	86,2% (319) 0,3	13,8% (51) -0,7
2001-3000 DM	89,2% (363) 0,1	10,8% (44) -0,2	91,9% (114) 0,9	8,1% (10) -2,0*
mehr als 3000 DM	95,4% (165) 0,9	4,6% (8) -2,6**	96,4% (27) 0,7	3,6% (1) -1,6
<i>gesamt</i>	88,9% (1070)		84,9% (517)	15,1% (92)
	V: 0,109 P: 0,003		V: 0,235 P: <0,001 ^a	

^a1 Zelle hat eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

¹⁹² Folgende Gewichte werden bei der Ermittlung des Äquivalenzeinkommens angesetzt: für den Haushaltsvorstand 1,0, für weitere Haushaltsmitglieder über 14 Jahren 0,7 und für Kinder bis 14 Jahren 0,5.

¹⁹³ Vgl: Hauser, Richard: Einkommen und Vermögen; in: Schäfers, Bernhard; Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Bonn 1998, S. 162.

Sowohl in den neuen wie auch in den alten Bundesländern läßt sich ein kontinuierlicher, monotoner Anstieg des Nichtwähleranteils mit sinkendem Haushaltseinkommen pro Kopf feststellen. Während dieser Zusammenhang in den neuen Bundesländern als höchst signifikant zu bewerten ist ($P: <0,001$), ist die Signifikanz in den alten Bundesländern etwas geringer ($P: <0,01$). Die Voraussetzungen für den χ^2 -Signifikanz-Test werden auch bei einem Erwartungswert unter fünf in Ostdeutschland erfüllt.

Es lassen sich also in allen drei Teilaspekten des sozioökonomischen Status die aus dem mikrosoziologischen Ansatz gewonnenen Vermutungen nachweisen. Es liegt dementsprechend nahe, sie in eine Variable zusammenzufassen, zumal sich mittels eines χ^2 -Tests nach Pearson für alle drei Komponenten auch untereinander höchst signifikante ($P: <0,001$) Zusammenhänge ergeben.

Zur Operationalisierung des sozioökonomischen Status werden das Pro-Kopf-Haushaltseinkommen und das Berufsprestige nach dem Perzentilverfahren in ‚hoch‘, ‚mittel‘ und ‚niedrig‘ kategorisiert und auch die Schulabschlüsse der Befragten werden in ‚hohes‘ ((Fach-) Hochschulabschluß und (Fach-) Hochschulreife), ‚mittleres‘ (mittlere Reife) und ‚niedriges‘ (Hauptschulabschluß und kein Schulabschluß) Bildungsniveau eingeteilt. Dies erfolgt zur Erhaltung der Vergleichbarkeit von neuen und alten Bundesländern einheitlich, für die Durchführung des Perzentilverfahrens werden die Fälle also mit dem personenbezogenen Ost-West-Gewicht gewichtet.

Weiterhin wird im Gegensatz zur alleinigen Analyse des Einflusses des Berufsstatus auf die Wahlbeteiligung bei der Berechnung des sozioökonomischen Status zur Erhöhung der Fallzahlen und zur Erweiterung des Erfassungsbereichs nicht nur auf die hauptberuflich erwerbstätigen Befragten zurückgegriffen. Den nicht Erwerbstätigen wird nach einem von TERWEY entwickelten System indirekt eine berufliche Klassifikation zugewiesen, welche sich an dem Beruf des Ehepartners oder des Vaters orientiert.¹⁹⁴

Bildungsniveau, Berufsstatus und Äquivalenzeinkommen werden, nachdem sie in niedrig, mittel und hoch entsprechend den Werten eins, zwei und drei vercodet wurden, addiert, sie fließen also gleichberechtigt in den sozioökonomischen Status ein, für den sich dann Werte zwischen drei und neun ergeben. Die Werte drei und vier werden als niedriger, die Werte fünf bis sieben als mittlerer und die Werte acht und neun als hoher sozioökonomischer Status in-

¹⁹⁴ Für nähere Erläuterungen zur Zuweisung des Einordnungsberufs siehe: Allerbeck, Klaus; Allmendinger, Jutta; Bürklin, Wilhelm; Kiefer, Marie L.; Müller, Walter; Opp, Karl D.; Scheuch, Erwin K.: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. ALLBUS 1998. Codebuch. ZA-Nr. 3000, Köln 1999, S. 321f.

terpretiert. Anschließend wird der kategorisierte sozioökonomische Status nach bekanntem Muster in Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung betrachtet:

Tabelle 10: Sozioökonomischer Status und Wahlbeteiligung

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>sozioökonomischer Status</i>				
niedrig	85,7% (257) -0,7			21,3% (42) 2,4*
mittel	89,9% (527) 0,2	14,3% (43) 1,9	78,7% (155) -1,0	
hoch	91,9% (226) 0,4	10,1% (59) -0,5	86,2% (262) 0,2	13,8% (42) -0,4
<i>gesamt</i>		8,1% (20) -1,3	95,8% (92) 1,1	4,2% (4) -2,7**
	89,2% (1010)		85,3% (509)	
	10,8% (122)		14,7% (88)	
	V: 0,073 P: 0,049		V: 0,161 P: <0,001	

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Wie nicht anders unter den Vorbedingungen zu erwarten, zeigt sich ein signifikanter ($P: <0,05$) beziehungsweise höchst signifikanter ($P: <0,001$) Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und sozioökonomischem Status in den alten wie auch in den neuen Bundesländern. Mit zunehmendem sozioökonomischem Status steigt auch die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe. Insgesamt ist diese Verknüpfung in den neuen Bundesländern stärker ausgeprägt (2 1,3% Nichtwähler bei niedrigem und 4,2% bei hohem sozioökonomischem Status) als in den alten Bundesländern (14,3% Nichtwähleranteil bei niedrigem gegenüber 8,1% bei hohem sozioökonomischen Status).

6.1.2 Alter

Zur Bewertung des Einflusses des Alters der Befragten auf ihre Wahlbeteiligung wurden die im ALLBUS 1998 vorhandenen Alterskohorten weitestgehend übernommen. Lediglich die Gruppen der 75-89jährigen und der 90jährigen und älteren Befragten wurden aufgrund der mit nur zehn Mitgliedern in den alten und einem in den neuen Bundesländern sehr kleinen Untersuchungsgruppe der über 90 jährigen zu einer Kohorte zusammengefaßt.

Tabelle 11: Alter und Wahlbeteiligung

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Alter</i>				
18-29	76,1% (178) -1,9			
30-44	89,0% (379) 0,2	28,3% (56) 5,2***	81,5% (88) -0,3	18,5% (20) 0,6
45-59	92,4% (367) 1,0	11,0% (47) -0,6	77,6% (177) -1,0	22,4% (51) 2,3*
60-74	91,2% (361) 0,7	7,6% (30) -2,6**	88,8% (151) 0,7	11,2% (19) -1,6
75 und älter	82,8% (130) -0,7	8,8% (35) -1,9	87,5% (140) 0,5	12,5% (20) -1,2
		17,2% (27) 1,8	88,0% (44) 0,3	12,0% (6) -0,7
<i>gesamt</i>	87,9% (1415)	12,1% (195)	83,8% (600)	16,2% (116)
	V: 0,170 P: <0,001		V: 0,131 P: 0,016	

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Insbesondere in den alten Bundesländern ist der zyklische Verlauf der Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung mit fortschreitendem Alter bei höchster Signifikanz ($P: <0,001$) erkennbar. Der Nichtwähleranteil in den Alterskohorten sinkt beginnend bei den 18-29jährigen mit 28,3% über die Kohorte der 30-44jährigen zum Minimum von 7,6% bei den 45-59jährigen Befragten. Dieser minimale Wert ist zudem als sehr signifikant zu bewerten. Anschließend steigt der Nichtwähleranteil mit anwachsendem Alter kontinuierlich wieder an, um dann in der Gruppe der 75jährigen und älteren Befragten den (nach der jüngsten Gruppe) zweithöchsten Prozentwert zu erreichen.

In den neuen Bundesländern ist ein solcher Zyklus jedoch erheblich schwerer zu erkennen, zudem ist der Zusammenhang von Alter und Wahlbeteiligung nur signifikant ($P: <0,05$). Die Wahlbeteiligung ist in den beiden jüngsten Kohorten mit 81,5% und 77,6% am niedrigsten, steigt dann bei den 45-59jährigen Befragten auf ein Maximum von 88,8%, um anschließend bei den beiden ältesten Kohorten wieder leicht auf 87,5% und 88,0% abzusinken. Der Zyklus ist in den jüngeren Alterskohorten gegenüber dem Zyklus in den alten Bundesländern also leicht verschoben. Während in den alten Bundesländern ein starkes Absinken des Nichtwähleranteils um über 50% schon in der Gruppe der 30-44jährigen zu beobachten ist, wird diese Schwelle in den neuen Bundesländern erst mit der nächst älteren Kohorte der 45-59jährigen Befragten erreicht. Der anschließende Anstieg des Nichtwähleranteils in den beiden ältesten

Kohorten nach dem Erreichen seines Minimums erfolgt in den neuen Bundesländern gemäßigt (Anstieg nur um 0,8 Prozentpunkte gegenüber dem Minimum sowie annähernd gleiche Werte in der ältesten und zweitältesten Kohorte), wohingegen er in den alten Bundesländern weitaus ausgeprägter ist (während er in der zweitältesten Kohorte 1,2 Prozentpunkte über dem minimalen Wert liegt, ist der Nichtwähleranteil in der ältesten Kohorte 9,6 Prozentpunkte höher).

6.1.3 Geschlecht

Gemäß des mikrosoziologischen Ansatzes hat das biologische Geschlecht keinerlei Einfluß auf die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung, die bivariate Analyse zum Zusammenhang von Wahlbeteiligung und Geschlecht bestätigt diese Annahme.

Tabelle 12: Geschlecht und Wahlbeteiligung

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Geschlecht</i>				
männlich	89,1% (676) 0,3		84,0% (279) 0,0	
weiblich	86,8% (739) -0,3	10,9% (83) -0,9		16,0% (53) -0,1
		13,2% (112) 0,9	83,6% (321) 0,0	16,4% (63) 0,1
<i>gesamt</i>	87,9% (1415)	12,1% (195)	83,8% (600)	16,2% (116)
	V: 0,034 P: 0,172		V: 0,006 P: 0,873	

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Es ist kein signifikanter Unterschied zwischen der Wahlbeteiligung der Geschlechter in den neuen oder alten Bundesländern festzustellen, der²-Signifikanztest läßt keinen Zusammenhang zwischen Geschlecht und Wahlbeteiligung erkennen (in beiden Fällen $P: \gg 0,05$), in bezug auf den Einfluß des Geschlechts auf die Wahlenthaltung ist also die Nullhypothese anzunehmen. Die Alternativhypothese, daß das Geschlecht auf das Partizipationsverhalten bei Wahlen wirken könnte, ist dementsprechend zu verwerfen.

6.1.4 Konfession

Ein direkter Einfluß der Konfession auf die Wahlbeteiligung wird heutzutage meist verneint.

Anstelle dessen treten die Integration in gesellschaftliche Großgruppen oder Randgruppen

(christliche und nicht christliche Religionsgemeinschaften in christlich dominierten Ländern) und die Kirchgangshäufigkeit als Maßzahl für das Ausmaß der Integration. Letzterer Ansatz soll im folgenden nachvollzogen werden.

Tabelle 13: Konfession und Wahlbeteiligung

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Konfession</i>				
römisch-katholisch	89,1% (608) 0,4	10,9% (74) -0,9	90,6% (29) 0,4	9,4% (3) -1,0
evang. ohne Freikirchen	91,2% (599) 0,9	8,8% (58) -2,4*	85,0% (130) 0,2	15,0% (23) -0,4
evang. Freikirchen	87,5% (35) 0,0	12,5% (5) 0,1	91,7% (22) 0,4	8,3% (2) -1,0
and. christl. Religionen	47,8% (11) -2,0*	52,2% (12) 5,5***	0,0% (0)	0,0% (0)
and. nicht-christl. Religionen	54,5% (6) -1,2	45,5% (5) 3,2**	100,0% (1) 0,2	0,0% (0) -0,4
keine Religionsgemeinschaft	79,2% (156) -1,3	20,8% (41) 3,5***	82,5% (416) -0,3	17,5% (88) 0,7
<i>gesamt</i>	87,9% (1415)	12,1% (195)	83,8% (598)	16,2% (116)
	V: 0,205 P: <0,001 ^a		V: 0,066 P: 0,538 ^b	

^a3 Zellen haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. ^b5 Zellen haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5.

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Betrachtet man den Zusammenhang zwischen Religionszugehörigkeit und Wahlenthaltung in den alten Bundesländern, so ist zunächst festzustellen, daß keine herausragenden Unterschiede zwischen den katholischen und evangelischen Befragten feststellbar sind. Die Wahlbeteiligung derjenigen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören ist dagegen mit nur 79,2% erheblich geringer, der entsprechend hohe Nichtwähleranteil ist von höchster Signifikanz. Die Angehörigen anderweitiger christlicher und nicht christlicher Religionsgemeinschaften weisen mit jeweils ca. 50% ebenfalls bei höchster Signifikanz noch weitaus höhere Nichtwähleranteile auf. Der Gesamtzusammenhang ist ebenfalls als höchst signifikant zu bewerten (P: <0,001), jedoch wird die Voraussetzung der²-Analyse, in höchstens 20% der Zellen eine erwartete Häufigkeit kleiner als fünf aufzuweisen hier knapp nicht erfüllt.

Die Auswertung des Einflusses der Religionszugehörigkeit in den neuen Bundesländern ist dagegen problematisch, zwar ließen sich auch hier ähnliche Ergebnisse zumindest in bezug auf die katholischen und evangelischen Befragten sowie diejenigen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören erahnen, jedoch ist keine Signifikanz des Zusammenhangs gegeben ($P: \gg 0,01$). Aufgrund des hohen Wertes $P: 0,538$ kann daher die Nullhypothese nicht verworfen werden. Auch in diesem Fall ist anzumerken, daß die Voraussetzung, in maximal 20% der Felder eine Häufigkeiten kleiner als fünf vorauszusagen, nicht erreicht wird.

Da die Auswertung in bezug auf die Signifikanz der Ergebnisse also nicht gesichert ist, wird eine erneute Analyse durchgeführt, bei welcher sachlogisch ähnliche Kategorien zusammengefaßt werden und zu schwach besetzte und nicht zusammenfaßbare Kategorien aus der Analyse ausgeschlossen werden. Es werden demnach die beiden Gruppen evangelischer Befragter in eine Kategorie integriert und die schwachbesetzten Gruppen der anderweitigen christlichen und nicht christlichen Religionsgemeinschaften aus der Analyse herausgenommen. Dies liegt nahe, da die hohen Nichtwähleranteile dieser Gruppen vermutlich weniger mit der Konfession als solchen verbunden sind als vielmehr aufgrund anderer gruppenspezifischer Charakteristika beziehungsweise des Randgruppenphänomens entstehen.¹⁹⁵ Die anschließende Analyse bestätigt die obigen Ergebnisse:

Tabelle 14: Konfession und Wahlbeteiligung (reduzierter Kategorienumfang)

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Konfession</i>				
römisch-katholisch	89,1% (608) 0,1	10,9% (74) -0,3	90,6% (29) 0,4	9,4% (3) -1,0
evang. inkl. Freikirchen	91,0% (634) 0,6	9,0% (63) -1,8	85,9% (152) 0,3	14,1% (25) -0,7
keine Religionsgemeinschaft	79,2% (156) -1,4	20,8% (41) 4,0***	82,5% (416) -0,3	17,5% (88) 0,7
<i>gesamt</i>	88,7% (1398)	11,3% (178)	82,5% (597)	17,5% (116)
	V: 0,117 P: <0,001		V: 0,056 P: 0,326	

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

¹⁹⁵ Was an dieser Stelle leider nicht näher analysiert werden kann; eine genauere Analyse dieser ausgeschlossenen Gruppen wäre bei einem größeren Umfang der Arbeit zwar wünschenswert, ein Auslassen erscheint aber in dieser Untersuchung rechtfertigbar, zumal die Theorie erwarten läßt, daß sich die Konfessionszugehörigkeit durch die Gruppenressource Kirchengangshäufigkeit substituieren läßt.

Die geringen Unterschiede zwischen evangelischen und katholischen Befragten (also potentiellen Kirchgängern) und die im Vergleich zu diesen Gruppen niedrige Wahlbeteiligung der konfessionslosen (also den Nicht-Kirchgängern) weisen wie prognostiziert in Richtung einer möglichen Ersetzung der Konfessionszugehörigkeit durch die Kirchgangshäufigkeit.

Zur Verdeutlichung des Zusammenhangs dieser beiden Variablen, bietet sich der Korrelationskoeffizient nach SPEARMAN an, welcher sich zur Bewertung von Korrelationen zwischen ordinalskalierten Variablen eignet. Es ergibt sich eine Korrelation von $r=0,624$ bei höchster Signifikanz ($P: <0,001$), eine Substituierung der Religionsgemeinschaft durch die Kirchgangshäufigkeit erscheint also durchaus akzeptabel, sie wird als Gruppenressource später genauer untersucht werden.

6.2 Analyse in Bezug auf das Ressourcenmodell – Gruppenressourcen

Die Theorie der Gruppenressourcen postuliert einen Einfluß des Grades und der Art der sozialen Integration eines Individuums auf dessen Partizipationsbereitschaft, wobei sich folgende Hypothesen ableiten lassen:

Hypothese: Das soziale Milieu nimmt je nach Beschaffenheit und Einstellung bezüglich Wahlbeteiligung positiven oder negativen Einfluß auf die Wahlbeteiligung der Mitglieder.

Hypothese: Hohe (homogene) system- und gesellschaftskonforme Integration geht einher mit steigender Partizipationsbereitschaft und Wahlbeteiligung.

Hypothese: Integration in gegensätzliche ‚Cleavage-Blöcke‘ führt aufgrund resultierender ‚Cross-Pressures‘ zu Resignation und Abnahme der Partizipationsbereitschaft bei Wahlen-

6.2.1 Das soziale Milieu und Wahlbeteiligung

Das soziale Milieu ist durch eine mit den anderen Mitgliedern des selben Milieus gemeinsame Lebensweisen gekennzeichnet. Eine Möglichkeit der Analyse würde hier die Untersuchung des Einflusses unterschiedlicher lokaler oder regionaler Gegebenheiten auf die Wahlbeteiligung bieten. Dies wäre aber wegen der bundesweiten Streuung der Befragten problematisch in Bezug auf die erreichbaren Fallzahlen. Daher wird in diesem Abschnitt die Lebensweise der unmittelbaren sozialen Umgebung im Vordergrund stehen. Exemplarisch wird hier die politische Aktivität der Freunde gewählt, da sich gerade die allgemeine politische Aktivität

des sozialen Umfelds bei einer Einflußnahme auf die Probanden auch im Wahlbeteiligungsverhalten niederschlagen sollte.

Tabelle 15: Politische Aktivität des Freundeskreises und Wahlbeteiligung

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Anzahl der pol. aktiven Freunde</i>				
keine	85,0% (557) -1,2	15,0% (98) 3,6***	82,7% (229) -0,7	17,3% (48) 1,8
einige	93,6% (584) 1,1	6,4% (40) -3,1**	89,6% (249) 0,5	10,4% (29) -1,3
viele	95,1% (78) 0,5	4,9% (4) -1,6	94,6% (35) 0,5	5,4% (2) -1,3
<i>gesamt</i>	89,6% (1219)	10,4% (142)	86,7% (513)	13,3% (79)
	V: 0,143 P: <0,001		V: 0,115 P: 0,020 ^a	

^a1 Zelle hat eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern zeigt sich ein kontinuierlicher Anstieg der Wahlbeteiligung mit der Zunahme der Anzahl der politisch aktiven Freunde. In den alten Bundesländern sinkt dabei der Nichtwähleranteil von 15,0% auf 4,9%, in den neuen Bundesländern von 17,3% auf 5,4%. Dieser Verlauf ist signifikant (P: <0,05), in den alten Bundesländern sogar höchst signifikant (P:<0,001).

Eine besondere Eigenschaft des Milieus ist die unabhängig von eventuellen gemeinsamen Interessen stattfindende Einflußnahme. Exemplarisch wird daher der Einfluß der politischen Aktivität des Freundeskreises in Abhängigkeit vom politischen Interesse des Befragten, welches auch auf das Partizipationsverhalten wirkt und eventuell auch den Freundeskreis mitbestimmt, untersucht. Diese Analyse kann jedoch leider aufgrund der ansonsten in den neuen Bundesländern in einigen Kategorien zu kleinen Fallzahlen nur für Gesamtdeutschland durchgeführt werden.

Tabelle 16: Politische Aktivität der Freunde, politisches Interesse und Wahlbeteiligung

	hohes pol. Interesse		mittleres pol. Interesse		niedriges pol. Interesse	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Anzahl der pol. aktiven Freunde</i>						
keine	92,1% (199) -0,4	7,9% (17) 1,9	88,3% (3048) -0,6	11,7% (46) 2,0*	74,8% (244) -0,4	25,2% (82) 0,6 19,5% (25) -0,9
einige	96,2% (352) 0,2	3,8% (40) -1,0	93,7% (386) 0,5	6,3% (26) -1,6	80,5% (103) 0,5	20,0% (3) -0,3
viele	98,2% (56) 0,3	1,8% (1) -1,1	95,7% (45) 0,3	4,3% (2) -1,0	80,0% (12) 0,2	
<i>gesamt</i>	95,0% (607)	5,0% (32)	91,3% (779)	8,7% (74)	76,5% (359)	23,5% (110)
	V: 0,097 P: 0,048 ^a		V: 0,100 P: 0,014 ^b		V: 0,061 P: 0,423 ^c	

^a1 Zelle hat eine erwartete Häufigkeit kleiner 5.

^b1 Zelle hat eine erwartete Häufigkeit kleiner 5.

^c1 Zelle hat eine erwartete Häufigkeit kleiner 5.

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Zunächst ist der vorangehenden Tabelle zu entnehmen, daß ein hohes politische Interesse sich positiv auf die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe auswirkt, sowohl in der Gesamtbeurteilung, als auch in jeder Einzelzeile steigt der Anteil der Wähler mit zunehmendem politischen Interesse konsequent an. In den beiden Gruppen mit mittlerem und hohem politischen Interesse läßt sich noch ein zusätzlicher positiver Einfluß einer zunehmenden Anzahl politisch Aktiver im Freundeskreis beobachten, welcher in beiden Fällen als signifikant zu bewerten ist (P: <0,05). Lediglich in der Gruppe mit niedrigem politischen Interesse ist die Wirkung des Freundeskreises unausgeprägter. Zwar weisen auch hier die Befragten mit keinen politisch aktiven Freunden den höchsten Nichtwähleranteil auf, allerdings ist der Unterschied der beiden Gruppen mit einigen beziehungsweise vielen politisch aktiven Freunden in bezug auf die Wahlbeteiligung gering und damit zu der Theorie gegenläufig. Insgesamt ist hier der Verlauf auch nicht signifikant (P: >>0,05). Es ist also von der Gültigkeit der Nullhypothese auszugehen. Die Signifikanztests erfüllen mit je einer Zelle (also 16,5% aller Zellen) mit einer erwarteten Häufigkeit unter fünf die Voraussetzungen.

Die politische Aktivität des Freundeskreises hat also wie im Milieu-Ansatz vermutet einen Einfluß auf das Partizipationsverhalten der Individuen, allerdings kommt dieser Faktor bei den politisch uninteressierten Bürgern kaum zum Tragen, kann also politisches Desinteresse nicht nachhaltig aufwiegen.

6.2.2 Gesellschaftliche Integration und Partizipationsverhalten

Die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, die Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen, die Anzahl zwischenmenschlicher Kontakte und vieles mehr können stellvertretend für die soziale Integration ein Indikator für die Bereitschaft zur Wahlteilnahme sein. Exemplarisch soll dies anhand der Vereinsmitgliedschaften, der Kirchgangshäufigkeit und der familiären Situation untersucht werden.

Bei der Operationalisierung der Vereinsmitgliedschaften wird die Anzahl der Mitgliedschaften nicht direkt aufgetragen. Der Grad an Integration ist weniger durch Mitgliedschaften in vielen themenähnliche Vereine und Organisationen bestimmt als vielmehr durch eine breit gestreute Integration. Es wird daher hinsichtlich der Einbindung nicht die Gesamtzahl der Mitgliedschaften zu Grunde gelegt, sondern vielmehr eine Kategorisierung in Vereinsgruppen vorgenommen, welche dazu geeignet ist, ein breit gefächertes Spektrum der Teilnahme zu reflektieren. Folgende Gruppierungen werden abgefragt: Gesangsvereine, Sportvereine, sonstige Hobbyvereine, Heimat- und Bürgervereine, sonstige gesellige Vereine, Vertriebenen Verbände, Wohlfahrtsverbände, kirchliche oder religiöse Vereine, Jugend- und Studentenvereine, andere Vereine. Die Auswahl orientierte sich dabei an den im ALLBUS 1998 abgefragten Kategorien.

Tabelle 17: Mitgliedschaft in Vereinen verschiedener Vereinsgruppen und Wahlbeteiligung

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Mitgliedschaften in Vereinen unterschiedlicher Vereinsgruppen</i>				
keine	83,3% (699) -1,4	16,7% (140) 3,8***	80,9% (418) -0,7	19,1% (99) 1,7
einem	91,3% (442) 0,8	8,7% (42) -2,2*	90,6% (163) 1,9	9,4% (17) -2,3*
zwei	94,4% (202) 1,0	5,6% (12) -2,7**	100,0% (17) 0,7	0,0% (0) -1,7
drei und mehr	98,6% (72) -1,4	1,4% (1) -2,6**	100,0% (2) 0,3	0,0% (0) -0,6
<i>gesamt</i>	87,9% (1415)	12,1% (195)	83,8% (600)	16,2% (116)
	V: 0,154 P: <0,001		V: 0,135 P: 0,005 ^a	

³ Zellen haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5.

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Sowohl in den alten wie auch in den neuen Bundesländern läßt sich ein kontinuierliches Anwachsen des Anteils der Wähler bei zunehmender Mitgliedschaft in Vereinen verschiedener Vereinsgruppen erkennen. Alle Einzelwerte der Nichtwähleranteile in den alten Bundesländern sind signifikant bis höchst signifikant, der Gesamtzusammenhang ist ebenfalls höchst signifikant ($P: <0,001$). In den neuen Bundesländern sind ähnliche Tendenzen festzustellen, allerdings ist hier die erwartete Häufigkeit in drei Zellen also in insgesamt 37,5% der gesamten Zellen kleiner als 5, eine Grundvoraussetzung für die χ^2 -Analyse ist also nicht erfüllt. Reduziert man den Analyseumfang, indem die am niedrigsten besetzten Kategorien zu einer Kategorie ‚Zwei und mehr Mitgliedschaften in verschiedenen Gruppen‘ zusammengefaßt werden, so ergibt sich unter Erfüllung der Voraussetzungen für den χ^2 -Signifikanztest ebenfalls eine höchste Signifikanz ($P: 0,001$). Zur besseren Vergleichbarkeit der alten und neuen Bundesländern wird jedoch auch in den neuen Bundesländern im folgenden die feinere Kategorisierung beibehalten. Die Gruppenressource ‚Kirchgangshäufigkeit‘ ersetzt, wie schon beschrieben, im Ressourcenmodell die individuelle Ressource ‚Konfession‘ und soll nachfolgend Gegenstand der Analyse sein.

Tabelle 18: Kirchgangshäufigkeit und Wahlbeteiligung

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Kirchgangshäufigkeit</i>				
einmal pro Woche und öfter	89,4% (203) 0,2	10,6% (24) -0,7		19,2% (5) 0,4
ein- bis dreimal im Monat	94,9% (167) 1,0	5,1% (9) -2,7**	80,8% (21) -0,2	5,6% (1) - 1,1
mehrmals im Jahr	92,2% (297) 0,8	7,8% (25) -2,2*	94,4% (17) 0,5	14,0% (6) -0,4
seltener	88,3% (423) 0,1	11,7% (56) -0,3	90,7% (147) 1,0	9,3% (15) -2,2*
nie	79,1% (288) -1,8	20,9% (76) 4,8***	80,7% (355) -0,7	19,3% (85) 1,6
			83,7% (577)	16,3% (112)
<i>gesamt</i>	87,9% (1378)			
	V: 0,161 P: <0,001		V: 0,125 P: 0,030 ^a	

^a2 Zellen haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5.

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

In den alten Bundesländern ist bei höchster Signifikanz eine Zunahme der Wahlbeteiligung mit ansteigender Kirchgangshäufigkeit zu beobachten. Lediglich bei der Gruppe der häufigsten Kirchgänger, welche einmal pro Woche oder öfter einen Gottesdienst besuchen, nimmt die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe wieder leicht ab, in diesem Fall ist anzunehmen, daß andere Faktoren dieser vermutlich homogeneren Gruppe den Einfluß der Integration übersteuern. Herausragend ist insbesondere der hohe Nichtwähleranteil von 20,9% bei denjenigen, die nie einen Gottesdienst besuchen. In den neuen Bundesländern ist mit Ausnahmen ein ähnlicher Verlauf festzustellen, er ist allerdings lediglich signifikant und die Vorbedingungen zum χ^2 -Test werden nur knapp erfüllt.

Als drittes und letztes Beispiel wird der Familienstand in bezug auf die Wahlbeteiligung analysiert. Die Befragten werden in fünf Gruppen unterteilt: die Verheirateten, diejenigen die verheiratet sind oder waren aber nun getrennt leben, geschieden oder verwitwet sind, allerdings nun wieder einen neuen Lebenspartner haben, und als weitere Gruppe diejenigen in gleichen Lebensverhältnissen jedoch ohne neuen Lebenspartner. Die letzten zwei Gruppen bilden einerseits die ledigen Befragten mit festem Partner und andererseits die ohne festen Lebensgefährten.

Tabelle 19: Familienstand und Wahlbeteiligung

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Familienstand</i>				
verheiratet	92,4% (850) 1,5	7,6% (70) -3,9***	87,2% (335) 0,7	12,8% (49) -1,7
verwitwet, getrennt lebend, geschieden mit Lebenspartner	84,6% (33) -0,2	15,4% (6) 0,6	85,2% (23) 0,1	14,8% (4) - 0,2
verwitwet, getrennt lebend, geschieden ohne Lebenspartner	82,8% (279) -1,0	17,2% (58) 2,7**	81,2% (121) -0,3	18,8% (28) 0,8
ledig mit Lebenspartner	81,6% (172) -0,7	18,4% (18) 1,8	81,5% (55) -0,2	18,5% (10) 0,4
ledig ohne Lebenspart- ner	80,0% (171) -1,2	20,0% (43) 3,3***	75,5% (77) -0,9	24,5% (25) 2,1*
<i>gesamt</i>			83,8% (600)	16,2% (116)
		87,9% (1414)		
	V: 0,162 P: <0,001 ^a		V: 0,115 P: 0,049 ^b	

^a1 Zelle hat eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. ^b1 Zelle hat eine erwartete Häufigkeit kleiner 5.

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Auch hier hat jeweils eine Zelle eine erwartete Häufigkeit kleiner als 5, jedoch macht dies nur je 10% der Gesamtzellenanzahl aus, liegt also deutlich unter der Vorbedingung von maximal 20% der²-Signifikanzanalyse. Die Signifikanzwerte sind demnach verwertbar. Es ergibt sich in den alten Bundesländern ein höchst signifikanter und in den neuen ein signifikanter Verlauf, welcher (mit einer Ausnahme in den neuen Bundesländern) über alle fünf Gruppen hinweg ausgehend von den verheirateten hin zu den ledigen Befragten ohne Lebenspartner eine beständige Abnahme der Wahlbereitschaft aufzeigt. Interessant ist hierbei insbesondere, daß die Verheirateten eine höhere Wahlbeteiligung aufweisen als die ehemals Verheirateten mit neuem Partner und diese wiederum als die Ledigen mit festem Lebenspartner. Auch die Verwitweten, Getrenntlebenden oder Geschiedenen ohne Lebenspartner weisen eine ausgeprägtere Neigung zur Wahlbeteiligung auf als die Ledigen ohne Partner. Es ergibt sich also sowohl ein positiver Einfluß eines aktuellen Lebenspartners als auch einer aktuellen oder vergangenen Ehe auf die Wahlbeteiligung, welche auch in Kombination die Partizipationsbereitschaft noch weiter anheben. Allerdings sei diesbezüglich auch angemerkt, daß wahrscheinlich auch der Einflußfaktor des Alters hiermit korreliert und dieser Verlauf auch eventuell dem höheren Alter zum Beispiel der Verheirateten gegenüber den Ledigen zugeschrieben werden kann.

Die vorhergehenden Analysen resümierend kann also der prognostizierte positive Einfluß einer hohen gesellschaftlichen Integration auf die Wahlbeteiligung nachgewiesen werden.

6.2.3 Relevanz der Cleavage Theorie und der ‚Cross-Pressures‘-Hypothese

Gemäß der Studie von LAZARFELD, BERELSON und GAUDET werden sich Individuen, welche entgegengerichteten ‚Cross-Pressures‘ ausgesetzt sind, dem sich daraus ergebenden Entscheidungskonflikt durch Desinteresse und Wahlenthaltung entziehen. Zur Analyse dieses Phänomens müssen zunächst geeignete ‚Cross-Pressures‘ gefunden werden; dabei kann eine Orientierung an den zwei in der Bundesrepublik Deutschland vorherrschenden traditionellen Cleavages erfolgen:¹⁹⁶

- dem Klassenkonflikt, in welchem die SPD als Partei der Arbeitnehmer und die CDU/CSU als Partei der Unternehmer fungieren;
- dem konfessionellen Konflikt, der auf die Mobilisierung des deutschen Katholizismus durch die Zentrumsparterie zurückgeht, und in dem die CDU/CSU den Katholizismus und die SPD weit weniger deutlich und eindeutig den Protestantismus vertreten hat. Dieser ur-

¹⁹⁶ Vgl. Völker, Marion; Völker, Bernd: Wahlenthaltung. Normalisierung oder Krisensymptom, Wiesbaden 1998, S. 45.

sprünglich konfessionelle Konflikt hat sich jedoch mittlerweile zu einem Gegensatz zwischen religiösen und nicht religiösen Individuen entwickelt.¹⁹⁷

Exemplarisch wird nachfolgend der Einfluß des ‚Cross-Pressure‘-Konflikts zwischen Arbeiterschaft (hier substituiert durch Gewerkschaftsmitgliedschaft – beispielhaft durch den DGB) und hoher Kirchgangshäufigkeit untersucht.¹⁹⁸

Zur Reduktion der Untersuchungsgruppen wurde die Variable Kirchgangshäufigkeit dichotomisiert,¹⁹⁹ so daß sich verbunden mit der Mitgliedschaft im DGB insgesamt drei vergleichbare Untersuchungsgruppen ergeben. Die Gruppe der Befragten, die keine Mitglieder im DGB und keine Kirchgänger sind, wird aus der Untersuchung ausgeschlossen, da sie zu inhomogen ist.

Tabelle 20: ‚Cross-Pressures‘ und Wahlbeteiligung – Gewerkschaftsmitgliedschaft und Kirchgangshäufigkeit

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>‚Cross-Pressure‘ Kirchgang und Gewerkschaft</i>				
DGB-Mitglieder mit Kirchgang	95,4% (104) 0,5	4,6% (5) -1,6	87,5% (21) -0,1	12,5% (3) 0,2
DGB-Mitglieder mit keinem Kirchgang	92,3% (36) 0,1	7,7% (3) -0,4	86,9% (53) -0,1	13,1% (8) 0,4
Nicht-DGB-Mitglieder mit hohem Kirchgang	90,0% (984) -0,2	10,0% (109) 0,6	89,2% (199) 0,1	10,8% (24) -0,3
<i>gesamt</i>	90,6% (1124)	9,4% (117)	88,6% (273)	11,4% (35)
	V: 0,053 P: 0,173 ^a		V: 0,031 P: 0,862 ^b	

^a1 Zelle hat eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. ^b1 Zelle hat eine erwartete Häufigkeit kleiner 5.

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Während in den neuen Bundesländern keinerlei Zusammenhang zwischen der Existenz von ‚Cross-Pressures‘ und Wahlenthaltung erkennbar ist, was durch das Ergebnis des²-Signifikanztests (P: >>0,05) unterstrichen wird, zeichnet sich in den alten Bundesländern so-gar ein der Theorie entgegengesetzter Effekt ab. Gerade die Gruppe der dem ‚Cross-Pressure‘

¹⁹⁷ Vgl. Bürklin, Wilhelm: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988, S.73.

¹⁹⁸ Vgl. zu diesem ‚Cross-Pressure‘-Szenario auch: Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 110.

¹⁹⁹ Die Kategorien ‚einmal pro Woche und öfter‘, ‚ein- bis dreimal im Monat‘, ‚mehrmals im Jahr‘ und ‚seltener‘ wurden zur Kategorie ‚mit Kirchgang‘ zusammengefaßt, ‚nie‘ zu ‚kein Kirchgang‘.

ausgesetzten DGB-Mitglieder mit Kirchenbindung weist mit 95,4% eine leicht höhere Wahlbeteiligung als die beiden Vergleichsgruppen mit 92,3% und 90,0% auf. Eine Signifikanz der Ergebnisse besteht aber auch hier nicht ($P: \gg 0,05$), die Nullhypothese ist demnach beizubehalten.

Auch bei einer anderen Dichotomisierung der Variable Kirchgang in ‚hoher Kirchgang‘ und ‚seltener/kein Kirchgang‘ ist kein negativer Einfluß des ‚Cross-Pressures‘ auf die Wahlbeteiligung in den alten Bundesländern feststellbar.²⁰⁰ In den neuen Bundesländern werden allerdings die Ergebnisse aufgrund der geringen Fallzahlen in den Gruppen mit geringem und keinem Kirchgang nicht auswertbar, weshalb auf eine genauere Aufführung verzichtet wird, da sie keine neuen Erkenntnisse erbringt.

Festzuhalten ist allerdings, daß die obigen betrachteten drei Gruppen allesamt in bezug auf ihre Wahlbeteiligung erheblich höhere Prozentwerte erzielen, als die nicht in den Vergleich einbezogene Gruppe der nicht kirchengebundenen Nicht-DGB-Mitglieder, welche nur 77,5% in den alten und 79,7% in den neuen Bundesländern erreichen.

Der Gewinn an Partizipationsbereitschaft durch Integration, gekennzeichnet hier beispielsweise durch häufigen Kirchgang und Gewerkschaftsmitgliedschaft, scheint also den Verlust durch ‚Cross-Pressure‘-Situationen zu kompensieren beziehungsweise in den alten Bundesländern sogar leicht zu überflügeln. Der in bezug auf die Partizipationsbereitschaft positive Einfluß einer doppelten Einbindung läßt den negativen der entgegengerichteten Gruppen, in die diese Integration erfolgt, verblassen und überwiegt ihn.

Während die Theorie der ‚Cross-Pressure‘-Wirkung also nicht empirisch bestätigt werden kann, wird die hohe Relevanz des Grads an gesellschaftlicher Integration für die Wahlbeteiligung durch dieses Ergebnis zusätzlich gestützt.

6.3 Analyse in Bezug auf den Rational-Choice-Ansatz

Der Rational-Choice-Ansatz offeriert sowohl ein Erklärungsmodell als auch ein Analyseverfahren für Handlungsmuster. Als Erklärungsmodell zielt er darauf ab, Handlungen als Folge rationaler Entscheidungen zu erklären, als Analysegrundlage geht er von der Rationalität der Wählenden aus und versucht, ihr Handeln unter diesem Aspekt zu analysieren. Da hier ein funktionaler Vergleich zu anderen Erklärungsmodellen des Wahlpartizipationsverhaltens angestrebt wird, liegt es in besonderem Interesse, aus den Daten des ALLBUS 1998 Hinweise

²⁰⁰ Die Kategorien ‚einmal pro Woche und öfter‘, ‚ein- bis dreimal im Monat‘ und ‚mehrmals im Jahr‘ wurden zur Kategorie ‚hoher Kirchgang‘ zusammengefaßt, ‚seltener‘ und ‚nie‘ zu ‚seltener/kein Kirchgang‘.

für rationale Aspekte bei der Entscheidung zur Stimmabgabe abzuleiten. Der Rational-Choice-Ansatz soll also primär Untersuchungsobjekt und nicht Grundlage sein. Da leider die situativen Umstände der Entscheidung für oder gegen eine Stimmabgabe nicht im ALLBUS 1998 erfaßt wurden, kann dies nur über ein exemplarisches Hilfskonstrukt gelingen.

Hypothese: Je höher ein rational entscheidendes Individuum die Auswirkung seiner Stimmabgabe einschätzt, desto wahrscheinlicher wird eine Wahlteilnahme.

Die Rationalität der Wahlbeteiligungsentscheidung wird über die Frage, ob sich der Befragte nur bei dem Glauben an eine Wirkung der Partizipation engagiert, abgeprüft. Verknüpft mit der Einschätzung des potentiellen Wählers hinsichtlich der Einflußmöglichkeiten mittels Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung wird dies in Relation zur Wahlbeteiligung gesetzt.

Hypothese: Befragte, welche nicht von ihren Einflußmöglichkeiten mittels Wahlbeteiligung überzeugt sind und angeben, nur dann zu partizipieren, wenn eine Wirkung ihres Handelns zu erwarten ist, werden sich wahrscheinlicher der Wahl enthalten als Befragte, welche sich nicht nur bei dem Glauben an eine Wirkung engagieren.

Hypothese: Befragte, welche die Wahlenthaltung als Mittel sehen, Einfluß auszuüben, und für die der Glaube an Wirkung für ihr Partizipationsverhalten entscheidend ist (sie dieses also rationalen Kriterien unterwerfen), ist könnte es rational sein, sich bewußt für eine Wahlenthaltung zu entscheiden.

Ergänzend ergeben sich weitere prüfbare Hypothesen aus der Kosten-Nutzen-Kalkulation zur Wahlbeteiligungsentscheidung:

Hypothese: Je höher die Kosten des Individuums für die Wahlteilnahme sind, desto weniger wahrscheinlich ist eine Stimmabgabe.

Hypothese: Je höher der zu erwartende Nutzen eines zu seinen Gunsten beeinflussten Wahlergebnisses ist, desto wahrscheinlicher wird der Wahlberechtigte seine Stimme einfließen lassen.

Zur Analyse der Kausalität von subjektiven Einflußmöglichkeiten der Wahlberechtigten und ihrer Wahlbeteiligung werden in der folgenden Tabelle die Antworten auf die Frage, ob nur beim Glauben an eine Wirkung ein politisches Engagement erfolgt, mit dem empfundenen möglichen Einfluß durch Wahlbeteiligung und der Wahlbeteiligung selbst in einen Zusammenhang gesetzt.²⁰¹

²⁰¹ Anstatt der Wähler- und Nichtwähleranteile werden aus Platzgründen nur die Nichtwähleranteile aufgeführt.

Tabelle 21: Die empfundenen Einflußmöglichkeiten durch eine Stimmabgabe bei rational handelnden Individuen und ihre Wahlbeteiligung

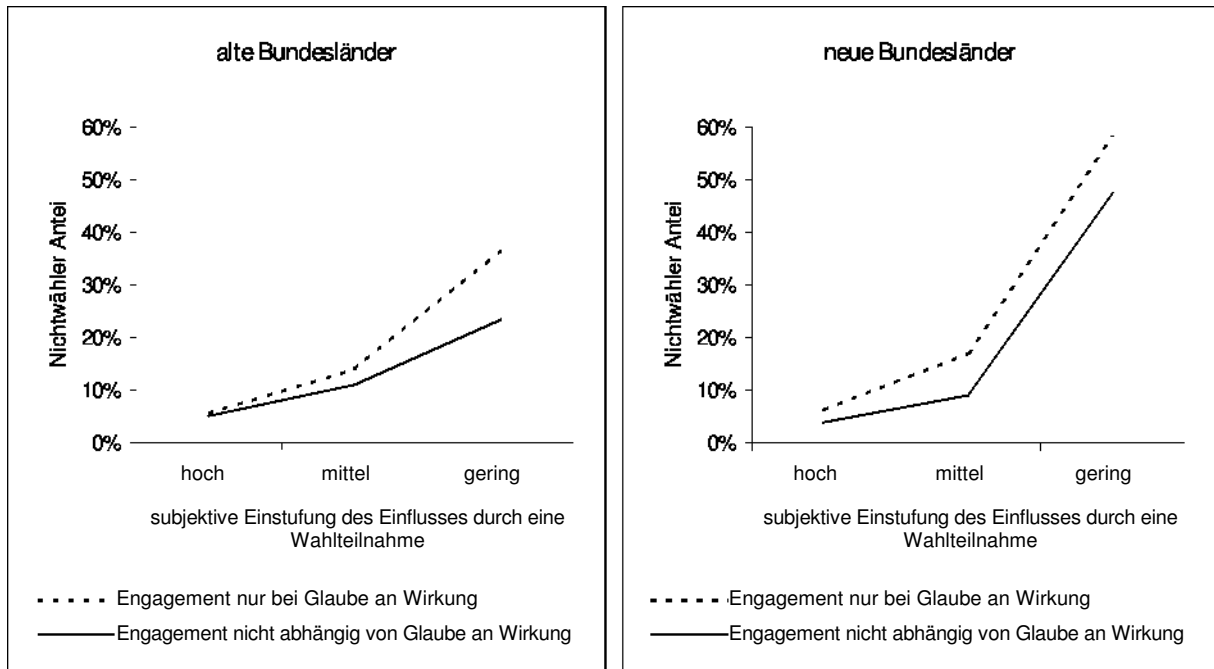
Engagement nur bei Glaube an Wirkung	Nichtwähleranteil (alte Bundesländer)		Nichtwähleranteil (neue Bundesländer)	
	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu
<i>Einfluß durch Wahlbeteiligung</i>				
gering	36,6% (37) 7,1***	23,4% (15) 3,3***	58,1% (36) 7,5***	47,4% (9) 5,1***
mittel	14,1% (61) 1,2	11,1% (22) 0,4	17,1% (35) -0,2	9,1% (8) -0,3
hoch	5,7% (30) -4,2***	5,2% (11) -2,2*	6,3% (13) -3,9***	4,0% (4) -1,9
<i>gesamt</i>	12,1% (128)	10,1% (48)	17,7% (84)	10,1% (21)
	V: 0,274 P: <0,001	V: 0,196 P: <0,001	V: 0,431 P: <0,001	V: 0,401 P: <0,001 ^a

^a1 Zelle hat eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Befragte, welche angaben, sich ausschließlich bei dem Glauben an eine Wirkung zu engagieren, neigen weniger zur Wahlteilnahme, als solche, die dies verneinten. Dieser Verlauf zeichnet sich sowohl in der gesamt Betrachtung als auch in allen Teilgruppen ab.

Einen stärkeren Einfluß auf die Wahlbeteiligung hat hingegen die subjektive Bewertung der Einflußmöglichkeiten durch eine Stimmabgabe. Wird diese als hoch bewertet, so fällt der Nichtwähleranteil deutlich geringer aus, als bei mittlerer oder gar geringer Einstufung. Diese Zusammenhänge sind in allen Teilgruppen als höchst signifikant (P: <0,00 1) zu klassifizieren. Entscheidend für eine Analyse nach dem Rational-Choice-Ansatz ist jedoch, inwiefern beide Aspekte gemeinsam das Ergebnis beeinträchtigen. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zeichnet sich ein Zusammenhang deutlich ab. Bei Befragte, welche ihren Einfluß als hoch einstufen, sind die Unterschiede zwischen der rationalen und der weniger rational ihr Engagement planenden Teilgruppen bezüglich der Wahlteilnahme gering, mit zunehmend schwindendem Glauben an Auswirkungen ihrer Wahlteilnahme wachsen die Unterschiede an.

Abbildung 6: Diskrepanz zwischen den Nichtwähleranteilen rational und weniger rational entscheidender Wahlberechtigter



Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Trotz der offensichtlichen Einflußnahme rationaler Aspekte auf die Wahlentscheidung liegt die Wahlbeteiligung selbst bei denjenigen, welche sich nur dann beteiligen möchten, wenn eine Wirkung zu erwarten ist, und gleichzeitig die Wahlbeteiligung als eine einflußarme Partizipationsform bewerten bei 63,4% in West- beziehungsweise 41,9% in Ostdeutschland. Gerade aber der geringe zu erwartende Nutzen und die dennoch relativ hohe Beteiligung sprechen für eine in Bezug auf eine sichere Analyse risikobehaftete Niedrigkostensituation. Situative Einflüsse haben starke Auswirkungen, die Anwendung des Rational-Choice-Verfahrens ist methodologisch problematisch.

In der nächsten Analyse stellt sich die Frage, ob Wahlberechtigte sich aus rationalen Beweggründen der Wahl enthalten, um durch diese Enthaltung gezielt Einfluß auszuüben. Eine Einführung des Aspektes des rationalen Engagements wie im vorhergehenden Fall erscheint nicht sinnvoll, da gefragt wurde, ob sich der Untersuchungsteilnehmer nur bei einem Glaube an Wirkung engagieren würde. Da eine Wahlenthaltung aber nicht allgemein als wirkliches Engagement bewertet werden kann, wird auf die Einbringung dieser Variable verzichtet.

Tabelle 22: Die empfundenen Einflußmöglichkeiten durch eine Stimmenthaltung und die Rückwirkungen auf die Wahlbeteiligung

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Einfluß durch Wahlenthaltung</i>				
gering				
mittel	87,9% (844) 0,0	12,1% (116) 0,0	87,2% (417) 0,8	12,8% (61) -1,8
hoch	89,0% (447) 0,3	11,0% (55) -0,7	82,9% (145) -0,2	17,1% (30) 0,4
<i>gesamt</i>	83,7% (103) -0,5	16,3% (20) 1,3	57,7% (30) -2,1 [†]	42,3% (22) 4,7 ^{***}
	87,9% (1394)	12,1% (191)	84,0% (592)	16,0% (113)
	V: 0,041 P: 0,269		V: 0,208 P: <0,001	

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

In West- und Ostdeutschland wird der höchste Anteil Nichtwähler bei denjenigen, welche einen hohen Einfluß durch eine Wahlenthaltung erwarten, erreicht. Während dieser Anteil aber in den alten Bundesländern nur geringfügig höher ist als der annähernd gleiche Nichtwähleranteil der anderen beiden Teilgruppen, differiert er mit in den neuen Bundesländern mit 42,3% stark von diesen mit 12,8% beziehungsweise 17,1%. Zudem zeichnet sich eine Kausalität des empfundenen Einflusses auf das politische Geschehen auch schon in den beiden anderen Gruppen mit geringer und mittlerer Zustimmung ab. Dieser Verlauf ist höchst signifikant (P: <0,001), während in den alten Bundesländern keine Signifikanz vorliegt (P: >>0,05). Wahlenthaltung scheint demnach zumindest in den neuen Bundesländern von einigen Wahlberechtigten instrumentalisiert und bewußt als rational sinnvollere Alternative zur Wahlbeteiligung gewählt zu werden.

In den beiden vorangegangenen Fällen ist mit den im ALLBUS 1998 erhobenen Daten eine mehr oder weniger direkte Analyse der Rationalität des Wahlbeteiligungsverhaltens auf Grundlage des zu erwartenden Einflusses der Partizipation oder Enthaltung durchführbar. Die Kosten- und Nutzenkomponenten des Wahlgangs können dagegen nur grob abgeschätzt werden, situative Einflüsse wurden nicht erfaßt. Exemplarisch für die Kostenkomponente des Wählens soll die Frage nach der empfundenen Komplexität der Politik stehen. Jemandem, der Politik als ‚zu komplex‘ empfindet, werden durch die für ihn aufwendige Vorinformation hohe Wahlkosten entstehen. Neben dem nötigen Hintergrundwissen zur Stimmabgabe für einen

Kandidaten beziehungsweise eine Parteiliste ist auch die komplexe Funktion des bundesdeutschen Wahlsystems eine Hürde für Bürger, welche sich überfordert fühlen:

„Bei Bundestagswahlen ist es vor allem die Funktion der zwei Stimmen, die nach Einschätzung von Wahlforschern von einem beträchtlichen Teil der Wähler nicht verstanden wird. Über die ausschlaggebende Bedeutung der Zweitstimme befinden sich angeblich mehr als zwei Drittel der Wähler im Unklaren.“²⁰²

Tabelle 23: Wahlkosten am Beispiel der empfundenen Komplexität der Politik

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Politik ist zu komplex für mich</i>				
stimme voll zu	73,0% (168) -2,4*	27,0% (62) 6,5***	64,9% (63) -2,0*	35,1% (34) 4,7***
stimme eher zu	89,2% (379) 0,3	10,8% (46) -0,7	82,0% (178) -0,3	18,0% (39) 0,7
stimme eher nicht zu	90,2% (477) 0,5	9,8% (52) -1,5	87,6% (227) 0,7	12,4% (32) -1,5
stimme gar nicht zu	92,4% (366) 0,9	7,6% (30) -2,6**	93,4% (128) 1,2	6,6% (9) -2,8**
<i>gesamt</i>	88,0% (1390)	12,0% (190)	83,9% (596)	
	V: 0,193 P: <0,001		V: 0,232 P: <0,001	

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

In beiden Teilen Deutschlands besteht zwischen der Wahlbeteiligung und der durch die potentiellen Wähler empfundene Komplexität der Politik ein höchst signifikanter ($P: <0,001$) Zusammenhang. Insbesondere Bürger, die sich stark überfordert fühlen verzichten auf eine Wahlteilnahme, die Einzelwerte sind von höchster Signifikanz. Die Nichtwähleranteile betragen in dieser Gruppe 27,0% in West- und 35,1% in Ostdeutschland. Dieser Abfall ist durchaus als dramatisch zu bezeichnen, der Nichtwähleranteil der Gruppe, welche sich ein wenig überfordert fühlt, beträgt immerhin nur 10,8% im Westen beziehungsweise 18,0% im Osten. Auch beim Vergleich der Wahlbeteiligung zwischen den übrigen Gruppen ist ein allerdings weniger stark ausgeprägter Einfluß dieses Prädiktors zu verzeichnen.

Der Wahlnutzen wird exemplarisch mittels der Parteiidentifikation, welche als Interessenübereinstimmung mit mindestens einer Partei operationalisiert wird, erörtert. Fühlt der potentielle Wähler seine Interessen durch eine Partei vertreten, so ist sein möglicher Wahlnutzen,

²⁰² Koch, Uwe: Das Gewicht der Stimmer. Die Verteidigung des Nichtwählers, Leck 1994, S. 31.

welcher sich bei einem Wahlsieg dieser Partei ergeben würde, höher als bei jemandem, der sich von keiner Partei vertreten fühlt, also keinen Anreiz verspürt, seine Partei und damit seine Interessen zu unterstützen.

Tabelle 24: Wahlnutzen am Beispiel der Interessenvertretung durch eine Partei

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Interessenübereinstimmung mit Parteien</i>				
Interessen von mindestens einer Partei vertreten	93,7% (995) 2,0*	6,3% (67) -5,4***	93,2% (414) 2,2	6,6% (30) -4,9***
Interessen von keiner Partei vertreten	76,6% (420) -2,8**	23,4% (128) 7,6***	68,4% (186) -2,8**	31,6% (86) 6,3***
<i>gesamt</i>	87,9% (1415)	12,1% (195)	83,8% (600)	16,2% (116)
	V: 0,248 P: <0,001		V: 0,327 P: <0,001	

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Auch ist eine starke und höchst signifikante ($P: <0,001$) Einflußnahme der unabhängigen Variable auf die Wahlbeteiligung zu beobachten. Die Wahlbeteiligung fällt in den alten Bundesländern mit schwindender Interessenübereinstimmung des Bürgers mit einer Partei von 93,7% auf 76,6% und in den neuen Bundesländern von 93,2% auf nur 68,4%.

6.4 Analyse in Bezug auf die Protest- und Verdrossenheitstheorie

Grundlegende These der Theorie der Protest- bzw. Verdrossenheitstheorie zum Wahlbeteiligungsverhalten ist, daß sich mangelnde politische Unterstützung in nachlassender Partizipationsbereitschaft niederschlägt. Der Aspekt des Protestes setzt hierbei jedoch eine aktive Entscheidung des potentiellen Wählers zur Stimmenthaltung voraus und demnach auch eine gewisse Rationalität dieses Verhaltens. Leider ist die Anzahl der bei der Untersuchung des Rational-Choice-Ansatzes gefundenen Befragten, welche dieses Kriterium erfüllen könnten, sehr gering. Lediglich 14 Befragte in den alten Bundesländern und 19 in den neuen sehen Wahlenthaltung als Möglichkeit, Einfluß auszuüben, legen bei ihrem Partizipationsverhalten rationale wirkungsorientierte Maßstäbe an und sind tatsächlich Nichtwähler. Diese Fallzahl wird nochmals durch die Tatsache in Frage gestellt, daß selbst bei dieser Antwortkombination letztendlich noch immer nicht eindeutig klar ist, ob sie tatsächlich aus den hier diskutierten Beweggründen nicht an einer der beiden Wahlen teilgenommen haben, welche die Grundlage

der in dieser Arbeit getroffenen Unterscheidung zwischen Wählern und Nichtwählern bilden. Eine Analyse hätte daher nur geringe Erfolgsaussichten bezüglich eines fundierten Ergebnisses, und der Ansatz wird infolgedessen im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter verfolgt werden. Der allgemeine Zusammenhang zwischen alternativen Partizipationsweisen und Wahlbeteiligung unabhängig von der These, darin gerichteten, rational durchdachten Protest zu sehen, wird bei der Analyse zur Theorie des Wertewandels thematisiert werden.

Im folgenden sollen daher zentral die Verdrossenheit und ihre Auswirkung auf die Wahlbeteiligung im Vordergrund stehen. Wie dargestellt, kann Verdrossenheit als Mangel an Unterstützung für unterschiedliche Ebenen des politischen Systems aufgefaßt werden.

Hypothese: Geringe Unterstützung für die Ebenen des politischen Systems resultiert in einer Verdrossenheit der potentiellen Wähler, welche eine Wahlenthaltung nach sich zieht.

Im ALLBUS 1998 wird die Unterstützung beziehungsweise die Zufriedenheit mit der Ebene der politischen Ordnung im Falle der Demokratie und der Ebene der politischen Herrschaftsträger in Form der Bundesregierung erfaßt.

Weiterhin charakteristisch für die Verdrossenheitstheorie ist nach ARMINGEON, daß sie einen Strukturwandel der Nichtwählerschaft nahe legt.²⁰³ Neben den politisch uninteressierten und apathischen Bürgern entsteht ein neuer Typus zwar politisch motivierter und interessierter jedoch unzufriedener, verdrossener Nichtwähler.²⁰⁴

Hypothese: Verdrossenheit und damit ihr negativer Einfluß auf die Wahlbeteiligung erstreckt sich auf alle gesellschaftlichen Schichten.

Problematisch in bezug auf die Analyse am ALLBUS 1998 ist dabei, daß es sich bei der Verdrossenheitstheorie wie auch bei der Theorie des Wertewandels um einen Ansatz handelt, welcher eine Veränderung des Verhaltens der potentiellen Wähler im Zeitverlauf beschreibt, es sich beim ALLBUS 1998 aber lediglich um eine Momentaufnahme handelt. Eine Längsschnittuntersuchung, im Speziellen eine Panelstudie,²⁰⁵ wäre hierfür besser geeignet. Dennoch kann und soll der Einfluß von Verdrossenheit auf das Wahlbeteiligungsverhalten näher unter-

²⁰³ Vgl. Armingeon, Klaus: Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 46, Heft 1, Köln 1994, S. 45.

²⁰⁴ Vgl. Bürklin, Wilhelm; Klein, Markus: Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung, 2. Auflage, Opladen 1998, S. 160.

²⁰⁵ Vgl. Schnell, Rainer; Hill, Paul B.; Esser, Elke: Methoden der empirischen Sozialforschung, 5. Auflage, München 1995, S.229f.

sucht werden, auch wenn der Aspekt des Strukturwandels selbst nicht nachvollzogen werden kann.

6.4.1 Rückwirkungen von mangelnder Unterstützung auf die Wahlbeteiligung

Zunächst wenden wir uns der Unterstützung bezüglich der Ebene der politischen Ordnung zu. Die Nichtwähleranteile in den alten und neuen Bundesländern sind nochmals unterteilt nach dem politischen Interesse der Befragten in folgender Tabelle aufgetragen.

Tabelle 25: Unterstützung für die Ebene der politischen Ordnung und Wahlbeteiligung

Politisches Interesse	Nichtwähleranteil (alte Bundesländer)			Nichtwähleranteil (neue Bundesländer)		
	hoch	mittel	gering	hoch	mittel	gering
<i>Zufriedenheit mit Demokratie</i>						
zufrieden	4,7% (13) -0,3	6,6% (24) -1,4	15,3% (23) -2,5 ^a	3,2% (2) -0,9	5,4% (3) -1,7	6,8% (19) -2,6 ^{**}
mittel	4,5% (7) -0,4	10,3% (29) 0,9	27,0% (54) 0,4	6,9% (7) 0,4	13,9% (23) -0,1	26,9% (29) -0,2
unzufrieden	10,0% (5) 1,5	13,4% (9) 1,3	57,5% (23) 4,0 ^{***}	7,3% (4) 0,4	23,6% (13) 1,9	47,2% (25) 2,7 ^{**}
<i>gesamt</i>	5,2% (25)	8,7% (62)	25,6% (100)	5,9% (13)	14,1% (39)	27,8% (57)
	V: 0,074 P: 0,267 ^a	V: 0,083 P: 0,086	V: 0,277 P: <0,001	V: 0,074 P: 0,549 ^b	V: 0,167 P: 0,021	V: 0,309 P: <0,001

^a1 Zelle hat eine erwartete Häufigkeit kleiner 5.

^b2 Zellen haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5.

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland ist deutlich erkennbar: Je zufriedener die Befragten mit der Demokratie sind und je höher ihr politisches Interesse ist, desto geringer ist der Anteil der Nichtwähler unter ihnen. Betrachtet man die Auswirkungen der Unterstützung in den einzelnen Untergruppen der politisch hoch, mittel und gering Interessierten, so zeichnet sich in allen ab, daß steigende Zufriedenheit eine höhere Wahlbeteiligung nach sich zieht. Signifikant sind diese Ergebnisse jedoch lediglich in der Gruppe der politisch gering Interessierten in den alten Bundesländern und denen der mittel und gering Interessierten in den neu- en Bundesländern, wobei bei geringem politischen Interesse die Verknüpfungen höchst signifikant (P: <0,00 1) sind. Anzumerken ist, daß die Voraussetzungen für den Signifikanztest in der Sparte der Befragten aus den neuen Bundesländern mit hohem politischen Interesse mit über 20% der Zellen unterhalb eines Erwartungswerts von fünf nicht ganz erreicht werden.

Die Auswirkungen einer niedrigen Unterstützung für die politische Ordnung sind also vor allem in der Gruppe der politisch Desinteressierten hoch. Insgesamt zählen 20,8% der Nichtwähler in den alten und 38,5% in den neuen Bundesländern zu denjenigen, welche mit der Demokratie unzufrieden sind. Allerdings ist die Kausalität dieser Beziehung nicht prüfbar.

Die Analyse des Zusammenhangs in bezug auf die Unterstützung der Ebene der politischen Herrschaftsträger, exemplarisch der Bundesregierung, zeigt einen ähnlichen Verlauf.

Tabelle 26: Unterstützung für die Ebene der politischen Herrschaftsträger und Wahlbeteiligung

Politisches Interesse	Nichtwähleranteil (alte Bundesländer)			Nichtwähleranteil (neue Bundesländer)		
	hoch	mittel	gering	hoch	mittel	gering
<i>Zufriedenheit mit Bundesregierung</i>						
zufrieden	9,0% (6) 1,4	4,7% (5) -1,4	16,0% (8) -1,4	3,8% (1) -0,4	5,3% (1) -1,3	19,0% (4) -0,8
mittel	4,5% (9) -0,4	9,9% (32) 0,8	25,8% (46) -0,1	5,1% (4) -0,3	10,0% (13) -1,3	17,0% (17) -2,2
unzufrieden	4,6% (10) -0,4	8,5% (24) 0,0	30,2% (48) 0,9	7,0% (8) 0,4	20,6% (26) 1,9	44,8% (39) 2,8
<i>gesamt</i>	5,2% (25)	8,6% (61)	26,4% (102)	5,9% (13)	14,3% (40)	28,8% (60)
	V: 0,068 P: 0,325 ^a	V: 0,062 P: 0,249	V: 0,102 P: 0,136	V: 0,048 P: 0,775 ^b	V: 0,169 P: 0,019 ^c	V: 0,299 P: <0,001

^a1 Zelle hat eine erwartete Häufigkeit kleiner 5.

^b2 Zellen haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. ^c1 Zelle hat eine erwartete Häufigkeit kleiner 5.

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Unterschiede zeigen sich vor allem in den alten Bundesländern, wo in keiner Untergruppe ein signifikanter Zusammenhang vorliegt. Interessant ist in dieser Hinsicht auch, daß bei den Befragten mit hohem politischen Interesse verstärkt ein Trend in entgegengesetzter Richtung erkennbar scheint, also eine hohe Zufriedenheit mit einer höheren Wahlabstinenz verknüpft ist, als mittlere und geringe Zufriedenheit. Der Anteil der Unzufriedenen insgesamt an den Nichtwählern beträgt in den alten Bundesländern 43,6% in den neuen 64,6%.

6.4.2 Zur Bewertung der Ergebnisse

Die Zusammenhänge zwischen Wahlbeteiligung und Unterstützung für die untersuchten zwei Ebenen des politischen Systems sind in Deutschland höchst signifikant (P: <0,001). Während

der Anteil der mit der Demokratie Unzufriedenen bei den Nichtwählern bei 20,6% in den alten beziehungsweise 38,5% in den neuen Bundesländern liegt, beträgt er bei den Wählern lediglich 8,6% beziehungsweise 20,4%. Unzufriedenheit mit der Bundesregierung ist bei Nichtwählern mit 43,6% und 64,6% verbreitet, bei den Wählern nur mit 41,3% und 43,0%. Niedrige Unterstützung für die politische Ordnung und in den neuen Bundesländern auch für die Bundesregierung als Vertreter der politischen Herrschaftsträger geht also einher mit zunehmender Wahrscheinlichkeit einer Stimmenthaltung bei Bundestagswahlen. Auch wenn die Zusammenhänge bei den politisch stärker Interessierten nicht signifikant waren, so sind sie dort trotzdem leicht erkennbar gewesen. Ein drastischer Strukturwandel in der Nichtwählerschaft ist dennoch nicht sichtbar, beispielsweise ist die Wahlenthaltung der politisch Interessierten mit hoher demokratischer Unzufriedenheit mit 10,0% und 7,3% zwar höher als bei den zufriedeneren Mitbürgern dieser Teilgruppe, allerdings weiterhin unter dem Gesamtdurchschnitt von 12,1% und 16,2%.

Eine wirkliche starke Kausalität der Verdrossenheit für die Wahlenthaltung ist also keinesfalls erwiesen; es scheint vielmehr, als ob Unzufriedenheit und Wahlenthaltung Phänomene sind, welche zwar miteinander teilweise einhergehen, aber nicht in jenem starken, direkten kausalen Zusammenhang stehen, den die Theorie der Verdrossenheit prognostiziert. Es bleibt daher zur endgültigen Bewertung dieses Erklärungsmodells das Ergebnis der Regressionsanalyse abzuwarten.

6.5 Analyse in Bezug auf Wertewandel und Wahlnorm

Der Aspekt des Wertewandels soll im Rahmen dieser Arbeit wie schon beschrieben anhand von INGELHARTS Theorie zum Wandel vom materialistischen zu postmaterialistischen Wertvorstellungen analysiert werden. Grundlage der Untersuchung soll INGELHARTS Einstufungsskala bilden.

Hypothese: Mit zunehmenden postmaterialistischen Wertvorstellungen nimmt die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung zu.

Hypothese: Die Entwicklung postmaterialistischer Wertvorstellungen geht einher mit der Nutzung alternativer Partizipationsformen und nachlassender Wahlnorm, welches beides in zunehmender Wahlenthaltung resultiert.

Im ALLBUS 1998 wurden INGELHARTS vier Fragen zur Einstufung der Befragten in sein Werteschema gestellt, welche dann die Einstufung in Materialisten, Postmaterialisten und Mischtypen gemäß der INGELHART-Skala ermöglichen. Trägt man nun den Wertetyp des Be-

fragten und seine Wahlbeteiligung auf, so ist zu erwarten, daß mit zunehmender Distanzierung von materialistischen Wertvorstellungen, alternative Partizipationsformen die klassischen ersetzen und die Wahlnorm als materialistischer Pflichtwert abnimmt, als Folge also die Wahlbeteiligung sinken müßte.

Tabelle 27: Inglehart-Index und Wahlbeteiligung

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Inglehart-Index</i>				
Postmaterialist	90,1% (291) 0,4			
Mischtyp	88,3% (872) 0,1	9,9% (32) -1,0	93,5% (86) 1,0	6,5% (6) - 2,3
Materialist	84,8% (235) -0,6	11,7% (115) -0,2	83,5% (354) -0,1	16,5% (70) 0,3
		15,2% (42) 1,6	80,6% (150) -0,5	19,4% (36) 1,2
<i>gesamt</i>	88,1% (1398)	11,9% (189)	84,0% (590)	16,0% (112)
	V: 0,051 P: 0,129		V: 0,105 P: 0,020	

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Das Ergebnis der Analyse kann diese Vermutung nicht bestätigen. Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern steigt die Wahlbeteiligung vom niedrigsten Wert bei den Materialisten über die Mischtypen hin zu den Postmaterialisten kontinuierlich leicht an. Der Verlauf ist zwar in den alten Bundesländern nicht signifikant ($P: >0,05$), in den neuen Bundesländern hingegen sehr wohl ($P: <0,05$). Auch wenn die der Theorie entgegenschüssigen Ergebnisse in Westdeutschland zufälliger Natur sein sollten, so werden sie doch in Ostdeutschland bestätigt und können, selbst wenn man von keinem Zusammenhang ausgeht, natürlich nicht die Theorie stützen.

Das Erklärungsmodell des Wertewandels geht von einer Einflußnahme der veränderten Wertestruktur, vermittelt durch die Wahlnorm und zunehmende alternative Partizipationsformen, auf die Wahlbeteiligung aus. Als nächstes sind daher diese beiden Wirkungsmodelle zu prüfen.

6.5.1 Wahlnorm und Wahlbeteiligung

Die Wahlnorm wird im ALLBUS 1998 durch die Frage, ob Wahlbeteiligung nach Ansicht der Befragten Bürgerpflicht sei, erhoben.

Tabelle 28: Wahlnorm und Wahlbeteiligung

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Wahlbeteiligung ist Bürgerpflicht</i>				
stimme voll zu	95,9% (848) 2,3	4,1% ^{***} (36) -6,5 ^{***}	96,7% (262) 2,2	3,3% ^{***} (9) -5,1 ^{***}
stimme eher zu	87,7% (412) -0,2	12,3% (58) 0,6	89,8% (185) 0,8	10,2% (21) -1,9
stimme eher nicht zu	66,2% (100) -2,9 ^{**}	33,8% (51) 8,1 ^{***}	78,0% (99) -0,8	22,0% (28) 1,9
stimme gar nicht zu	52,6% ^{***} (40) -3,3 ^{***}	47,4% ^{***} (36) 9,3 ^{***}	46,7% ^{***} (43) -4,0 ^{***}	53,3% ^{***} (49) 9,3 ^{***}
<i>gesamt</i>	88,6% (1400)		84,6% (589)	15,4% (107)
	V: 0,372 P: <0,001		V: 0,449 P: <0,001	

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Mit ansteigender Wahlnorm, also ansteigender Zustimmung zu der Behauptung, Wahlbeteiligung sei eine Bürgerpflicht, nimmt auch die Bereitschaft zur Stimmabgabe stark und kontinuierlich zu. Während in der Gruppe mit der geringsten Zustimmung die Anteile der Wähler nur 52,6% in den alten und 46,7% in den neuen Bundesländern betragen, sind in der Teilgruppe mit höchster Zustimmung 95,9% beziehungsweise 96,7% Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Die Korrelation ist höchst signifikant ($P: <0,001$) und von allen 16 Einzelwerten sind alleine sieben ebenfalls von höchster Signifikanz. Die erwartete positive Einflußnahme der Wahl-norm auf die Partizipationsbereitschaft bei Wahlen wird demnach bestätigt.

6.5.2 Alternative Partizipationsformen und Wahlbeteiligung

Die Theorie geht davon aus, daß Wahlen als klassische Form der Partizipation die durch den Wertewandel angewachsenen Erwartungen der Bürger an Mitbestimmung nicht ausreichend befriedigen können. Im Gegenzug nutzen die Bürger zunehmend alternative Beteiligungsformen. Entscheidend für die Thematik Wahlbeteiligung ist, ob diese alternativen Formen die klassische Form der Stimmabgabe bei Wahlen ersetzen oder ergänzen.

Es werden drei Untersuchungsgruppen gebildet. Die erste besteht aus Befragten, welche nicht oder lediglich klassisch²⁰⁶ partizipieren; die zweite umfaßt diejenigen, die zusätzlich zu klassischen oder aber ausschließlich legale Partizipationsalternativen²⁰⁷ nutzen. Eine dritte Untersuchungsgruppe umfaßt schließlich Bürger, welche illegalen Beteiligungsformen²⁰⁸ nachgehen.

Tabelle 29: Alternative Partizipationsformen und Wahlbeteiligung

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Wähler	Nichtwähler	Wähler	Nichtwähler
<i>Art der Partizipationsform</i>				
	V: 0,104		V: 0,081	
lediglich klassische	87,1% (643) -0,8	12,9% (5) 2,3	83,5% (259) -0,5	16,5% (51) 1,1
(auch) alternative legale jedoch keine illegale	93,4% (593) 1,0	6,6% (42) -2,8**	89,1% (244) 0,6	10,9% (30) -1,4
(auch) alternative illegale	86,4% (76) -0,3	13,6% (12) 1,0	82,1% (23) -0,2	17,9% (5) 0,5 14,1% (86)
<i>gesamt</i>	89,8% (1312)	10,2% (149)	85,9% (526)	
	P: <0,001		P: 0,135 ^a	

^a1 Zelle hat eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Wie der Verlauf zeigt, steht alternative legale Partizipation keinesfalls der klassischen Wahlbeteiligung entgegen. Gerade in dieser Gruppe wird sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland mit 93,4% und 89,1% die höchste Bereitschaft zur Stimmabgabe erzielt. In der Gruppe der klassisch Partizipierenden fällt die Wahlbeteiligung dagegen merklich auf 87,1% beziehungsweise 83,5% ab, die der illegale Partizipationsalternativen ausübenden Befragten liegt mit 86,4% und 82,1% nochmals ein wenig niedriger. Die Ergebnisse sind in den alten Bundesländern als höchst signifikant zu bewerten (P: <0,001), in den neuen Bundesländern sind sie jedoch obwohl erkennbar nicht signifikant (P: >>0,05) und demnach nicht so ausgeprägt.

²⁰⁶ Klassische Partizipationsformen: Wahlbeteiligung, Teilnahme an öffentlichen Diskussionen, Mitarbeit in Parteien, Äußerung der politischen Meinung und Unterstützung eines Kandidaten.

²⁰⁷ Legale alternative Partizipationsformen: Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Teilnahme an genehmigten Demonstrationen und an Unterschriftensammlungen.

²⁰⁸ Illegale alternative Partizipationsformen: Teilnahme an ungenehmigten Demonstrationen, Besetzungsaktionen und Verkehrsblockaden und Krachschlagen auf Demonstrationen. Die Anwendung von Gewalt gegen Personen und die Einschüchterung politischer Gegner als extremste Formen der illegalen Partizipation wurden aufgrund ihres Ausnahmecharakters aus der Untersuchung ausgeschlossen.

Alternative legale Partizipation steht also nicht mit abnehmender Wahlbeteiligungsbereitschaft sondern im Gegenteil mit steigender in Verbindung. Eine Kausalität ist allerdings hieraus nicht ableitbar, da davon auszugehen ist, daß gerade die Gruppe der politisch Interessierten und Engagierten motiviert ist, ihre Meinung durch alternative jedoch legale Partizipationsformen mitzuteilen – zusätzlich zur in dieser Teilgruppe hohen Wahlbeteiligungsbereitschaft. Alternative legale Partizipation erfolgt also ergänzend anstatt ersetzend zur Stimmabgabe bei Wahlen. Wer jedoch illegalen Beteiligungsformen nachgeht, beteiligt sich weniger bei Wahlen. Politische Ambitioniertheit und politisches Interesse führen in dieser Teilgruppe also vermutlich gepaart mit der Überzeugung, sein Ziel mit illegalen Methoden (besser) erreichen zu können, zu nachlassendem Interesse an dem (als nutzloser empfundenen) Wahlurnengang. Die nur wenig niedrigere Wahlbeteiligung der illegal Partizipierenden gegenüber den nur klassisch Partizipierenden ist erheblich stärker zu bewerten, als zu vermuten wäre, da das politische Interesse in dieser Gruppe weitaus höher ist (der Anteil politisch hoch Interessierter liegt bei den klassisch Partizipierenden bei 21,0% bei den alternativ legal Partizipierenden bei 37,4% und bei den illegal Partizipierenden bei 47,9%), also eigentlich auch eine erheblich höhere Wahlbeteiligung zu erwarten gewesen wäre.

6.5.3 Zur Bewertung der Rückwirkungen des Wertewandels auf die Wahlbeteiligung

Geht man von einem fortschreitenden Wertewandel von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten aus – was mit dem zugrundegelegten ALLBUS 1998 wie beschrieben nicht nachweisbar ist – so ist ein direkter negativer Einfluß dieser Veränderung an dieser Stelle nicht feststellbar. Zwar nimmt die Nutzung alternativer Partizipationsmethodiken mit Zunahme der postmaterialistischen Wertvorstellungen deutlich zu (der INGLEHART-INDEX der Befragten und die Nutzung alternativer oder klassischer Partizipationsformen korrelieren bei höchster Signifikanz mit $r=0,195$) jedoch werden legale Partizipationsalternativen lediglich als Ergänzung zu den klassischen Formen verwendet. Die Wahlnorm übt wie erwartet einen starken Einfluß auf die Beteiligungsbereitschaft der Befragten aus. Sie nimmt aber nicht mit Zunahme postmaterialistischer Wertvorstellungen ab sondern sogar leicht zu (der SPEARMANSCHE Korrelationskoeffizient beträgt $r=0,072$ bei höchster Signifikanz). Es ist da-her entweder zu hinterfragen, ob die Wahlnorm einen materialistischen Wert darstellt, oder aber die Erfassung und Einordnung der Wertvorstellungen nach INGLEHART für eine differenzierte Analyse des Wertewandels nicht geeignet oder unvollständig ist, was, wie bereits er-wähnt wurde, vielfach an seiner Kategorisierung kritisiert worden ist. Auch hier bleibt natür-

lich wieder abzuwarten, ob die Regressionsanalyse die Ergebnisse der bivariaten Analyse stützen kann.

7 Multivariate Analyse mittels einer binären logistischen Regression

Ziel der Regressionsanalyse ist es, zunächst die aus den Erklärungsmodellen abgeleiteten Komponenten der Wahlbeteiligungsentscheidung in ein Modell zu integrieren und ihren Einfluß auf die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe zu prüfen. Die gemäß ihrer theoretischen Grundlage geordneten, in das Modell aufgenommenen Variablen sind:

- Mikrosoziologischer Ansatz: Sozioökonomischer Status, Alter und Geschlecht.
- Makrosoziologischer Ansatz: politische Aktivität der Freunde, Mitgliedschaft in Vereinen unterschiedlicher Vereinsgruppen, Kirchengangshäufigkeit und Familienstand.
- Rational-Choice-Ansatz: Engagement bei Glaube an Wirkung, empfundener Einfluß durch Wahlbeteiligung, empfundener Einfluß durch Wahlenthaltung, empfundene Komplexität der Politik, Parteiidentifikation.
- Protest- und Verdrossenheitsansatz: Zufriedenheit mit Demokratie und Zufriedenheit mit Leistungen der Bundesregierung.
- Ansatz des Wertewandels: INGLEHART-Index, Wahlnorm und ausgeübte Partizipationsformen.

Zusätzlich wurde auch das schon bei der bivariaten Analyse zum Vergleich herangezogene politische Interesse der Befragten in das Modell aufgenommen.

Die Modellanforderungen einer logistischen Regression setzen die weitgehende Unkorreliertheit dieser aufgenommenen unabhängigen Variablen voraus.²⁰⁹ Eine Multikollinearität, also die wechselseitige lineare Abhängigkeit der Prädiktorvariablen,²¹⁰ ist daher auszuschließen. Eine zumindest schwache Korrelation ist jedoch meist in der Realität nicht zu vermeiden.²¹¹ Die Regressionskoeffizienten der Variablen sind dann nicht mehr ausschließlich vom Zusammenhang des Prädiktors mit der Abhängigen bestimmt, sondern zudem von der Korrelation der Prädiktoren untereinander, was bei starker Ausprägung das Regressionsmodell auf drei Arten negativ beeinflussen kann:²¹²

- Gefährdung der rechnerischen Genauigkeit der Korrelationsgewichte,
- Verzerrung der Teststatistiken,
- Erschwerte Interpretation der Korrelationsgewichte.

²⁰⁹ Vgl. Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff; Weiber, Rolf: Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung, 9. Auflage, Berlin 2000, S. 137.

²¹⁰ Vgl. Bortz, Jürgen: Statistik für Sozialwissenschaftler, 5. Auflage, Berlin 1999, S. 438.

²¹¹ Vgl. Fromm, Sabine: Multiple lineare Regression. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler mit SPSS für Windows; erschienen als: Schulze, Gerhard; Baur, Nina (Hrsg.): Bamberger Beiträge zur empirischen Sozialforschung Nr. 10, Bamberg 2003, S. 9.

²¹² Vgl. Bortz, Jürgen: Statistik für Sozialwissenschaftler, 5. Auflage, Berlin 1999, S. 438.

Die Prüfung auf Multikollinearität wird anhand einer Korrelationsmatrix vorgenommen. Paarweise hohe Korrelation zwischen den Variablen ist ein Hinweis auf Multikollinearität. Aus einem Fehlen solcher Korrelationen kann allerdings keinesfalls mit Sicherheit auf eine nicht vorliegende Multikollinearität geschlossen werden, da lediglich eine paarweise Prüfung vorgenommen wird. Dennoch bietet sie einen ausreichenden Anhaltspunkt zur Bewertung möglicher Kollinearitäten.²¹³

Lediglich zwei paarweise Korrelationen sind im vorliegenden Fall von erwähnenswerter Größenordnung: Die Zufriedenheit mit der Demokratie und die Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung korrelieren mit $r=-0,349$ und das Alter der Befragten korreliert mit dem Familienstand mit $r=0,273$. Alle anderen Korrelationen sind mit $r<0,200$ noch geringer.²¹⁴ Diese geringen Korrelationen sind vertretbar, zumal die leicht korrelierenden Variablen unterschiedliche Aussagen beinhalten:

- Die Zufriedenheit mit der Demokratie und den Leistungen der Bundesregierung versuchen zwar beide, den Faktor der politischen Verdrossenheit in das Modell einzubringen, beziehen sich aber auf unterschiedliche Ebenen des politischen Systems.
- Alter und Familienstand repräsentieren beide das Ressourcenmodell, bei der Variable Alter handelt es sich aber um eine individuelle Ressource, beim Familienstand um eine Gruppenressource.

Die Prüfung auf mögliche Autokorrelation der Prädiktoren, also systematische Verbindungen zwischen den Residuen benachbarter Fälle, wird mittels des DURBIN-WATSON-Tests durchgeführt, welcher Werte zwischen null und vier annehmen kann. Bei Werten nahe zwei liegt keine Autokorrelation vor.²¹⁵ Gemäß der DURBIN-WATSON-Statistik wird für Westdeutschland der sehr gute Wert 1,968 und für Ostdeutschland der befriedigende Wert 1,7 12 erreicht. Autokorrelation kann demnach in beiden Fällen ausgeschlossen werden.

²¹³ Vgl. Fromm, Sabine: Multiple lineare Regression. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler mit SPSS für Windows; erschienen als: Schulze, Gerhard; Baur, Nina (Hrsg.): Bamberger Beiträge zur empirischen Sozialforschung Nr. 10, Bamberg 2003, S. 9f.

²¹⁴ Zur Klassifizierung der Werte des Korrelationskoeffizienten r : von 0 bis 0,2 ‚sehr geringe Korrelation‘; von 0,2 bis 0,5 ‚geringe Korrelation‘; von 0,5 bis 0,7 ‚mittlere Korrelation‘; von 0,7 bis 0,9 ‚hohe Korrelation‘; von 0,9 bis 1 ‚sehr hohe Korrelation‘ (vgl. Bühl, Achim; Zöfel, Peter: SPSS Version 10. Einführung in die moderne Datenanalyse unter Windows, 7. Auflage, München 2000, S. 242).

²¹⁵ Vgl. Bühl, Achim; Zöfel, Peter: SPSS Version 10. Einführung in die moderne Datenanalyse unter Windows, 7. Auflage, München 2000, S. 348.

Tabelle 30: Korrelationsmatrix der Prädiktoren des Regressionsmodells

	SES	Partei-identifikation	Familienstand	Beteiligungsförmen	Ingle-index	Zufriedenheit Regierung	Zufriedenheit Dem.	Einfl. Erhaltung	Erg. nur bei Wirkung	Einkl. Wahlbat.	Aktivität Freunde	Kirchgang	Mitgl. in Vereinen	Alter	Geechtl	Wahl-norm	Politik zu komplex	politische Interesse
SES	1,000	-,001	-,010	-,094	,091	-,084	,115	-,052	-,065	,070	-,004	-,039	-,168	,035	-,018	,024	-,145	,140
Partei-identifikation	-,001	1,000	-,079	-,030	,023	-,024	,100	-,007	,025	-,104	,036	,007	,000	-,061	,015	-,029	,018	,096
Familienstand	-,010	-,079	1,000	-,037	,038	-,028	,036	,063	-,041	,022	,009	-,073	-,022	,273	,043	-,017	-,065	-,102
Beteiligungsförmen	-,094	-,030	-,037	1,000	,078	,010	-,134	-,024	,058	-,054	-,130	-,019	-,137	,138	,031	,081	-,026	,075
Ingle-index	,091	,023	,038	,078	1,000	,073	-,006	-,062	,075	-,060	,029	,056	,024	-,120	,024	-,091	,067	-,120
Zufriedenheit Regierung	-,084	-,024	-,028	,010	,073	1,000	-,349	-,054	-,008	,040	-,083	-,080	-,025	,029	,021	-,050	,059	-,035
Zufriedenheit Dem.	,115	,100	,036	-,134	-,006	-,349	1,000	,045	-,110	,041	-,012	-,159	,047	-,060	-,005	-,119	-,062	-,067
Einfl. Erhaltung	-,052	-,007	,063	-,024	-,062	-,054	,045	1,000	,068	-,155	-,021	,019	-,072	,100	,030	-,067	,049	,097
Erg. nur bei Wirkung	-,065	,025	-,041	,058	,075	-,008	-,110	,068	1,000	,035	-,059	-,008	,033	,063	,044	,071	-,059	,041
Einkl. Wahlbat.	,070	-,104	,022	-,054	-,060	,040	,041	-,155	,035	1,000	-,063	-,011	,018	,123	-,033	,119	-,066	-,080
Aktivität Freunde	-,004	,036	,009	-,130	,029	-,083	-,012	-,021	-,059	-,063	1,000	,025	-,060	,042	-,024	-,058	-,093	,137
Kirchgang	-,039	,007	-,073	-,019	,056	-,080	-,159	,019	-,008	-,011	,025	1,000	,192	,086	,144	-,052	,026	-,001
Mitgl. in Vereinen	-,168	,000	-,022	-,137	,024	-,025	,047	-,072	,033	,018	-,060	,192	1,000	,071	,041	-,034	,074	,097
Alter	,035	-,061	,273	,138	-,120	,029	-,060	,100	,063	,123	,042	,086	,071	1,000	-,015	,061	,076	,103
Geechtl	-,018	,015	,043	,031	,024	,021	-,005	,030	,044	-,033	-,024	,144	,041	-,052	1,000	,098	,010	-,160
Wahl-norm	,024	-,023	-,017	,081	-,091	-,050	-,119	-,067	,071	,119	-,058	-,052	-,034	,061	,098	1,000	,007	,062
Politik zu komplex	-,145	,018	-,065	-,026	,067	,059	-,062	,049	-,059	-,066	-,093	,026	,074	,076	,010	,007	1,000	,272
politische Interesse	,140	,096	-,102	,075	-,120	-,035	-,067	,097	,041	-,080	,137	-,001	,097	,103	-,160	,062	,272	1,000

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Die Fallzahlen liegen bei der Analyse für die alten Bundesländer bei 746 Wählern und 69 Nichtwähler in den neuen Bundesländern bei 351 Wählern und 41 Nichtwähler. Die minimale Anzahl von 25 Fällen pro Kategorie der Zielvariable wird demnach in beiden Fällen erreicht und überschritten, die nach BACKHAUS, ERICHSON, PLINKE und WEIBER empfohlene von 50 dagegen nur in Westdeutschland.²¹⁶

Eine weitere Voraussetzung für die logistische Regression ist ein dichotomes oder metrisches Skalenniveau der unabhängigen Variablen. Die im vorliegenden Fall nominalen und ordinalen Variablen müssen daher durch Einführen von Dummy-Variablen dichotomisiert werden. So wird zum Beispiel die Variable ‚Sozioökonomischer Status‘ in zwei dichotome Dummy-Variablen (mittlerer und hoher Sozioökonomischer Status mit der Codierung 0=‚nein‘ und 1=‚ja‘) und eine Referenz-Kategorie (niedriger Sozioökonomischer Status) zerlegt.

Die Bewertung des Einflusses der Variablen beim Verfahren der logistischen Regression erfolgt durch die Zuteilung von Parameterschätzern (β) zu jeder Kategorie der unabhängigen Variablen. Die Schätzer für die jeweils niedrigste Kategorie (der Referenzkategorie) sind redundant und werden daher auf null gesetzt. Aus diesen sogenannten Lageschätzern (im Gegensatz zu den hier irrelevanten Schwellenschätzern der abhängigen Variable) kann dann die kumulierte Wahrscheinlichkeit für die Kategorien der abhängigen Variable berechnet werden.²¹⁷ Ist der Schätzer positiv, wirkt die Variable zugunsten einer höheren Kategorie der Abhängigen, ist er negativ, so beeinflusst sie die Anhängige in Richtung einer niedrigeren Kategorie. Im vorliegenden Fall ist die abhängige Variable ‚Nichtwähler‘ dichotom, verfügt also nur über die zwei Kategorien ‚ja‘ und ‚nein‘. Willkürlich wurde dem Parameter ‚nein‘, also den Wählern, die Kategorie ‚null‘, dem Parameter ‚ja‘, also den Nichtwählern, die Kategorie ‚eins‘ zugeteilt. Ein positiver Schätzer bedeutet demnach eine Zunahme der Wahrscheinlichkeit von Wahlenthaltung durch einen höheren Wert der Variable, ein negativer eine Erhöhung der Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe im Verhältnis zum durch die Referenzkategorien bestimmten Referenzmodell. Die Größe der Schätzer wird nach dem ‚Maximum-Likelihood-Verfahren‘ bestimmt, bei dem die Koeffizienten so gewählt werden, daß die geschätzten Variablen den Beobachtungen im Datensatz möglichst ähnlich sind, sie also die ‚Likelihood‘ des Modells maximieren.

²¹⁶ Vgl. Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff; Weiber, Rolf: Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung, 9. Auflage, Berlin 2000, S. 107.

²¹⁷ Vgl. Bühl, Achim; Zöfel, Peter: SPSS Version 10. Einführung in die moderne Datenanalyse unter Windows, 7. Auflage, München 2000, S. 381.

Die Qualität des entwickelten Regressionsmodells läßt sich zum einen Mittels eines²-Tests zur Bestimmung der Signifikanz des Modells ermitteln,²¹⁸ zum anderen läßt sich die Qualität der Anpassung des Modells auf Grundlage der Likelihood-Funktion beurteilen, wobei als Wert der negative verdoppelte Logarithmus angegeben wird (-2LL). Eine Verringerung des - 2LL-Wertes bedeutet eine Verbesserung des Regressionsmodells. Durch Vergleich des lediglich auf der Konstanten basierenden Anfangswertes des Regressionsmodells mit dem Endwert nach Hinzufügen der Prädiktoren kann die Güte der Gesamterklärungskraft des logistischen Endmodells beurteilt werden. Aus diesem Vergleich wird der Pseudo-r²-Wert (in Anlehnung an den Determinationskoeffizienten R² bei einer linearen Regression) ermittelt, wobei es drei Berechnungsgrundlagen gibt:²¹⁹

	²	2ln	
nach	r_{pseudo}^2	2ln	
		I	0
			²
		L	
			I
Pseudo-r ² nach COX und SNELL: r= 1			

$$\text{Pseudo-r}^2 \text{ nach NAGELKERKE: } r_{pseudo}^2 = \frac{1 - \left[\frac{L_0}{L_\beta} \right]^{\frac{2}{I}}}{1 - [L_0]^{\frac{2}{I}}}$$

MCFADDENS Pseudo-r² stellt ein relatives Gütemaß dar; es gibt die relative Verbesserung im Vergleich zum Ausgangsmodell an, kann aber keine absoluten Erkenntnisse über die Anpassungsgüte des Modells bieten. Der Wertebereich von MCFADDENS Pseudo-r² liegt zwischen null und eins, Werte zwischen 0,2 und 0,4 können allerdings schon als ein starker Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen und der abhängigen interpretiert werden.²²⁰

Die Berechnungsmethode von COX und SNELL und von NAGELKERKE sind Versuche, MCFADDENS Formel zu verbessern und die Aussagekraft zu erhöhen. NAGELKERKES Pseudor² bietet hierbei den besten Anhaltspunkt zur allgemeinen Beurteilung des Regressionsmodells, da es den prozentualen Anteil der durch die logistische Regression erklärten Varianz angibt. Da jedoch das immer noch verbreitetste Berechnungsmodell für Pseudo-r² das nach

²¹⁸ Es soll hier der ²-Wert selbst angegeben werden, welchem dann gemäß einschlägiger Tabellen basierend auf den Freiheitsgraden des Modells (df) ein Signifikanzniveau zugeordnet werden kann (*=signifikant; **=sehr signifikant, ***=höchst signifikant).
²¹⁹ Vgl. Diaz-Bone, Rainer; Künemund, Harald: Einführung in die binäre logistische Regression, Mitteilungen aus dem Schwerpunkt Methodenlehre, Heft 56, Berlin 2003, S. 12f.
²²⁰ Vgl. Urban, Dieter: Logit-Analyse, Stuttgart 1993, S. 62.

McFADDEN ist, soll dies neben dem erklärungsstarken Pseudo- r^2 nach NAGELKERKE zusätzlich bei allen folgenden Regressionen angegeben werden. Die Bewertung der Signifikanz der einzelnen Koeffizienten erfolgt über die χ^2 -verteilte Wald-Statistik, also auf Grundlage der quadrierten Quotienten aus Koeffizient und dem zugehörigen Standardfehler. Die sich aus dem Vergleich mit den Freiheitsgraden ergebende Signifikanz ist ebenfalls angegeben.

In der ersten Regressionsanalyse werden nun alle kategorisierten Variablen getrennt nach alten und neuen Bundesländern in das Modell eingeschlossen:

Tabelle 31: Logistische Regression der Wahlbeteiligung

		alte Bundesländer			neue Bundesländer		
		Schätzer	Wald	Signifikanz	Schätzer	Wald	Signifikanz
Sozioökonomischer Status	niedrig	-	,424	,809	-	6,606	,037
	mittel	,084	,044	,833	-1,421	3,877	,049
	hoch	-,214	,148	,700	-2,840	5,654	,017
Alter	18-29	-	6,515	,164	-	9,037	,060
	30-44	-,768	2,936	,087	-,935	,845	,358
	45-59	-1,235	4,523	,033	-3,688	7,004	,008
	60-74	-1,235	4,124	,042	-2,845	4,431	,035
	75 u. älter	-,505	,496	,481	-10,369	,074	,786
Geschlecht	männlich	0			0		
	weiblich	,478	1,931	,165	,318	,204	,652
politische Aktivität des Freundeskreises	niemand	-	3,519	,172	-	,412	,814
	einige	-,630	2,915	,088	-,419	,397	,529
	viele	-,915	1,175	,278	-,004	,000	,997
Vereinsmitgliedschaften	keine	-	1,337	,720	-	3,939	,268
	einer	-,395	1,029	,310	-1,931	3,916	,048
	zwei	-,270	,266	,606	-10,312	,026	,871
	drei u. mehr	-6,989	,270	,603	-,549	,000	,998
Kirchgang	1/Woche	-	3,817	,431	-	1,806	,771
	1-3/Monat	-,858	,829	,362	-9,551	,023	,879
	mehrmals im J.	,325	,226	,634	-1,879	,670	,413
	seltener	,561	,767	,381	,547	,096	,756
	nie	,633	1,005	,316	,319	,037	,847
Familienstand	verheiratet	-	3,392	,495	-	3,450	,486
	exverh. mit Partner	,976	1,119	,290	-3,039	2,262	,133
	exverheiratet	,680	1,954	,162	-1,327	1,468	,226
	ledig mit Partner	,591	,986	,321	-,859	,529	,467
	ledig ohne Partner	,540	1,289	,256	-,226	,053	,818
Engagement nur bei Wirkung	ja	0			0		
	nein	,125	,124	,725	-,632	,640	,424

Multivariate Analyse mittels einer binären logistischen Regression

Einflußnahme durch Wahlbeteiligung	gering	-	7,776	,020	-	13,651	,001
	mittel	-,830	2,839	,092	-2,656	7,992	,005
	hoch	-1,416	7,612	,006	-3,997	13,649	,000
Einflußnahme durch Wahlenthaltung	gering	-	3,937	,140	-	7,289	,026
	mittel	,317	,691	,406	,824	1,435	,231
	hoch	,966	3,850	,050	2,756	7,216	,007
Politik zu komplex	volle Zustimmung	-	3,769	,288	-	6,249	,100
	Zustimmung	-,830	2,763	,096	-,363	,118	,731
	kaum Zustimmung	-,861	2,903	,088	1,125	1,447	,229
	keine Zustimmung	-,984	2,547	,111	-1,292	1,320	,251
Parteiidentifikation	nein	0			0		
	ja	-,818	6,235	,013	-2,044	9,268	,002
Zufriedenheit mit Demokratie	zufrieden	-	4,718	,095	-	5,569	,062
	mittel	-,047	,017	,896	,308	,127	,722
	unzufrieden	1,044	3,764	,052	-1,834	2,672	,102
Zufriedenheit mit Bundesregierung	zufrieden	-	4,210	,122	-	2,178	,337
	mittel	-,040	,006	,939	-1,423	1,373	,241
	unzufrieden	-,787	1,887	,170	-,546	,210	,646
Inglehart-Skala	Postmaterialist	-	,971	,615	-	7,076	,029
	Mischtyp	,016	,001	,969	2,532	3,371	,066
	Materialist	-,479	,621	,431	,753	,263	,608
Wahlbeteiligung als Pflicht	volle Zustimmung	-	29,486	,000	-	22,884	,000
	Zustimmung	,578	1,958	,162	1,409	2,414	,120
	kaum Zustimmung	2,214	21,688	,000	-,203	,031	,859
	keine Zustimmung	2,081	13,107	,000	4,683	18,934	,000
ausgeübte Partizipationsformen	klassisch	-	2,794	,247	-	2,287	,319
	legal alternativ	-,240	,414	,520	,764	1,431	,232
	illegal alternativ	,742	1,417	,234	-1,187	,499	,480
politisches Interesse	sehr stark	-	5,005	,287	-	5,139	,273
	stark	-1,007	1,923	,166	-,739	,262	,609
	mittel	-,803	1,470	,225	-1,951	1,897	,168
	wenig	-,581	,627	,429	-2,110	1,840	,175
	gar nicht	,270	,099	,754	-,412	,059	,808
	Konstante	-,033	,001	,979	2,597	,772	,380
Anzahl			815			392	
			χ^2 (df 44)			1 56,777***	
			-2 Log-Likelihood			105,908	
			Pseudo-r ² (Mc FAD DEN)			0,597	
			Pseudo-r ² (NAGELKERKE)			0,675	

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Beide Modelle sind mit χ^2 -Werten von 164,632 und 156,777 bei jeweils 44 Freiheitsgraden als höchst signifikant zu bewerten. MCFADDENS Pseudo- r^2 beträgt in Westdeutschland 0,348, in Ostdeutschland sogar 0,597; in beiden Fällen kann also von einer durchaus guten Verbesserung des Modells durch den Einschluß der Prädiktoren ausgegangen werden. Die abhängige Variable ‚Wahlbeteiligung‘ ist stark von den unabhängigen Variablen beeinflusst. NAGELKERKES Pseudo- r^2 -Wert beträgt 0,416 beziehungsweise 0,675. Die erklärte Varianz beträgt somit 41,6% in den alten Bundesländern und sogar 67,5% in den neuen Bundesländern, was auf ein gutes bis sehr gutes Regressionsmodell hindeutet.

Die Fallzahlen sind durch die große Anzahl eingeschlossener Variablen und den daraus resultierenden Ausschluß von Befragten, welche zu diesen teilweise keine Angaben machten, auf lediglich 815 Befragte in den alten und 392 in den neuen Bundesländern geschrumpft. Zwar liegen sie damit noch über der Minimalgrenze von 100 Befragten, dies kann allerdings dennoch bei einzelnen Variablen zu einer schlechteren Signifikanz der Schätzer führen.

Ohne die Tabelle in ihrer ganzen Komplexität wiederzugeben, sollen nur einige Aspekte herausgestellt werden. Bei mehreren Variablen ist in keiner Kategorie ein signifikanter Koeffizient erreicht worden: Geschlecht, politische Aktivität der Freunde, Kirchengangshäufigkeit, Familienstand, Engagement nur beim Glauben an Wirkung, empfundene Komplexität der Politik, Zufriedenheit mit der Demokratie und den Leistungen der Bundesregierung, ausgeübte Partizipationsformen und politisches Interesse. Einige der Schätzer zu diesen Variablen zeigen durchaus der Theorie entsprechende Werte (so werden die Schätzer bei absinkender Zustimmung zur Überforderung mit der Komplexität der Politik in Westdeutschland negativ und betragsmäßig größer, die Wahrscheinlichkeit einer Wahlteilnahme steigt also), andere verhalten sich aber der Theorie genau entgegengesetzt oder indifferent, so daß sich keine Tendenzen ableiten lassen. Da diese Prädiktoren mit nicht signifikanten Schätzern auch die Koeffizienten der übrigen Variablen beeinflussen, ihre Rückwirkungen auf das Modell allerdings fragwürdig sind, liegt es nahe, sie aus dem Modell auszuschließen.

Die Variablen werden daher in der folgenden Analyse nicht zusammen, sondern sukzessiv in das Modell integriert. Die Abfolge ihrer Aufnahme richtet sich dabei nach ihrer Nützlichkeit für das Regressionsmodell,²²¹ was mittels der Veränderung der -2LL bewertet wird. Das Verfahren wird fortgeführt, bis ein Minimalgrenzwert, welcher noch für akzeptabel angesehen wird, unterschritten wird. Alle Variablen, deren Nützlichkeit unterhalb dieses Wertes liegt, werden als redundante Variablen aus dem Regressionsmodell ausgeschlossen.

²²¹ Vgl. Bortz, Jürgen: Statistik für Sozialwissenschaftler, 5. Auflage, Berlin 1999, S. 446f.

Tabelle 32: Schrittweise logistische Regression der Wahlbeteiligung

		alte Bundesländer			neue Bundesländer		
		Schätzer	Wald	Signifikanz	Schätzer	Wald	Signifikanz
Parteiidentifikation	nein	0			0		
	ja	-,967	11,178	,001	-1,136	6,512	,011
Einflußnahme durch Wahlenthaltung	gering				-	10,001	,007
	mittel				,434	,746	,388
	hoch				2,072	9,973	,002
Einflußnahme durch Wahlbeteiligung	gering	-	10,585	,005	-	20,901	,000
	mittel	-,836	4,380	,036	-1,727	9,422	,002
	hoch	-1,436	10,562	,001	-3,018	20,779	,000
politische Aktivität des Freundeskreises	niemand	-	8,683	,013			
	einige	-,825	6,936	,008			
	viele	-1,391	2,908	,088			
Alter	18-29	-	15,709	,003	-	7,637	,106
	30-44	-,900	5,868	,015	-,320	,316	,574
	45-59	-1,577	11,057	,001	-1,954	5,449	,020
	60-74	-1,335	8,668	,003	-1,192	2,951	,086
	75 u. älter	-,418	,662	,416	-6,872	,151	,698
Wahlbeteiligung als Bürgerpflicht	volle Zustimmung		36,407	,000	-	30,022	,000
	Zustimmung	,502	1,993	,158	,254	,154	,695
	kaum Zustimmung	2,018	26,204	,000	-,152	,039	,843
	keine Zustimmung	2,060	17,245	,000	2,718	19,273	,000
	Konstante	-,319	,425	,514	-,165	,040	,842
Anzahl			815			392	
χ^2 (df 12)			1 18,790***			1 10,366***	
-2 Log-Likelihood			353,929			152,319	
Pseudo-r ²			0,251			0,420	
Pseudo-r ² (Mc FAD DEN)			0,308			0,502	
Pseudo-r ² (NAGELKERKE)							

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Sowohl in den alten wie auch in den neuen Bundesländern wurden fünf Variablen in das Regressionsmodell aufgenommen. In Westdeutschland sind es in der Reihenfolge ihrer Integration: Wahlnorm, Parteiidentifikation, politische Aktivität der Freunde, Alter und empfundener Einfluß durch Wahlteilnahme; in Ostdeutschland dagegen: Wahlnorm, empfundener Einfluß durch Wahlteilnahme, empfundener Einfluß durch Wahlenthaltung, Parteiidentifikation und Alter. In beiden Landesteilen stand also die Wahlnorm an erster Stelle und die gewählten Prädiktoren stimmen bis auf zwei Variablen überein: Während in Westdeutschland die politische Aktivität der Freunde aufgenommen wurde, findet sich im ostdeutschen Regressionsmo-

dell der empfundene Einfluß durch Wahlenthaltung unter den integrierten Variablen. Beide Modelle sind von höchster Signifikanz, die²-Werte betragen bei jeweils 12 Freiheitsgraden 118,790 und 110,366. Auch die Pseudo-r²-Werte nach McFADDEN weisen mit 0,25 1 und wieder deutlich höher 0,420 in den neuen Bundesländern auf eine starke Beeinflussung durch die Prädiktoren hin. Die durch das Regressionsmodell erklärte Varianz ist durch die Beschneidung auf 30,8% und 50,2% abgesunken.

Die Identifikation mit einer Partei und der empfundene Einfluß durch eine Stimmabgabe haben in beiden Teilen Deutschlands der Theorie entsprechende Wirkung auf die Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit; die Koeffizienten sind alle signifikant bis höchst signifikant. Als weiterer Vertreter des Rational-Choice-Ansatzes wurde in Ostdeutschland der empfundene Einfluß durch eine Wahlenthaltung ebenfalls in das Modell aufgenommen; je höher er geschätzt wird, um so wahrscheinlicher wird eine Wahlabstinenz. Eine Signifikanz der Ergebnisse ist hier beim mittleren Wert nicht vorhanden, die beiden anderen sind aber von hoher beziehungsweise einfacher Signifikanz.

Die politische Aktivität des Freundeskreises als Gruppenressource fließt nur in den alten Bundesländern in das Regressionsmodell ein. Auch hier werden bei einfacher Signifikanz (auch wieder mit einer nicht signifikanten Ausnahme) die theoretischen Erwartungen erfüllt, je mehr Freunde politisch aktiv sind, desto niedriger der Regressionskoeffizient und höher die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe.

Bei der Betrachtung des Alters der Befragten zeigt sich sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern der zyklische Verlauf der Wahlbeteiligung. Sie nimmt von den jüngsten Befragten bis zum Erreichen des Maximums in der Altersgruppe der 45-69jährigen beständig zu, um anschließend wieder abzunehmen. Die entgegengerichtete erneute Zunahme bei der ältesten Kohorte in den neuen Bundesländern ist dabei als Ausreißer zu bewerten und ist, wie auch der theoriekonforme Wert in den alten Bundesländern, nicht signifikant. Hier zeigen sich die Auswirkungen geringer Fallzahlen in diesen Teilgruppen.

Die Wahlnorm schließlich, welche in beiden Modellen als erste Variable integriert wurde und damit die höchste Nützlichkeit aufweist, hat in Westdeutschland die vorhergesagten Auswirkungen: Je weniger der Befragte eine Wahlbeteiligung als seine bürgerliche Pflicht empfindet, desto unwahrscheinlicher wird eine Stimmabgabe. In Ostdeutschland ist ein ähnlicher Trend zu beobachten, welcher jedoch auch in diesem Fall wieder durch einen unsignifikanten Ausreißer unterbrochen wird.

Betrachtet man die Signifikanzen der einzelnen Schätzer, so erweisen sich neben den bereits dargestellten vor allem in Ostdeutschland mehrere als nicht signifikant. Dies resultiert vermutlich ebenso wie die Ausreißer aus den grundsätzlich theoriekonformen Verläufen aus

mutlich ebenso wie die Ausreißer aus den grundsätzlich theoriekonformen Verläufen aus geringen Fallzahlen in den betroffenen Teilgruppen. Weiterhin nimmt mit der Anzahl unabhängiger Variablen auch die Zahl möglicher Kovariatenmuster zu. Bei der relativ hohen Anzahl eingeschlossener Prädiktoren erscheint daher auch eine höhere Anzahl eingebrachter Beobachtungen als die minimalen 25 beziehungsweise empfohlenen 50 pro Zielkategorie nötig. Zur Anhebung der untersuchten Stichprobengröße wird daher für das letztendliche Regressionsmodell eine gesamtdeutsche Analyse zugrundegelegt.

Die DURBIN-WATSON-Statistik zum Test auf Autokorrelation ergibt für dieses Modell einen Wert von 1,946, die Fallzahlen betragen 1097 Wähler und 110 Nichtwähler, die Voraussetzungen für eine Regressionsanalyse sind also gegeben.

Zusätzlich zu den bisherigen Angaben wird hier die Signifikanz der Modelländerung bei Ausschluß einzelner Variablen aus dem Modell angegeben. Dies bietet eine Bewertungsgrundlage für die Relevanz der einzelnen Variablen; eine hohe Signifikanz spricht für einen nachhaltigen Einfluß der Variablen auf das Modell.

Tabelle 33: Gesamtdeutsches Regressionsmodell der Wahlbeteiligung

Schätzer		Wald	Signifikanz	Signifikanz der Änderung wenn Term entfernt	
Parteiidentifikation	nein	0			
	ja	-,955	15,639	,000	,000
Einflußnahme durch Wahlenthaltung	gering		8,304	,016	
	mittel	,228	,641	,423	,020
	hoch	1,051	8,30 1	,004	
Einflußnahme durch Wahlbeteiligung	gering		20,631	,000	
	mittel	-,962	8,065	,005	,000
	hoch	-1,682	20,553	,000	
politische Aktivität des Freundeskreises	niemand		6,482	,039	
	einige	-,582	4,814	,028	,033
	viele	-1,063	2,631	,105	
Vereinsmitgliedschaften	keine		5,958	,114	
	einer	-,649	4,814	,028	,005
	zwei	-,572	1,891	,169	
	drei u. mehr	-6,772	,284	,594	
Alter	18-29		20,517	,000	
	30-44	-,685	4,784	,029	
	45-59	-1,629	15,631	,000	,000
	60-74	-1,360	12,182	,000	
	75 u. älter	-,729	2,381	,123	

Multivariate Analyse mittels einer binären logistischen Regression

Wahlbeteiligung als Bürgerpflicht	volle Zustimmung		46,662	,000	
	Zustimmung	,358	1,318	,251	
	kaum Zustimmung	1,492	18,479	,000	,000
	keine Zustimmung	2,260	35,216	,000	
Politik zu komplex	volle Zustimmung		7,837	,050	
	Zustimmung	-,869	5,462	,019	
	kaum Zustimmung	-,702	3,778	,052	,056
	keine Zustimmung	-1,069	6,402	,011	
Konstante		,542	1,204	,273	
Anzahl			1207		
χ^2 (df 20)			21	4,547***	
-2 Log-Likelihood			503,488		
Pseudo-r ² (McFADDEN)			0,299		
Pseudo-r ² (NAGELKERKE)			0,364		

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

In das gesamtdeutsche Regressionsmodell für Wahlbeteiligung wurden insgesamt acht Variablen aufgenommen: Wahlnorm, Parteiidentifikation, empfundener Einfluß durch Wahlteilnahme, Alter, politische Aktivität des Freundeskreises, Zugehörigkeit zu Vereinen unterschiedlicher Kategorien, empfundener Einfluß durch Wahlenthaltung und die empfundene Komplexität der Politik. Der Einfluß der integrierten Variablen auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme entspricht in allen Fällen den Erwartungen gemäß der zugrundegelegten Theorieansätze. Die zwei kleineren Ausreißer (in den Kategorien ‚zwei Vereinsmitgliedschaften‘ und ‚kaum Zustimmung zur zu hohen Komplexität der Politik‘) sind nicht signifikant (P: 0,169 und P: 0,052). Der Pseudo-r²-Wert nach McFADDEN von 0,299 verdeutlicht die starken Auswirkungen der Einbindung der Prädiktoren in das Regressionsmodell. NAGELKERKES Pseudo-r²-Wert fällt dagegen mit 0,364, also 36,4% erklärter Varianz, niedrig aus, wenn auch 5,6 Prozentpunkte höher als beim vorhergehenden reduzierten westdeutschen Regressionsmodell. Den Einfluß auf das Modell und damit die Prägnanz der Variablen wird abschätzbar, wenn sie einzeln aus dem Modell extrahiert und die daraus resultierenden Rückwirkungen einem Signifikanztest unterzogen werden. Die Auswirkungen der Parteiidentifikation, des Alters, der Wahlnorm und der empfundenen Einflußmöglichkeiten durch Wahlbeteiligung sind von höchster Signifikanz. Die Signifikanz der Modellveränderung bei Entfernung der Variable ‚Anzahl der Vereinsmitgliedschaften‘ ist hoch, bei der Entfernung der Variablen ‚wahrgenommene Einflußnahme durch Wahlenthaltung‘ und ‚politische Aktivität des Freundeskreises‘ ist sie normal signifikant. Die empfundene Komplexität der Politik hat keine signifikanten Rückwirkungen mehr auf das Regressionsmodell. Diese Signifikanzen beziehen

sich auf das Endmodell. Interessante Rückschlüsse erlaubt auch die schrittweise Betrachtung des sukzessiven Einschusses der Variablen, insbesondere die durch die jeweilige Integration hervorgerufene Änderung der Log-Likelihood (angegeben als -2LL) beziehungsweise des²-Wertes und des Pseudo-r²-Wertes und die Signifikanz der Modellergänzung.

Tabelle 34: Schrittanalyse des gesamtdeutschen Regressionsmodell der Wahlbeteiligung

	2 (Modell) ² (Schritt)		Signifikanz (Modell)	Signifikanz (Schritt)	-2LL	Pseudo-r ² (McFADDEN)	Pseudo-r ² (NAGELKERKE)
Schritt 1 ^a	94,082	94,082	,000	,000	623,953	,131	,167
Schritt 2 ^b	125,664	31,582	,000	,000	592,371	,175	,221
Schritt 3 ^c	150,036	24,372	,000	,000	567,999	,209	,261
Schritt 4 ^d	174,090	24,054	,000	,000	543,945	,242	,300
Schritt 5 ^e	186,951	12,861	,000	,002	531,084	,260	,320
Schritt 6 ^f	199,396	12,445	,000	,006	518,639	,278	,340
Schritt 7 ^g	206,996	7,600	,000	,022	511,039	,288	,352
Schritt 8 ^h	214,547	7,550	,000	,056	503,488	,299	,364

^a Integration der Wahlnorm.

^b Integration der Parteiidentifikation.

^c Integration des empfundenen Einflusses durch Wahlbeteiligung.

^d Integration des Alters.

^e Integration der politischen Aktivität des Freundeskreises.

^f Integration der Vereinsmitgliedschaften.

^g Integration des empfundenen Einflusses durch Wahlenthaltung.

^h Integration der empfundenen Komplexität der Politik.

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).

Schon durch die ersten vier Schritte wird ein Pseudo-r²-Wert nach NAGELKERKE von 0,300 erreicht; die Einführung der nächsten vier Prädiktoren bewirkt nur noch eine Verbesserung von 0,064, die durch sie herbeigeführte Veränderung ist nicht wie bei den ersten vier Variablen von höchster Signifikanz. Dies unterstützt die Ergebnisse der Signifikanzanalyse der Modelländerung bei Ausschluß der Variablen, welche bei diesen vier ebenfalls von höchster Signifikanz war.

Die -2LL nimmt im fünften und sechsten Schritt nur noch um 12,861 und 12,445 und im siebten und achten Schritt lediglich um 7,600 beziehungsweise 7,550 ab. Gerade den ersten vier eingeschlossenen Variablen kommt also die größte Erklärungskraft in diesem Modell zu. Die achte aufgenommene Variable, die empfundene Komplexität der Politik, ist dagegen von ge-

ringer Erklärungskraft, ihr Ein- beziehungsweise Ausschluß aus dem Regressionsmodell zieht keine signifikante Beeinflussung desselben nach sich.

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse können wie folgend resümiert werden:

- Die logistische Regressionsanalyse ist durchführbar und ergibt verwertbare Ergebnisse, dennoch wäre eine größere Fallzahl in Anbetracht der hohen Anzahl eingeschlossener Prädiktoren – was den Ausschluß zahlreicher Fälle nötig macht – wünschenswert.
- Die Koeffizienten mehrerer Variablen erweisen sich in starkem Maße als nicht signifikant, manche dieser Variablen verhalten sich nicht theoriekonform.
- Die im endgültigen reduzierten gesamtdeutschen Regressionsmodell integrierten Variablen haben (mit Ausnahme der empfundenen Komplexität der Politik, welche diesen knapp verfehlt) einen signifikanten bis höchst signifikanten Einfluß auf das Modell. Bis auf wenige kleine und nicht signifikante Ausreißer verhält sich ihre Einflußnahme den zugrundegelegten Theorieansätzen entsprechend.
- Das Modell erklärt 36,4% der Varianz. Dieser Wert ist zwar nicht ausgesprochen hoch, weist jedoch auf ein durchaus akzeptables Regressionsmodell hin.²²²
- Das Regressionsmodell stützt sich vor allem auf die Wahlnorm, die Parteiidentifikation, den empfundenen Einfluß durch eine Wahlteilnahme und das Alter der Befragten. Weniger relevant sind die politische Aktivität des Freundeskreises, das Vereinsleben und die empfundene Einflußnahme durch eine Wahlenthaltung. Die empfundene Komplexität der Politik nimmt als letzte aufgenommene Variable eine Sonderrolle ein, da sie das Modell nicht mehr signifikant verändert.

²²² Die multivariaten Modelle zur Wahlbeteiligung zwischen 1982 und 1993 von Kleinhenz haben beispielsweise nur eine Erklärungskraft zwischen minimal 12,9% und maximal 28,2% (vgl. Kleinhenz, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996, S. 199).

8 Ergebnisdiskussion

Die vorangestellte empirische Analyse hat sich mit der Prüfung der Theorieansätze zur Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen auseinandergesetzt und ein multivariates Modell entworfen. Es ist von zentralem Erkenntnisinteresse, inwiefern die Analyseergebnisse die Erklärungsmodelle stützen oder sie falsifizieren können und welche Auswirkungen dies auf eine Bewertung der Wahlbeteiligung haben kann. Ferner stellt sich die Frage, wie die Integration der verschiedenen teils konkurrierenden Ansätze in ein multivariates Gesamtmodell zu bewerten ist und welche Rückschlüsse für die Diskussion bezüglich einer Krisen- oder Normalisierungssituation ableitbar sind.

8.1 Bewertung der Analyseergebnisse in Bezug auf die Theorieansätze

Zunächst sollen die Ergebnisse der empirischen Untersuchung in bezug auf die vier zugrundegelegten Theorieansätze zusammengefaßt und erläutert werden, wobei zu beachten ist, daß selbst dann, wenn sich eine Theorie nicht komplett mit empirischen Beobachtungen deckt oder durch diese widerlegt wird, sie nicht verworfen werden kann, solange es keinen besseren Ersatz gibt:

„There is no falsification before the emergence of a better theory.“²²³

Zudem kann eine einzelne empirische Prüfung eines Theoriemodells lediglich exemplarisch sein und dieses nicht absolut verifizieren oder falsifizieren. Es stehen daher im folgenden weniger die Theoriemodelle an sich als vielmehr ihre Anwendbarkeit und Relevanz im gewählten Beispiel zur Diskussion.

8.1.1 Bewertung des Ressourcenansatzes

Sowohl der Einfluß der individuellen Ressourcen als auch der Gruppenressourcen auf die Wahlbeteiligung der Individuen wurden in der bivariaten Analyse theoriekonform nachgewiesen. Ein hoher sozioökonomischer Status hat positiven Einfluß auf die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe; beim Alter konnte der typische zu erwartende zyklische Partizipationsverlauf bestätigt werden; das Geschlecht hatte keinen signifikanten Einfluß auf die Wahlbeteiligung. Auch das soziale Milieu und die gesellschaftliche Integration der Bürger nahmen er-

²²³ Lakatos, Imre: Falsification and the Methodology of Scientific Research Programms; in: Lakatos, Imre; Musgrave, Alan (Hrsg.): Criticism and the Growth of Knowledge. Proceedings of the International Colloquium in the Philosophy of Science, Cambridge 1970, S. 119.

wartungsgemäß Einfluß auf ihre Wahlbeteiligung. Letztere überwog die zu erwartende negative Einflußnahme von ‚Cross-Pressure‘-Situationen, deren Stichhaltigkeit in Bezug auf die Wahlteilnahme der betroffenen Individuen nicht bestätigt werden konnte. Höhere soziale Integration wenn auch in gegensätzliche ‚Cleavages‘ wirkt demnach stärker als etwaige sich daraus ergebende Konflikte. Alternativ könnte natürlich auch vermutet werden, daß die ‚Cleavages‘ und die daran ausgerichteten gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen oder aber die Identifikation der Bürger mit diesen bei weitem nicht so ausgeprägt sind,²²⁴ wie die Theorie annimmt, und daher entsprechend starke Effekte ausbleiben.

Als direkte Vertreter der Ressourcentheorie wurden das Alter als individuelle Ressource, die Vereinsaktivität als Maß der sozialen Integration und die politische Aktivität des Freundeskreises angelehnt an den Milieuansatz in das beschnittene multivariate Modell für die gesamtdeutsche Wahlbeteiligung aufgenommen. Auch die ebenfalls dort präsenste Wahlnorm, welche zu den vier Prädiktoren mit höchstem Einfluß auf das Modell zählt, läßt sich aus der Ressourcentheorie – genauer dem Milieu-Ansatz – ableiten. Vier der insgesamt acht integrierten Faktoren (welche im ersten, vierten, fünften und sechsten Schritt einbezogen wurden) lassen sich also aus diesem klassischen Ansatz der Partizipationsforschung, welcher dadurch maßgeblich das Erklärungsmodell stützt und theoretisch unterfüttert, entwickeln.

8.1.2 Bewertung der Rational-Choice-Theorie

Während die Relevanz des Ressourcenmodells aufgrund der einfachen Übertragbarkeit der Theorie auf die empirische Analyse problemlos prüfbar war, ergaben sich beim Rational-Choice-Ansatz Übertragungsschwierigkeiten. Eine Analyse des Rational-Choice-Ansatzes war daher nicht in vollem Umfang möglich. Die aufgrund der methodologischen Konzeption nötigen Einschränkungen auf eine lediglich segmentierte Gültigkeit bei der Analyse der Wahlbeteiligungsentscheidung, beschränkt die Anwendungsmöglichkeiten der Theorie. Eine genaue Einbeziehung der Komplexität, des Zeitdrucks, des Streßfaktors und der Routine, unter denen die Entscheidung getroffen wird, wäre nötig:

„[Es] müssen die verschiedenen situativen Bedingungen betrachtet, ihre Auswirkungen eingeschätzt und mögliche individuelle Unterschiede benannt werden. Vier Faktoren sind dabei zu untersuchen: Die Komplexität der Entscheidung, die Beeinträchtigung durch Zeitdruck, die Existenz eines Stressors, die Möglichkeit zur Routine.“²²⁵

²²⁴ Oder nicht mehr so ausgeprägt sind.

²²⁵ Mensch, Kirsten: Die segmentierte Gültigkeit von Rational-Choice-Erklärungen. Warum Rational-Choice-Modelle die Wahlbeteiligung nicht erklären können, Opladen 1999, S. 228.

Eine umfassende und sichere Erklärung des Wahlbeteiligungsverhaltens könnte das Rational-Choice-Verfahren nur dann leisten, wenn Störfaktoren ausgeschlossen werden könnten oder aber in Folge einer Hochkostenentscheidung einen gegenüber den fixen Kosten relativ geringen Anteil haben. Gerade bei der Wahlbeteiligung sind aber eben diese Störfaktoren oftmals für die Entscheidung für oder gegen eine Partizipation bestimmend.

Somit ist der Rational-Choice-Ansatz theoretisch beschränkt auf eine Teilerklärung der Entscheidungsfindung, nämlich der Vorzeichenanalyse der Einflußfaktoren inklusive obiger Störfaktoren, ohne jedoch das Ausmaß des Einflusses genau beziffern zu können und damit auch ohne sicher eine Verhaltensvorhersage als Resultat der aufsummierten Faktoren bieten zu können. Selbst diese Teilerklärung versagt allerdings, falls Entscheidungen nicht unter rationaler Abwägung getroffen werden, also zum Beispiel in oben angesprochenen Streßsituationen. Resultierend bietet der Rational-Choice-Ansatz lediglich die Möglichkeit zu einer, wie KLIEMT es ausdrückt, „systematischen Spekulation“²²⁶ über die möglichen Handlungsalternativen.

Zwar kann man streng methodologisch nicht von einer Degeneration des Rational-Choice-Verfahrens durch seine lediglich segmentierte Gültigkeit bei der Erklärung von Wahlbeteiligung sprechen, da es nie diese Erklärungsreichweite besaß, was sich schon an der Einführung des Hilfskonstruktes der langfristigen Nutzenkomponente durch DOWNS abzeichnet. Jedoch ist der Nutzen bei der Erklärung der Wahlbeteiligungsentscheidung auf Einzelaspekte unter limitierten Rahmenbedingungen beschränkt. Genau diese Einzelaspekte und Rahmenbedingungen müssen daher bei der Konzeption einer Umfrage berücksichtigt und abgefragt beziehungsweise anderweitig erfaßt werden, um aus dem Rational-Choice-Ansatz einen Nutzen für die Analyse der Nichtwähler ziehen zu können.

Im ALLBUS 1998 wurden genau diese situativen und kurzfristigen Einflüsse der Wahlbeteiligungsentscheidung nicht berücksichtigt. Die segmentierte Gültigkeit des Erklärungsmodells war demnach nicht verifizierbar.

Alternativ konnte die Prüfung des Rational-Choice-Ansatzes unter der Annahme eines rationalen Handelns der Akteure auf Grundlage dann vermutlich relevanter Einflußfaktoren vorgenommen werden. Der empfundene Einfluß von Wahlbeteiligung und Wahlenthaltung repräsentierten die Nutzenkomponente der Stimmabgabe beziehungsweise der Enthaltung, die

²²⁶ Kliemt, Hartmut: Nicht-explanative Funktionen eines „Homo oeconomicus“ und Beschränkung seiner explanativen Rolle; in: Homo oeconomicus 2, München 1984 (zitiert nach: Mensch, Kirsten: Die segmentierte Gültigkeit von Rational-Choice-Erklärungen. Warum Rational-Choice-Modelle die Wahlbeteiligung nicht erklären können, Opladen 1999, S. 224).

Interessenübereinstimmung mit einer Partei ebenfalls den Nutzenanreiz einer Teilnahme und die empfundene Komplexität der Politik stellvertretend die nötigen Wahlkosten des Individuums (zur Erlangung einer Informationsgrundlage für eine rationale Entscheidung). Die Prüfung der Einflußnahme dieser Kosten-Nutzen-Komponenten verlief erfolgreich. Auch im reduzierten multivariaten Modell wurden die Identifikation mit einer Partei, der Einfluß auf das politische Geschehen durch Wahlbeteiligung und Wahlenthaltung und schließlich knapp auch noch die Komplexität der Politik integriert. Gewissermaßen läßt sich auch die Wahlnorm als Vermeidung sozialer Repressionen oder der eigenen Gewissensberuhigung also als ‚psychic benefit‘ deuten. Dies erklärt auch, warum trotz vermeintlich rationaler Entscheidungsgrundlagen (Engagement nur bei Glaube an Wirkung) und niedrig eingestuftem (persönlichem) Einfluß durch Wahlbeteiligung dennoch die Wahlbeteiligung bei 63,4% liegt. Ergänzend können die Ergebnisse einer neueren Analysen von KÜHNEL und FUCHS gesehen werden. Wahlbeteiligung charakterisieren sie dabei als expressiven aber auch instrumentellen (in Bezug auf die Beeinflussung der Politik) Akt, wobei sich aber der instrumentelle Nutzen der Wahlbeteiligung weniger in direkten persönlichen Vorteilen, sondern vielmehr in Form eines indirekt wirkenden Kollektivgutes äußert.²²⁷

Das Rational-Choice-Modell zeigt sich demnach als höchst erklärungsstark, sofern ein grundsätzlich rationales Handlungsmuster der Bürger vorausgesetzt wird – was durchaus annehmbar ist:

„Zweifellos gibt es auch irrationales Wahlverhalten. Aber man sollte nicht vorschnell dar-auf rekurren, sondern von einer generellen Rationalitätsvermutung beim Wähler ausgehen.“²²⁸

Die nötigen – jedoch in einem Datensatz wie dem ALLBUS unverifizierbaren – Vorannahmen und die gleichzeitige theoretische Unsicherheit der Gültigkeit des Ansatzes sowie die ebenfalls nicht prüfbar Einflüsse theoretisch fundierterer situativer individueller Einflüsse lassen die Anwendung des Rational-Choice-Ansatzes trotz seiner offensichtlichen empirischen Relevanz fragwürdig erscheinen. Nur eine genauere theoretisch fundierte Grundlagenbetrachtung, verbunden mit einer hinsichtlich dieser Kritikpunkte optimierten Umfrage, könnte dem gerecht werden.

²²⁷ Vgl. Kühnel, Steffen; Fuchs, Dieter: Instrumentelles oder expressives Wählen? Zur Bedeutung des Rational-Choice-Ansatzes in der Empirischen Wahlforschung, in: Klein, Markus; Jagodzinski, Wolfgang; Mochmann, Ekkehard; Ohr, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten, Wiesbaden 2000, S. 358.

²²⁸ Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992, S. 15.

Dennoch soll als Ergebnis auch ohne einen absolut gesicherten theoretischen Hintergrund festgehalten werden, daß rationale Abwägungsprozesse bei Entscheidung für oder gegen eine Wahlteilnahme eine tragende Rolle einnehmen.

8.1.3 Bewertung der Protest- und Verdrossenheitstheorie

Variablen, welche sich an der Verdrossenheitstheorie orientieren, flossen nicht in das multivariate Modell der Wahlbeteiligung ein. Weder die Zufriedenheit der Befragten mit der Demokratie noch mit den Leistungen der Bundesregierung nehmen signifikant Einfluß auf das Regressionsmodell. Eine starke Ursächlichkeit einer mangelnden Unterstützung für die Ebenen der politischen Ordnung und der Herrschaftsträger kann demnach nicht angenommen werden. Sekundär dem Verdrossenheitsansatz zuzuordnen sind die im Modell repräsentierten Prädiktoren ‚Komplexität der Politik‘, ‚Einfluß durch Wahlbeteiligung‘ und ‚Identifikation mit einer Partei‘. Überforderung bei der Erfassung subjektiv komplexer politischer Vorgänge (beispielsweise des Wahlaktes selbst), subjektiv als gering empfundene Einflußmöglichkeiten auf den Wahlausgang und fehlende Repräsentation der eigenen politischen Vorstellungen im Parteienspektrum können durchaus ursächlich für eine Verdrossenheit der Bürger sein. Dies müßte sich dann jedoch in einem entsprechenden Unterstützungsentzug für die betreffenden Ebenen des politischen Systems niederschlagen. Eine erhöhte Korrelation zwischen diesen Variablen und jenen, welche die Unterstützung für die politische Ordnung und die Herrschaftsträger repräsentieren, konnte allerdings im Test auf Kollinearität der Prädiktoren im Vorfeld der Regressionsanalyse nicht festgestellt werden. Auch in einem alternativen Regressionsmodell, welches von Beginn die drei Variablen, die indirekt der Verdrossenheitstheorie zuzuordnen wären, ausschließt, rücken keinesfalls stellvertretend die direkt die Unterstützung erfassenden Variablen nach. Vielmehr erfolgte eine Substitution der ausgeschlossenen Prädiktoren durch die integrierte Variable ‚politisches Interesse‘.²²⁹

Im Gegensatz zum Verdrossenheitsansatz kann der Protestansatz durchaus im Regressionsmodell ausgemacht werden. Die bivariate Untersuchung zur Frage, ob aus Protest willentlich die Wahl verweigert wird, um diesem Protest Ausdruck zu verleihen, erschien aufgrund der geringen Fallzahlen in den relevanten Teilgruppe fragwürdig und wurde daher ausgelassen. In der multivariaten Analyse wurde dann entgegen der Erwartungen die vom potentiellen Wähler empfundene Einflußnahme durch eine Wahlenthaltung in das gesamtdeutsche Regressions-

²²⁹ Zu diesem alternativen gesamtdeutschen reduzierten Regressionsmodell der Wahlbeteiligung basierend auf der beschriebenen beschnittenen Variablenauswahl siehe Anhang II.

modell aufgenommen. Diese Integration erfolgte zwar als vorletzter der insgesamt acht Prädiktoren, die Rückwirkungen auf das Modell sind jedoch signifikant. Absichtliche Wahlenthaltung aus Gründen der politischen Einflußnahme scheint daher zumindest in einigen Fällen vorzuliegen.

8.1.4 Bewertung der Kausalität des Wertewandels

Ebenfalls als eine Form des Protests kann die Nutzung alternativer oder sogar illegaler Partizipationsformen angesehen werden. Wie die Analyse zeigte nimmt die Ausübung alternativer jedoch legaler Partizipationsformen keinen direkten negativen Einfluß auf die Wahlbeteiligung, diese lag in der entsprechenden Teilgruppe sogar höher als bei den lediglich klassisch Partizipierenden, was jedoch vor allem auf das ausgeprägtere politische Interesse der auch alternativ Partizipierenden zurückzuführen ist. Bürger, welche illegale Partizipationsformen ausüben, tendieren trotz ihres höheren politischen Interesses stärker zur Wahlenthaltung. Diese Tendenz ist allerdings nur schwach ausgeprägt, und der Anteil der Wahlverweigerer ist nur geringfügig größer als in der Teilgruppe der lediglich klassisch Partizipierenden.

Alternative legale Partizipation erfolgt dementsprechend vornehmlich ergänzend zur Wahlbeteiligung als klassische Beteiligungsform, wohingegen illegale Partizipation sie zumindest teilweise ersetzt. In das reduzierte Regressionsmodell wurden die ausgeübten Beteiligungsformen der Befragten allerdings nicht als Variable aufgenommen, es lag auch keine signifikante Einflußnahme im nichtreduzierten Modell vor.

Die Wahlnorm dagegen erwies sich als eine außerordentlich starke Einflußkomponente. Die hohen Erwartungen an ihre Erklärungskraft, nachdem sie in der bivariaten Untersuchung höchste Signifikanzen erzielte, bestätigten sich bei der Regressionsanalyse, wo sie als erster Prädiktor ausgewählt wurde.

Trotz dieser Relevanz der Wahlnorm kann INGLEHARTS Ansatz des Wertewandels nicht vollends überzeugen. Entgegen der theoretischen Erwartungen liegt die Wahrscheinlichkeit einer Wahlteilnahme bei Postmaterialisten gemäß der INGLEHART-Skala höher als bei Mischtypen und Materialisten, obwohl sie eine niedrigere Verpflichtung zur Wahlteilnahme haben und stärker zu alternativen Partizipationsformen tendieren sollten. Während sich letztere Annahme als richtig erweist, der Einfluß auf die Wahlteilnahme aber absinkt, da alternative Partizipation keinesfalls die Wahlbeteiligung ablöst, ist ersterer Zusammenhang in dieser Form nicht nachweisbar. Es zeichnet sich vielmehr ein gegenteiliger Verlauf ab: Die Wahlnorm ist bei Postmaterialisten stärker ausgeprägt als bei den Mischtypen und den Materialisten. Postmaterialisten haben sogar einen leicht höheren Anteil an Wählern als die beiden Vergleichsgrup-

pen. Die INGLEHART-Skala erweist sich demnach als ungeeignet, um Wahlenthaltung zu erklären, und wurde auch nicht in das abschließende Regressionsmodell integriert. Ob diese Widersprüchlichkeit zwischen theoretischer Erwartung und nachgewiesener Wirkung beispielsweise in der Konzeption der INGLEHART-Skala und ihrer Beschränktheit bei der Erfassung von gesellschaftlichen Werten, der eventuell falschen Einstufung der Wahlnorm als materialistischer Wert oder aber einer heutzutage veränderten Wertstruktur begründet ist, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht analysiert werden.

8.2 Das multivariate Modell – Wahlenthaltung als Krise des politischen Systems?

Betrachtet man die entscheidenden Faktoren des Gesamtmodells, so sind sie in die Bereiche individuelle (Alter) und gesellschaftliche Ressourcen (politische Aktivität des Freundeskreises und Engagement in Vereinen) sowie Wertvorstellungen (Wahlnorm) und rationale Nützlichkeitsaspekte (Parteiidentifikation, empfundener Einfluß durch Wahlbeteiligung und Wahlenthaltung) einzuordnen. Insbesondere die Ressourcen und die Werteordnung der Wahlberechtigten unterliegen ständigen gesellschaftlichen Veränderungen, und diese Veränderungen nehmen somit auch Einfluß auf die Wahlbeteiligung. Eine zunehmende Individualisierung und Auflösung struktureller und ideologischer Milieus, resultierend in einer Lockerung der Parteienbindungen und Abschwächung der Wahlnorm, lassen individuelle, situative und wahlspezifische Faktoren an Einfluß auf die Entscheidung für oder gegen eine Stimmabgabe gewinnen. Bewußt oder unbewußt ergänzen sich die rational kalkulierenden oder irrationalen und intuitiven Faktoren zu einer Entscheidung. Die Bürger setzen Prioritäten, und diese müssen nicht mehr unbedingt förderlich für eine Stimmabgabe sein. Es ergeben sich für den potentiellen Wähler, losgelöst von seinem staatsbürgerlichen Pflichtgefühl, weit mehr Handlungsalternativen an einem Wahlsonntag als der Gang zur Urne.²³⁰ Die individuell beurteilte Wichtigkeit der Wahl nimmt dabei ebenfalls eine mitentscheidende Rolle ein.²³¹

Anhaltspunkte für einen starken Einfluß von Verdrossenheit auf die Wahlbeteiligung der Bürger liegen nicht vor. Weder findet der Verdruß mit der Ebene der politischen Ordnung noch der politischen Herrschaftsträger Eingang in das Gesamtmodell.

Auch sollte sich die nach der Krisenthese der Wahlenthaltung zugrunde gelegte Unzufriedenheit und Verdrossenheit in der Gruppe der hochgebildeten und der stark politisch interessierten Bürger ebenso wie bei den politisch weniger interessierten finden lassen, also alle gesell-

²³⁰ Interessant wäre in dieser Hinsicht auch eine Analyse der zunehmenden Nutzung von Briefwahl.

²³¹ Dies wäre zum Beispiel bei einer Analyse der Wahlbeteiligung bei Landtags-, Kommunal- und Europawahlen im Vergleich zur der bei Bundestagswahlen ein interessanter Aspekt.

schaftlichen Gruppen und Schichten betreffen.²³² Dies wurde zwar in der empirischen Analyse nicht überprüft, da das Phänomen der Wahlenthaltung und nicht das der unterschiedlichen Unterstützung verschiedener Systemebenen im Vordergrund stand; es ist jedoch ableitbar, daß dann auch die Auswirkungen der politischen Verdrossenheit beziehungsweise der mangelnden Unterstützung ebenfalls ähnlich in allen gesellschaftlichen Gruppen ausgeprägt sein sollten. Hierfür finden sich jedoch in der bivariaten Analyse keine Anhaltspunkte. Im Falle der Unterstützung für die Bundesregierung zeigt sich in der Gruppe der politisch stark interessierten Bürger in Westdeutschland sogar ein gegensätzlicher Trend: Die Wahlbeteiligung nimmt mit Zunahme der Unterstützung ab. In allen anderen Teilgruppen zeigt sich ein negativer Einfluß schwindender Unterstützung für die Regierung auf die Wahlbeteiligung, dieser ist allerdings nur in den Teilgruppen der politisch kaum Interessierten stark ausgeprägt.

Ein ähnlicher Verlauf zeigte sich auch bezüglich der Unterstützung der politischen Ordnung, bei denjenigen mit hohem politischen Interesse verdoppelte sich zwar der Nichtwähleranteil, bei denjenigen mit niedrigem Interesse dagegen vervierfachte (in Westdeutschland) beziehungsweise versiebenfachte (in Ostdeutschland) er sich. Grundsätzliche Symptome einer Kausalität von allgemeiner Verdrossenheit und Wahlenthaltung treten also nicht auf.

Manchmal wird auch die Wahlbeteiligung selbst als Maßstab für die Zustimmung zum politischen System herangezogen:

„Schließlich könnte man versuchen, auf andere Daten als Befragungsergebnisse, die ja mit vielerlei Problemen behaftet sind, zurückzugreifen. Die Beteiligung an Wahlen wird gelegentlich als geeigneter Gradmesser angesehen. In diesen Daten drückt sich zumindest faktisches Handeln der Bürger aus, nicht wie in Umfragen bloße Absichtserklärungen oder Einstellungen. Da es in der Bundesrepublik keine Wahlpflicht gibt, könnte man die Höhe der Wahlbeteiligung als Gradmesser der Zustimmung zum parlamentarischen System und auch der Bedeutsamkeit betrachten, die dem Akt des Wählens zugeschrieben wird.“²³³

Dies erscheint aber nach der vorangegangenen Analyse nicht sinnvoll. Wahlbeteiligung beruht auf mehr Faktoren als der Zustimmung zu Ebenen des politischen Systems – genaugenommen ist diese für das entwickelte Regressionsmodell unerheblich. Das Alter der Menschen, ihre soziale Integration, ihre rationale Abschätzung, ob sich für sie die Teilnahme an der Wahl lohnt, sind neben den hier nicht erfaßten situativen Einflußfaktoren die Bedingungen, welche über die Wahlteilnahme entscheiden. Nachlassende Wahlbeteiligung kann dem-nach Ausdruck einer Veränderung der Vertretung dieser Größen in der Gesellschaft oder aber auch unterschiedlicher situativer wahlspezifischer Umstände bei den verglichenen Wahlen

²³² Vgl. Bürklin, Wilhelm; Klein, Markus: Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung, 2. Auflage, Opladen 1998, S. 160.

²³³ Küchler, Manfred: Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit?; in: Raschke, Joachim (Hrsg.): Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Opladen 1982, S. 46.

sein. Inwiefern dies auf die einzelnen Prädiktoren zutrifft, kann natürlich nur in einer Längsschnittanalyse untersucht werden, und dies war in dieser Arbeit daher leider nicht möglich. Auch die Analyse des Protestansatzes deutet nicht auf eine starke Ursächlichkeit für niedrige Wahlbeteiligung hin. Nach KAASE und MARSH wird Partizipation in Form von politischem Protest nicht zwangsläufig als gegen den Staat gerichtet verstanden, sondern vielmehr als Erweiterung der Möglichkeiten des politischen Ausdrucks:

„We will argue that from a systemic perspective direct political action generally, and political protest in particular, do not necessarily assume antiregime properties; rather, it may form one new element of an expanded repertory of political action.“²³⁴

Andererseits stellt sich gerade daher die Frage, inwiefern unkonventionelle Partizipationsformen dann noch als unkonventionell bezeichnet werden können, wenn sie eine Erweiterung des Partizipationsrepertoires darstellen und dauerhaft Einzug in den partizipatorischen Alltag der Bürger halten. Leider kann auf diese Diskussion nicht näher eingegangen werden,²³⁵ als entscheidende Konsequenz ergibt sich aber, daß die sogenannten unkonventionellen Partizipationsformen nicht zwangsläufig Ausdruck von Systemprotest sein müssen. Ausdrucksvoller als die Einstufung in unkonventionelle und konventionelle Partizipationsformen ist die Unterscheidung zwischen legalen und illegalen sowie institutionalisierten und nichtinstitutionalisierten oder aber klassischen und neuen Formen der Partizipation. Alternative Partizipationsformen ergänzen die klassischen und sind Zeichen des verstärkten Interesses der Bürger an politischer Mitbestimmung als Folge des Wertewandels:

„Dieses Aufkommen neuerer politischer Ausdrucksmittel ist ein Indikator für den Willen, in spezifischen Sachfragen verstärkt direkten Einfluß zu gewinnen und den Politikern die Vertretung von Interessen nicht global bis zur nächsten Wahl zu überlassen.“²³⁶

Dies kann jedoch auch als ein Anzeichen dafür gedeutet werden, daß die politischen Parteien ihrer Mittlerrolle zwischen Bürgern und politischen Gremien zwischen den Wahlen nicht mehr ausreichend gerecht werden, so daß ein Ausweichen auf alternative Partizipationsformen nötig wird.

Auch wenn, wie ausgeführt, eine fehlende Unterstützung für das politische System der Bundesrepublik und die Herrschaftsträger nicht ursächlich für die Wahlbeteiligung ist, so können trotzdem Symptome einer Parteienverdrossenheit attestiert werden, welche sich derzeit noch nicht in vollem Umfang auf die Wahlbeteiligung auswirken.

²³⁴ Kaase, Max; Marsh, Alan: Political action. A theoretical perspective; in: Barnes, Samuel H.; Kaase, Max: Political action. Mass participation in five western democracies, Beverly Hills 1979, S. 27.

²³⁵ Siehe zu dieser Diskussion auch: Uehlinger, Hans-Martin: Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle, Opladen 1988, S. 219ff.

²³⁶ Uehlinger, Hans-Martin: Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle, Opladen 1988, S. 221.

Die Parteiidentifikation nimmt stark Einfluß auf die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung; sie wurde als zweitstärkster Prädiktor in das Gesamtmodell eingeführt. Ungefähr zwei Drittel der Nichtwähler in Westdeutschland und drei Viertel derjenigen in Ostdeutschland fühlen sich nicht von einer Partei vertreten. Der Anteil der Nichtwähler unter denjenigen, die sich nicht mit den Zielen einer Partei identifizieren können, liegt fast viermal (in den alten Bundesländern) beziehungsweise fünfmal (in den neuen Bundesländern) höher als bei der jeweiligen Vergleichsgruppe.

Auch die hohe Wahlabstinentz politisch uninteressierterer und von der Bundesregierung enttäuschter Befragter deutet in diese Richtung. Während der politisch interessiertere und motiviertere Bürger auf alternative Oppositions- oder auch Protestparteien oder alternative Partizipationsformen ausweicht, zieht sich der unmotivierte und desinteressierte Bürger aus der politischen Öffentlichkeit zurück. Den Parteien gelingt es nicht, diese Flucht aus der Politik aufzufangen beziehungsweise diejenigen, die sich aus der Partizipation zurückgezogen haben, wieder zu motivieren und aktivieren. Entsprechend stimmten 52,2% der Nichtwähler der Aussage, daß sich die Politiker nicht um ihre Gedanken kümmern würden, voll zu; bei den Wählern lag der Anteil zwar deutlich niedriger aber dennoch bei immerhin 32,9%. Zieht man diejenigen, welche dieser Aussage teilweise zustimmten hinzu, belaufen sich die Anteile auf 81,3% bei den Nichtwählern und 70,9% bei den Wählern. Es ist erstaunlich, daß trotz des hohen Anteils Bürger, die sich von den Politikern ignoriert fühlen, eine starke Wahlbeteiligung erreicht wird. Auch der hohe Prozentsatz bei den Wählern stützt das Regressionsmodell, welches Verdrossenheit noch nicht als Prädiktor einschließt. Derzeit wird dieses Potential an Nichtwählern offensichtlich durch andere Faktoren wie beispielsweise die Wahlnorm zur Stimmabgabe motiviert; sollten jedoch diese abgeschwächt werden oder ihren Einfluß vollständig verlieren, wird sich die Enttäuschung über Parteien und Politiker (welche auch bei der letzten Bundestagswahl 2002 unverändert stark nachgewiesen werden konnte)²³⁷ zwangsläufig in zunehmender Wahlenthaltung äußern. Unterstützt wird diese Prognose zusätzlich durch das Analyseergebnis, daß es für einige Befragte rationaler ist, durch Wahlenthaltung anstatt durch Stimmabgabe politischen Einfluß auszuüben, Wahlenthaltung wird also instrumentalisiert. Resümierend bleibt festzuhalten, daß die beobachtete Wahlenthaltung keinesfalls ihren Ursprung in einer mangelnden Unterstützung für das politische System der Bundesrepublik hat. Die multikausalen Gründe liegen vielmehr in den unterschiedlichen individuellen und sozi-

²³⁷ Siehe zum Beispiel Hilmer, Richard: Bundestagswahl 2002: eine zweite Chance für Rot-Grün; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/03, Opladen 2003, S. 203.

ostrukturellen Vorbedingungen und den Wertvorstellungen der Bürger. Die Wahlberechtigten treffen nun zunehmend entfesselt von gesellschaftlich vermittelten staatsbürgerlichen Pflichtvorstellungen unter Einfluß situativer und individueller Aspekte die Teilnahmeentscheidung. Alternative Partizipationsformen, wozu auch die Wahlenthaltung zählt, konkurrieren mit der Stimmabgabe, ersetzen sie aber noch nicht, was aber bei nachlassender Wahlnorm und weitergehender Individualisierung aufgrund der Distanz zwischen Parteien und Wählern absehbar wäre.

Die derzeitige Wahlenthaltung in Deutschland ist demnach, wenn sie auch aus der Sicht der inputorientierten Demokratietheorie bedauerlich ist, weniger Zeichen einer Krise des politischen Systems, sondern vielmehr Folge veränderter gesellschaftlicher Bedingungen – welche mancher vielleicht als gesellschaftliche Krise bezeichnen mag.²³⁸ Sollten sich diese Bedingungen allerdings weiterhin Richtung Individualisierung, Desintegration und zurückgehender Wahlnorm und Parteiidentifikation verschieben und damit ihr positiver Einfluß auf die Wahlbeteiligung verloren gehen, so bestünde die Gefahr, daß die derzeit als Faktor noch nicht wirksam gewordene Politiker- und Parteienverdrossenheit die Bürger zunehmend von der Stimmabgabe abhält. Die mangelnde Unterstützung dieser Systemebene könnte dann die von der kompensatorischen Wirkung sozioökonomischer und gesellschaftlicher Faktoren befreite Wahlbeteiligung dominieren.

²³⁸ Vg. Eilfort, Michael: Krise oder Normalisierung? Nichtwähler im „Superwahljahr“ – soviel Konfusion wie Klarheit; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/95, Opladen 1995, S. 189.

9 Schlußbemerkung

Die vorliegende Arbeit analysierte die Relevanz ausgewählter theoretischer Erklärungsmodelle für Wahlenthaltung. Ableitbar aus der Verifizierung beziehungsweise Falsifizierung dieser Theorieansätze ergab sich die Möglichkeit einer Bewertung der Wahlenthaltung als Ausdruck einer Krise des politischen Systems. Hierbei muß sorgfältig unterschieden werden zwischen der Wahlenthaltung selbst als Legitimitätskrise des politischen Systems gemäß der inputorientierten Demokratietheorie und der Wahlenthaltung als Symptom einer Krise des Systems, welche sich aus einer mangelnden Unterstützung für die Systemebenen manifestiert. Erstere Frage ist nur durch eine Diskussion und Bewertung des input- und des outputorientierten Demokratieansatzes zu klären, was jedoch nicht im Interesse der Arbeit stand. Die Wahlenthaltung als Folge und Symptom einer existenten Unterstützungskrise des Systems konnte erfolgreich widerlegt werden, wenn auch die prognostizierten Aussichten selbiges Szenario durch-aus als zukünftig real möglich erscheinen lassen. Die Verhinderung einer solchen Zukunftsalternative kann aufgrund des fortschreitenden gesellschaftlichen Wandels nur in einer Auflösung der existenten Politiker- und Parteienverdrossenheit bestehen. Eine Wiederannäherung der Parteien und ihrer Vertreter an die Interessen und Vorstellungen der Bürger ist für den Aufbau einer neuen Vertrauensbasis unverzichtbar.

In Ermangelung einer solchen Vertrauensbasis ist Wahlenthaltung nicht nur die zwangsläufige Alternative zu einer bewußt oder unbewußt, rational oder intuitiv abgelehnten Wahlbeteiligung, sondern wird neben weiteren alternativen Partizipationsformen auch aktiv als Instrument der Willensäußerung eingesetzt. Wahlenthaltung stellt also neben der Stimmabgabe für einen Kandidaten oder eine Partei zunehmend eine ernsthafte partizipatorische Handlungsoption dar, welche unter den dargestellten Gesichtspunkten von potentiellen Wählern evaluiert wird.

Das genaue Wirken situativer und individueller Aspekte auf die Wahlbeteiligungsentscheidung konnte in dieser Arbeit als Folge des Designs des ALLBUS 1998 leider nicht analysiert werden. Demzufolge waren die Untersuchungsmöglichkeiten bezüglich des aufgrund theoretischer Vorüberlegungen nur segmentiert in bezug auf diese situativen Entscheidungsprozesse gültigen Rational-Choice-Ansatzes beschränkt. Im Vergleich zur Ressourcentheorie, dem Protest- und Verdrossenheitsansatz und der Theorie des Wertewandels ist die Operationalisierung als problematisch zu charakterisieren. Eine grundlegende Rationalität der Entscheidung mußte stillschweigend vorausgesetzt werden, um die eigentlich nur segmentierte Gültigkeit zu überwinden. Dennoch erwies sich die Betrachtung der Entscheidungsfindung auf Grundlage von Wahlkosten und Wahlnutzen sowie der individuellen Einschätzung der Einflußmöglich-

keiten als sinnvoll und anwendbar, und ein instrumenteller Charakter der Wahlbeteiligung ist nachweisbar – trotz der problematischen theoretischen Konzeption.

Die Theorie des Wertewandels bildete einerseits eine wichtige Erklärungsgrundlage, andererseits erwies sich Operationalisierung der Werteorientierungen als wenig praktikabel. Während der prognostizierte Einfluß gesellschaftlicher Veränderung und damit verbundener Wertvorstellungen bestätigt und die Wahlnorm als herausragender Prädiktor identifiziert werden konnte, mußte die von INGLEHART konzeptionalisierte und schon theoretisch kritisierte Werteskala zur Erfassung dieser Aspekte als nicht geeignet eingestuft werden.

Interessant in Hinblick auf die empirische Analyse waren die oftmaligen Abweichungen zwischen alten und neuen Bundesländern, manche Variablen zeigten einen gegenläufigen Einfluß, bei anderen waren die Differenzen nur quantitativer Natur. Die Auswahl der in die reduzierten Regressionsmodelle eingeschlossenen Prädiktoren sowie der Koeffizienten und der Verlauf dieser bei unterschiedlichen Variablenwerten variierten leicht. Einige zeigten aber auch ein kongruentes Verhalten. Eine Analyse der Aberrationen und ihrer Ursachen war aufgrund der anderweitigen Zielorientierung und oftmals niedrigen Fallzahlen nicht beabsichtigt und möglich. Daher lag auch die Entwicklung eines gesamtdeutschen Erklärungsmodells nahe, welches sich als diskutierbar und schlüssig erwies. Eine Erklärungskraft von 36,4% der Varianz ist hinsichtlich der vermutlich starken Kausalität hier nicht mit einbezogener individueller, wahlspezifischer und situativer Faktoren als gut zu bewerten.

Dieses Modell bot eine Analyse der Erklärungsmuster von Wahlbeteiligung beziehungsweise Wahlenthaltung basierend auf den Angaben zur vergangenen Wahl 1994 und zukünftigen 1998. Eine Untersuchung der zeitlichen Veränderungen der Prädiktoren war nicht möglich. Auf dieser Grundlage konnte die Wahlenthaltung analysiert und bewertet werden, nicht jedoch ihre Veränderung. Es ist zwar zu vermuten, daß die Zu- oder Abnahme der Wahlbeteiligung auf die identifizierten Einflußgrößen zurückgeht, ob aber eine Änderung ihrer Wirkstärke oder ihrer Repräsentierung in der Gesellschaft oder aber ihrer Zusammensetzung ursächlich ist, kann nicht näher analysiert werden. Dies wäre nur systematisch durch eine dynamische Längsschnittanalyse realisierbar.

Aus diesen Aspekten lassen sich Ansätze zur weitergehenden Analyse ableiten, beispielsweise die Konzeptionalisierung eines alternativen Werte-Indexes, die Untersuchung der weiterhin bestehenden unterschiedlichen der Wirkweise soziostruktureller Prädiktoren in Ost- und Westdeutschland, die Erweiterung des Modells durch Einbringung einer Längsschnittanalyse oder die Ergänzung um wahlspezifische und situative Aspekte.

Eine zukünftige Entwicklung der Wahlbeteiligungen bei Bundestagswahlen vorherzusagen, erscheint aufgrund der starken Einflußnahme von wahlspezifischen Faktoren gewagt, der Trend der Wahlbeteiligung (unter Einbezug der Landtagswahlen) ist in den nachfolgenden Wahlen uneinheitlich geblieben.²³⁹ Jedoch läßt sich eine allgemeine längerfristige Tendenz formulieren: Die gesellschaftliche Akzeptanz von Wahlenthaltung wird mit fortschreitender sozialer Desintegration und Individualisierung weiter anwachsen, die Gruppenressourcen als „soziales Kapital“²⁴⁰ der Bürger werden damit einhergehend sinken. Die Parteien werden vor der Herausforderung stehen, die Wähler von einer Stimmabgabe überzeugen zu müssen. Die Entwicklung von Handlungsmodellen, um diese Mobilisierungsimpulse aussenden zu können, die noch nicht im vollen Umfang zum Tragen gekommene Politiker- und Parteieinverdrossenheit zu überwinden und schließlich die vorgesehene Mittlerrolle wieder vollständig ausfüllen zu können, muß Priorität haben. Eine ausschließliche Appellation an die Bürgerpflichten der Wahlberechtigten wird keinen Erfolg mehr haben können.

²³⁹ Vgl. Hilmer, Richard: Bundestagswahl 2002: eine zweite Chance für Rot-Grün; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/03, Opladen 2003, S. 203.

²⁴⁰ Deth, Jan W. van: Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge; in: Koch, Achim; Wasmer, Martina; Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen 2001, S. 195.

10 Literaturverzeichnis

- Allerbeck, Klaus; Allmendinger, Jutta; Bürklin, Wilhelm; Kiefer, Marie L.; Müller, Walter; Opp, Karl D.; Scheuch, Erwin K.:** Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. ALLBUS 1998. Codebuch. ZA-Nr. 3000, Köln 1999.
- Armingeon, Klaus:** Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 46, Heft 1, Köln 1994, S. 43-64.
- Arzheimer, Kai:** Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden 2002.
- Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff; Weiber, Rolf:** Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung, 9. Auflage, Berlin 2000.
- Barnes, Samuel H.; Kaase, Max:** Political action. Mass participation in five western democracies, Beverly Hills 1979.
- Becker, Rolf:** Wahlbeteiligung im Lebensverlauf. A-P-K-Analysen für die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1953 bis 1987; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 54, Heft 2, Köln 2002, S. 246-263.
- Bortz, Jürgen:** Statistik für Sozialwissenschaftler, 5. Auflage, Berlin 1999.
- Braun, Michael; Eilinghoff, Carmen; Gabler, Siegfried; Wiedenbeck, Michael:** Methodenbericht zur „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 1992, ZUMA-Arbeitsbericht 93/0 1, Mannheim 1993.
- Bühl, Achim; Zöfel, Peter:** SPSS Version 10. Einführung in die moderne Datenanalyse unter Windows, 7. Auflage, München 2000.
- Bürklin, Wilhelm:** Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988.
- Bürklin, Wilhelm:** Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung; in: **Starzacher, Karl; Schacht, Konrad; Friedrich, Bernd; Leif, Thomas (Hrsg.):** Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?, Köln 1992, S. 18-39.
- Bürklin, Wilhelm; Klein, Markus:** Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung, 2. Auflage, Opladen 1998.

Campbell, Angus; **Converse**, Philip; **Miller**, Warren; **Stokes**, Donald: The American voter, New York 1960.

Deth, Jan W. van: Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge; in: **Koch**, Achim; **Wasmer**, Martina; **Schmidt**, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen 2001, S. 195-219.

Diaz-Bone, Rainer; **Künemund**, Harald: Einführung in die binäre logistische Regression, Mitteilungen aus dem Schwerpunkt Methodenlehre, Heft 56, Berlin 2003.

Downs, Anthony: An Economic Theory of Democracy, New York 1957.

Downs, Anthony; **Wildenmann**, Rudolf (Hrsg.): Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen 1968.

Easton, David: A System of Analysis of Political Life, New York 1965.

Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994.

Eilfort, Michael: Krise oder Normalisierung? Nichtwähler im „Superwahljahr“ – soviel Konfusion wie Klarheit; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/95, Opladen 1995, S. 181-192.

Falter, Jürgen W.; **Schumann**, Siegfried; **Winkler**, Jürgen: Erklärungsmodelle von Wählerverhalten; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 37-38/90, Bonn 1990, S. 3-13.

Falter, Jürgen W.; **Schumann**, Siegfried: Der Nichtwähler – das unbekannte Wesen; in: **Klingemann**, Hans-Dieter; **Kaase**, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen 1994, S. 161-213.

Feist, Ursula: Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland?; in: **Starzacher**, Karl; **Schacht**, Konrad; **Friedrich**, Bernd; **Leif**, Thomas (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?, Köln 1992, S. 40-57.

Feist, Ursula: Nichtwähler 1994. Eine Analyse der Bundestagswahl 1994; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 5 1-52/94, Bonn 1994, S. 35-46.

- Ferejohn**, John A.; **Fiorina**, Morris: The Paradox of Not Voting, A Decision Theoretic Analysis; in: American Political Science Review, Jg. 68, Heft 2, Washington 1974, S. 525-536.
- Franke**, Siegfried F.: Die ökonomische Theorie der Politik; in: **Druwe**, Ulrich; **Kunz**, Volker (Hrsg.): Rational Choice in der Politikwissenschaft. Grundlagen und Anwendungen, Opladen 1994, S. 53-80.
- Frietsch**, Rainer; **Wirth**, Heike: Die Übertragung der Magnitude-Prestigeskala von Wegener auf die Klassifizierung der Berufe; in: ZUMA-Nachrichten 48, Jg. 25, Mannheim 2001, S. 139-163.
- Fromm**, Sabine: Multiple lineare Regression. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler mit SPSS für Windows; erschienen als: **Schulze**, Gerhard; **Baur**, Nina (Hrsg.): Bamberger Beiträge zur empirischen Sozialforschung Nr. 10, Bamberg 2003.
- Fuchs**, Dieter; **Kühnel**, Steffen M.: Wählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung; in: **Klingemann**, Hans-Dieter; **Kaase**, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen 1994, S. 305-364.
- Fuchs-Heinritz**, Werner; **Lautmann**, Rüdiger; **Rammstedt**, Otthein; **Wienold**, Hanns (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie, 3. Auflage, Opladen 1995.
- Galbraith**, John K.: Herrschaft der Zufriedenen. Die Kapitulation der Demokratie vor der Armut; in: Der Spiegel, Jg. 46, Heft 36, Hamburg 1992, S. 136-146.
- Gibowski**, Wolfgang G.; **Kaase**, Max: Auf dem Weg zum politischen Alltag. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 11-12/91, Bonn 1991, S. 3-20.
- Golzem**, Friederike; **Liepelt**, Klaus: Wahlenthaltung als Regulativ: Die sporadischen Nichtwähler; in: **Böhret**, Carl (Hrsg.): Wahlforschung. Sonden im politischen Markt, Bad Godesberg 1977, S. 141-175.
- Green**, Donald P.; **Shapiro**, Ian: Pathologies of Rational Choice Theory. A Critique of Applications in Political Science, New Haven 1994.

- Hastie**, Reid: A Primer of Information-Processing Theory for the Political Scientist; in: **Lau**, Richard R.; **Sears**, David O. (Hrsg.): Political Cognition, Hillsdale 1986, S. 11-39.
- Hauser**, Richard: Einkommen und Vermögen; in: **Schäfers**, Bernhard; **Zapf**, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Bonn 1998, S. 154-166.
- Hilmer**, Richard: Bundestagswahl 2002: eine zweite Chance für Rot-Grün; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/03, Opladen 2003, S. 187-219.
- Hoffmann-Jaberg**, Birgit; **Roth**, Dieter: Die Nichtwähler. Politische Normalität oder wachsende Distanz zu den Parteien; in: **Bürklin**, Wilhelm; **Roth**, Dieter (Hrsg.): Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?, Köln 1994, S. 132-159.
- Hübner**, Emil: Partizipation im Parteienstaat. Bürgerbeteiligung in Parteien und Wahlen, München 1976.
- Inglehart**, Ronald: The silent revolution. Changing values and political styles among western publics, New Jersey 1977.
- Inglehart**, Ronald: Wertewandel in westlichen Gesellschaften; in: **Klages**, Helmut; **Kmiecniak**, Peter (Hrsg.): Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt a.M. 1979, S. 279-316.
- Janowitz**, Morris: Die soziologischen Voraussetzungen der Theorie der Demokratie; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 8, Heft 3, Köln 1956, S. 357-379.
- Kaase**, Max; **Marsh**, Alan: Political action. A theoretical perspective; in: **Barnes**, Samuel H.; **Kaase**, Max: Political action. Mass participation in five western democracies, Beverly Hills 1979, S. 27-56.
- Kaase**, Max; **Bauer-Kaase**, Petra: Zur Beteiligung an der Bundestagswahl 1994; in: **Kaase**, Max; **Klingemann**, Hans-Dieter (Hrsg.) Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen 1998, S.86-111.
- Kalfeleiter**, Werner; **Nißen**, Peter: Empirische Wahlforschung. Eine Einführung in Theorie und Technik, Paderborn 1980.

- Kirchgässner**, Gebhard: Hebt ein „knapper“ Wahlausgang die Wahlbeteiligung? Eine Überprüfung der ökonomischen Theorie der Wahlbeteiligung anhand der Bundestagswahl 1987; in: **Kaase**, Max; **Klingemann**, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 445-477.
- Kleinhenz**, Thomas: Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1996.
- Kliemt**, Hartmut: Nicht-explanative Funktionen eines „Homo oeconomicus“ und Beschränkung seiner explanativen Rolle; in: Homo oeconomicus 2, München 1984, S. 7-49.
- Koch**, Achim: Wenn „mehr“ nicht gleichbedeutend mit „besser“ ist: Ausschöpfungsquoten und Stichprobenverzerrung in allgemeinen Bevölkerungsumfragen; in: : ZUMANachrichten 42, Jg. 22, Mannheim 1998, S. 66-93.
- Koch**, Achim; **Mahr-George**, Holger; **Wasmer**, Martina: Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 1998, ZUMA-Arbeitsbericht 99/02, Mannheim 1999.
- Koch**, Uwe: Das Gewicht der Stimmer. Die Verteidigung des Nichtwählers, Leck 1994
- Küchler**, Manfred: Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit?; in: **Raschke**, Joachim (Hrsg.): Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Opladen 1982, S. 39-54.
- Kühnel**, Steffen M.; **Fuchs**, Dieter: Nichtwählen als rationales Handeln: Anmerkung zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung II; in: **Kaase**, Max; **Klingemann**, Hans-Dieter (Hrsg.) Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen 1998, S.317-356.
- Kühnel**, Steffen; **Fuchs**, Dieter: Instrumentelles oder expressives Wählen? Zur Bedeutung des Rational-Choice-Ansatzes in der Empirischen Wahlforschung, in: **Klein**, Markus; **Jagodzinski**, Wolfgang; **Mochmann**, Ekkehard; **Ohr**, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten, Wiesbaden 2000, S. 340-360.

- Kühnel**, Steffen M.: Kommt es auf die Stimme an? Determinanten von Teilnahme und Nichtteilnahme an politischen Wahlen; in: **Koch**, Achim; **Wasmer**, Martina; **Schmidt**, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen 2001, S. 11-42.
- Lakatos**, Imre: Falsification and the Methodology of Scientific Research Programms; in: **Lakatos**, Imre; **Musgrave**, Alan (Hrsg.): Criticism and the Growth of Knowledge. Proceedings of the International Colloquium in the Philosophy of Science, Cambridge 1970, S. 91-195.
- Lavies**, Ralf-Rainer: Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Hinsicht, Düsseldorf 1973.
- Lazarsfeld**, Paul; **Berelson**, Bernard; **Gaudet**, Hazel: The people's choice, New York 1944
- Lipset**, Seymour M.; **Rokkan**, Stein: Cleavage structures, party systems, and voter alignments; in: **Lipset**, Seymour M.; **Rokkan**, Stein (Hrsg.): Party systems and voter alignments: Cross-national perspectives, New York 1967, S. 1-64.
- Lösche**, Peter: Parteienverdrossenheit ohne Ende? Polemik gegen das Lamentieren deutscher Politiker, Journalisten, Politikwissenschaftler und Staatsrechtler; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/95, Opladen 1995, S. 149-159.
- Luce**, Duncan R.; **Raiffa**, Howard: Games and Decisions, New York 1957.
- Marciniak**, Friedhelm: Wahlverhalten in Nordrhein-Westfalen 1948-1970. Eine statistische-ökologische Analyse, Köln 1978.
- Maslow**, Abraham H.: Motivation and Personality, New York 1954.
- Mensch**, Kirsten: Die Wissenschaftlichkeit des Rational-Choice-Ansatzes in der Politikwissenschaft; in: **Druwe**, Ulrich; **Kunz**, Volker (Hrsg.): Anomalien in der Handlungs- und Entscheidungstheorie, Opladen 1998, S. 34-58.
- Mensch**, Kirsten: Die segmentierte Gültigkeit von Rational-Choice-Erklärungen. Warum Rational-Choice-Modelle die Wahlbeteiligung nicht erklären können, Opladen 1999.
- Nohlen**, Dieter: Wahlrecht und Parteiensystem, 3. Auflage, Opladen 2000.

- Pickel**, Gert; **Walz**, Dieter: Politikverdrossenheit in Ost- und Westdeutschland: Dimensionen und Ausprägungen; in: Politische Vierteljahrsschrift, Jg. 38, Heft 1, Wiesbaden 1997, S. 27-49.
- Radke**, Günter D.: Stimmhaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Meisenheim 1972.
- Rattinger**, Hans; **Krämer**, Jürgen: Wahnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Kausalanalyse; in: Politische Vierteljahrsschrift, Jg. 36, Heft 2, Wiesbaden 1995, S. 267-285.
- Renz**, Thomas: Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4/97, Opladen 1997, S. 572-591.
- Rohe**, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992.
- Roth**, Dieter: Niedrige Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom; in: **Starzacher**, Karl; **Schacht**, Konrad; **Friedrich**, Bernd; **Leif**, Thomas (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?, Köln 1992, S. 57-68.
- Scharpf**, Fritz: Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung, Konstanz 1970.
- Scheuch**, Erwin K.: Die Kölner Wahlstudie zur Bundestagswahl 1961; in: **Klein**, Markus; **Jagodzinski**, Wolfgang; **Mochmann**, Ekkehard; **Ohr**, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten, Wiesbaden 2000, S. 42-58.
- Schmitt-Beck**, Rüdiger: Politische Kommunikation und Wählerverhalten. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2000.
- Schmitt-Beck**, Rüdiger; **Weick**, Stefan: Die dauerhafte Parteiidentifikation – nur noch ein Mythos? Eine Längs schnittanalyse zur Identifikation mit politischen Parteien in West- und Ostdeutschland; in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 26, Mannheim 2001, S. 1-5.
- Schnell**, Rainer; **Hill**, Paul B.; **Esser**, Elke: Methoden der empirischen Sozialforschung, 5. Auflage, München 1995.

- Schnell**, Rainer: Nonresponse in Bevölkerungsumfragen. Ausmaß, Entwicklung und Ursachen, Opladen 1997.
- Schoof**, Peter: Wahlbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. Eine Aggregatdatenanalyse für den Zeitraum von 1972 bis 1980; in: Politische Vierteljahrsschrift, Jg. 22, Heft 1, Wiesbaden 1981, S. 287-304.
- Schumann**, Siegfried: Unzufriedenheit und Bindungslosigkeit als Ursache für die Neigung zur Wahl extremer Parteien und zur Stimmenthaltung; in: **Kaase**, Max; **Klingemann**, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen 1998, S.571-598.
- Senti** A.: Die Nichtwähler in Zürich; in: Züricher statistische Nachrichten, Heft 4, Zürich 1926, S. 126.
- Senti**, Martin: Das Geschlecht als einheitsstiftende Kategorie. Das Abstimmungsverhalten von Frauen in gleichstellungspolitisch relevanten Sachfragen in der Schweiz; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 50, Heft 4, Köln 1998, S. 685-7 10.
- Simmel**, Georg: Über sociale Differenzierung, 1890; in: **Dahme**, Heinz J.: Georg Simmel Gesamtausgabe, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1989, S. 109-195.
- Uehlinger**, Hans-Martin: Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle, Opladen 1988.
- Urban**, Dieter: Logit-Analyse, Stuttgart 1993.
- Verba**, Sidney; **Nie**, Norman H.: Participation in America. Political Democracy and Social Equality, New York 1972.
- Verba**, Sidney; **Nie**, Norman; **Kim**, Jae-on: Partizipation and political equality. A seven nation comparison, Cambridge 1978.
- Völker**, Marion; **Völker**, Bernd: Wahlenthaltung. Normalisierung oder Krisensymptom, Wiesbaden 1998.
- Wegener**, Bernd: Gibt es Sozialprestige? Konstruktion und Validität der Magnitude-Prestigeskala, ZUMA-Arbeitsbericht 84/02, Mannheim 1984.

- Welzel**, Christian: Politikverdrossenheit und der Wandel des Partizipationsverhaltens. Zum Nutzen direkt-demokratischer Beteiligungsformen; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/95, Opladen 1995, S. 141-149.
- Wernicke**, Immo H.: Die Bedingungen politischer Partizipation. Eine international vergleichende Kontext- und Aggregatdatenanalyse für Großbritannien, Norwegen, Deutschland und Frankreich, Meisenheim 1976.
- Westle**, Bettina: Politische Legitimität, Theorien, Konzepte, empirische Befunde, Baden-Baden 1989.
- Westle**, Bettina: Zur Akzeptanz der politischen Parteien und der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland; in: **Kaase**, Max; **Klingemann**, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 253-295.
- Westle**, Bettina: Politische Partizipation und Geschlecht; in: **Koch**, Achim; **Wasmer**, Martina; **Schmidt**, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen 2001, S. 131-168.
- Zimbardo**, Philip G.: Psychologie, 6. Auflage, Berlin 1995.
- Zimmerling**, Ruth: Rational Choice-Theorien: Fluch oder Segen für die Politikwissenschaft?; in: **Druwe**, Ulrich; **Kunz**, Volker (Hrsg.): Rational Choice in der Politikwissenschaft. Grundlagen und Anwendungen, Opladen 1994, S. 14-25.
- Zöfel**, Peter: Statistik verstehen. Ein Begleitbuch zur computergestützten Anwendung, München 2001.

Anhang

I Verzeichnis der Variablen des ALLBUS 1998

V1	STUDIENNUMMER
V2	IDENTIFIKATIONSNUMMER DES BEFRAGTEN
V3	ERHEBUNGSGEBIET: WEST - OST
V4	DEUTSCHE STAATSANGEHOERIGKEIT?
V5	WIRTSCHAFTSLAGE IN DER BRD HEUTE
V6	WIRTSCHAFTSLAGE, BEFR. HEUTE
V7	WIRTSCHAFTSLAGE DER BRD IN 1 JAHR
V8	WIRTSCHAFTSLAGE, BEFR. IN 1 JAHR
V9	WICHTIGKEIT: EIGENE FAMILIE UND KINDER
V10	WICHTIGKEIT: BERUF UND ARBEIT
V11	WICHTIGKEIT: <u>FREIZEIT</u> UND ERHOLUNG
V12	WICHTIGKEIT: FREUNDE UND BEKANNTE
V13	WICHTIGKEIT: VERWANDTSCHAFT
V14	WICHTIGKEIT: RELIGION UND KIRCHE
V15	WICHTIGKEIT: POLITIK UND OEFFENTL. LEBEN
V16	WICHTIGKEIT VON NACHBARSCHAFT
V17	<u>FREIZEIT</u> : BUECHER LESEN
V18	<u>FREIZEIT</u> : ZEITSCHRIFTEN LESEN
V19	<u>FREIZEIT</u> : LP, CD, CASSETTEN HOEREN
V20	<u>FREIZEIT</u> : VIDEOKASSETTEN ANSCHAUEN
V21	<u>FREIZEIT</u> : MIT DEM COMPUTER BESCHAEFTIGEN
V22	<u>FREIZEIT</u> : INTERNET, ONLINE-DIENSTE NUTZEN
V23	<u>FREIZEIT</u> : SICH PRIVAT WEITERBILDEN <u>FREIZEIT</u> :
V24	EINFACH NICHTS TUN, FAULENZEN <u>FREIZEIT</u> :
V25	SPAZIERENGEHEN, WANDERN <u>FREIZEIT</u> :
V26	YOGA, MEDITATION, AUTOG. TRAINING <u>FREIZEIT</u> :
V27	ESSEN ODER TRINKEN GEHEN <u>FREIZEIT</u> : BESUCH
V28	NACHBARN, FREUNDE, BEK. <u>FREIZEIT</u> : BESUCH
V29	FAMILIE, VERWANDTSCHAFT <u>FREIZEIT</u> :
V30	GESELLSCHAFTSSPIELE IN FAMILIE <u>FREIZEIT</u> :
V31	AUSFLUEGE ODER KURZE REISEN <u>FREIZEIT</u> :
V32	BETEILIGUNG IN POLITIK
V33	<u>FREIZEIT</u> : EHRENAMTLICHE TAETIGKEITEN
V34	<u>FREIZEIT</u> : KIRCHGANG
V35	<u>FREIZEIT</u> : KUNST, MUSISCHE TAETIGKEITEN
V36	<u>FREIZEIT</u> : BASTELN, REPARATUREN
V37	

FREIZEIT: AKTIVE SPORTLICHE BETAETIGUNG

	<u>FREIZEIT</u> : BESUCH V. SPORTVERANSTALTUNGEN
V38	<u>FREIZEIT</u> : KINO, POP+JAZZKONZERTE, TANZEN
V39	<u>FREIZEIT</u> : KLASS. KONZERTE, THEATER ETC.
V40	MUSIK: VOLKSMUSIK HOEREN
V41	MUSIK: DEUTSCHE SCHLAGERMUSIK HOEREN
V42	MUSIK: POP- UND ROCKMUSIK HOEREN
V43	MUSIK: KLASSISCHE MUSIK HOEREN
V44	MUSIK: JAZZ HOEREN
V45	FERNSEHEMPFANG: EMPFANGSSCHUESSEL
V46	FERNSEHEMPFANG: KABELANSCHLUSS
V47	FERNSEHEMPFANG: FERNSEHANTENNE
V48	FERNSEHEMPFANG: AUSZIEHBARE ANTENNE
V49	HAEUFIGKEIT VON FERNSEHEN PRO WOCH
V50	FERNSEHGESAMTDAUER PRO TAG IN MINUTEN
V51	FERNSEHGESAMTDAUER PRO TAG, KAT.
V52	FERNSEHINTERESSE: SHOWS, QUIZ
V53	FERNSEHINTERESSE: SPORTSENDUNGEN
V54	FERNSEHINTERESSE: SPIELFILME
V55	FERNSEHINTERESSE: NACHRICHTEN
V56	FERNSEHINTERESSE: POLITISCHE MAGAZINE
V57	FERNSEHINTERESSE: KUNST UND KULTUR
V58	FERNSEHINTERESSE: HEIMATFILME
V59	FERNSEHINTERESSE: KRIMIS
V60	FERNSEHINTERESSE: ACTIONFILME
V61	FERNSEHINTERESSE: UNTERHALTUNGSSERIEN
V62	HAEUFIGKEIT VON RADIOHOEREN PRO WOCH
V63	RADIOGESAMTHOERDAUER PRO TAG IN MINUTEN
V64	RADIOGESAMTHOERDAUER PRO TAG, KAT.
V65	HAEUFIGKEIT TAGESZEITUNG LESEN PRO WOCH
V66	INTERESSE AN ZEITUNG: POLITIK
V67	INTERESSE AN ZEITUNG: WIRTSCHAFT
V68	INTERESSE AN ZEITUNG: KULTUR
V69	INTERESSE AN ZEITUNG: SPORT
V70	INTERESSE AN ZEITUNG: LOKALES
V71	INTERESSE AN ZEITUNG: AUS ALLER WELT
V72	INTERESSE AN ZEITUNG: WERBUNG, ANZEIGEN
V73	ANZAHL GELESENER WOCHENZEITUNGEN
V74	ZEITSCHRIFTEN,WOCHENZEITUNGEN: 1 .NENNUNG
V75	ZEITSCHRIFTEN,WOCHENZEITUNGEN: 2.NENNUNG
V76	ZEITSCHRIFTEN,WOCHENZEITUNGEN: 3.NENNUNG
V77	ZEITSCHRIFTEN,WOCHENZEITUNGEN: 4.NENNUNG
V78	

-
- ZEITSCHRIFTEN, WOCHENZEITUNGEN: 5.NENNUNG
- V79 ZEITSCHRIFTEN, WOCHENZEITUNGEN: 6.NENNUNG
- V80 WELCHES MEDIUM IST EHER GLAUB WUERDIG?
- V81 INFORMATIONSQUELLE F. POLITIK: ZEITUNGEN
- V82 INFORMATIONSQUELLE F. POLITIK: FERNSEHEN
- V83 INFORMATIONSQUELLE F.POLITIK: GESPRAECHE
- V84 GGFS. BEKANNTEN POLIT. MEINUNG SAGEN GGFS.
- V85 MICH AN WAHLEN BETEILIGEN
- V86 [GGFS. AN](#) OEFF. DISKUSSIONEN BETEILIGEN
- V87 GGFS. IN EINER BUERGERINITIATIVE MITARB.
- V88 GGFS. IN EINER PARTEI MITARBEITEN
- V89 GGFS. KANDIDATEN UNTERSTUETZEN
- V90 GGFS. TEILNAHME AN UNGENEHMIGTER DEMONSTRATION
- V91 GGFS. TEILNAHME AN BESETZUNGSAKTIONEN GGFS.
- V92 KRACH SCHLAGEN BEI DEMONSTRATION GGFS. KAMPF MIT
- V93 GEWALT GEGEN PERSONEN GGFS. POLITISCHE GEGNER
- V94 EINSCHUECHTERN GGFS. TEILNAHME AN GENEHMIGTER
- V95 DEMONSTRATION GGFS. NICHT AN WAHLEN BETEILIGEN
- V96 GGFS. ANDERE PARTEI WAEHLLEN
- V97 [GGFS. TEILN. AN](#) UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG
- V98 GGFS. TEILNAHME AN VERKEHRSBLOCKADE
- V99 HABE SCHON POLITISCHE MEINUNG GESAGT
- V100 HABE MICH AN WAHLEN BETEILIGT
- V101 HABE AN OEFFENTL.DISKUSSIONEN TEILGENOMMEN
- V102 HABE IN BUERGERINITIATIVE MITGEARBEITET HABE
- V103 SCHON IN PARTEI MITGEARBEITET HABE SCHON
- V104 KANDIDATEN UNTERSTUETZT HABE AN
- V105 UNGENEHMIGTER DEMO TEILGENOMMEN HABE AN
- V106 BESETZUNGSAKTION TEILGENOMMEN HABE AUF
- V107 DEMONSTRATION KRACH GESCHLAGEN HABE
- V108 GEWALT GEGEN PERSONEN ANGEWENDET HABE
- V109 POLITISCHE GEGNER EINGESCHUECHTERT HABE AN
- V110 GENEHMIGTER DEMO. TEILGENOMMEN HABE MICH
- V111 NICHT AN WAHLEN BETEILIGT HABE ANDERE PARTEI
- V112 GEWAEHLT
- V113 HABE AN UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG TEILGENOMMEN
- V114 HABE AN VERKEHRSBLOCKADE TEILGENOMMEN
- V115 MINDESTENS EINE BETEILIGUNG
- V116 SEIT 1996: POLITISCHE MEINUNG GESAGT
- V117 SEIT 1996: AN WAHLEN BETEILIGT
- V118
- V119

-
- SEIT 1996: AN OEFFENTL.DISKUSSIONEN BETEILIGT
- V120 SEIT 1996: IN BUERGERINITIATIVE MITGEARBEITET
- V121 SEIT 1996: SCHON IN PARTEI MITGEARBEITET SEIT
- V122 1996: SCHON KANDIDATEN UNTERSTUETZT
- V123 SEIT 1996: AN UNGENEHMIGTER DEMO TEILGENOMMEN
- V124 SEIT 1996: AN BESETZUNGSAKTION TEILGENOMMEN SEIT
- V125 1996: AUF DEMO KRACH GESCHLAGEN
- V126 SEIT 1996: GEWALT GG.PERSONEN ANGEWENDET
- V127 SEIT 1996: POLIT.GEGNER EINGESCHUECHTERT
- V128 SEIT 1996: AN GENEHMIGTER DEMO. TEILGENOMMEN
- V129 SEIT 1996: MICH NICHT AN WAHL BETEILIGT
- V130 SEIT 1996: ANDERE PARTEI GEWAEHLT
- V131 SEIT 1996: UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG
- V132 SEIT 1996: AN VERKEHRSBLOCKADE TEILGENOMMEN
- V133 EINFLUSSNAHME: WAHLBETEILIGUNG
- V134 EINFLUSSNAHME: OEFFENTL.DISKUSSION
- V135 EINFLUSSNAHME: BUERGERINITIATIVE
- V136 EINFLUSSNAHME: PARTEIMITARBEIT
- V137 EINFLUSSNAHME: UNGENEHMIGTE DEMONSTRATION
- V138 EINFLUSSNAHME: BESETZUNGSAKTION
- V139 EINFLUSSNAHME: GENEHMIGTE DEMONSTRATION
- V140 EINFLUSSNAHME: KEINE WAHLBETEILIGUNG
- V141 EINFLUSSNAHME: ANDERE PARTEI WAEHLEN
- V142 EINFLUSSNAHME: UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG
- V143 EINFLUSSNAHME: VERKEHRSBLOCKADE
- V144 WAHLBERECHTIGT BEI LANDTAGSWAHL?
- V145 HABEN SIE BEI LANDTAGSWAHL GEWAEHLT?
- V146 WAHLBERECHTIGT BEI EUROPAWAHL?
- V147 HABEN SIE BEI EUROPAWAHL GEWAEHLT?
- V148 IN DER BRD KANN MAN SEHR GUT LEBEN
- V149 POLITIKER KUEMMERN S.NICHT UM M.GEDANKEN
- V150 KANN IN EINER POLIT. GRUPPE AKTIV WERDEN
- V151 HABE KEINEN EINFLUSS AUF REGIERUNG
- V152 POLITIK IST ZU KOMPLEX FUER MICH
- V153 POLITIKER VERTRETEN INTERESSEN D. BEV.
- V154 DEMONSTRATION BEI UNZUFRIEDENHEIT
- V155 ENGAGEMENT NUR BEI GLAUBE AN WIRKUNG
- V156 POLITIK DEN VOLKSVERTRETERN UEBERLASSEN
- V157 WAHLBETEILIGUNG IST BUERGERPFLICHT
- V158 GEWALT MORALISCH GERECHTFERTIGT
- V159 VOLKSABSTIMMUNG BESTANDTEIL V.DEMOKRATIE
- V160

	DEMOKRATIE IN ALLEN GESELLSCH. BEREICHEN
V161	ZUFRIEDEN MIT DEMOKRATIE IN DER BRD?
V162	ZUFRIEDEN MIT LEISTUNG D.BUNDESREGIERUNG
V163	FREUNDE: KRITIK AN POL. SITUATION IN BRD
V164	FREUNDE: POLITISCHE AKTIVITAET
V165	EINKOMMENSDIFFERENZ ERHOEHT MOTIVATION
V166	RANGUNTERSCHIEDE SIND AKZEPTABEL SOZIALE
V167	UNTERSCHIEDE SIND GERECHT POLITISCHES
V168	INTERESSE, BEFR. <ORDINAL> WICHTIGKEIT VON
V169	RUHE UND ORDNUNG WICHTIGKEIT VON
V170	BUERGEREINFLUSS WICHTIGKEIT DER
V171	INFLATIONSBEKAEMPFUNG WICHTIGKEIT V.
V172	FREIER MEINUNGSAEUSSERUNG INGLEHART-
V173	INDEX
V174	LINKS-RECHTS-SELBSTEINSTUFUNG, BEFR.
V175	SUBJEKTIVE SCHICHTEINSTUFUNG, BEFR.
V176	WAHLBERECHTIGUNG, LETZTE BUNDESTAGSWAHL?
V177	WAHLBETEILIGUNG, LETZTE BUNDESTAGSWAHL?
V178	ZWEITSTIMME, LETZTE BUNDESTAGSWAHL SORGE
V179	UM: SCHUTZ DER UMWELT
V180	SORGE UM: ZAHL DER ZUWANDERER
V181	SORGE UM: KOSTEN DER DEUTSCHEN EINHEIT
V182	SORGE UM: KRIMINALITAET
V183	SORGE UM: ARBEITSLOSIGKEIT
V184	IM WESTEN MEHR OPFERBEREITSCHAFT ZEIGEN
V185	IM OSTEN MEHR GEDULD ZEIGEN
V186	WIEDERVEREIN. MEHR VORTEILE FUER WESTEN
V187	WIEDERVEREIN. MEHR VORTEILE FUER OSTEN
V188	ZUKUNFT IM OSTEN HAENGT VON LEISTUNG AB
V189	BUERGER IM ANDEREN TEIL DER BRD FREMD?
V190	NEUE LAENDER: LEISTUNGSDRUCK ZU GROSS?
V191	NICHT NACH STASI-VERGANGENHEIT FRAGEN
V192	SOZIALISMUS: GUTE IDEE, SCHLECHT AUSGEF.
V193	GESCHLECHT, BEFRAGTE<R>
V194	BEFR.: ALLGEMEINER SCHULAB SCHLUSS
V195	BEFR.: BERUFLICH-BETRIEBL. ANLERNZEIT
V196	BEFR.: TEILFACHARBEITERAB SCHLUSS
V197	BEFR.: GEWERBLICHE, LANDWIRTSCH. LEHRE
V198	BEFR.: KAUFMAENNISCHE LEHRE
V199	BEFR.: BERUFL. PRAKTIKUM, VOLONTARIAT
V200	BEFR.: FACHSCHULAB SCHLUSS
V201	

	BEFR.: BERUFSFACHSCHULAB SCHLUSS
V202	BEFR.: MEISTER, TECHNIKERAB SCHLUSS
V203	BEFR.: FACHHOCHSCHULAB SCHLUSS
V204	BEFR.: HOCHSCHULAB SCHLUSS
V205	BEFR.:ANDERER BERUFSAUSBILDUNGSAB SCHLUSS
V206	BEFR.: KEIN BERUFL. AUSBILDUNGSAB SCHLUSS
V207	BEFRAGTE<R> BERUFSTAETIG?
V208	BEFR.: JETZIGE BERUFL.STELLUNG,KENNZIFF.
V209	INT.: SELBSTAENDIG ERWERB STAETIG?
V210	BEFR.: JETZIGER BERUF; ISCO 1968
V21 1	BEFR.: JETZIGER BERUF; ISCO 1988
V212	BEFR.: JETZIGES TREIMANPRESTIGE
V213	BEFR.: JETZIGES MAGNITUDEPRESTIGE
V214	BEFR.: JETZIGE BERUFSUNTERGRUPPE
V215	BEFR.: JETZIGE BERUFSHAUPTGRUPPE
V216	GOLDTHORPEKLASSEN, GEGENW. BERUF, BEFR.
V217	FURCHT: BETRIEB SVERLUST, SELBSTAENDIGE
V21 8	FURCHT: STELLUNGSVERLUST, ARBEITNEHMER
V219	IM OEFFENTLICHEN DIENST TAETIG?
V220	BEFRAGTER: ARBEITSSTUNDEN PRO WOCHE
V221	BEFR.: ARBEITSSTUNDEN PRO WOCHE, KATEG.
V222	BERUFLICHE AUFSICHTSFUNKTION, BEFR.?
V223	BERUFST.: ARBEITSLOS I.D. LETZTEN 10 J.? DAUER
V224	DER ARBEITSLOSIGKEIT IN WOCHEN DAUER DER
V225	ARBEITSLOSIGKEIT, KATEGORIS. BEFR.: STATUS
V226	DER NICHTERWERBSTAETIGKEIT BEFR.: BIS
V227	WANN BERUFSTAETIG GEWESEN? BEFR.: WANN
V228	AUFGABE DES BERUFS, KATEG. BEFR.: LETZTE
V229	BERUFL.STELL., KENNZIFFER BEFR.: LETZTER
V230	BERUF; ISCO 1968
V23 1	BEFR.: LETZTER BERUF; ISCO 1988
V232	BEFR.: TREIMANPRESTIGE, LETZTER BERUF
V233	BEFR.: MAGNITUDEPRESTIGE, LETZTER BERUF
V234	BEFR.: LETZTE BERUFSUNTERGRUPPE
V235	BEFR.: LETZTE BERUFSHAUPTGRUPPE
V236	GOLDTHORPEKLASSEN, EHEMAL. BERUF, BEFR.
V237	INT.: BEFR. IST GEGENWAERTIG ARBEITSLOS
V238	ARBEITSLOS:EHEDEM ARBEITSLOS GEWESEN?
V239	NICHTBERUFST. :EHEDEM ARBEITSLOS GEWESEN?
V240	DAUER <EHEMALIGER> ARBEITSLOSIGKEIT DAUER
V241	<EHEMALIGER> ARBEITSLOSIGKEIT,KAT.
V242	

	FAMILIENSTAND, BEFRAGTE<R>
V243	GEGENW.EHEP.: ALLGEMEIN.SCHULAB SCHLUSS
V244	GEGENW.EHEP.: BERUFL.-BETR. ANLERNZEIT
V245	GEGENW.EHEP.: TEILFACHARBEITERAB SCHLUSS
V246	GEGENW.EHEP.: GEWERBL.-,LANDWIRT. LEHRE
V247	GEGENW.EHEP.: KAUFMAENNISCHE LEHRE
V248	GEGENW.EHEP.: BERUFL.PRAKTIKUM, VOLONT.
V249	GEGENW.EHEP.: FACHSCHULAB SCHLUSS
V250	GEGENW.EHEP.: BERUFSFACHSCHULAB SCHLUSS
V25 1	GEGENW.EHEP.: MEISTER-,TECHNIKERABSCHL.
V252	GEGENW.EHEP.: FACHHOCHSCHULAB SCHLUSS
V253	GEGENW.EHEP.: HOCHSCHULAB SCHLUSS
V254	GEGENW.EHEP.: ANDERER BERUFL.AB SCHLUSS
V255	GEGENW.EHEP.: KEIN BERUFL.AB SCHLUSS
V256	GEGENWAERTIGER EHEP. BERUFSTAETIG?
V257	GEGENW.EHEP.: BERUFL.STELLUNG,KENNZIFFER
V258	GEGENW.EHEP.: JETZIGER BERUF; ISCO 1968
V259	GEGENW.EHEP.: JETZIGER BERUF; ISCO 1988
V260	GEGENW.EHEP.: TREIMANPRESTIGE
V261	GEGENW.EHEP.: MAGNITUDEPRESTIGE
V262	GEGENW.EHEP.: BERUFSUNTERGRUPPE
V263	GEGENW.EHEP.: BERUFSHAUPTGRUPPE
V264	GOLDTHORPEKLASSEN, GEGENW. BERUF, EHEP.
V265	EHEP.: STATUS DER NICHTERWERBSTAETIGKEIT
V266	HABEN SIE EINEN FESTEN LEBENSPARTNER?
V267	LEBENSPARTNER: GEMEINSAMER HAUSHALT?
V268	LEBENSPARTNER: GEBURTSJAHR
V269	LEBENSPARTNER: GEBURTSMONAT
V270	LEBENSPARTNER: ALTER
V271	LEBENSPARTNER: ALTER, KAT.
V272	LEBENSPARTNER: ALLG.SCHULAB SCHLUSS
V273	LEBENSPARTNER: BERUFL.-BETR. ANLERNZEIT
V274	LEBENSPARTNER: TEILFACHARBEITERAB SCHLUSS
V275	LEBENSPARTNER: GEWERB.-,LANDWIRT. LEHRE
V276	LEBENSPARTNER: KAUFMAENNISCHE LEHRE
V277	LEBENSPARTNER: BERUFL.PRAKTIKUM, VOLONT.
V278	LEBENSPARTNER: FACHSCHULAB SCHLUSS
V279	LEBENSPARTNER: BERUFSFACHSCHULAB SCHLUSS
V280	LEBENSPARTNER: MEISTER-,TECHNIKERABSCHL.
V28 1	LEBENSPARTNER: FACHHOCHSCHULAB SCHLUSS
V282	LEBENSPARTNER: HOCHSCHULAB SCHLUSS
V283	

	LEBENSPARTNER: ANDERER BERUFL.AB SCHLUSS
V284	LEBENSPARTNER: KEINEN BERUFL. ABSCHLUSS
V285	LEBENSPARTNER: BERUFSTAETIG?
V286	LEBENS. :JETZIGE BERUFL. STELL. KENNZIFFER
V287	LEBENSPARTNER: JETZIGER BERUF; ISCO 1968
V288	LEBENSPARTNER: JETZIGER BERUF; ISCO 1988
V289	LEBENSPARTNER: JETZIGES TREIMANPRESTIGE
V290	LEBENSPARTNER: JETZIGES MAGNITUDEPREST.
V291	LEBENSPARTNER: JETZIGE BERUFSUNTERGRUPPE
V292	LEBENSPARTNER: JETZIGE BERUFSHAUPTGRUPPE
V293	GOLDTHORPEKLASSEN, GEGENW.BERUF, PARTNER
V294	LEBENS. : STATUS D.NICHTERWERBSTAETIGKEIT
V295	VATER: BERUFLICHE STELLUNG, KENNZIFFER
V296	VATER: BERUF; ISCO 1968
V297	VATER: BERUF; ISCO 1988
V298	VATER: TREIMANPRESTIGE
V299	VATER: MAGNITUDEPRESTIGE
V300	VATER: BERUFSUNTERGRUPPE
V301	VATER: BERUFSHAUPTGRUPPE
V302	GOLDTHORPEKLASSEN, BERUF DES VATERS
V303	VATER: ALLGEMEINER SCHULAB SCHLUSS
V304	MUTTER: ALLGEMEINER SCHULAB SCHLUSS
V305	GEBURTSJAHR: BEFRAGTE<R>
V306	GEBURTSMONAT: BEFRAGTE<R>
V307	ALTER: BEFRAGTE<R>
V308	ALTER: BEFRAGTE<R>, KATEGORISIERT GEBURT
V309	IM HEUTIGEN DEUTSCHLAND? IMMIGRANT: SEIT
V3 10	WANN IN DEUTSCHLAND? IMMIGRANT: SEIT
V3 11	WANN IN DEUTSCHLAND,KAT. IMMIGRANT:
V3 12	WIEVIEL JAHRE IN DEUTSCHLAND? IMMIGRANT:
V3 13	JAHRE IN DEUTSCHLAND? KAT. BEFR.:
V3 14	STAATSBUERGERSCHAFT, 1. NENNUNG BEFR.:
V3 15	STAATSBUERGERSCHAFT, 2. NENNUNG
V3 16	GENERELLER STOLZ, DEUTSCHER ZU SEIN BEFR.:
V3 17	NETTOEINKOMMEN, OFFENE ABFRAGE BEFR.:
V3 18	NETTOEINKOMMEN, LISTENABFRAGE
V3 19	BFR. :NETTOEINKOMMEN<OFFENE+LISTENANGABE>
V320	NETTOEINKOMMEN<OFFENE+LISTENANGABE>,KAT.
V321	ANZAHL DER HAUSHALTSPERSONEN
V322	2.HAUSHALTSPERSON: VERWANDTSCHAFT Z.BEFR.
V323	2.HAUSH.PERSON: GESCHLECHT
V324	

	2.HAUSH.PERSON: GEBURTSMONAT
V325	2.HAUSH.PERSON: GEBURTSJAHR
V326	2.HAUSH.PERSON: ALTER
V327	2.HAUSH.PERSON: ALTER, KAT.
V328	2.HAUSH.PERSON: FAMILIENSTAND
V329	3.HAUSHALTPERSON: VERWANDTSCHAFT Z.BEFR.
V330	3.HAUSH.PERSON: GESCHLECHT
V33 1	3.HAUSH.PERSON: GEBURTSMONAT
V332	3.HAUSH.PERSON: GEBURTSJAHR
V333	3.HAUSH.PERSON: ALTER
V334	3.HAUSH.PERSON: ALTER, KAT.
V335	3.HAUSH.PERSON: FAMILIENSTAND
V336	4.HAUSHALTPERSON: VERWANDTSCHAFT Z.BEFR.
V337	4.HAUSH.PERSON: GESCHLECHT
V338	4.HAUSH.PERSON: GEBURTSMONAT
V339	4.HAUSH.PERSON: GEBURTSJAHR
V340	4.HAUSH.PERSON: ALTER
V341	4.HAUSH.PERSON: ALTER, KAT.
V342	4.HAUSH.PERSON: FAMILIENSTAND
V343	5.HAUSHALTPERSON:VERWANDTSCHAFT Z.BEFR.
V344	5.HAUSH.PERSON: GESCHLECHT
V345	5.HAUSH.PERSON: GEBURTSMONAT
V346	5.HAUSH.PERSON: GEBURTSJAHR
V347	5.HAUSH.PERSON: ALTER
V348	5.HAUSH.PERSON: ALTER, KAT.
V349	5.HAUSH.PERSON: FAMILIENSTAND
V350	6.HAUSHALTPERSON: VERWANDTSCHAFT Z.BEFR.
V35 1	6.HAUSH.PERSON: GESCHLECHT
V352	6.HAUSH.PERSON: GEBURTSMONAT
V353	6.HAUSH.PERSON: GEBURTSJAHR
V354	6.HAUSH.PERSON: ALTER
V355	6.HAUSH.PERSON: ALTER, KAT.
V356	6.HAUSH.PERSON: FAMILIENSTAND
V357	7.HAUSHALTPERSON:VERWANDTSCHAFT Z.BEFR.
V358	7.HAUSH.PERSON: GESCHLECHT
V359	7.HAUSH.PERSON: GEBURTSMONAT
V360	7.HAUSH.PERSON: GEBURTSJAHR
V361	7.HAUSH.PERSON: ALTER
V362	7.HAUSH.PERSON: ALTER, KAT.
V363	7.HAUSH.PERSON: FAMILIENSTAND
V364	8.HAUSHALTPERSON:VERWANDTSCHAFT Z.BEFR.
V365	

	8.HAUSH.PERSON: GESCHLECHT
V366	8.HAUSH.PERSON: GEBURTSMONAT
V367	8.HAUSH.PERSON: GEBURTSJAHR
V368	8.HAUSH.PERSON: ALTER
V369	8.HAUSH.PERSON: ALTER, KAT.
V370	8.HAUSH.PERSON: FAMILIENSTAND
V371	ANZAHL WEITERER HAUSHALTPERSONEN
V372	<u>REDUZIERTE HAUSHALTSGROESSE</u>
V373	MEHRPERS.HAUSH.:EINKOMMEN <OFFENE ABFR.>
V374	MEHRPERS.HAUSH.: EINKOMMEN <LISTENABFR.>
V375	HAUSHALTSNETTOEINKOMMEN: OFFENE ABFRAGE
V376	HAUSHALTSNETTOEINKOMMEN: LISTENABFRAGE
V377	HAUSHALTSEINKOMMEN <OFFENE+LISTENANGABE>
V378	HAUSHALTSEINK.<OFFENE+LISTENANGABE>,KAT.
V379	BEFR.: TYP DER WOHNUNG
V380	HABEN SIE HIER IM HAUSHALT TELEFON?
V381	TELEFONNUMMER IN TELEFONBUCH EINGETRAGEN
V382	KONFESSION, BEFRAGTE<R>
V383	KIRCHGANGSHAEUEFIGKEIT
V384	MITGLIED: DGB
V385	MITGLIED: DAG
V386	MITGLIED: CGB <CHRISTLICHE GEWERKSCHAFT>
V387	MITGLIED: ULA <UNION LEITENDER ANGEST.>
V388	MITGLIED: DBB
V389	MITGLIED: BAUERNVERBAND
V390	MITGLIED: GEWERBEVERBAND
V391	MITGLIED: UNTERNEHMERVERBAND, BDI
V392	MITGLIED: VERBAND DER FREIEN BERUFE
V393	MITGLIED: SONSTIGER BERUFSVERBAND
V394	MITGLIED: GESANGVEREIN
V395	MITGLIED: SPORTVEREIN
V396	MITGLIED: SONST. HOBBYVEREIN
V397	MITGLIED: HEIMAT-, BUERGERVEREIN
V398	MITGLIED: SONSTIGER GESELLIGER VEREIN
V399	MITGLIED: VERTRIEBENENVERBAND
V400	MITGLIED: WOHLFAHRTSVERBAND
V401	MITGLIED: KIRCHL. OD. RELIGIOES. VEREIN
V402	MITGLIED: JUGEND-, STUDENT. VEREIN
V403	MITGLIED: POLITISCHE PARTEI
V404	MITGLIED: BUERGERINITIATIVE
V405	MITGLIED: ANDERE VEREINE
V406	

	FRUEHER MITGLIED: GESANGVEREIN
V407	FRUEHER MITGLIED: SPORTVEREIN
V408	FRUEHER MITGLIED: SONST. HOBBYVEREIN FRUEHER
V409	MITGLIED: HEIMAT-, BUERGERVEREIN FRUEHER
V410	MITGLIED: SONST. GESELL. VEREIN FRUEHER
V41 1	MITGLIED: VERTRIEBENENVERBAND FRUEHER
V412	MITGLIED: WOHLFAHRTSVERBAND FRUEHER MITGL.:
V413	KIRCHL.,RELIGIOES.VEREIN FRUEHER MITGLIED:
V414	JUGEND-,STUDENT.VEREIN FRUEHER MITGLIED:
V415	POLITISCHE PARTEI FRUEHER MITGLIED:
V416	BUERGERINITIATIVE FRUEHER MITGLIED: ANDERE
V417	VEREINE MITGLIED: ALTERNATIVE POLITISCHE
V41 8	GRUPPE INTERESSENVERTRETUNG:
V419	GEWERKSCHAFTEN INTERESSENVERTRETUNG:
V420	KATH. KIRCHE INTERESSENVERTRETUNG: EV.
V421	KIRCHE INTERESSENVERTRETUNG:
V422	UMWELTORGANISATION INTERESSENVERTRETUNG:
V423	CDU INTERESSENVERTRETUNG: CSU
V424	INTERESSENVERTRETUNG: SPD
V425	INTERESSENVERTRETUNG: FDP
V426	INTERESSENVERTRETUNG: BUENDNIS90-GRUENE
V427	INTERESSENVERTRETUNG: REPUBLIKANER
V428	INTERESSENVERTRETUNG: PDS
V429	WAHLAB SICHT, BUNDESTAGSWAHL; BEFR.
V430	INTERVIEWBEGINN: UHRZEIT
V43 1	INTERVIEWENDE: UHRZEIT
V432	INTERVIEW M. BEFR. ALLEIN DURCHGEFUEHRT?
V433	EHEP.O. PARTNER BEIM INTERVIEW ANWESEND?
V434	KINDER BEIM INTERVIEW ANWESEND?
V435	ANDERE FAMILIENANGEHOERIGE ANWESEND?
V436	SONSTIGE PERSONEN BEIM INTERV. ANWESEND?
V437	EINGRIFF DRITTER PERSONEN I.D. INTERV.?
V438	ANTWORTBEREITSCHAFT DES BEFRAGTEN
V439	ZUVERLAESSIGKEIT DER ANGABEN DES BEFR.
V440	LAUFENDE NUMMER DES STICHPROBENNETZES
V441	LAUFENDE NUMMER DES SAMPLE-POINT
V442	LAUFENDE NUMMER IM SAMPLE-POINT
V443	WIEVIELTES INTERVIEW DES INTERVIEWERS?
V444	WIEVIELTES INTERVIEW AUF DIESEM POINT?
V445	INTERVIEW: ERREICHBARKEIT DES BEFRAGTEN
V446	
V447	

	INTERVIEW: BEREITSCHAFT DES BEFRAGTEN
V448	DATUM DES INTERVIEWS: TAG
V449	DATUM DES INTERVIEWS: MONAT
V450	DAUER DES INTERVIEWS IN MINUTEN
V45 1	DAUER DES INTERVIEWS IN MINUTEN, KAT.
V452	GESCHLECHT, INTERVIEWER<IN>
V453	INTERVIEWER<IN>: ALTER
V454	INTERVIEWER<IN>: ALTER, KAT.
V455	INTERVIEWER<IN>: SCHULAB SCHLUSS
V456	INTERVIEWER<IN>: NUMMER
V457	BUNDESLAND, IN DEM BEFRAGTE<R> WOHNTE
V458	GROESSENKLASSE DER POLIT. GEMEINDE
V459	GEMEINDE-TYP <BIK-STADTREGIONEN>
V460	BERUFLICHE STELLUNG, EINORDNUNG N. TERWEY
V461	ISCO-BERUF 1968, EINORDNUNG NACH TERWEY
V462	TREIMANPRESTIGE, EINORDNUNG NACH TERWEY
V463	MAGNITUDEPRESTIGE, EINORDNUNG N. TERWEY
V464	BERUFSUNTERGRUPPE, EINORDNUNG N. TERWEY
V465	BERUFSHAUPTGRUPPE, EINORDNUNG N. TERWEY
V466	GOLDTHORPEKLASSEN, EINORDNUNG N. TERWEY
V467	HAUSHALT-FEINKLASSIFIKATION HAUSHALT-
V468	GROBKLASSIFIKATION FAMILIEN-FEINTYPOLOGIE
V469	PERSONENBEZOGENES OST-WEST-GEWICHT
V470	HAUSHALTSGEWICHT OST-WEST
V47 1	TRANSFORMATIONSGEWICHT
V472	REGIERUNGSBEZIRK
V473	
V474	

II Alternatives reduziertes gesamtdeutsches Regressionsmodell

		Schätzer	Wald	Signifikanz	Signifikanz der Änderung wenn Term entfernt
Einflußnahme durch Wahlenthaltung	gering		8,007	,018	
	mittel	,132	,248	,619	,025
	hoch	,950	7,839	,005	
politische Aktivität des Freundeskreises	niemand		8,888	,012	
	einige	-,632	6,042	,014	,008
	viele	-1,333	4,326	,038	
Vereinsmitgliedschaften	keine		4,943	,176	
	einer	-,575	4,053	,044	,012
	zwei	-,486	1,524	,217	
	drei u. mehr	-6,661	,259	,611	
Alter	18-29		20,197	,000	
	30-44	-,564	3,555	,059	
	45-59	-1,519	14,858	,000	,000
	60-74	-1,283	12,007	,001	
	75 u. älter	-,572	1,642	,200	
Wahlbeteiligung als Bürgerpflicht	volle Zustimmung		72,746	,000	
	Zustimmung	,501	2,735	,098	,000
	kaum Zustimmung	1,753	27,749	,000	
	keine Zustimmung	2,698	58,253	,000	
politisches Interesse	volle Zustimmung		13,930	,008	
	Zustimmung	-,575	1,202	,273	
	kaum Zustimmung	-,438	,858	,354	,010
	keine Zustimmung	-,078	,024	,877	
	volle Zustimmung	,930	2,740	,098	
	Konstante	-1,723	10,028	,002	
Anzahl			1210		
χ^2 (df 18)			1 74,407***		
-2 Log-Likelihood			545,385		
Pseudo- r^2 (McFadden)			0,299		
Pseudo- r^2 (Nagelkerke)			0,242		

Reihenfolge der Integration der Prädiktoren: Wahlnorm, politisches Interesse, Alter, politische Aktivität des Freundeskreises, empfundener Einfluß durch Wahlenthaltung, Vereinsmitgliedschaften.

Daten: ALLBUS 1998 (eigene Berechnungen).